D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 52
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

23. Dezember 1981
Preis 1 DM

Polen – Militärrat vor dem Bankrott

Wann greift die Sowjetunion ein?

Von Gerd Koenen

Die Schranken, die der polnischen Arbeiterbewegung aus der geopolitischen Lage ihres Landes und angesichts der Tiefe der Krise gezogen sind, über die sie unter dem Stichwort ,,Selbstbeschränkung'' immer und immer wieder diskutiert hat, sind ihr nun in der denkbar brutalsten Weise fühlbar gemacht worden. Jaruzelski hatte seitens der Sowjetunion am Donnerstag vor dem Putsch, vom Marschall Kulikow überbracht, ein Ultimatum in der Tasche. Auf parallelen Treffen der Außen- und Verteidigungsminister war die ,,Operation Kanarienvogel'' in Polen vorbesprochen.

Aber bei dem byzantinischen Ritual zu Breschnews 75. Geburtstag im Kreml-Saal an diesem Samstag, zu dem alle andern Häupter des realsozialistischen Lagers hatten antreten müssen, fehlte Jaruzelski. Der ,,Kanarienvogel'' war noch nicht im Käfig, im Gegenteil, die Bestie wehrte sich noch. Und ein Erscheinen in Moskau hätte dem General das letzte dünne Mäntelchen des Patriotismus davongeweht.

Seltsam und hohl klangen die abgenutzten Begriffe ,,Verständigung'' und ,,Erneuerung'' in der Proklamation des ,,Militärrats der nationalen Errettung'' vom 16.12. Mit wem will er sich noch ,,verständigen''? Lech Walesa, in einer Villa bei Warschau gefangen, weigert sich allen Versprechungen und Drohungen zum Trotz, einen Fernsehaufruf zur Beendigung der Streiks und Demonstrationen zu erlassen.

Die Kirche hat sich mehrfach in Aufrufen an die 'Arbeiter gewandt, einen

sie unter dem Stichwort ,,Selbstbeschränkung'' immer und immer wieder diskutiert hat, sind ihr nun in der denkbar brutalsten Weise fühlbar gemacht worden. Jaruzelski hatte seitens der Sowjetunion am Donnerstag vor dem Putsch, vom Marschall Kulikow überbracht, ein Ultimatum in der Tasche. Auf parallelen Treffen der Außen- und Verteidigungsminister war die ,,Operation Kanarienvogel'' in Polen vorbesprochen.

Aber bei dem byzantinischen Ritual zu Breschnews 75. Geburtstag im Kreml-Saal an diesem Samstag, zu dem alle andern Häupter des realsozialistischen Lagers hatten antreten müssen, fehlte Jaruzelski. Der ,,Kanarienvogel'' war noch nicht im Käfig, im Gegenteil, die Bestie wehrte sich noch. Und ein Erscheinen in Moskau hätte dem General das letzte dünne Mäntelchen des Patriotismus davongeweht.

Seltsam und hohl klangen die abgenutzten Begriffe ,,Verständigung'' und ,,Erneuerung'' in der Proklamation des ,,Militärrats der nationalen Errettung'' vom 16.12. Mit wem will er sich noch ,,verständigen''? Lech Walesa, in einer Villa bei Warschau gefangen, weigert sich allen Versprechungen und Drohungen zum Trotz, einen Fernsehaufruf zur Beendigung der Streiks und Demonstrationen zu erlassen.

Die Kirche hat sich mehrfach in Aufrufen an die 'Arbeiter gewandt, einen
Bürgerkrieg zu vermeiden; aber sie hat auch einen härteren Ton gegen das Regime angeschlagen. Polen werde durch Militärgewalt terrorisiert, hat Glemp öffentlich gepredigt. Der Militärrat hat mit dem Verbot der wichtigsten katholischen Laienorganisationen reagiert und ihre Mittel beschlagnahmt. Zum ersten Mal seit 1956 zeichnet sich ein Bruch zwischen Kirche und Staat ab, jener stillen Entente, die zu den tragenden Säulen des polnischen Gemeinwesens gehört hat.

Führende Repräsentanten der polnischen Intelligenz sind unter den Verhafteten. Und in einem offenen Brief haben die Nicht-Verhafteten, 125 Mitglieder der Akademie der Wissenschaften, dem Militärrat ins Gesicht erklärt, einer solchen Unterdrückung sei Polen *durch Polen* niemals in seiner Geschichte unterworfen worden.

Zu alledem kommt, daß der Erfolg des Militärregimes an seinen wirtschaftlichen Erfolg gebunden sein wird. Nur so könnte es sich wenigstens eine gewisse passive Unterstützung sichern. Per Luftbrücke aus der DDR und Moskau kommen jetzt die von FDJlern und Komsomolzen eingetriebenen Weihnachtsspenden ,,für die polnischen Kinder'' eingeflogen. In der plumpsten Manier versucht das polnische Fernsehen, die Arbeiter mit dem Geruch von Gänseschmalz (ohne Gans natürlich) unter den Weihnachtsbaum und von da wieder in die Fabriken zu locken.

Aber war die unabhängige Gewerkschaft, waren die betrieblichen Selbstverwaltungsorgane nicht schon viel zu sehr Organisatoren der Produktion geworden? Wird sich nicht bald herausstellen, daß selbst die eingeschränkte Produktion in diesem Jahr nur noch möglich war – unter den Bedingungen des extremsten Mangels und völliger Desorganisation – durch den Enthusiasmus einer freien Gewerkschaftsbewegung? Nicht nur einige zehntausend Gewerkschafter, inzwischen Dutzende, wenn nicht Hunderte von den Belegschaften gewählte und unterstützte Direktoren und Techniker sitzen in den Lagern oder sind entlassen. Wie soll ohne diese menschlichen Potenzen denn ein Wirtschaftsaufschwung stattfinden?

Jaruzelski wird, wie sich schon abzeichnet, nicht nur keinen ,,Neuanfang'' nach ungarischem Muster wie 1956 zustandekriegen. Er wird sein Land nicht mal so passiv befrieden können wie die CSSR nach 1968 – wo die harte Unterdrückung doch wenigstens Hand in Hand ging mit materiellen Zugeständnissen an die Arbeiter. In Polen wird nur Hunger, Kälte, Erschöpfung und nackte Gewalt bleiben. Und wenn die Meldungen über Meutereien stimmen, wenn sich der Widerstand der Arbeiter der Großbetriebe hinzieht, dann werden sich immer deutlicher und drohender die sowjetischen Panzer im Hintergrund nach vorn schieben. Aus Unfähigkeit und Schwäche heraus wird das Militärregime womöglich gerade zum Wegbereiter der direkten sowjetischen Intervention und Okkupation des Landes werden. Schon jetzt beginnen sich, nachdem sie eine Woche nicht in Erscheinung getreten waren, die Exponenten

Desorganisation – durch den Enthusiasmus einer freien Gewerkschaftsbewegung? Nicht nur einige zehntausend Gewerkschafter, inzwischen Dutzende, wenn nicht Hunderte von den Belegschaften gewählte und unterstützte Direktoren und Techniker sitzen in den Lagern oder sind entlassen. Wie soll ohne diese menschlichen Potenzen denn ein Wirtschaftsaufschwung stattfinden?

Jaruzelski wird, wie sich schon abzeichnet, nicht nur keinen ,,Neuanfang'' nach ungarischem Muster wie 1956 zustandekriegen. Er wird sein Land nicht mal so passiv befrieden können wie die CSSR nach 1968 – wo die harte Unterdrückung doch wenigstens Hand in Hand ging mit materiellen Zugeständnissen an die Arbeiter. In Polen wird nur Hunger, Kälte, Erschöpfung und nackte Gewalt bleiben. Und wenn die Meldungen über Meutereien stimmen, wenn sich der Widerstand der Arbeiter der Großbetriebe hinzieht, dann werden sich immer deutlicher und drohender die sowjetischen Panzer im Hintergrund nach vorn schieben. Aus Unfähigkeit und Schwäche heraus wird das Militärregime womöglich gerade zum Wegbereiter der direkten sowjetischen Intervention und Okkupation des Landes werden. Schon jetzt beginnen sich, nachdem sie eine Woche nicht in Erscheinung getreten waren, die Exponenten
der äußersten Reaktion, die am engsten mit der sowjetischen Hintermacht konspirierenden Elemente der Partei, wieder zu regen, leisten Spitzeldienste, beteiligen sich an den Menschenjagden – und haben mit einer umfassenden Parteisäuberung begonnen.

In allen diesen Hinsichten haben die zähen, verlustreichen Aktionen der ,,Solidarität'', die weiterexistiert in immer neu gewählten Streikkomitees, schon jetzt das Projekt einer Militärdiktatur der ,,nationalen Errettung'', die sich als neutrale, dritte Kraft zu präsentieren gedachte, zum Scheitern gebracht. Die Fronten sind jetzt vollständig klar.

Eine der Hauptwaffen der Diktatur ist die in den Kommentaren des Fernsehens mehrfach höhnisch wiederholte Behauptung, es seien ,,alle diejenigen enttäuscht worden, die sich in der Illusion gewiegt haben, die Einführung des Kriegsrechts in Polen werde ein politisches Erdbeben rund um den Erdball auslösen''. Alle Welt habe den Gewaltakt des Militärrats begrüßt. Die polnischen Arbeiter, mit anderen Worten, stünden auf sich gestellt. – Das ist allerdings ein starkes Argument, und leider angesichts des Putschs durch westliche Banken und Regierungen, angesichts gespreizter Stellungnahmen wie der Willy Brandts als Vorsitzendem der Sozialistischen Internationale über die ,,inneren Angelegenheiten'' Polens, sogar ein Argument mit Wahrheitsgehalt. Hier liegt eine konkrete, eine wirklich entscheidende Aufgabe für die Arbeiterbewegung, die Friedensbewegung, für Anti-Imperialisten und Demokraten. Verraten wir diese Aufgabe, verraten wir uns selbst.



2 Jahre nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan – der wachsende Widerstand erlaubt den Besetzern bis jetzt nicht mal die lückenlose Kontrolle der Hauptstadt und des Verkehrsnetzes. – ,,Wenn die Russen kommen, dann werden wir kämpfen'', darin scheinen sich auch die Polen einig zu sein.

Sprengstoffanschlag auf die Zentrale der ZANU

Konterrevolutionäres Attentat in Zimbabwe fordert 6 Tote und 150 Verletzte

Von Thomas Frank, Salisbury
15 bis 20 kg TNT explodierten am Freitag, den 18.12.81, um 13.20 Uhr in der Zentrale der ZANU in Salisbury. Niederstürzende Gebäudeteile töteten 6 Menschen und verletzten ca. 150. Von der Wucht der Explosion zerbarsten die Schaufensterscheiben bis hin in die Parallelstraße Hunderte Meter entfernt. Die Bombe war im 3. Stock des Gebäudes im Konferenzraum in der an

ZANU. Die ZANU sei der Ausdruck der Mehrheit des Volkes von Zimbabwe. Diejenigen, die noch immer die Versöhnung ablehnten, würden auch von der Versöhnung abgelehnt.

Dieser direkt auf die Führung gerichtete Anschlag war die bisher schwerste konterrevolutionäre terroristische Attacke in Zimbabwe. Am 16. August waren die Inkomo Barracks, hauptsächlich ein Munitionslager, ge-

Coup auf den Seychellen oder zumindest die Rückendeckung, die sie den Putschisten nachher gegeben haben, stärkt Hoffnungen auf Ähnliches in Zimbabwe. Und auch in Zimbabwe ist Südafrika nicht untätig. Ein enttarnter südafrikanischer Agent konnte am 8. November mit Hilfe eines weißen Offiziers aus der Haft entfliehen.

Ein Bündel von Beziehungen gibt es seitens der Weißen nach Südafrika.



2 Jahre nach der sowjetischen Invasion in Afghanistan – der wachsende Widerstand erlaubt den Besetzern bis jetzt nicht mal die lückenlose Kontrolle der Hauptstadt und des Verkehrsnetzes. – ,,Wenn die Russen kommen, dann werden wir kämpfen'', darin scheinen sich auch die Polen einig zu sein.

Sprengstoffanschlag auf die Zentrale der ZANU

Konterrevolutionäres Attentat in Zimbabwe fordert 6 Tote und 150 Verletzte

Von Thomas Frank, Salisbury

15 bis 20 kg TNT explodierten am Freitag, den 18.12.81, um 13.20 Uhr in der Zentrale der ZANU in Salisbury. Niederstürzende Gebäudeteile töteten 6 Menschen und verletzten ca. 150. Von der Wucht der Explosion zerbarsten die Schaufensterscheiben bis hin in die Parallelstraße Hunderte Meter entfernt. Die Bombe war im 3. Stock des Gebäudes im Konferenzraum in der an R. Mugabes Büro angrenzenden Seite gelegt worden. Der Premierminister Robert Mugabe, auch Vorsitzender der ZANU, hält sich Freitag nachmittags normalerweise in seinem Büro in der Zentrale auf. Planmäßig hätte an dem Freitag Nachmittag auch eine alle 2 Wochen stattfindende Sitzung eines besonderen, aus dem führenden Kreis des Zentralen Komitees gebildeten Ausschusses stattfinden müssen. Diesem Ausschuß gehören neben Mugabe auch sein Stellvertreter im Amt des Ministerpräsidenten, der Minister für Staatsangelegenheiten und eine Reihe weiterer Minister an. Er hat die Aufgabe, bis zum Kongreß der ZANU nächstes Jahr die Partei zu reorganisieren. Die Sitzung war jedoch verschoben worden, der Konferenzraum und Mugabes Büro waren leer. Von den leitenden Genossen war nur der politische Komissar Urimbo im Haus, der jedoch nicht ernsthaft verletzt wurde.

Weil Mittagszeit, hatten die meisten Genossen das Hauptquartier verlassen. Die politische Reaktion der ZANU-Führung war ruhig und bestimmt. Bei einem Besuch bei den Verletzten im Krankenhaus und auf einer Pressekonferenz vor seinem Abflug zu einem Staatsbesuch in Mosambik versicherte R. Mugabe am Samstag: ,,Falls dieser feige Akt das Ziel hatte, Keime der Spaltung in das friedliebende Volk von Zimbabwe zu säen, so kann ich versichern, daß er den gegenteiligen Effekt haben wird und uns näher zusammenbringen wird, ohne Unterschied von Rasse und Hautfarbe.'' Der Anschlag zeige, daß sich der Feind noch inmitten Zimbabwes befinde. Er, Mugabe, oder irgendein anderer seien nicht die ZANU. Die ZANU sei der Ausdruck der Mehrheit des Volkes von Zimbabwe. Diejenigen, die noch immer die Versöhnung ablehnten, würden auch von der Versöhnung abgelehnt.

Dieser direkt auf die Führung gerichtete Anschlag war die bisher schwerste konterrevolutionäre terroristische Attacke in Zimbabwe. Am 16. August waren die Inkomo Barracks, hauptsächlich ein Munitionslager, gesprengt worden, wobei Material im Wert von 36 Millionen Zimbabwe-Dollar (mehr als das dreifache in DM) vernichtet wurde. Die Untersuchungen dieses Sabotageaktes hatten ergeben, daß er höchstwahrscheinlich von einer im Land lebenden Gruppe mit Verbindungen nach Südafrika durchgeführt worden war. Daß der alte Geist der rhodesischen Siedler noch lebendig ist, zeigen augenscheinlich die nicht abgelegten rassistischen Allüren: Z.B. wollten von 64 weißen Lehrerstudenten in

Die nächste Ausgabe der KVZ erscheint am 8. Januar 1982
Die Nummer wird sich unter anderem mit der weiteren Entwicklung in Polen, mit den Ökologiethesen der SPD und dem chinesischen Gesundheitswesen beschäftigen. Außerdem wird sie ausführliches Material zur wirtschaftlichen Lage und zur Lohnentwicklung enthalten.

Bulawayo, die ihre Ausbildung vor der Unabhängigkeit angefangen hatten, kürzlich 47 ihre Examensurkunde mit dem Kopf der ,,Universität Rhodesien''. Ein trefflicher Beweis noch grassierender Träume von der Wiedererstehung des Rassistenstaates. Trotz der wieder und wieder angebotenen Versöhnung dürfte das noch die gängige Haltung unter den Weißen sein, vielleicht bis jetzt besänftigt durch unvergleichliche Profite der Farmer und der Kapitalisten seit der Unabhängigkeit.

Die Nähe Südafrikas ist in vielerlei Hinsicht eine Ermutigung für die Rassisten. Die Verwicklung der südafrikanischen Behörden in den gescheiterten Coup auf den Seychellen oder zumindest die Rückendeckung, die sie den Putschisten nachher gegeben haben, stärkt Hoffnungen auf Ähnliches in Zimbabwe. Und auch in Zimbabwe ist Südafrika nicht untätig. Ein enttarnter südafrikanischer Agent konnte am 8. November mit Hilfe eines weißen Offiziers aus der Haft entfliehen.

Ein Bündel von Beziehungen gibt es seitens der Weißen nach Südafrika. Seit es über ausgewanderte Siedler, die in Südafrika oftmals zu den reaktionärsten Elementen gehören, sei es über sonstige politische und wirtschaftliche Verbindungen. Nach Enthüllungen des Finanzministers sollen der Wirtschaft Zimbabwes inzwischen wöchentlich über 1 Million Dollars an Devisen durch den großangelegten Schmuggel nach Südafrika verloren gehen. Devisen – deren Fehlen in Zimbabwe in allen Bereichen fühlbar ist. Die noch nicht gebrochene südafrikanische wirtschaftliche Vorherrschaft ist eine weitere Stütze für das Siedlerbewußtsein. Das ist der Boden, auf dem reaktionäre Hoffnungen leicht zu Taten werden können. Erst am 10. Dezember war ein Parlamentsmitglied der Republikanischen (früher und auch heute noch richtiger: Rhodesischen) Front verhaftet worden, nachdem der Plan zu einem Staatsstreich aufgedeckt worden war.

Diese Ereignisse sind zugleich dramatische Beweise für die Notwendigkeit und Dringlichkeit der Bemühungen, die ZANU zu reorganisieren, um sie auch als Organisation wieder handlungsfähig zu machen. Der Unabhängigkeit folgte eine Verteilung der ausgebildeten Kader der Partei in Bereiche der Wirtschaft, ebenso wie in den Staatsapparat, die Medien usw. Für die ZANU war die Folge, daß sie als Organisation in Salisbury praktisch nicht tätig ist, nicht über eine die Mitglieder wirksam erfassende Organisation verfügt, keinerlei praktische und theoretische Bildungsarbeit betreibt und so die klaffende Lücke, die in ihrer Unterstützung zwischen Stadt und Land besteht, nicht schließen konnte.

Oberlandesgericht Celle: Der Abschliff des Demonstrationsrechts

k. 1972 wurden Horst Mahler und Günther Amendt zu Schadenersatzleistungen von 507000 DM und 76000 DM verurteilt, weil sie an Demonstrationen teilgenommen hatten, durch die nach dem Mordanschlag auf Rudi Dutschke die Auslieferung der Bild-Zeitung verhindert werden sollte. 1980 wurde Volker Hurrle zur Zahlung von 26928,33 DM an das Land Baden-Württemberg verurteilt, weil er als damaliger presserechtlicher Verantwortlicher der Kommunistischen Hochschulzeitung zu Demonstrationen gegen die Heidelberger Fahrpreiserhöhung 1975 aufgerufen hatte, bei denen Polizeibeamte und -gerät Schaden genommen hatten. Am vergangenen Mittwoch wurden 15 Demonstranten gegen das Kernkraftwerk Grohnde zur Zahlung von 233900 DM verurteilt. Auch hier soll der Schaden an Polizeibeamten und -gerät eingetreten sein.

Stellten die Gerichte in den Fällen Mahler und Amendt immerhin noch deren ,,tatkräftige" Beteiligung an den Demonstrationen als Grundlage ihrer Haftung fest, so reichte dem Oberlandesgericht Karlsruhe bei der Verurteilung Volker Hurrles schon der Hinweis auf seine Nennung als verantwortlicher Redakteur der Kommunistischen Hochschulzeitung, die zu den Demonstrationen aufgerufen hatte. Das Oberlandesgericht Celle bezieht, den Presseberichten zufolge, jetzt bereits Demonstranten in die Haftung ein, die sich dem friedlichen Teil der Demonstration entfernen und zum ,,kämpfenden Teil" hinüberwechseln, auch wenn sie sich selbst nicht aktiv an den Auseinandersetzungen beteiligen, oder Demonstranten, die bei ihrer Festnahme einen Knüppel bei sich tragen, auch wenn erwiesen ist, daß sie von dem Knüppel keinen Gebrauch gemacht haben.

Die Voraussetzungen solcher Demonstrationsschadenhaftung werden immer dünner. Gerade eben ist der mit Ölzeug und Helm ,,bewaffnete" Demonstrant in Grohnde der Haftung entgangen, weil dem Gericht durch mehrere Filme ,,deutlich" geworden sei, daß auch friedliche Demonstranten Segelzeug und Helm tragen! Im Strafrecht laufen CDU/CSU-Fraktion im Bundestag und CDU/CSU-Länder im Bundesrat seit 1970 Sturm gegen die Strafrechtsreform von 1970, nach der wegen Landfriedensbruch nur bestraft werden kann, wer selbst Gewalttätigkeiten verübt oder zumindest unterstützt. Mit dem letzten Initiativantrag von CDU/CSU-Fraktion und -ländern sollte durchgesetzt werden, daß wegen Landfriedensbruchs bestraft wird, wer sich ,,der Menschenmenge anschließt oder sich nicht aus ihr entfernt, nachdem ein Träger von Hoheitsbefugnissen die Menge aufgefordert hat auseinanderzugehen". Im Zivilrecht, das heißt für die Frage der Haftung, hat das Oberlandesgericht Celle längst durchgesetzt, was der Bundestag zuletzt am 22.10.81 für das Strafrecht erneut abgelehnt hat. So rum gehts auch und die Strafrechtsverschärfung, die die Regierungskoalition noch ablehnt, wird eben auf anderem Weg durchgesetzt.

Der Abschliff des Demonstrationsrechts erfolgt über die gesamtschuldnerische Haftung der ,,Mittäter und Beteiligten" in §830 BGB: jeder ist für den ganzen Schaden verantwortlich. Von dieser Regelung wollte der Bundesgerichtshof auch in Demonstrationssachen nicht absehen; der Schaden müßte sonst häufig ganz oder teilweise ,,von dem schuldlosen Geschädigten" getragen werden. Axel Springer AG, Wyhl, Brokdorf, Grohnde: Wo sind hier die ,,schuldlosen Geschädigten"? Der Wolf des Kapitals und der politischen Macht zieht sich hier das Schafsfell des ,,schuldlosen Geschädigten" über.

1970 beschloß das französische Parlament als Reaktion auf den Mai-Aufstand 1968 die ,,loi anti-casseur", die in ihrem strafrechtlichen Teil jedem, der in einer gewalttätigen Demonstration angetroffen wird, Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren androht, und in ihrem zivilrechtlichen Teil der Rechtsprechung bundesdeutscher Gerichte zur gesamtschuldnerischen Haftung entspricht. Die sozialistische Regierung Mitterrands hat die Aufhebung dieses Gesetzes in ihr Regierungsprogramm aufgenommen.

Oberlandesgericht Karlsruhe bei der Verurteilung Volker Hurrles schon der Hinweis auf seine Nennung als verantwortlicher Redakteur der Kommunistischen Hochschulzeitung, die zu den Demonstrationen aufgerufen hatte. Das Oberlandesgericht Celle bezieht, den Presseberichten zufolge, jetzt bereits Demonstranten in die Haftung ein, die sich dem friedlichen Teil der Demonstration entfernen und zum ,,kämpfenden Teil" hinüberwechseln, auch wenn sie sich selbst nicht aktiv an den Auseinandersetzungen beteiligen, oder Demonstranten, die bei ihrer Festnahme einen Knüppel bei sich tragen, auch wenn erwiesen ist, daß sie von dem Knüppel keinen Gebrauch gemacht haben.

Die Voraussetzungen solcher Demonstrationsschadenhaftung werden immer dünner. Gerade eben ist der mit Ölzeug und Helm ,,bewaffnete" Demonstrant in Grohnde der Haftung entgangen, weil dem Gericht durch mehrere Filme ,,deutlich" geworden sei, daß auch friedli-

jeder ist für den ganzen Schaden verantwortlich. Von dieser Regelung wollte der Bundesgerichtshof auch in Demonstrationssachen nicht absehen; der Schaden müßte sonst häufig ganz oder teilweise ,,von dem schuldlosen Geschädigten" getragen werden. Axel Springer AG, Wyhl, Brokdorf, Grohnde: Wo sind hier die ,,schuldlosen Geschädigten"? Der Wolf des Kapitals und der politischen Macht zieht sich hier das Schafsfell des ,,schuldlosen Geschädigten" über.

1970 beschloß das französische Parlament als Reaktion auf den Mai-Aufstand 1968 die ,,loi anti-casseur", die in ihrem strafrechtlichen Teil jedem, der in einer gewalttätigen Demonstration angetroffen wird, Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren androht, und in ihrem zivilrechtlichen Teil der Rechtsprechung bundesdeutscher Gerichte zur gesamtschuldnerischen Haftung entspricht. Die sozialistische Regierung Mitterrands hat die Aufhebung dieses Ge-

Startbahn West: Friedensangebot des Staatsgerichtshofs

Bürgerinitiativen fordern Abzug der Polizei / Platzbesetzung wird weiter vorbereitet

bl.Frankfurt. Noch vor drei Wochen haben die Parlamentarier im hessischen Landtag unisono der Regierungserklärung von Börner zugestimmt, in der die Frage gestellt worden war: Wieso soll eigentlich ein Antrag, der nicht zulässig ist, einen Baustopp zur Folge haben? Jetzt ist der vorläufige Baustopp der Startbahn West da – auf Vorschlag des Präsidenten des hessischen Staatsgerichtshofes. Die Einheitsfraktion im hessischen Landtag beeilte sich, durch Ministerpräsident Börner zu erklären, sie werde dieser Anregung selbstverständlich Folge leisten. Ist die Regierungstätigkeit jetzt lahmgelegt, wie Börner noch in der Regierungserklärung behauptete? Die so einstimmig gegen den Willen der betroffenen Region abgegebene Erklärung aller Abgeordneten ist ins Abseits gegangen. Das ist ein Erfolg – ein bitterer Erfolg, weil der Baustopp angesichts der Fakten, die in den letzten zwei Monaten geschaffen wurden, überfällig war. Wenn Börner und die FAG darlegen, sie würden Entscheidungen der Gerichte befolgen, um dem Hinweis des Staatsgerichtshofes eine besondere Weihe zu verleihen, lügen sie. – 2. November 1981: Es liegt ein Beschluß des Verwaltungsgerichts Frankfurt vor, der die Räumung des Hüttendorfes und sämtliche Polizeieinsätze auf dem Gelände der Startbahn West für rechtswidrig erklärt. Auf Anweisung der Landesregierung wird das Hüttendorf geräumt, mit Polizeistreitkräften aus allen Ländern eine Betonmauer errichtet.

3.11.1981, Verfügung des Vorsitzenden Richters des Verwaltungsgerichts Darmstadt: Die Rohdungsarbeiten sind unzulässig. Bis heute sind über 7 ha Wald abgeholzt. Die Untertunnelung der Okrifteler Straße, der Bau von Betonmauern hat *keine* rechtliche Grundlage.

Der Vorschlag des Präsidenten des Staatsgerichtshofes kam für die Landesregierung gerade recht. Sie braucht keinen Zentimeter von ihrer Haltung abzurücken, obwohl die Forderung nach einem Moratorium verstärkt in den letzten Wochen bis hin zur Evangelischen Landeskirche erhoben wurde. Die Regierung braucht nicht einzugestehen, daß sie ihre eigenen Streitkräfte nicht mehr jederzeit in Einsätze hetzen kann. Nicht zuletzt hatte die Gewerkschaft der Polizei den Baustopp gefordert und vor weiteren Einsätzen der Polizeimannschaften gewarnt. Der Moratoriumsvorschlag wird von der Landesregierung als günstige Gelegenheit ergriffen, jedem weiteren Widerstand der Startbahngegner die Legitimation zu nehmen. Die Bewegung soll auf die Entscheidung eines Gerichts festgenagelt werden, das aus genau demselben Landtag hervorgegangen ist, in dem der Wille der betroffenen Bevölkerung mit keiner einzigen Stimme vertreten war. Günstig ist für die Landesregierung auch, daß *nicht* über den Eilantrag der Arbeitsgemeinschaft gegen die Startbahn West auf Baustopp entschieden wurde, also kein formeller gerichtlicher Beschluß vorliegt.

Der Vorschlag des Präsidenten des Staatsgerichtshofes ist trotz allem, was die Regierung daraus zu machen versucht, bedeutsam: Es ist ein Waffenstillstandsschreiben: Landesregierung und FAG verpflichten sich, nicht weiterzubauen – die Bürgerinitiativen erklären, während der Zeit des Baustopps nicht zur Platz*besetzung* aufzurufen. Mit dieser wörtlichen Formulierung des Schreibens wird die Besetzung des Bauplatzes als legitimes Mittel des Widerstandes anerkannt – und das ist wichtig. Das Plenum der Bürgerinitiativen hat in einem Beschluß die Waffenstillstandsbedingungen der Startbahngegner formuliert:

– Anerkennung des Moratoriums nur, wenn der Baustopp die Einstellung *sämtlicher* Bauarbeiten, d.h. auch der Untertunnelungsarbeiten, umfaßt. Die Bürgerinitiativen werden die Einhaltung des Baustopps überwachen. Jede weitere Maßnahme auf dem Gesamtgelände der geplanten Startbahn West – wie Räumung des neuen Hüttendorfes – wird als Bruch des Moratoriums aufgefaßt. Gleichzeitig wird die Forderung nach dem Abzug der Polizei und dem Abriß der Betonmauer politisch bekräftigt und festgestellt, daß die Vorbereitungen der Bauplatzbesetzung mit Beginn des 2. Bauabschnittes (Baulos 2) unabhängig von dem Moratorium fortgesetzt werden.

Hierzu hat das Gesamtplenum beschlossen, daß die Bauplatzbesetzung am Wochenende nach dem Baubeginn von Baulos 2 stattfinden soll: ,,Wir gehen davon aus, daß sich an den verschiedenen Sammelpunkten mehrere zehntausend Menschen in Bewegung setzen. Etwaige Hindernisse, zum Beispiel von der Polizei aufgestellte Container, werden von den Marschkolonnen entfernt. Gegen 12 Uhr erwarten wir die Masse der Startbahngegner vor der Stirnseite des Bauloses 2, dessen Ummauerung bis dahin nach unserer Erfahrung nicht geschlossen sein wird. Von daher werden wir zur Platzbesetzung nur noch den uns wohlbekannten NATO-Stacheldraht zu überwinden haben. Dies geschieht in breiter Front, ruhig und besonnen mittels ausgelegten Teppichen, jedoch mit allem nötigen Nachdruck und der nötigen Entschlossenheit ... Nach dem Gelingen der Platzbesetzung werden wir mit der Demontage der begonnenen Flankenmauern von Baulos 2 beginnen ... Aller auf dem Gelände des Baulos 2 befindlicher NATO-Stacheldraht wird gesammelt und zu unserer eigenen Sicherheit vor die Tore des Bauloses 1 gebracht."

Hüttendorfes und sämtliche Polizeieinsätze auf dem Gelände der Startbahn West für rechtswidrig erklärt. Auf Anweisung der Landesregierung wird das Hüttendorf geräumt, mit Polizeistreitkräften aus allen Ländern eine Betonmauer errichtet.

3.11.1981, Verfügung des Vorsitzenden Richters des Verwaltungsgerichts Darmstadt: Die Rohdungsarbeiten sind unzulässig. Bis heute sind über 7 ha Wald abgeholzt. Die Untertunnelung der Okrifteler Straße, der Bau von Betonmauern hat *keine* rechtliche Grundlage.

Der Vorschlag des Präsidenten des Staatsgerichtshofes kam für die Landesregierung gerade recht. Sie braucht keinen Zentimeter von ihrer Haltung abzurücken, obwohl die Forderung nach einem Moratorium verstärkt in den letzten Wochen bis hin zur Evangelischen Landeskirche erhoben wurde. Die Regierung braucht nicht einzugestehen, daß sie ihre eigenen Streitkräfte nicht mehr jederzeit in Einsätze hetzen kann. Nicht zuletzt hatte die Gewerkschaft der Polizei den Bau-

nur, wenn der Baustopp die Einstellung *sämtlicher* Bauarbeiten, d.h. auch der Untertunnelungsarbeiten, umfaßt. Die Bürgerinitiativen werden die Einhaltung des Baustopps überwachen. Jede weitere Maßnahme auf dem Gesamtgelände der geplanten Startbahn

Platzbesetzung werden wir mit der Demontage der begonnenen Flankenmauern von Baulos 2 beginnen ... Aller auf dem Gelände des Baulos 2 befindlicher NATO-Stacheldraht wird gesammelt und zu unserer eigenen Sicherheit vor die Tore des Bauloses 1 gebracht."





,,Feuer frei! Es ist das libysche Mordkommando"

Kultusminister gegen Startbahn-Protest der Lehrer

get.Frankfurt. Mit schwerem Geschütz droht der hessische Kultusminister Krollmann den Lehrern, die öffentlich gegen den Bau der Startbahn West auf dem Frankfurter Flughafen protestieren. Da ,,sich in den letzten Wochen auf dem Schreibtisch des hessischen Ministerpräsidenten Resolutionen oder Erklärungen von Personalversammlungen hessischer Schulen häufen, die gegen den Bau der Startbahn 18 West Stellung beziehen", weist Krollmann dringend auf die Einhaltung des Personalvertretungsgesetzes hin, das ,,die Abfassung politischer Resolutionen" verbiete. Darüberhinaus sei aber auch das diesbezügliche Verhalten des einzelnen Lehrers ,,pädagogisch fragwürdig": ,,Eine solche Parteinahme macht es dem einzelnen Lehrer mit Sicherheit unmöglich, über dieses Thema objektiv zu unterrichten und dem Schüler eine eigenständige Urteilsbildung zu ermöglichen. Es liegt vielmehr nahe, daß der Lehrer seine subjektive Überzeugung ... den Schülern vermittelt und sie zu unkritischen Mitläufern animiert. Ein solches Verhalten stellt eine grobe Verletzung der Dienstpflichten dar und muß dienstrechtliche Konsequenzen haben." Das Staatliche Schulamt des Main-Taunus-Kreises hat bereits der Presse mitgeteilt, es ermittle gegen die Lehrer zweier Schulen wegen einer Unterschriftensammlung. Die GEW hat dagegen entschiedenen Widerstand gegen die Einschränkung demokratischer Rechte der Lehrer angekündigt.

Nach Hessen: USP in Niedersachsen

kvz. Nach der Versammlung in Rüsselsheim am vergangenen Wochenende haben sich nun auch in Niedersachsen etwa 40, in der Hauptsache ausgetretene SPDler, zu einer Gründungsversammlung für eine USP zusammengefunden. Die Gründungsmitglieder der ,,Unabhängigen Sozialdemokraten" schreiben in ihrem Aufruf: ,,Die Parlamentsparteien haben auf die Zukunftsfragen unseres Landes keine Antwort mehr." In dem Aufruf wird der Abbau der alles Leben bedrohenden Atomwaffen, kein weiterer Ausbau von Autobahnen, Flughäfen und Atomkraftwerken gefordert.

Neue Anläufe zur Regelung der Kriegsdienstverweigerung

gkr. Anfang des Monats hatten sich die Fraktionen des Bundestages in einem interfraktionellen Gespräch erneut über die Neuregelung des Kriegsdienstverweigerungsrechts beraten. In einer Zeitlinie legten sie fest: Bis Ostern sollen die Fraktionen ihre Vorstellungen entwickeln, bis zur Sommerpause '82 soll eine gemeinsame Regelung erarbeitet werden, im Herbst dann das Gesetz eingebracht und verabschiedet werden. Der Rheinland-Pfälzische Ministerpräsident Vogel hat im Bundesrat angeregt, die Gewissensprüfung wegfallen zu lassen und dafür den Zivildienst auf 21 Monate zu verlängern. Er forderte erneut eine Ausweitung des Einsatzbereichs (z.B. auf ,,Umweltschutz") und eine Kasernierung der Zivildienstpflichtigen, ,,oder aber, wenn sie zu Hause wohnen können, (müssen sie) mit einer zusätzlichen Verlängerung der Dienstzeit rechnen". Die FDP hatte sich schon für 19 Monate ausgesprochen, die SPD auf jeden Fall gegen 21 Monate. Die Hamburger Selbstorganisation der Zivildienstleistenden erklärte dazu, nach den Vorstellungen der Parteien sei wohl ein ,,Pseudokompromiß" bei 19 – 20 Monaten zu erwarten.

Freispruch im Prozeß um ,,Gorleben-Tagebücher"

kvz. Im Prozeß über die Veröffentlichung der ,,Gorleben-Tagebücher" sind am vergangenen Mittwoch die zwei angeklagten Polizisten freigesprochen worden. Die Tagebücher beschrieben Einzelheiten des Polizeieinsatzes bei der Räumung der Bohrstelle 1004 in Gorleben, u.a. eine Polizeiveranstaltung in der Landesfeuerwehrschule Celle, in der die Polizeiführung Manöverkritik übte. Den beiden Polizisten, von denen das Tagebuch wohl stammte, denen aber nicht nachgewiesen werden konnte, daß sie für die Veröffentlichung verantwortlich sind, denen auch der Mitschnitt der Polizeiveranstaltung nicht nachgewiesen werden konnte, wurde von der Staatsanwaltschaft Geheimnisverrat vorgeworfen. Schon am zweitletzten Prozeßtag zog die Staatsanwaltschaft alle Beweisanträge zurück, da sowieso nur ein Freispruch herauskommen könne. Vor allem ging es dabei wohl auch darum, zwei angelich durch die Tagebücher enttarnte Kripobeamte, die allerdings tatsächlich schon vorher enttarnt waren, nicht noch einmal in den Zeugenstand rufen zu müssen. Das hätte sonst eher zu neuen Aufdeckungen führen können. Gegen die beiden Polizisten sind noch Disziplinarverfahren anhängig, die nicht automatisch zum Freispruch führen müssen.

Französische Regierung gegen Anklage im Ponto-Prozeß

gkr. Die französische Regierung hat in einer Note an die Bundesregierung zur Anklage im Prozeß gegen Sieglinde Hofmann Stellung genommen. Ihrer Ansicht nach darf Sieglinde Hofmann nach dem Auslieferungbeschluß der französischen Justiz nicht nur nicht wegen Mordes angeklagt werden, sondern auch nicht dafür, daß sie Pontos Tod im Zusammenhang mit dem Versuch einer ,,erpresserischen Freiheitsberaubung" angeblich ,,leichtfertig verursacht" habe. Darauf läuft aber die Anklage, nach der S. Hofmann mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder Freiheitsstrafe nicht unter 10 Jahren bestraft werden kann, hinaus. Sieglinde Hofmanns Verteidiger hatten dieselbe Auffassung vertreten und hatten bei Beginn des Prozesses daher die Einstellung des Verfahrens beantragt. Damals lag eine erste Note des Außenministeriums noch aus der Zeit vor dem Regierungswechsel vor, derzufolge die Anklage zulässig sei, und die jetzt als Irrtum bezeichnet wurde. Bundesregierung und Bundesanwaltschaft halten es weiterhin nicht für notwendig, sich an die Auffassung des französischen Außenministeriums zu halten.

Erhöhung des Preises der KVZ

Ab der nächsten Nummer (1/82) wird das Einzelexemplar der KVZ 1,80 DM kosten; das Jahresabonnement 90 DM, das Halbjahres-Abo 46 DM und das Vierteljahres-Abo 23 DM (jeweils einschließlich Porto).

Diese starke Preiserhöhung ist nur zum Teil begründet aus den erheblichen Kostensteigerungen des letzten Jahres. Auch ein Absinken der verkauften Auflage auf gegenwärtig etwa 5400 Stück hat die Kosten des Einzelexemplars steigen lassen. Vor allem aber: bisher war der Preis der KVZ nicht kostendeckend. Die Herstellung der Zeitung mußte also von den Mitgliedern des KBW aus Beiträgen unterstützt werden. Diesen Zustand wollen wir nicht aufrechterhalten. Die Zeitung soll sich selbst tragen – das heißt, da wir kaum Anzeigeneinnahmen haben, aus den Verkaufserlösen. Wir wollen keine subventionierte Zeitung verkaufen. Der Leser soll den tatsächlichen Kostpreis kennen und entscheiden, ob die Zeitung diesen Preis wert ist. Deshalb sind wir jetzt zu einer so drastischen Steigerung gezwungen. Mit dem neuen Preis können bei der gegenwärtigen Auflage die Kosten für Redaktion, Herstellung und Vertrieb gedeckt werden. Wichtig für die Sicherung der materiellen Basis der Zeitung ist vor allem die Erhöhung der Zahl der Abonnenten! Daher ist die Einzelnummer im Abonnement auch etwas billiger.

Verlag und Redaktion der KVZ

„Eine Sache aller Arbeiter"

Zbigniew Kowalewski, Präsidiumsmitglied des Regionalverbandes Lódz von Solidarność, der sich gegenwärtig in Paris aufhält, veröffentlichte in „Le Monde" vom 17.12. die nachstehende Erklärung.

„Die Errungenschaften des nationalen Streiks vom August 1980 haben eine neue Phase im Kampf der polnischen Arbeiter eröffnet, die entschlossen sind, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Heute ist die Konterrevolution eine Tatsache in Polen. Die bürokratische Macht, seit Monaten in eine beispiellose Krise gestürzt, setzt ihre letzten Waffen ein. Angesichts der Tatenlosigkeit der Zivilbehörden des Staates, die alle Fähigkeit verloren haben, das Land zu führen, und angesichts der Zersetzung der PVAP an der Basis, sind die Machthaber zu dem Schluß gekommen, daß ihr Militärapparat ihr letzter Rettungsanker ist. Der Kriegszustand, den General Jaruzelski gegen die Arbeiterklasse und gegen die ganze Gesellschaft erklärt hat, versucht die Revolution der Arbeiter mit Methoden niederzuschlagen, die von einem regelrechten Staatsterrorismus zeugen.

In den letzten Monaten hat sich der Staatsapparat und die machthabende Partei (vor aller Augen) als offenkundig unfähig erwiesen, die elementarsten materiellen Bedürfnisse zu befriedigen. Trotzdem galten die Hoffnungen der Arbeiter der Wirtschaftsreform auf der Grundlage der Arbeiterselbstverwaltung, die vom Januar 1982 an in Kraft treten sollte, die sie von einer strikten Kontrolle der zentralen Bürokratie befreien sollte und ihnen erlauben sollte, die Macht in den Betrieben zu übernehmen. Die Entwicklung einer gesellschaftlichen Kontrolle über die Wirtschaftspolitik und die Aussicht auf die ersten freien Wahlen zu den Kreistagen im kommenden Frühjahr, bestärkten diese Hoffnungen.

Im November riefen die unerwartete Abkehr der Regierung von ihrem eigenen Projekt der Wirtschaftsreform und die Entscheidung, die wirtschaftliche Macht noch stärker in den Händen des bürokratischen Apparats zu konzentrieren, eine große gesellschaftliche Spannung hervor. In vielen Betrieben und bestimmten Regionen begannen die Arbeiter von Solidarność von diesem Zeitpunkt an, sich auf den aktiven Streik vorzubereiten, um eine Kontrolle über die Produktionsmittel und über die Verteilung auszuüben, um eine wirkliche Arbeiterselbstverwaltung einzurichten und mittels einer breiten Massenbewegung eine Wirtschaftsreform von unten durchzusetzen.

Gleichzeitig begann Solidarność, zur Selbstverteidigung bei der Übernahme

selbstverwaltung, die vom Januar 1982 an in Kraft treten sollte, die sie von einer strikten Kontrolle der zentralen Bürokratie befreien sollte und ihnen erlauben sollte, die Macht in den Betrieben zu übernehmen. Die Entwicklung einer gesellschaftlichen Kontrolle über die Wirtschaftspolitik und die Aussicht auf die ersten freien Wahlen zu den Kreistagen im kommenden Frühjahr, bestärkten diese Hoffnungen.

Im November riefen die unerwartete Abkehr der Regierung von ihrem eigenen Projekt der Wirtschaftsreform und die Entscheidung, die wirtschaftliche Macht noch stärker in den Händen des bürokratischen Apparats zu konzentrieren, eine große gesellschaftliche Spannung hervor. In vielen Betrieben und bestimmten Regionen begannen die Arbeiter von Solidarność von diesem Zeitpunkt an, sich auf den aktiven Streik vorzubereiten, um eine Kontrolle über die Produktionsmittel und über die Verteilung auszuüben, um eine wirkliche Arbeiterselbstverwaltung einzurichten und mittels einer breiten Massenbewegung eine Wirtschaftsreform von unten durchzusetzen.

Gleichzeitig begann Solidarność, zur Selbstverteidigung bei der Übernahme

der Betriebe und bei ihrer Verwaltung durch die Arbeiter, Arbeitermilizen aufzustellen. Die Frage, herauszufinden, wer die Macht haben sollte, eine privilegierte Minderheit oder die werktätigen Massen selbst, begann in Solidarność diskutiert zu werden. Von da ab entstand eine direkt revolutionäre Situation in Polen. Deshalb entschieden sich die Spitzen der polnischen Armee, die Vorbereitungen zum Staatsstreich abzuschließen, um ihre Diktatur zu errichten. Diese Vorbereitungen hatten vor einem Jahr begonnen, ihnen war jedoch von uns, den Führern von Solidarność, nicht genug Aufmerksamkeit geschenkt worden.

Heute unterdrückt der Rückgriff auf die Bajonette nicht nur die Möglichkeit eines Sozialismus der Arbeiter und der Selbstverwaltung, auf den die unabhängigen Gewerkschaften und die Masse der polnischen Werktätigen hofften, sondern auch die grundlegenden Menschen-, Bürger- und Arbeiterrechte.

Die polnische Revolution, die eine der fortgeschrittendsten und kühnsten Erfahrungen der Emanzipation der Arbeiter in der Welt verkörpert, läuft Gefahr, zerschlagen zu werden. Die Arbeiterklasse und das polnische Volk sind zum Widerstand entschlossen, aber sie brauchen die einheitliche und entschlossene Unterstützung der Arbeiter der ganzen Welt, und vor allem der mächtigen Gewerkschaftsorganisationen des westlichen Europas. Die Niederlage von Solidarność wäre deren eigene Niederlage. Was heute in Polen geschieht, ist Sache aller Arbeiter."



Polen unter Kriegsrecht „Solidarność" im Widerstand

Eine Woche nach dem Militärputsch werden nahezu alle großen Betriebe in Polen bestreikt. Dort, wo nach mehrfacher Räumung die Betriebe immer von neuem besetzt worden sind, wie die Danziger und Stettiner Werften, sollen sie vorerst ganz geschlossen werden. „Bis jetzt haben sie uns im Fernsehen nur einen Betrieb gezeigt, wo normal gearbeitet wird, die Medikamentenfabrik Polfa. Und warum? Weil Solidarität bei der Herstellung von Medikamenten den Streik ablehnt ...", erklärten Arbeiter einem afp-Korrespondenten in den besetzten FSO-Fiat-Werken in Warschau. Nicht bestreikt werden auch Betriebe der Lebensmittelverarbeitung und des Einzelhandels, sowie die städtischen Nahverkehrsbetriebe; die letzteren stehen direkt unter Kriegsrecht, d.h. Arbeitsverweigerung kann mit dem Tod bestraft werden. – **Bei gewaltsamen Betriebsräumungen und bei Straßendemonstrationen hat es eine unbestimmte Zahl von Toten und Verwundeten gegeben.** Das wird aus Kattowitz, Warschau und Danzig gemeldet. Nur der Einsatz von Schußwaffen in der Kohlegrube Wujek hat der polnische und sowjetische Rundfunk zugegeben. In Warschau versammeln sich große Menschenmengen um auf der Straße ausgelegte Blumenkreuze. – **In der Kohlengrube „Ziemowit" bei Kattowitz haben sich 1300 Arbeiter untertage verschanzt.** Sie drohen, die Betriebsanlagen bei Eingreifen der bewaffneten Organe zu sprengen. Ähnliche Drohungen haben Arbeiter anderer besetzter Betriebe geäußert, so in dem Riesenstahlwerk Huta Katowice und in einem Chemiewerk bei Poznań. Das steht allerdings im Gegensatz zu den Anweisungen der regionalen Streikkomitees, die Betriebsanlagen zu schützen. – **In allen industriellen Zentren sind tausende von Funktionären und aktiven Mitgliedern der „Solidarność" verhaftet worden.** Die Zahlen aller „Internierten" werden zwischen 25000 und 45000 geschätzt. Außerhalb

Eine Woche nach dem Putsch

Warschaus und auf der Halbinsel Hela bei Danzig sollen zwei große Lager errichtet sein. Die Internierten müssen in ungeheizten Zelten und Baracken bei klirrender Kälte leben, oder in völlig überfüllten Gefängniszellen. Eine Reihe Inhaftierter, so der 94jährige Prof. Lipiński, einer der Begründer des KOR, und der Redakteur der Wochenzeitung der „Solidarność", Mazowiecki, sollen in Lebensgefahr schweben. Während fast alle Mitglieder der Führung der Gewerkschaft gefaßt sein sollen, sei der Warschauer Bezirksvorsitzende Bujak einem Gefangenentransport entkommen und untergetaucht. – **Dutzende von Fabrikdirektoren, hohen Verwaltungsbeamten und Offizieren, Parteifunktionären und Intellektuellen sind entlassen oder verhaftet.** Sogar zwei Mitglieder des Politbüros der PVAP, Jan Labecki von der Lenin-Werft und M. Kubiak aus Wroclaw, seien verhaftet. Entlassen sind alle von der „Solidarität" gewählten oder bestätigten Fabrikdirektoren. – **Meldungen über Soldaten-Meutereien häufen sich.** Bisher scheinen noch immer vorwiegend Miliz sowie einige Spezialeinheiten der Armee die Gewaltaktionen durchzuführen, während die Wehrpflichtigen nur zu Wach- und Patrouillen-Diensten eingesetzt werden.

Aufruf Lech Walesas

Folgender Aufruf Lech Walesas zirkuliert in Polen. Er sei über Abgesandte der Bischofskonferenz, die mit ihm sprechen konnten, nach außen gelangt.

„1. Wir dürfen uns nicht zerschlagen lassen.
2. Unterstützt Massenstreiks in den größeren Betrieben und passiven Widerstand in den kleinen Betrieben.
3. Im Fall der Anwendung von Gewalt durch die Armee versucht, jegliches Blutvergießen zu vermeiden.
4. Schließen wir uns zusammen. Zeigen wir, daß unsere Gewerkschaft lebt und noch handlungsfähig ist."

facher Räumung die Betriebe immer von neuem besetzt worden sind, wie die Danziger und Stettiner Werften, sollen sie vorerst ganz geschlossen werden. „Bis jetzt haben sie uns im Fernsehen nur einen Betrieb gezeigt, wo normal gearbeitet wird, die Medikamentenfabrik Polfa. Und warum? Weil Solidarität bei der Herstellung von Medikamenten den Streik ablehnt ...", erklärten Arbeiter einem afp-Korrespondenten in den besetzten FSO-Fiat-Werken in Warschau. Nicht bestreikt werden auch Betriebe der Lebensmittelverarbeitung und des Einzelhandels, sowie die städtischen Nahverkehrsbetriebe; die letzteren stehen direkt unter Kriegsrecht, d.h. Arbeitsverweigerung kann mit dem Tod bestraft werden. – Bei gewaltsamen Betriebsräumungen und bei Straßendemonstrationen hat es eine unbestimmte Zahl von Toten und Verwundeten gegeben. Das wird aus Kattowitz, Warschau und Danzig gemeldet. Nur der Einsatz von Schußwaffen in der Kohlegrube Wujek hat der polnische und sowjetische Rundfunk zugegeben. In Warschau versammeln sich große Menschenmengen um auf der Straße ausgelegte Blumenkreuze. – In der Kohlengrube „Ziemowit" bei Kattowitz haben sich 1300 Arbeiter unterta-

dem Riesenstahlwerk Huta Katowice und in einem Chemiewerk bei Poznań. Das steht allerdings im Gegensatz zu den Anweisungen der regionalen Streikkomitees, die Betriebsanlagen zu schützen. – In allen industriellen Zentren sind tausende von Funktionären und aktiven Mitgliedern der „Solidarność" verhaftet worden. Die Zahlen aller „Internierten" werden zwischen 25000 und 45000 geschätzt. Außerhalb

Eine Woche nach dem Putsch

Warschaus und auf der Halbinsel Hela bei Danzig sollen zwei große Lager errichtet sein. Die Internierten müssen in ungeheizten Zelten und Baracken bei klirrender Kälte leben, oder in völlig überfüllten Gefängniszellen. Eine Reihe Inhaftierter, so der 94jährige Prof. Lipiński, einer der Begründer des KOR, und der Redakteur der Wochenzeitung der „Solidarność", Mazowiecki, sollen in Lebensgefahr schweben. Während fast alle Mitglieder der Führung der Gewerkschaft gefaßt sein sollen, sei der Warschauer Bezirksvorsitzende Bujak einem Gefangenen-

haftet. Sogar zwei Mitglieder des Politbüros der PVAP, Jan Labecki von der Lenin-Werft und M. Kubiak aus Wroclaw, seien verhaftet. Entlassen sind alle von der „Solidarität" gewählten oder bestätigten Fabrikdirektoren. – Meldungen über Soldaten-Meutereien häufen sich. Bisher scheinen noch immer vorwiegend Miliz sowie einige Spezialeinheiten der Armee die Gewaltaktionen durchzuführen, während die Wehrpflichtigen nur zu Wach- und Patrouillen-Diensten eingesetzt werden.

Aufruf Lech Walesas

Folgender Aufruf Lech Walesas zirkuliert in Polen. Er sei über Abgesandte der Bischofskonferenz, die mit ihm sprechen konnten, nach außen gelangt.
„1. Wir dürfen uns nicht zerschlagen lassen.
2. Unterstützt Massenstreiks in den größeren Betrieben und passiven Widerstand in den kleinen Betrieben.
3. Im Fall der Anwendung von Gewalt durch die Armee versucht, jegliches Blutvergießen zu vermeiden.
4. Schließen wir uns zusammen. Zeigen wir, daß unsere Gewerkschaft lebt

Gleich nachdem die Nachrichten über den Militärputsch in Polen bekannt geworden waren, haben in zahlreichen Städten der BRD Protestaktionen stattgefunden, oder trafen sich örtliche Aktionseinheiten, um Aktionen vorzubereiten. In *Westberlin* demonstrierten schon am Sonntag 600 auf einen Aufruf des Besetzerrates hin. Am Montag waren dann zwischen 1500 und 3000 auf der Straße; die Alternative Liste, das Komitee „Solidarität mit Solidarność" und eine Reihe politischer Organisationen hatten aufgerufen. In Westberlin war es dann der DGB, der für den Samstag zu einer eigenen Kundgebung aufrief, mit Sickert und einem Vertreter der „Solidarność" als Hauptrednern.

An anderen Orten waren es durchweg politische Aktionseinheiten, die die Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen trugen, in Zusammenarbeit mit örtlichen Polen-Solidaritätskomitees. Eine größere Zahl neuer Initiativen haben sich gegründet.

Demonstriert wurde u.a. (unser Überblick wird keineswegs vollständig sein) in *Kiel* (250), *Hamburg* (800 bis 1000), *Bremen* (1000), *Hannover* (150 bis 200), *Braunschweig* (300), *Bielefeld* (200), *Detmold*, *Dortmund* (600), *Gelsenkirchen* (120), *Köln* (600 am Montag, am Samstag 2000), *Aachen* (100), *Frankfurt* (500 am Dienstag, am Samstag 1000), *Darmstadt* (100), *Heidelberg* (400), *Mannheim* (500), *Trier* (120), *Saarbrücken* (250–300), *Karlsruhe* (80), *Stuttgart* (250), *Tübingen* (600), *Offenburg*, *Freiburg* und *München* (1000).

Veranstaltungen und kleinere Aktionen haben stattgefunden in Göttingen, Minden, Osnabrück, Recklinghausen, Düsseldorf, Mönchengladbach, Kassel, Bensheim, Würzburg, Erlangen, Nürnberg, Neckargemünd, Ludwigsburg, Esslingen – auch hier wieder ohne jede Vollständigkeit.

Nur in *Frankfurt* und *München* gab es (außer in Westberlin) Veranstaltungen des DGB mit je 400 Teilnehmern. Aber in mehreren Orten haben sich gewerkschaftliche Zusammenschlüsse und Initiativen gebildet. Das Bild blieb jedoch bestimmt von politischen Aktionseinheiten. An denen waren – je nach Vertretung am Ort – beteiligt: der KBW, die Grünen bzw. Grüne und Alternative Listen, GIM, SAG, KL, ISP, KPD, KABD, KB, BWK und Z-Gruppe. An verschiedenen Orten haben sich auch Sozialdemokraten, Jusos, Falken beteiligt. Friedensinitiativen u.a. örtliche Zusammenschlüsse waren öfters beteiligt, ebenso einzelne Sponti-Gruppen und eine Reihe von Allgemeinen Studentenausschüssen, insbesondere die Basisgruppen in den vds.

Im Verhältnis zur Bedeutung des Anlasses war die Beteiligung an den Demonstrationen und Aktionen keineswegs groß. Ein ganzes Bündel von Unsicherheiten, Ängsten und Vorurteilen ist offensichtlich nach wie vor zu überwinden.

Minden, Osnabrück, Recklinghausen, Düsseldorf, Mönchengladbach, Kassel, Bensheim, Würzburg, Erlangen, Nürnberg, Neckargemünd, Ludwigsburg, Esslingen – auch hier wieder ohne jede Vollständigkeit.

Nur in Frankfurt und München gab es (außer in Westberlin) Veranstaltungen des DGB mit je 400 Teilnehmern. Aber in mehreren Orten haben sich gewerkschaftliche Zusammenschlüsse und Initiativen gebildet. Das Bild blieb jedoch bestimmt von politischen Aktionseinheiten. An denen waren – je nach Vertretung am Ort – beteiligt: der KBW, die Grünen bzw. Grüne und Alternative Listen, GIM, SAG, KL, ISP, KPD, KABD, KB, BWK und Z-Gruppe. An verschiedenen Orten haben sich auch Sozialdemokraten, Jusos, Falken beteiligt. Friedensinitiativen u.a. örtliche Zusammenschlüsse waren öfters beteiligt, ebenso einzelne Sponti-Gruppen und eine Reihe von Allgemeinen Studentenausschüssen, insbesondere die Basisgruppen in den vds.

Im Verhältnis zur Bedeutung des Anlasses war die Beteiligung an den Demonstrationen und Aktionen keineswegs groß. Ein ganzes Bündel von Unsicherheiten, Ängsten und Vorurtei-

Gdańsk unter Kriegsrecht

Die letzten Stunden der Freiheit auf der Lenin-Werft

Letzte Korrespondentenberichte von B. Guetta aus *Le Monde*

**Gdansk unter Kriegsrecht
Die letzten Stunden der Freiheit auf der Lenin-Werft**

Der große Versammlungsraum dort unten, ungefähr 200 Meter vom Tor Nr. 2 entfernt, dem berühmten Tor der Lenin-Werft, das die Welt auf so vielen Fotos gesehen hat, ist vollkommen leer. Das nationale Streikkomitee, das sich am Sonntag gebildet hat, tagt woanders, sorgsam versteckt irgendwo in diesem Riesenkomplex von Kais, Winkeln, zig Werkstätten, Büros und Stahltüren, in dem Solidarność geboren wurde. Hat man mühsam einen Passierschein bekommen, weil man hier jedem und allem mißtraut, weiß man doch noch nicht, wo man sich hinwenden soll. Aber wenn einen schließlich einer erkennt, bekommt man ein Zeichen, bewegt sich in Windungen und Wendungen auf dem Werksgelände und stößt endlich auf die Delegierten.

„Nationales Streikkomitee", das ist wirklich zuviel gesagt. Tatsächlich sind hier nur die Delegierten der Lenin-Werft, Vertreter von 48 Betrieben aus Gdansk, vielleicht 20, die vom Apparat der „Solidarität" übriggeblieben sind, und ein Mitglied des Präsidiums, Waszkiewicz. Das ist wenig, aber am Sonntag war die Werft leer und heute – wir haben Montag, den 14. Dezember – sind die Arbeiter alle da, die Mütze auf dem Kopf, mit rot-weißen Armbinden – im Streik. Am Morgen, als sich hier 40 Vertreter des Betriebs und weitere 20 Arbeiter eingefunden hatten, glaubte man, nichts anderes tun zu können, als die Sache zu beobachten. In der Kantine, wo man sich am leichtesten finden konnte, entdeckte man einen, dann noch einen anderen, umarmte sich, lachte, dann wurde erzählt, wie man die Miliz an der Nase herumgeführt hatte und entkommen war. Aber was tun mit so wenigen?

Diesen Männern und Frauen war klar, daß man sie nur deshalb hatte zusammenkommen lassen, um sie um so besser alle auf einmal festnehmen zu können. Nach einer langen Debatte beschließen sie, die Werft vor 22 Uhr zu verlassen. Dann beginnt die am Nachmittag dekretierte Ausgangssperre. Man dankt es ihnen: Um 8 Minuten nach 2 in der Nacht von Montag auf Dienstag dringt die Miliz in die Werft ein. Die Ordnungskräfte zerstören die Vervielfältigungsgeräte und Schreibmaschinen, die ihnen in die Hände fallen, ziehen in Kolonnen durch die Werkstätten, verhaften 7 Aktivisten, legen ihnen Handschellen an und führen sie ab.

Der Tenor der Verlautbarungen des Militärrats des nationalen Heils ist, daß alles ruhig sei im Land und daß jeder an seinem Arbeitsplatz erscheinen muß. Unter diesen Bedingungen erscheint es verfehlt, die Werft durch Milizionäre besetzen zu lassen. Am Montag Morgen, dem ersten Tag des Ausnahmezustands, strömen also die Arbeiter in die Fabrik.

In den Vororten von Gdansk zieht die Armee auf, aber in der Stadt ist alles ruhig, normal. Diese Ruhe, das ist die Trumpfkarte der neuen Autorität: zu zeigen, daß allein die Proklamation des „nationalen Heils" genügt hat, um die Situation zu normalisieren, als ob jeder Pole nur darauf gewartet hätte. Die Menschen denken ihrerseits kaum daran, Barrikaden zu errichten. Sie haben Angst, sicher. Aber zur gleichen Zeit glauben sie nicht, wollen sie nicht glauben, daß die Freiheit vorbei ist. Komisches Katz- und Maus-Spiel, daß man den Arbeitern erlaubt, ihre Werft zu betreten, als ob nichts gewesen wäre. In weniger als einer Stunde sind polnische Fahnen, seit 15 Monaten Symbol des Streiks und des Kampfs für die Demokratie, an den Toren gehißt. Wachtruppen organisieren sich. Von den Dächern aus sucht man den Horizont ab. Höflich wird der Direktor angehört, der mit leisester Stimme aufruft, wieder an die Arbeit zu gehen und auf die Drohungen hinweist, die aus dem Kriegszustand folgen. Man mag ihn, diesen Direktor, flüstert sich, während er redet, zu: „Es ist nicht seine Schuld, sie haben ihn gezwungen." Und dann, nach diesen vergeblichen Ermahnungen, liest eine junge Arbeiterin mit lauter Stimme alle zehn Minuten die Streikerklärungen vor.

Auf der anderen Seite des Tors klatscht die Menge, die sich ebenfalls seit dem Morgen vergrößert hat, immer und immer wieder und ruft ohne Pause ihre Forderungen: sofortige Aufhebung des Kriegsrechts und Freilassung aller Gefangenen, deren Namen heruntergebetet werden. Sicher würde man lieber anderes hören, erfahren, daß Region nach Region, daß ganz Polen sich verweigert und daß

Fortsetzung auf Seite 4

Gewerkschaftliche Solidarität mit Solidarność

Stellungnahmen aus westdeutschen und internationalen Gewerkschaften

Der **Vorstand der IG Metall,** der am 15. und 16.12. in Frankfurt tagte, hat ein zentrales Spendenkonto für Geld und Medikamentensammlungen eingerichtet und will einen zentralen Transport von Hilfsgütern nach Polen organisieren. Nach den Worten ihres Vorsitzenden Loderer erwartet die IG Metall von der polnischen Regierung, daß sie die Gewerkschaft „Solidarität“ und ihre Mitglieder nicht wie innere Feinde bekämpft, sondern die mit den Gewerkschaften getroffenen Vereinbarungen einhält. Die Unterdrückung von Gewerkschaftskollegen werde die internationale Solidarität auf den Plan rufen.

Eine Delegation der Lenin-Werft in Gdansk und des dortigen Regionalkomitees von Solidarność hatten ein Telegramm an den Vorstand der IG Metall gerichtet, in dem es heißt, die UdSSR solle durch die Arbeiterbewegung davor gewarnt werden, zu intervenieren. Die Delegation hält sich zur Zeit auf Einladung der Arbeitskammer in Bremen auf. Die polnischen Gewerkschafter rufen ihre deutschen Kollegen dringend zu „öffentlichen gewerkschaftlichen Solidaritätsbekundungen und Demonstrationen noch in dieser Woche“ auf.

Der **Internationale Metallgewerkschaftsbund** hat an seine angeschlossenen Organisationen appelliert, zur Wiedereinsetzung der Gewerkschaftsrechte in Polen größtmöglichen Druck auszuüben. Der Generalsekretär des IMB, Rebhan, sagte in Genf: „Der IMB wird der Internationalen Arbeitsorganisation eine Klage wegen Verletzung der IAO-Übereinkommen vorlegen. Er fordert des weiteren seine 170 Mitgliedsverbände auf, Prostestschreiben an die polnischen Botschaften zu unterstützen und deutlich zu machen, daß die Beziehungen zwischen dem Westen und den Ostblockländern gefährdet werden, wenn die Führer von Solidarität nicht freigelassen, Gewerkschaftsrechte nicht wiedereingesetzt werden und der Dialog zwischen den polnischen Arbeitnehmern und Behörden nicht wiederaufgenommen wird. In der Zwischenzeit werden wir Aktionen der arbeitenden Bevölkerung Polens zur Wiedergewinnung ihrer Gewerkschaftsrechte mit allen verfügbaren Mitteln unterstützen.“

Der **Internationale Bund Freier Gewerkschaften** hat unterdessen eine Einstellung aller direkten Hilfen westlicher Regierungen für Polen gefordert. Die 130 angeschlossenen Gewerkschaftsbünde in 92 Ländern sollen auf ihre jeweilige Regierung einwirken, der polnischen Regierung vor allem keine Le-

Der **Internationale Metallgewerkschaftsbund** hat an seine angeschlossenen Organisationen appelliert, zur Wiedereinsetzung der Gewerkschaftsrechte in Polen größtmöglichen Druck auszuüben. Der Generalsekretär des IMB, Rebhan, sagte in Genf: „Der IMB wird der Internationalen Arbeitsorganisation eine Klage wegen Verletzung der IAO-Übereinkommen vorlegen. Er fordert des weiteren seine 170 Mitgliedsverbände auf, Prostestschreiben an die polnischen Botschaften zu unterstützen und deutlich zu machen, daß die Beziehungen zwischen dem Westen und den Ostblockländern gefährdet werden, wenn die Führer von Solidarität nicht freigelassen, Gewerkschaftsrechte nicht wiedereingesetzt werden und der Dialog zwischen den polnischen Arbeitnehmern und Behörden nicht wiederaufgenommen wird. In der Zwischenzeit werden wir Aktionen der arbeitenden Bevölkerung Polens zur Wiedergewinnung ihrer Gewerkschaftsrechte mit allen verfügbaren Mitteln unterstützen.“

Der **Internationale Bund Freier Gewerkschaften** hat unterdessen eine Einstellung aller direkten Hilfen westlicher Regierungen für Polen gefordert. Die 130 angeschlossenen Gewerkschaftsbünde in 92 Ländern sollen auf ihre jeweilige Regierung einwirken, der polnischen Regierung vor allem keine Le-
bensmittelhilfe mehr zu gewähren, es sei denn, es werde sichergestellt, daß die Güter von unabhängigen Organisationen, etwa der Kirche oder privaten Gruppen, verteilt würden. Man solle den Machthabern in Polen nicht dazu verhelfen, sich als Krisenbewältiger zu profilieren, solange polnische Gewerkschafter eingekerkert seien.

Auf einer Veranstaltung des **DGB-Kreises Frankfurt** haben am Donnerstag die etwa 350 Teilnehmer folgende Resolution verabschiedet:

„In Polen herrscht das Kriegsrecht. Die Rechte der unabhängigen Gewerkschaft ‚Solidarität‘ und des polnischen Volkes, die zu erkämpfen so viel Kraft, Mut und Opfer gekostet hat, sind liquidiert. Wir erklären als Gewerkschafter: unsere ganze Sympathie gilt den polnischen Kollegen und dem polnischen Volk. Wir sehen es als die unbedingte Pflicht aller Gewerkschaften an, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, moralische, politische und materielle Unterstützung zu leisten, damit die erkämpften politischen, demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten wiederhergestellt werden können und das polnische Volk seine gesellschaftlichen Probleme souverän und ohne Einmischung von außen lösen kann. Als Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes haben wir ein ganz besonderes Interesse daran, daß das polnische Volk und die polnischen unabhängigen Gewerkschaften die tätige Solidarität der Lohnabhängigen erfahren können.

Wir fordern:
– Sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Polen
– Sofortige Freilassung aller verhafte-



Kundgebung in Frankfurt am 19.12. zur Unterstützung von „Solidarność“. Es spricht H.-G. Fritz, Betriebsratsvorsitzender der „Frankfurter Rundschau“ und Kreis-Vorsitzender der IG Druck und Papier.



Kundgebung in Frankfurt am 19.12. zur Unterstützung von „Solidarność“. Es spricht H.-G. Fritz, Betriebsratsvorsitzender der „Frankfurter Rundschau“ und Kreis-Vorsitzender der IG Druck und Papier.

schafter: unsere ganze Sympathie gilt den polnischen Kollegen und dem polnischen Volk. Wir sehen es als die unbedingte Pflicht aller Gewerkschaften an, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, moralische, politische und materielle Unterstützung zu leisten, damit die erkämpften politischen, demokratischen und gewerkschaftlichen Rechte und Freiheiten wiederhergestellt werden können und das polnische Volk seine gesellschaftlichen Probleme souverän und ohne Einmischung von außen lösen kann. Als Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes haben wir ein ganz besonderes Interesse daran, daß das polnische Volk und die polnischen unabhängigen Gewerkschaften die tätige Solidarität der Lohnabhängigen erfahren können.
Wir fordern:
– Sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Polen
– Sofortige Freilassung aller verhafte-
ten Gewerkschafter
– Sofortige Zulassung der unabhängigen Gewerkschaften und Wiederherstellung des uneingeschränkten Streikrechtes
– Selbstbestimmungsrecht des polnischen Volkes.“

Weiter wurde beschlossen:
„Die Teilnehmer der Veranstaltung des DGB-Kreises Frankfurt ... fordern den DGB auf
– in Absprache mit den erreichbaren Kollegen der ‚Solidarität‘ Patenschaften für Teile der Solidarität zu übernehmen,
– die materielle Unterstützung in Absprache weiter zu betreiben,
– die örtlichen Veranstaltungen in Betrieben, Verwaltungsstellen und Schulen durchzuführen,
– in Zusammenarbeit mit Juristen und amnesty international gewerkschaftliche Delegationen nach Polen zu schicken, um die Freilassung von Gewerkschaftern durchzusetzen,
– umgehend und unbürokratisch die notwendigen Unterhalts- und Fahrtkosten der Kollegen der ‚Solidarität‘, die zur Zeit in der Bundesrepublik sind, zu übernehmen;
– die Teilnehmer der Veranstaltung halten es für notwendig, daß sich örtliche gewerkschaftliche Solidaritätskomitees bilden, um sowohl praktische humanitäre Hilfe zu organisieren als auch über den schweren Kampf der polnischen Kollegen aufzuklären und zu berichten.
– Sie fordern zur Teilnahme an der Demonstration am 19.12. in Frankfurt auf und sie erwarten vom DGB, daß er ebenfalls zur Teilnahme an dieser De-

trieben, Verwaltungsstellen und Schulen durchzuführen,
– in Zusammenarbeit mit Juristen und amnesty international gewerkschaftliche Delegationen nach Polen zu schicken, um die Freilassung von Gewerkschaftern durchzusetzen,
– umgehend und unbürokratisch die notwendigen Unterhalts- und Fahrtkosten der Kollegen der ‚Solidarität‘, die zur Zeit in der Bundesrepublik sind, zu übernehmen;
– die Teilnehmer der Veranstaltung halten es für notwendig, daß sich örtliche gewerkschaftliche Solidaritätskomitees bilden, um sowohl praktische humanitäre Hilfe zu organisieren als auch über den schweren Kampf der polnischen Kollegen aufzuklären und zu berichten.
– Sie fordern zur Teilnahme an der Demonstration am 19.12. in Frankfurt auf und sie erwarten vom DGB, daß er ebenfalls zur Teilnahme an dieser De-
monstration aufruft.“

Bereits am Sonntag, den 13.12., hatte die **Landesvertreterversammlung der GEW Nordrhein-Westfalen** in Gelsenkirchen eine Resolution verabschiedet, in der es heißt: „Die Landesvertreterversammlung der GEW in Nordrhein-Westfalen wendet sich gegen jeglichen Versuch staatlicher Organe, das Recht der arbeitenden Bevölkerung auf autonome gewerkschaftliche Organisierung und freie gewerkschaftliche Betätigung einzuschränken ... Wir fordern den DGB- und GEW-Hauptvorstand auf, ihren internationalen Einfluß geltend zu machen, daß die staatlichen Repressionsmaßnahmen zurückgenommen und die gewerkschaftlichen und politischen Rechte in Polen wiederhergestellt werden.“ Die Landesvertreterversammlung der GEW hat außerdem eine Unterschriftensammlung unter eine Solidaritäts-Resolution beschlossen.

Vom **DGB-Hauptvorstand** ist bis jetzt der Beschluß vom 14.12. bekannt, in dem es heißt: „Der DGB ... verurteilt die durch den Militärrat verfügten Maßnahmen gegen die polnische Gewerkschaft und die Internierung ihrer Führung. Der DGB erklärt seine volle Sympathie mit der unabhängigen Gewerkschaft ‚Solidarität‘ und ihrer Führung ... Er erklärt erneut seine Bereitschaft, den polnischen Arbeitnehmern bei der Bewältigung der Krise zu helfen. Dafür aber ist es unerläßlich, daß der DGB auch weiterhin mit ihren gewählten Vertretern frei zusammenarbeiten kann.“

Letzte Meldungen

In Zürich trafen sich Funktionäre und Mitglieder der „Solidarität“, die vom Putsch im Ausland überrascht worden sind. Sie vereinbarten die Errichtung eines Europäischen Informationsbüros der „Solidarität“ in Schweden, sowie die Einrichtung von Aktionsgruppen in den Gastländern. Gefordert wurden wirtschaftliche Sanktionen gegen die polnische Militärregierung und die andern Paktstaaten. Die gegenwärtigen Ereignisse in Polen seien als direktes Eingreifen der Sowjetunion zu betrachten. Die Internierungslager müßten dringend durch Vertreter des Roten Kreuzes auf die Haftbedingungen hin überprüft werden. – Eine nächste Konferenz soll am 10. Januar in Frankfurt/M. stattfinden.

•

In einem Internierungslager in Polen soll der Chefredakteur der Wochenzeitung von „Solidarność“, Mazowiecki, bereits gestorben sein, berichten Polen im Ausland. Internationaler Druck zur Überprüfung der Haftbedingungen sei jetzt vordringlich.

•

In Frankreich ist ein einstündiger Proteststreik, zu dem die Gewerkschaften CFDT, FO und andere (nicht aber die CGT) aufgerufen hatten, in Solidarität mit den polnischen Arbeitern weithin befolgt worden.

Offener Beifall, vorsichtige Kritik

Stellungnahmen der DDR, der VR China, Rumäniens und Jugoslawiens

Honecker sei genauso bestürzt über die Ereignisse in Polen wie er selbst, wußte Kanzler Schmidt zum Abschluß seines DDR-Besuchs der Presse zu erzählen. Wie bestürzt Honecker war, konnte man am Dienstag einer Erklärung der amtlichen Nachrichtenagentur der DDR, ADN, entnehmen: die vom Militärrat der nationalen Errettung Polens getroffenen Maßnahmen hätten „die uneingeschränkte Unterstützung der DDR“ gefunden, hieß es. Bestimmte Hoffnungen und Spekulationen, gestützt auf die konterrevolutionären Kräfte in Polen, die sozialistische Ordnung zu beseitigen und Polen aus dem Warschauer Pakt herauszubrechen, „waren und sind auf Sand gebaut“. Ähnlich klingt es in ungarischen und bulgarischen Verlautbarungen. Wenn in diesen Stellungnahmen allerdings noch davon geredet wird, daß die Frage eine „innere Angelegenheit Polens“ sei, wird in tschechoslowakischen Kommentaren, so in der Gewerkschaftszeitung „Prace“, eher in den Vordergrund gestellt, daß die in Polen ergriffenen Maßnahmen „vitalen Interessen des ganzen sozialistischen Lagers“ dienten.

Aus der VR China ist gegenwärtig nur eine offiziell Stellungnahme eines Sprechers des Außenministeriums be-

Stellungnahmen der DDR, der VR China, Rumäniens und Jugoslawiens

Honecker sei genauso bestürzt über die Ereignisse in Polen wie er selbst, wußte Kanzler Schmidt zum Abschluß seines DDR-Besuchs der Presse zu erzählen. Wie bestürzt Honecker war, konnte man am Dienstag einer Erklärung der amtlichen Nachrichtenagentur der DDR, ADN, entnehmen: die vom Militärrat der nationalen Errettung Polens getroffenen Maßnahmen hätten „die uneingeschränkte Unterstützung der DDR“ gefunden, hieß es. Bestimmte Hoffnungen und Spekulationen, gestützt auf die konterrevolutionären Kräfte in Polen, die sozialistische Ordnung zu beseitigen und Polen aus dem Warschauer Pakt herauszubrechen, „waren und sind auf Sand gebaut“. Ähnlich klingt es in ungarischen und bulgarischen Verlautbarungen. Wenn in diesen Stellungnahmen allerdings noch davon geredet wird, daß die Frage eine „innere Angelegenheit Polens“ sei, wird in tschechoslowakischen Kommentaren, so in der Gewerkschaftszeitung „Prace“, eher in den Vordergrund gestellt, daß die in Polen ergriffenen Maßnahmen „vitalen Interessen des ganzen sozialistischen Lagers“ dienten.
Aus der VR China ist gegenwärtig nur eine offiziell Stellungnahme eines Sprechers des Außenministeriums be-
kannt: China habe immer die Auffassung vertreten, daß die polnischen Angelegenheiten durch das eigene Volk geregelt werden sollten. „Wir sind entschieden gegen eine Einmischung von außen.“ Die chinesische Regierung hoffe, daß die polnischen Probleme friedlich gelöst werden könnten.

Das Zentralorgan der rumänischen KP, „Scienteia“, lehnt jede äußere Einmischung in Polen ab, schreibt jedoch: „Die öffentliche Meinung Rumäniens war seit einiger Zeit besorgt wegen der Aktivitäten der antisozialistischen Kräfte, die die Wirtschaft desorganisierten und die das soziale und politische Leben chaotisierten, wobei sie die Sache des Sozialismus und die Unabhängigkeit Polens in Gefahr brachten ... Die Partei und die rumänische Regierung sind der Auffassung, daß Polen über die notwendigen Kräfte verfügt, um Ordnung und Disziplin wiederherzustellen, und sie hoffen, daß die jetzt ergriffenen Maßnahmen zur Überwindung der Schwierigkeiten beitragen, die durch die das Land schwächenden und seine nationale Souveränität gefährdenden Aktionen der antigesellschaftlichen Kräfte hervorgerufen wurden.“

Ein Sprecher der jugoslawischen Regierung sagte am Dienstag, allein das polnische Volks sei aufgerufen, eine Lösung der Krise zu finden, auf Basis der vollen Souveränität des Landes.

geregelt werden sollten. „Wir sind entschieden gegen eine Einmischung von außen.“ Die chinesische Regierung hoffe, daß die polnischen Probleme friedlich gelöst werden könnten.
Das Zentralorgan der rumänischen KP, „Scienteia“, lehnt jede äußere Einmischung in Polen ab, schreibt jedoch: „Die öffentliche Meinung Rumäniens war seit einiger Zeit besorgt wegen der Aktivitäten der antisozialistischen Kräfte, die die Wirtschaft desorganisierten und die das soziale und politische Leben chaotisierten, wobei sie die Sache des Sozialismus und die Unabhängigkeit Polens in Gefahr brachten ... Die Partei und die rumänische Regierung sind der Auffassung, daß Polen über die notwendigen Kräfte verfügt, um Ordnung und Disziplin wiederherzustellen, und sie hoffen, daß die jetzt ergriffenen Maßnahmen zur Überwindung der Schwierigkeiten beitragen, die durch die das Land schwächenden und seine nationale Souveränität gefährdenden Aktionen der antigesellschaftlichen Kräfte hervorgerufen wurden.“
Ein Sprecher der jugoslawischen Regierung sagte am Dienstag, allein das polnische Volks sei aufgerufen, eine Lösung der Krise zu finden, auf Basis der vollen Souveränität des Landes.
Er drückte die Hoffnung aus, daß ein „demokratischer Weg der sozialistischen Erneuerung“ gefunden würde.

Fortsetzung von Seite 3

Die letzten Stunden ...

Lech Walesa triumphierend auf dem Weg zur Werft ist. Das ist weit von der Wirklichkeit entfernt. Aber diese Monotonie der Erklärungen liefert ein Gegengift gegen das, was Radio und Fernsehen seit Sonntag, 6 Uhr früh, den Menschen einhämmern ...

Warschau unter dem Schock

Dienstag, 15. Dezember. Warschau. – Nur zu bekannte Bilder von Frauen, deren Mann oder Sohn, oder beide, oder noch ein Kind dazu, verhaftet worden sind, und die anfangen, von Polizeistation zu Polizeistation zu laufen, um Informationen zu erhalten, warme Kleider oder Medikamente abzugeben ... Listen von „Internierten“ liegen bei den Pfarrgemeinden, den Bischöfen, beim Verein intellektueller Katholiken (noch nicht verboten), in den Universitäten, bei den Arbeitsstätten. Am Dienstag, dem 15. Dezember, machen erste Gerüchte über die Haftbedingungen im Gefängnis Bialoleka in der Region Warschau die Runde. Man spricht von Gefangenen, die zu siebt oder acht auf wenigen Quadratmetern in Zellen ohne Fenster zusammengepfercht wurden oder, im entgegengesetzten Fall, bei offenem Fenster den Winterstürmen ausgesetzt sind.

Am frühen Dienstag nachmittag hat die Regierung der Kirche gegenüber, die das nachdrücklich fordert, noch keine Erklärung über die genaue Zahl der Verhaftungen abgegeben. Die wahrscheinlichsten Schätzungen gehen über zehntausend. Manche katholische Intellektuelle, gewichtige Persönlichkeiten, sprechen von mehreren zehntausend. Ein Beispiel: Dienstag, am späten Morgen, wurden 50 Mitglieder der Akademie der Wissenschaften festgenommen, weil sie eine Versammlung zur Unterstützung ihrer gefangenen Kollegen organisieren wollten. Auch zahlreiche Fabrikdirektoren wurden verhaftet. Viele Mitglieder der Planungskommission wurden entlassen und werden verfolgt und überwacht ...

Der Apparat der Solidarität war auf die Illegalität total unvorbereitet und ist zusammengebrochen ... In drei Tagen Kriegszustand hat sich eine erschreckende Trostlosigkeit über Polen gesenkt und man kann sich immer weniger vorstellen, daß der Militarisierung des Landes nicht bald noch ernstere Dinge folgen. Ordnung herrscht noch nicht, weder in Warschau noch im Rest des Landes. Unbestätigten, aber hartnäckigen Gerüchten zufolge ist es zu heftigen Zusammenstößen in der Region Krakau gekommen und haben die wichtigsten Betriebe von Wroclav am Dienstag gestreikt ...

Anfängliches Verständnis und spätere Ernüchterung

Die westlichen Banken zum Militärputsch

„Laut wagt es kein westlicher Bankier zuzugeben, hinter vorgehaltener Hand aber wird kräftig aufgeatmet: Seit das Militär in Polen die Macht übernommen hat, kann man das heruntergewirtschaftete Land wieder als besseren Schuldner einschätzen. Auch die Tatsache, daß Polen soeben um Zahlungsaufschub für 350 Millionen seiner bis Jahresende fälligen 500-Millionen-Dollar-Zinsschuld bitten mußte, dürfte an diesem Stimmungsumschwung nicht viel ändern.“ (Frankfurter Rundschau, 17.12.)

Inzwischen ist das insgeheime Händereiben der Frankfurter Shylocks, die sich ihr Pfund Fleisch vom lebendigen Leib der polnischen Arbeiter herauszuschneiden hofften, deutlicher Ernüchterung gewichen; alles spricht dafür, daß der Gewaltakt des Militärrats das Land erst recht in einer Wirtschaftskatastrophe führen muß, zumal der Widerstand der Arbeiter noch keineswegs gebrochen ist.

Die Gesamtschulden Polens bei westlichen Banken und Regierungen sind inzwischen auf 25–27 Mrd. $, d.h. rund 60 Mrd. DM aufgelaufen. Zugleich beträgt die Verschuldung an die Sowjetunion und andere RGW-Staaten nochmals einige Milliarden; und durch Verkauf ihrer Goldreserven hat die Sowjetunion seit dem letzten Jahr systematisch westliche Schuldtitel auf Polen übernommen. Sie vervielfacht damit ihre Erpressungshebel gegen Polen, während sie zugleich die letzte Pressionsmaßnahme der westlichen Banken im Falle eines polnischen Staatsbankrotts hinausschiebt: nämlich die Sperrung aller weiteren Kredite an die Ostblock-Staaten insgesamt, die Sowjetunion eingeschlossen.

Unmittelbar vor dem Putsch hatte die polnische Regierung den westlichen Banken – deren Gesamtkonsortium von der Dresdner Bank geführt wird, die sich mit den größten Kreditsummen in Polen engagiert hat – mitgeteilt, daß sie nunmehr auch die vierteljährliche Zinszahlung von 500 Mio. $ nicht werde zahlen können. An den pünktlichen Eingang dieser Zahlungen aber banden die Bankiers den Abschluß des Gesamtabkommens über die Umschuldung der Gesamtverpflichtungen Polens. Die Mitteilung wirkte wie eine Bombe. Es gilt keineswegs als ausgeschlossen, daß bei einem vollständigen Verlust der Polen-Kredite selbst einige größere Banken, die Dresdner eingeschlossen, über den Deister gehen könnten. Von der polnischen Regierung selbst mit einem Geheimdokument über die Wirtschaftsentwicklung (im Sinne der vom IWF geforderten „Offenlegung“) gespickt, stieg unter den westlichen Bankiers das eingangs zitierte „Verständnis“ für den Putsch, der auf dem Fuße folgte. Die Zähmung der polnischen Arbeiterbewegung wurde zu einem internationalen Anliegen, in einem Leitartikel der Londoner „Times“ am 16.12. folgendermaßen zusammengefaßt:

„Die Radikalen in Solidarność haben eindeutig überzogen ... Wenn einer von ihnen noch denken sollte, sie könnten mit Gewalt gewinnen, werden sie wahrscheinlich bald eines besseren belehrt werden, weil die Sowjetunion das nicht zulassen würde ... Das ideale Ergebnis der gegenwärtigen Konfrontation (wörtlich!) wäre ein Handel (‚deal‘), in welchem Solidarność ihre allgemeine Unterstützung für die wirtschaftliche Erholung geben würde und im Gegenzug strukturelle Änderungen in den wirtschaftlichen und politischen Strukturen erhielte. Sie müßte zum Beispiel die Aufgabe der Forderung nach freien Samstagen anbieten.“

Behindertenvereine und Gewerkschaften

Von Franz Dick

Mit großem Aufwand wurde Anfang des Jahres mit einer Großveranstaltung in Dortmund das „Jahr der Behinderten“ eröffnet. Bundespräsident Carstens war Gast. Als für das „Krüppeltribunal“ am 12./13. Dezember in Dortmund Räume gesucht wurden, da mußten die Selbsthilfegruppen, die das Tribunal organisierten, auf einen Gemeindesaal in einem Vorort ausweichen. – In der damaligen Ohrfeige eines Behinderten an Carstens war die Erwartung zum Ausdruck gebracht worden, daß staatlicherseits vom „Jahr der Behinderten“ nicht viel zu erwarten sei. – Auf die Frage, was das „Jahr der Behinderten“ wohl gebracht habe, antwortete eine Behinderte im WDR: „Vor allem ein gestiegenes Bewußtsein bei den Behinderten selbst, die Bereitschaft, in der Öffentlichkeit ihre Lage zu erörtern und ihre Interessen zu vertreten.“

„Behinderung“ – meist werden damit körperliche Lähmungen, Unfallfolgen oder Fehlbildungen verbunden, gut sichtbar und handgreiflich in den Auswirkungen. Die wirkliche Vielfalt von Behinderung will ich deutlich machen, indem ich einige Vereine von Behinderten nenne, die wenig bekannt sind: Bundesverband der Kehlkopflosen; Bundesverband für die Rehabilitation der Aphasiker (nicht sprechen können oder gesprochene Sprache nicht verstehen können); Bundesvereinigung Stotterer-Selbsthilfe; Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung von Muskelkrankheiten (bekannt sind 17 Formen von – meist erblichem – Muskelschwund durch Muskelzerfall); Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Mucoviscidose (eine Krankheit, die fortschreitend zum Ausfall wichtiger Drüsen führt); Deutsche Hämophiliegesellschaft zur Bekämpfung von Bluterkrankheiten; Deutsche ILCO (Behinderung durch künstlichen Darmausgang nach Entfernung von Darmteilen nach Krebs); Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft; Deutsche Zöliakie-Gesellschaft (Unverträglichkeit für bestimmte Nahrung durch Schädigung der Dünndarmschleimhaut); Frauenselbsthilfe nach Krebs; Schutzverband der Impfgeschädigten. – Daß die Vereine und Verbände insgesamt eine gesellschaftliche Kraft darstellen, wird schon an der Anzahl der Mitglieder deutlich. So hat die 1958 gegründete Lebenshilfe für geistig Behinderte an die hunderttausend, der VdK (Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner) gar 1,3 Mio. – Auch nach ihrem Selbstverständnis unterscheiden sich die Vereine: Die CeBeFs (Clubs Behinderter und ihrer Freunde) haben sich in bewußter Absetzung von den Eltern-

Einige Maßnahmen im „Jahr der Behinderten“

● 1968 wurde in München das erste sozialpädiatrische Zentrum für Frühförderung gegründet. 1978 plante das Ministerium für Arbeit und Sozialord-

Muskelschwund durch Muskelzerfall); Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Mucoviscidose (eine Krankheit, die fortschreitend zum Ausfall wichtiger Drüsen führt); Deutsche Hämophiliegesellschaft zur Bekämpfung von Bluterkrankheiten; Deutsche ILCO (Behinderung durch künstlichen Darmausgang nach Entfernung von Darmteilen nach Krebs); Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft; Deutsche Zöliakie-Gesellschaft (Unverträglichkeit für bestimmte Nahrung durch Schädigung der Dünndarmschleimhaut); Frauenselbsthilfe nach Krebs; Schutzverband der Impfgeschädigten. – Daß die Vereine und Verbände insgesamt eine gesellschaftliche Kraft darstellen, wird schon an der Anzahl der Mitglieder deutlich. So hat die 1958 gegründete Lebenshilfe für geistig Behinderte an die hunderttausend, der VdK (Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner) gar 1,3 Mio. – Auch nach ihrem Selbstverständnis unterscheiden sich die Vereine: Die CeBeFs (Clubs Behinderter und ihrer Freunde) haben sich in bewußter Absetzung von den Eltern-

arbeit zur Durchsetzung staatlicher Maßnahmen.

Unabhängig davon, in welche Richtung die verschiedenen Zusammenschlüsse gehen, – daß Behinderte sich zusammenschließen, ist Ausdruck ihrer besonderen Situation, ihrer schlechteren Voraussetzungen, an den verschiedenen Seiten des gesellschaftlichen Lebens in gleicher Weise teilzunehmen, der sich daraus ergebenden Benachteiligung und eventuell Diskriminierung; im Ansatz drückt sich darin aus, daß Behinderung – was immer ihre Ursache – nicht als individuell-zufälliges Problem gesehen und behandelt wird, sondern als Problem von gesellschaftlichen Gruppen. Es drückt sich ein *gesellschaftliches* Umgehen mit dem Problem der Behinderung aus. – Die Zusammenschlüsse der Behinderten stehen von daher von vorneherein in einem bestimmten Widerspruch zum Staat, weil sie praktisch davon ausgehen, daß zur Kompensierung der Behinderung gesellschaftlich besondere Aufwendungen zu machen sind, wofür zu Recht Sozialausgaben oder Versicherungen in Anspruch genommen werden. – Deshalb ist es ganz falsch, Zusammenschlüsse der Behinderten bloß daran zu messen, welchen Weg sie politisch einschlagen, welche ideologischen Kompromisse sie vielleicht machen mit dem Staat oder mit den Kirchen, oder an dem bürokratischen Funktionärstum, das sich vielleicht bildet.

Zweifellos haben die Zusammenschlüsse der Behinderten bis jetzt einiges zur Verbesserung ihrer Lage erreicht. So wird z.B. ein Teil der geistig stark behinderten und der autistischen Kinder erst seit Mitte der 70er Jahre überhaupt beschult; im Bundessozialgesetz ist Anspruch auf individuelle „Eingliederungshilfe“ (welch vielsagender Staatsbegriff!), das sind heilpädagogische Förderungsmaßnahmen, verankert; Pflegegeld für Familien, die besondere zeitliche und materielle Aufwendungen für Schwerstbehinderte in der Familie haben. – Man kann gleichwohl nicht sagen, daß sich etwas Grundlegendes an der Situation der Behinderten geändert hätte. Wichtige Bedingungen der Lage der Behinderten sind:

– Dem Bedarf an besonderer Ausbildung und besonderer Pflege kommt der Staat im großen und ganzen so entgegen, daß die besonderen Aufwendungen verbunden sind mit zentralisierten und gleichzeitig abgelegenen Sondereinrichtungen, kleinen oder großen Ghettos; wie den verschiedenen Sonderschulen und Pflegeheimen; wodurch den Behinderten verwehrt wird, die gleichen Erfahrungen zu machen wie die Nichtbehinderten, und umgekehrt den Nichtbehinderten verwehrt wird, Erfahrungen mit Behinderten zu machen – so daß am Ende wegen der so aufgebauten Barrieren bei vielen Menschen heftig über „Vorurteile“ geklagt werden kann. (Wenn gegenwärtig *besondere Ausbildung* meist in der Form *ausgesonderter Ghettos* stattfinden, so ist es doch keineswegs richtig, beides einfach miteinander zu identifizieren.)

– Die besonderen Aufwendungen für Behinderte werden individuell-gesondert gegeben, so daß die einzelnen Behinderten und auch die Vereine in die Abhängigkeit von der damit verbundenen Sozialamts-Bürokratie gebracht werden. – Man kann davon ausgehen, daß ein Großteil des gesetzlich zustehenden Pflegegeldes für Familien mit Behinderten gar nicht in Anspruch genommen wird – schon aus Furcht vor der entwürdigenden Bürokratie. – In größerem Maßstab wird diese Abhängigkeit deutlich, wenn in NRW gegenwärtig die staatlichen Zuwendungen für die Schulen freier Träger (also der Lebenshilfe-Sonderschule in gleicher Weise wie dem kirchlichen Gymnasium) kurzerhand gekürzt werden.

– Im großen und ganzen sind die staatlichen Zuwendungen an die besonderen Einrichtungen (z.B. Zuwendungen des Landschaftsverbandes NRW an die Sonderkindergärten) so kalkuliert, daß die materielle Ausstattung derselben (im Beispiel vor allem Spielzeug) durch Basare, Versteigerungen, also durch *Spenden*, finanziert werden muß. (Gegen ein Foto in der Lokalpresse macht die örtliche Sparkasse auch schon mal bei einer Nikolausfeier einen 500er locker – für eine ganze Schule!) – Nach wie vor beruht ein Großteil der Leistungen für Behinderte nicht auf einem gesellschaftlichem *Rechtsanspruch*, sondern auf *Mitleid*. (Die Gemahlin des Herrn Bundespräsidenten glaubte es als besonderen Erfolg des „Jahres der Behinderten“ verbuchen zu müssen, daß die *Spenden*bereitschaft gestiegen sei!) Diese Mitleidspolitik ist das stärkste Moment der Diskrimination der Behinderten.

Wenn das gesellschaftliche Umgehen mit dem Problem der Behinderung darauf beschränkt bleibt, vom Zusammenschluß der Behinderten selbst auszugehen, dann ist es in sich widersprüchlich. Es artikulieren sich bloß die jeweils besonderen Gruppen, ausgehend von der jeweils spezifischen Behinderungsart. Aus der besonderen Lage der Behinderten lassen sich Perspektiven entwickeln, im besten Fall auf „Integration“, d.h. Teilnahme an dem – schlechten und rechten – sonstigen Leben. Das Problem der Behinderung wird dann noch nicht von der ganzen Gesellschaft bzw. von der Klasse, die den gesellschaftlichen Fortschritt und damit die gesellschaftlichen Interessen vertritt, angegangen. – Selbst das eingeschränkte Ziel der „Integration“ zu erreichen, haben die Behinderten allein nicht genügend Kampfmittel.

Zur Situation der Behinderten haben sich der DGB und als Einzelgewerkschaften mindestens die IGM und GEW vielfach geäußert. In verschiedenen Entschließungen wird zur Schulsituation und insbesondere zur Berufsausbildung Stellung genommen. Der DGB propagiert in „Gewerkschaftliche Bildungspolitik“ 7/81 aus der Empfehlung der Nationalen Kommission zum Internationalen Jahr der Behinderten u.a., daß es für die Aufnahme in Sonderkindergärten keine Mindestvoraussetzungen geben darf (also auch Schwerstbehinderte aufgenommen werden müssen); daß sonderpädagogische Einheiten in kooperativen Schulzentren gebaut werden; daß besondere Lehrer-Schüler-Relationen in Sonderschulen verwirklicht werden. – Nach einer anderen Seite hin spricht sich die IGM dagegen aus, daß „Jugendliche aus Sonderschulen und ohne Hauptschulabschluß zur Zeit vielfach pauschal der Gruppe der Behinderten zugeordnet“ werden. „Behinderung“ wird brauchbar definiert und eingeschränkt auf „Beeinträchtigung durch Funktionsstörungen aufgrund körperlicher, geistiger oder seelischer Schäden“. – Die GEW fordert in einer Entschließung zum „Jahr der Behinderten“: „Für die gemeinsame Unterrichtung von Behinderten und Nichtbehinderten müssen die Schulen über entsprechende personelle und materielle Voraussetzungen verfügen ... Die GEW betont, daß die Ganztagssonderschule nicht den herkömmlichen Vormittagsunterricht einfach verlängern darf. Vielmehr soll sie einen Schwerpunkt auf die Durchführung von integrativen Maßnahmen legen, wie z.B. die Einführung von Nchmittagsprogrammen mit Gruppen von Behinderten und Nichtbehinderten.“ – (Zu dem Problem gemeinsamer Unterrichtung von Behinderten und Nichtbehinderten und zu dem Artikel „Für eine Schule ohne Aussonderung“ in KVZ Nr. 43 hier nur soviel:

Man muß immer nach der Beziehung der Behinderung zur jeweiligen Tätigkeit fragen. Gemeinsamer Sprachunterricht von Körperbehinderten und Nichtbehinderten ist etwas anderes als beispielsweise gemeinsamer Sport. Umgekehrt kann ein gemeinsamer Sprachunterricht von Nichtbehinderten mit Kindern, bei denen die Behinderung bis zum Sprach*verständnis* (ob überhaupt bei gutem Gehör Gegenstandsbezeichnungen verstanden werden) gehen kann, ganz andere Erfordernisse stellen. – In dem Artikel in KVZ Nr. 43 wird für *Versuche* gemeinsamer Unterrichtung eingetreten; das ist zu begrüßen, weil hier der gemeinsame Unterricht zu einer Frage der praktischen Erfahrung gemacht wird – anstatt zum prinzipiellen Schema.

Es ist aber ein Mangel, daß die Gewerkschaften gegenwärtig bloß Forderungen zur Schule, Ausbildung und Rehabilitation erheben und nicht insgesamt Forderungen zur allgemeinen Lebenssituation der Behinderten erheben und unterstützen, von Forderungen zu technischen Mitteln bis zu Vorrichtungen an öffentlichen Einrichtungen für Behinderte, wie besondere Fahrstühle. Es muß sich auch auf diesem Gebiet erweisen, daß die Arbeiterbewegung Trägerin des gesellschaftlichen Fortschritts ist. – Ein richtiger Schritt ist aber, daß die GEW die „Einbeziehung der Behinderten und ihrer Selbsthilfeorganisationen“ für ihre Veranstaltungen zu dem Thema praktizieren will. Sie hat auch zur Frage der Beschulung autistischer Kinder eine gemeinsame Beratung mit dem Elternverein gemacht. (Siehe Erziehung und Wissenschaft, Zeitschrift der GEW, 12/81)



Auf dem „Krüppeltribunal“ im Dezember 1981 in Dortmund









Man muß immer nach der Beziehung der Behinderung zur jeweiligen Tätigkeit fragen. Gemeinsamer Sprachunterricht von Körperbehinderten und Nichtbehinderten ist etwas anderes als beispielsweise gemeinsamer Sport. Umgekehrt kann ein gemeinsamer Sprachunterricht von Nichtbehinderten mit Kindern, bei denen die Behinderung bis zum Sprach*verständnis* (ob überhaupt bei gutem Gehör Gegenstandsbezeichnungen verstanden werden) gehen kann, ganz andere Erfordernisse stellen. – In dem Artikel in KVZ Nr. 43 wird für *Versuche* ge-

Benachteiligung und eventuell Diskriminierung; im Ansatz drückt sich darin aus, daß Behinderung – was immer ihre Ursache – nicht als individuell-zufälliges Problem gesehen und behandelt wird, sondern als Problem von gesellschaftlichen Gruppen. Es drückt sich ein *gesellschaftliches* Umgehen mit dem Problem der Behinderung aus. – Die Zusammenschlüsse der Behinderten stehen von daher von vorneherein in einem bestimmten Widerspruch zum Staat, weil sie praktisch davon ausgehen, daß zur Kompensierung der Behinderung gesellschaftlich besondere Aufwendungen zu machen sind, wofür zu Recht Sozialausgaben oder Versicherungen in Anspruch genommen werden. – Deshalb ist es ganz falsch, Zusammenschlüsse der Behinderten bloß daran zu messen, welchen Weg sie politisch einschlagen, welche ideologischen Kompromisse sie vielleicht machen mit dem Staat oder mit den Kirchen, oder an dem bürokratischen Funktionärstum, das sich vielleicht bildet.

Sondereinrichtungen, kleinen oder großen Ghettos; wie den verschiedenen Sonderschulen und Pflegeheimen; wodurch den Behinderten verwehrt wird, die gleichen Erfahrungen zu machen wie die Nichtbehinderten, und umgekehrt den Nichtbehinderten verwehrt wird, Erfahrungen mit Behinderten zu machen – so daß am Ende wegen der so aufgebauten Barrieren bei vielen Menschen heftig über „Vorurteile“ geklagt werden kann. (Wenn gegenwärtig

despräsidenten glaubte es als besonderen Erfolg des „Jahres der Behinderten“ verbuchen zu müssen, daß die *Spenden*bereitschaft gestiegen sei!) Diese Mitleidspolitik ist das stärkste Moment der Diskrimination der Behinderten.

Wenn das gesellschaftliche Umgehen mit dem Problem der Behinderung darauf beschränkt bleibt, vom Zusammenschluß der Behinderten selbst auszugehen, dann ist es in sich wider-





Beispiele für Behinderungen: Absence (vorübergehende „Abwesenheit“) bei anfallskrankem Kind (Epilepsie); belastender noch sind die „großen Anfälle“, bei denen es auch zu körperlichen Verletzungen beim Hinfallen kommen kann. – *Mitte:* autistisches Mädchen; eingeschränkte Wahrnehmung der Umwelt bei funktionierenden Sinnesorganen, und daher eingeschränkte, häufig stereotype Beziehungen zu Gegenständen und Personen; im Gesichtsausdruck, insbesondere im Blick, kann sich charakteristisch widerspiegeln, daß Wahrnehmung und Tätigkeit wenig gerichtet sind. – *Rechts:* Dysmelie, Fehlbildung an Gliedmaßen; eines der 2600 „Contergan-Kinder“ (mittlerweile Jugendlichen) in der BRD, deren Behinderung durch unverantwortlich auf den Markt geworfene thalidomidhaltige Pharmaka verursacht wurde. Das Bild zeigt die Möglichkeiten der kompensierenden (ausgleichenden) Ausbildung anderer Gliedmaßen.

Einige Maßnahmen im „Jahr der Behinderten“

● 1968 wurde in München das erste sozialpädiatrische Zentrum für Frühförderung gegründet. 1978 plante das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung ein „flächendeckendes Netz von 300 sozialpädiatrischen Zentren oder Abteilungen“. – Ob *große Zentren* die beste Fördermöglichkeit enthalten, ist umstritten. Sicher ist, daß bei verschiedenen Behinderungen wie spastischen Lähmungen eine ganz frühe Behandlung die Behinderung mildert oder gar nicht erst zur Entfaltung kommen läßt (was man nicht unbedingt auf geistige Behinderungen übertragen kann), weil beim Baby und beim Kleinkind das Zentrale Nevensystem erst noch ausreift. – Jetzt ist im Rheinland die Existenz einiger solcher Zentren gefährdet, weil der Landschaftsverband seine Trägerschaft aufgekündigt hat. Wenn keine anderen Finanzierungsmöglichkeiten gefunden werden, werden die Zentren geschlossen. Eine rechtliche Grundlage, welche die Finanzierung *sichert*, gibt es nicht.

● Die Bundesanstalt für Arbeit wird 100 Mio. DM sparen, indem sie die Trainingsstufe für die Ausbildung in den Werkstätten für Behinderte von zwei auf ein Jahr abkürzen will. Wodurch die Behinderten in den Werkstätten noch weiter darauf reduziert werden, Kontakte zusammenzustecken und Hefter zu falzen.

● Auf Initiative des Bundesrates sollen einige Punkte im Bundessozialhilfegesetz gestrichen werden, die Behinderte betreffen. Heilpädagogische Eingliederungshilfe soll nur noch bei Vorschulkindern und zur Berufsausbildung gewährt werden, nicht aber mehr bei Schulkindern und zum Zwecke, die „Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen, wo eine Behinderung eine Schulbildung nicht zuläßt“, also bei Schwerstbehinderten. (Streichung von §43 (2) 2,3). Außerdem soll das Taschengeld für den „ohnehin gut versorgten Heimbewohner“ gestrichen werden.

vereinigungen und den großen Verbänden gegründet mit dem Ziel, daß nicht andere – Angehörige, Freunde, caritative oder Verbandsfunktionäre – für sie tätig werden, sondern daß sie als Behinderte selbst ihre Interessen in die Hand nehmen; schließlich die „Krüppelgruppen“, in deren Namen die selbstbewußte Zielsetzung zum Ausdruck kommt, der Diskrimination offensiv entgegenzutreten.

Wie unterschiedlich die Zusammenschlüsse, so weit verzweigt ihre Tätigkeiten. Sie reichen vom Erfahrungsaustausch über rührige Öffentlichkeits-

Kampf um Krippenplätze, um die Förderung von Elterninitiativen und die Politik der SPD

n.Bremen. Der Bremer Senat plant im Rahmen seiner Haushaltskürzungen, die Kindertagesstätte der Universität, die einzige öffentliche Krippe für Kinder zwischen 0 und 3 Jahren, zu schließen. Sie ist stets von seiten des Senats als besondere Ausnahme gekennzeichnet worden: studierenden Müttern sollte Gelegenheit gegeben werden zu studieren. Sie war stets dem Andrang nicht gewachsen. Zweimal in der Vergangenheit hat es stärkere Bewegungen in der Belegschaft der Uni gegeben, diesen Kindergarten zu öffnen, zu erweitern für Eltern unter den Beschäftigten. Personalrat und ÖTV an der Uni haben das unterstützt. Der Senat hat beide Male nicht mit sich reden lassen, wohl auch deswegen, um den Ausnahmecharakter der bestehenden Stätte nicht aufzugeben. Gegen die jetz beabsichtigte Schließung haben u.a. der Personalrat des Sozialwerks, von dem die Kindertagesstätte verwaltet wird, in einem offenen Brief, und die Eltern der Kinder haben mit einer Presseerklärung protestiert.

In Bremen ist das Angebot für Kinder zwischen 0 und 3 Jahren katastrophal: Es gibt 13000 Kinder in dieser Altersgruppe, 4000 haben eine berufstätige Mutter. In Bremen gibt es ganze 55 Krippenplätze – 22 öffentliche, an der Universität, 21 bei der Arbeiterwohlfahrt, 12 private Plätze und etwa 100 Tagespflegestellen. Bezogen auf die 13000 Kinder ergibt sich damit eine Versorgungsquote mit Krippenplätzen von ca. 0,45%.

Zahlreiche Eltern ergriffen selbst die Initiative. In vielen Stadtteilen gründeten sich Eltern-Kind-Gruppen, Krabbelgruppen usw., durch die etwa 200 Kinder betreut werden. Aus ca. 50 Elterninitativen gründete sich Anfang 1979, im ,,Jahr des Kindes'', die Elterninitiative ,,Der Kinder wegen'', die verschiedene Veranstaltungen durchführte, auf denen bis zu 100 Teilnehmer waren. Die Initiative fordert vom Bremer Senat:

1. schnelle und unbürokratische Hilfe bei der Bereitstellung von geeigneten Räumen für Babygruppen,
2. Finanzierung der Raum- und Personalkosten,
3. Erstellung eines Krippenbedarfsplanes.

Man muß wissen, daß die Bremer SPD die Versorgung von Kindern zwischen 0 und 3 Jahren aus angeblich pädagogisch-psychologischen Gründen ablehnt. Entsprechend sind die gesetzlichen Grundlagen: In einer Richtlinie aus dem Jahre 1977 heißt es u.a.: ,,In Krippen sollen Kinder nur dann aufgenommen werden, wenn sie aus zwingenden Gründen weder in der eigenen Familie noch in einer Tagespflegestelle betreut werden können.'' (Richtlinien für den Betrieb von Einrichtungen gemäß §78 JWG in der Freien Hansestadt Bremen vom 22. April 1977)

Entsprechend werden Kinder unter 3 Jahren und deren Versorgung in dem Kindergarten- u. Hortgesetz für das Land Bremen vom 16. Juli 1979 gar nicht erst erwähnt. Ebensowenig im Bremen-Plan 1980 – 1983, beschlossen auf dem SPD-Landesparteitag am 31. März 1979, und auch nicht in der Regierungserklärung von Hans Koschnick, abgegeben am 12. Dezember 1979.

Die Initiative ,,Der Kinder wegen'' wandte sich an die Alternative Liste und die wiederum an die in der Bremer Bürgerschaft vertretene Bremer Grüne Liste. Auf diesem Weg wurde das Problem in die Bürgerschaft getragen. Die Bremer Grüne Liste stellte den Antrag

1. einen Bedarfs- und Krippenplan zu erstellen,
2. den Kontakt mit den Eltern-Kind-Gruppen aufzunehmen und zu pflegen,
3. bis zur Beschließung gesetzgeberischer Initiativen den Eltern-Kind-Gruppen ,,größtmögliche Unterstützung, insbesondere bei der Beschaffung von geeigneten Räumlichkeiten'' zukommen zu lassen.

Eine Woche vor der Debatte in der Bremer Bürgerschaft machte Henning Scherf, Sozialsenator in Bremen, in einem Interview von Radio Bremen erste verbale Zugeständnisse: ,,Wir haben uns vorgenommen, zunächst im Herbst – wahrscheinlich wird es Beginn des nächsten Jahres – einen Kongreß hier in Bremen zu veranstalten mit Fachleuten aus der Bundesrepublik, die die verschiedenen Aspekte – die pädagogischen, medizinischen, psychiatrischen, psychologischen, psychoanalytischen – der Erziehung von 0- bis 3-jährigen mit beleuchten. Und wir wollen das Angebot, das wir entwickeln müssen (!), darauf aufbauen. Wir wollen nicht mit bornierten politischen Vorurteilen kommen und sagen: So läuft das hier in Bremen, sondern wir wollen uns wirklich einer kritischen Fachöffentlichkeit stellen und wollen sagen: Laßt uns aufarbeiten, was da inzwischen an Erfahrungen zusammengetragen worden ist und laßt uns dann auch wirkliche Modelle anbieten. Ich weiß, daß wir da dran sind, daß wir den Eltern etwas Konkretes sagen müssen, nicht immer nur sie auf sich selbst verweisen können!'' (Dokumentation der Initiative ,,Der Kinder wegen'', Februar 1981, S. 22/23)

In der Bürgerschaftsdebatte am 9. Juli 1980 trat er dann ganz anders auf. Da zog er dann Arbeiten von René Spitz und Anna Freud heran, die Untersuchungen an Kindern in Konzentrationslagern und Waisenhäusern durchgeführt hatten, um zu belegen, daß Kleinkinder ausschließlich in die Familie und nicht in Kinderkrippen gehören. Der Antrag der Bremer Grünen Liste wurde mit den Stimmen von SPD und CDU abgelehnt.



Im Herbst 1980 veranstaltete die Initiative ,,Der Kinder wegen'' eine Fachtagung, auf der in verschiedenen Arbeitsgruppen die positiven Erfahrungen mit Krippen, Babygruppen u.ä. auch mit Vertretern aus anderen Städten ausgetauscht und zusammengefaßt wurden. Henning Scherf ließ sich durch einen Senatsdirektor vertreten.

In der einstimmig verabschiedeten Hauptresolution am Ende der Fachtagung heißt es u.a.: ,,Unsere Erfahrungen zeigen, daß qualifizierte gruppenbezogene Tagesbetreuung für Kleinkinder unter drei Jahren positive Auswirkungen hat

- auf die soziale und geistige Entwicklung des Kindes selbst,
- auf die Qualität der Beziehung zwischen Eltern und Kind,
- auf die Zufriedenheit und Sicherheit der Eltern, die wissen, daß ihr Kind gut betreut wird, und die sich stets mit anderen Eltern austauschen können.''

Als Forderungen wurden noch einmal festgehalten:

1. Finanzielle Förderung der Bremer Babygruppen in der Form von Tagessätzen für Kinder ab 8 Wochen,
2. öffentliche Anerkennung der Babyinitiativen als Träger der Freien Jugendhilfe,
3. schnelle und unbürokratische Hilfe bei der Raumbeschaffung.

Mit Verwirklichung der folgenden Forderungen wollten die Tagungsteilnehmer eine pädagogische Verbesserung in den Babygruppen erreichen:

- Zwei Erzieher(innen) pro Gruppe,
- Gruppengröße von höchstens 6 Kindern, d.h. 3 Kinder pro Erzieher(in),
- ausreichende Räumlichkeiten (1 Gruppenraum, 1 Ruheraum, 1 Bad-WC-Matschraum, 1 Küche für jede Babygruppe),
- gute Ausstattung mit anregungsreichem Spiel- und Werkzeug (nach Bedarf der Einrichtung),
- Spielmöglichkeiten im Freien in direkter Nähe, Garten o.ä.

Auch in den Gewerkschaften und Betrieben gab und gibt es eine Bewegung. Die ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz beschloß im Frühjahr 1980 mit nur 4 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen: ,,Die ÖTV setzt sich für betriebliche und staatliche Einrichtungen für Kinder, insbesondere auch Kleinkinder (Kinderkrippen, -gärten, -horte), ein, in denen Kinder ab Ende der Mutterschutzfrist während der Arbeitszeit der Eltern unter verantwortbaren und förderlichen Bedingungen betreut werden können. Sie wirkt auf eine Änderung des Aktionsprogramms des DGB hin, das lediglich gesellschaftliche Einrichtungen ab dem 3. Lebensjahr und eine Verlängerung des Mutterschutzes bzw. Sonderurlaub bis zu 18 Monaten für Mutter oder Vater fordert, womit weiterhin häufig ein Elternteil – meist die Frau – gezwungen wäre, den Arbeitsplatz aufzugeben.''

In den Zentralkrankenhäusern St.-Jürgen-Str. und Bremen-Ost beschlossen die Betriebsgruppen der ÖTV zum 1. Mai 1980 und 1981 die Forderung nach einem Betriebskindergarten/einer Betriebskinderkrippe. In beiden Kliniken wurden Bedarfserhebungen durchgeführt. In anderen Kliniken sind ähnliche Aktionen geplant. Im ZKH St.-Jürgen-Straße besteht ein Bedarf von ca. 80 Plätzen, im ZKH Bremen-Ost von ca. 25 Plätzen.

Auf einen Antrag des Personalrats des ZKH Bremen-Ost, der von der Klinikdirektion unterstützt wurde, nach Einrichtung eines Betriebskindergartens einschließlich Betriebskinderkrippe schrieb ein Vertreter des Senators für Gesundheit und Umweltschutz, daß 1. solche Forderungen bisher immer abgelehnt wurden, 2. kein Geld da sei und 3. man sich bei einem wirklichen Bedarf bei ihm melden solle. Er würde dann helfen. Das gleiche Versprechen gab der Gesundheitssenator Brückner auf verschiedenen Personalversammlungen.

Kolleginnen und Kollegen des ZKH Bremen-Ost haben ihn beim Wort genommen. Ca. 15 Kinder sind ausdrücklich und verbindlich für einen Platz angemeldet. Vermittelt wurde bisher keins. Zusätzlich hat der Personalrat des ZKH Bremen-Ost eine vernünftige Begründung zu dem von ihm gestellten Antrag vom Senator für Gesundheit und Umweltschutz verlangt.

Im Februar 1981 fand die vom Senator für Soziales einberufene Fachtagung in Zusammenarbeit mit der Arbeiterwohlfahrt ,,Was brauchen unsere Kinder in den ersten drei Lebensjahren?'' statt. Die übergroße Mehrheit der Experten sprach sich eindeutig für außerfamiliäre, ergänzende Erziehungsangebote bei Kleinkindern aus, so daß die beiden großen Bremer Tageszeitungen berichten mußten: ,,Kinderkrippen schaden nicht'' (Bremer Nachrichten) und ,,Eine Lanze für die Krabbelstuben'' (Weser Kurier). Auch die Arbeiterwohlfahrt und das Deutsche Jugendinstitut sprachen sich dafür aus.

Henning Scherf jedoch scheint beide Fachtagungen ignorieren zu wollen. Ja, er geht sogar so weit, daß er behauptet, die Fachtagungen hätten seine Bedenken bestätigt (Weser Kurier, 3.7.81). Er beruft sich mit seiner Ablehnung weiterhin auf Untersuchungen an Konzentrationslager- und Waisenhauskindern.

Die Bremer Grüne Liste hat erneut die Initiative ergriffen und am 2.9.81 in einem Antrag in der Bürgerschaft eine Stellungnahme des Senats verlangt:

1. Schlußfolgerungen, die der Senat aus den Fachtagungen der Initiative ,,Der Kinder wegen'' und des Senats in Verbindung mit der Arbeiterwohlfahrt zieht,
2. von welchem Bedarf an Plätzen zu einer solchen Betreuung der Senat ausgeht,
3. welche Schritte der Förderung entsprechender Eltern-Kind-Gruppen er zu unternehmen gedenkt,
4. welchen Rang er der Förderung entsprechender Aktivitäten angesichts der Finanzmisere im Verhältnis zu anderen Auf- und Ausgaben beimißt.

Auch dieser Antrag ist mit den Stimmen der SPD und CDU abgeschmettert worden. Die Ergebnisse sollen in der Jugenddeputation umfassend ausgearbeitet werden.

Literatur:

1) Initiative ,,Der Kinder wegen'': Dokumentation der Fachtagung vom 24.10. – 26.10.80 in Bremen; Zur Tagesbetreuung von Kindern unter 3 Jahren, Februar 1981 Kontaktadresse: Horst Nosofsky, Quintschlag 85, 2800 Bremen 1
Kornelia Schneider, Tengstr. 24/WAFI, 8000 München 40

2) Arbeiterwohlfahrt: Was brauchen unsere Kinder in den ersten drei Lebensjahren? Bericht über die Fachtagung der Arbeiterwohlfahrt und des Senators für Soziales, Jugend und Sport in Bremen vom 23. – 25. Februar 1981, November 1981

Persilscheingesetz geplatzt

FDP-Generalsekretär Verheugen fordert ,,Solidarität der Demokraten'' / Parteien wollen Schmiergelder steuerfrei

Zahlreiche Eltern ergriffen selbst die Initiative. In vielen Stadtteilen gründeten sich Eltern-Kind-Gruppen, Krabbelgruppen usw., durch die etwa 200 Kinder betreut werden. Aus ca. 50 Elterninitativen gründete sich Anfang 1979, im ,,Jahr des Kindes'', die Elterninitiative ,,Der Kinder wegen'', die verschiedene Veranstaltungen durchführte, auf denen bis zu 100 Teilnehmer waren. Die Initiative fordert vom Bremer Senat:
1. schnelle und unbürokratische Hilfe bei der Bereitstellung von geeigneten Räumen für Babygruppen,
2. Finanzierung der Raum- und Personalkosten,
3. Erstellung eines Krippenbedarfsplanes.
Man muß wissen, daß die Bremer SPD die Versorgung von Kindern zwischen 0 und 3 Jahren aus angeblich pädagogisch-psychologischen Gründen ablehnt. Entsprechend sind die gesetzlichen Grundlagen: In einer Richtlinie aus dem Jahre 1977 heißt es u.a.: ,,In Krippen sollen Kinder nur dann aufgenommen werden, wenn sie aus zwin-
stützung, insbesondere bei der Beschaffung von geeigneten Räumlichkeiten'' zukommen zu lassen.
Eine Woche vor der Debatte in der Bremer Bürgerschaft machte Henning Scherf, Sozialsenator in Bremen, in einem Interview von Radio Bremen erste verbale Zugeständnisse: ,,Wir haben uns vorgenommen, zunächst im Herbst – wahrscheinlich wird es Beginn des nächsten Jahres – einen Kongreß hier in Bremen zu veranstalten mit Fachleuten aus der Bundesrepublik, die die verschiedenen Aspekte – die pädagogischen, medizinischen, psychiatrischen, psychologischen, psychoanalytischen – der Erziehung von 0- bis 3-jährigen mit beleuchten. Und wir wollen das Angebot, das wir entwickeln müssen (!), darauf aufbauen. Wir wollen nicht mit bornierten politischen Vorurteilen kommen und sagen: So läuft das hier in Bremen, sondern wir wollen uns wirklich einer kritischen Fachöffentlichkeit stellen und wollen sagen: Laßt uns aufarbeiten, was da inzwischen an Erfahrungen zusammengetragen worden ist und laßt uns dann
denen Arbeitsgruppen die positiven Erfahrungen mit Krippen, Babygruppen u.ä. auch mit Vertretern aus anderen Städten ausgetauscht und zusammengefaßt wurden. Henning Scherf ließ sich durch einen Senatsdirektor vertreten.
In der einstimmig verabschiedeten Hauptresolution am Ende der Fachtagung heißt es u.a.: ,,Unsere Erfahrungen zeigen, daß qualifizierte gruppenbezogene Tagesbetreuung für Kleinkinder unter drei Jahren positive Auswirkungen hat
– auf die soziale und geistige Entwicklung des Kindes selbst,
– auf die Qualität der Beziehung zwischen Eltern und Kind,
– auf die Zufriedenheit und Sicherheit der Eltern, die wissen, daß ihr Kind gut betreut wird, und die sich stets mit anderen Eltern austauschen können.''
den Babygruppen erreichen:
– Zwei Erzieher(innen) pro Gruppe,
– Gruppengröße von höchstens 6 Kindern, d.h. 3 Kinder pro Erzieher(in),
– ausreichende Räumlichkeiten (1 Gruppenraum, 1 Ruheraum, 1 Bad-WC-Matschraum, 1 Küche für jede Babygruppe),
– gute Ausstattung mit anregungsreichem Spiel- und Werkzeug (nach Bedarf der Einrichtung),
– Spielmöglichkeiten im Freien in direkter Nähe, Garten o.ä.
Auch in den Gewerkschaften und Betrieben gab und gibt es eine Bewegung. Die ÖTV-Kreisdelegiertenkonferenz beschloß im Frühjahr 1980 mit nur 4 Gegenstimmen und einigen Enthaltungen: ,,Die ÖTV setzt sich für betriebliche und staatliche Einrichtungen für Kinder, insbesondere auch Kleinkinder (Kinderkrippen, -gärten, -horte), ein, in denen Kinder ab Ende der Mutterschutzfrist während der Arbeitszeit der Eltern unter verantwortbaren und förderlichen Bedingungen
derkrippen schaden nicht'' (Bremer Nachrichten) und ,,Eine Lanze für die Krabbelstuben'' (Weser Kurier). Auch die Arbeiterwohlfahrt und das Deutsche Jugendinstitut sprachen sich dafür aus.
Henning Scherf jedoch scheint beide Fachtagungen ignorieren zu wollen. Ja, er geht sogar so weit, daß er behauptet, die Fachtagungen hätten seine Bedenken bestätigt (Weser Kurier, 3.7.81). Er beruft sich mit seiner Ablehnung weiterhin auf Untersuchungen an Konzentrationslager- und Waisenhauskindern.
Die Bremer Grüne Liste hat erneut die Initiative ergriffen und am 2.9.81 in einem Antrag in der Bürgerschaft eine Stellungnahme des Senats verlangt:
1. Schlußfolgerungen, die der Senat aus den Fachtagungen der Initiative ,,Der Kinder wegen'' und des Senats in Verbindung mit der Arbeiterwohlfahrt zieht,
2. von welchem Bedarf an Plätzen zu einer solchen Betreuung der Senat ausgeht,
3. welche Schritte der Förderung entsprechender Eltern-Kind-Gruppen er zu unternehmen gedenkt,
4. welchen Rang er der Förderung entsprechender Aktivitäten angesichts der Finanzmisere im Verhältnis zu anderen Auf- und Ausgaben beimißt.
Persilscheingesetz geplatzt
FDP-Generalsekretär Verheugen fordert ,,Solidarität der Demokraten'' / Parteien wollen Schmiergelder steuerfrei
Doch das ist nicht alles. In seiner neuesten Nummer hat der ,,Spiegel'' nachgeschoben, daß es um mehr geht, als um Steuerhinterziehung. Bei der Durchsuchung der Flick-Geschäftsräume nämlich hat die Staatsanwaltschaft



frb. Für's erste ist der Bonner Persilschein-Coup mißlungen. Doch vom Tisch ist die Sache nicht, sondern bloß in der Schublade, um demnächst wieder hervorgezogen zu werden.

Es geschah am letzten Sitzungstag des Bundestages vor der Weihnachtspause. Gleichzeitig mit der endgültigen Verabschiedung der Haushaltsgesetze, mit der Kürzung des Kindergeldes, mit dem Abbau der Sozialhilfe, der Einschränkung des Arbeitslosengeldes, der Erhöhung der Tabak- und Branntweinsteuer, gleichzeitig mit diesem Griff in die Haushaltskasse der Volksmassen sollte das Hohe Haus seine Zustimmung geben zu einem Gesetz, das den in Steuerbetrug und Schmiergeldaffären verwickelten Größen der Bundestagsparteien Straffreiheit versprach. Doch in der SPD-Fraktion schossen einige quer, der Gesetzentwurf ,,zur steuerlichen Selbstberichtigung und Steuernachzahlung'' verschwand wieder in besagter Schublade, aus der ihn die Bundestagsfraktionen in trauter Eintracht aller Parteien hervorgezaubert hatten wie das Kaninchen aus dem Zylinder. Auch die bereits ausgefertigte gemeinsame Erklärung der Parteivorsitzenden Brandt, Kohl, Genscher und Strauß, deren Veröffentlichung den Coup decken sollte, ist vorerst Makulatur.

Seit über einem Jahr ist immer wieder etwas aus den Ermittlungsakten in die Presse gesickert. Die Lawine ins Rollen gebracht hat offenbar eine Durchsuchung bei Flick-Geschäftsführer Eberhard von Brauchitsch, designierter Präsident des ,,Bundesverbands der Deutschen Industrie'', dessen voriger Präsident Fasolt bereits wegen Steuerhinterziehungsgeschichten den Posten räumen mußte. Bei Brauchitsch nahmen die Fahnder ganze Regale voller Spendenbescheinigungen mit.

Einzelheiten haben ,,Stern'' und ,,Spiegel'' in den letzten drei Wochen ans Licht gebracht. Genannt sind unter anderen Graf Lambsdorff (FDP), Gattermann (FDP) und Matthöfer (SPD), gegen Kiep (CDU) wird schon länger ermittelt. Insgesamt sollen über 700 Spender in die Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung einbezogen sein. Hunderte Unternehmen haben über Jahre Spendengelder nicht direkt an die bedachten Parteien überwiesen, sondern über den Umweg als gemeinnützig anerkannter Vereine. Solche Spenden nämlich sind durchweg von der Steuer absetzbar, während Parteispenden nur bis zur Höhe von 1800 DM im Jahr – immerhin 150 DM pro Monat – steuerfrei sind. Steuerfreiheit für Partei,,spenden'' wurde so erschlichen.

Die FDP Nordrhein-Westfalen etwa hatte ein ganzes Netz von Vereinen aufgebaut, deren Aufgabe es war, Spendengelder von Firmen zu kassieren, jenen die Gemeinnützigkeit zu bescheinigen und das Geld auf ausländische Konten zu überweisen, von wo aus das Geld dann an den wirklichen Empfänger, an die FDP-Parteikasse ging. Elf solcher Vereine sollen mittlerweile ausfindig gemacht worden sein, mit solch treffenden Namen wie ,,Gesellschaft zur Förderung der Freien Marktwirtschaft'' oder ,,Internationaler Wirtschaftsclub, Idealverein''.

Doch das ist nicht alles. In seiner neuesten Nummer hat der ,,Spiegel'' nachgeschoben, daß es um mehr geht, als um Steuerhinterziehung. Bei der Durchsuchung der Flick-Geschäftsräume nämlich hat die Staatsanwaltschaft ,,gewisse Hinweise darauf gefunden, daß die Firma Flick im Zusammenhang mit der ihr gemäß Paragraph 6b des Einkommenssteuergesetzes erteilten Bescheinigung für einen Steuerabzug aus der Veräußerung ihrer Daimler-Benz-Beteiligungen Amtsträgern Zuwendungen versprochen oder gemacht hat''. Matthöfer sollen 50000 DM angeboten worden sein, deren Verbleib ungeklärt ist.

So sollte das Bonner Amnestiegesetz nicht nur alle Steuerhinterziehungen rückwirkend straffrei machen, sondern auch gleich noch die im Verbund damit begangenen Unterschlagungen, Betrügereien und Veruntreuungen.

Nicht viel hätte gefehlt, und dieser ganze Sumpf wäre durch die Amnestie zum Naturschutzpark erklärt worden. Wenigstens dieses Vorhaben ist unter Beschuß gekommen. Darüber aber wird bereits der eigentliche Ausgangspunkt verniedlicht. Die leeren Kassen zwängen die Parteien geradezu zu solch illegalen Beschaffungsmethoden, heißt es. Dabei bleibt verschwiegen, daß die bürgerlichen Parteien unfähig sind, ihre Tätigkeit aus Mitgliedsbeiträgen zu finanzieren. Als weitgehend normal gilt, daß es ohne Mäzene wie Flick, Henkel, Unilever oder VEBA nicht geht. Trotz einem Grundgesetz, das Offenlegung der Parteifinanzen verlangt, bleiben die politischen Parteien in den Sumpf der Schmiergelder fest eingebunden. Immerhin beziehen CDU/CSU und FDP rund ⅓, die SPD gut 6% ihrer Einnahmen aus ,,Spenden'', steuerlich subventioniert, versteht sich. So hätten sie's auch künftig gern.

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Diskussion mit den SOST:

Alternativen zur Stadtentwicklung Westberlins

wat. Westberlin. Die SOST haben vor einigen Wochen einen Diskussionsbeitrag „Berlin wie weiter?“ („sozialismus extra“ 6) für ein kommunalpolitisches Aktionsprogramm vorgelegt. Es ist bewußt in Auseinandersetzung mit dem Wahlprogramm der AL geschrieben, die SOST arbeiten in der AL mit. Einleitend kritisieren sie am AL-Programm: „Der Hauptmangel dieses Programms besteht darin, daß *das* Problem der sozialen Basis der AL, der enttäuschten und zum Teil faktisch deklassierten jüngeren Generation: das Anwachsen der Arbeitslosigkeit und aller Formen unsicherer und perspektivloser Arbeit, nicht in den Mittelpunkt gerückt und hiervon ausgehend eine Politik der Umgestaltung aller Lebensbereiche vorgeschlagen worden ist.“(S. 1) Deshalb beginnen sie ihren Vorschlag mit einer Analyse der Arbeitslosigkeit in Westberlin.

Bis zum Zusammenbruch des Deutschen Reichs 1945 war Berlin eines der führenden wirtschaftlichen Zentren in Deutschland. Neben Aufgaben im Bereich der Verwaltung und als Verkehrsknotenpunkt lag der Schwerpunkt der Berliner Industrie in den technologischen Spitzenbereichen Elektrotechnik und Maschinenbau. Die Grundindustrie war in Berlin nie stark ausgeprägt, daraus folgern die SOST: „Der im engeren Sinn ökonomische Standortnachteil für das verarbeitende Gewerbe, die Industrie der Stadt, hielt sich in engen Grenzen, hatte doch bereits in der Vorkriegszeit die Industrie ihre Vorprodukte breit gestreut überregional bezogen und auch ihre Fertigprodukte nur zum Teil im unmittelbaren Umland, sondern als technologische Spitzenprodukte weithin abgesetzt.“(S. 17) Für diese These spricht die Tatsache, daß nach einer Verzögerung aufgrund der Berlin-Blockade in den 50er Jahren die Industrie in Westberlin äußerst schnell wieder aufgebaut werden konnte. Insgesamt stieg die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie von 137000 1950 auf 314000 1961.

Ein wesentlicher Bruch trat jedoch durch die Berlin-Krise 1961 ein, der m.E. von den SOST erheblich unterschätzt wird. Die Berlin-Krise fiel genau in die Jahre, wo in Westdeutschland die Wiederaufbauphase im wesentlichen abgeschlossen war und in den nachfolgenden Zyklen eine Umwälzung des Produktionsapparates vorgenommen werden mußte. Obwohl gerade in Westberlin die fortgeschrittensten Produktionsbranchen angesiedelt waren, liegen in allen Jahren ab 1962 die Veränderungsraten der Beschäftigungsentwicklung unter denen von Westdeutschland. Konkret war es so, daß insbesondere in der Wachstumsbranche Elektrotechnik die neuen Produktionsanlagen im Bereich Elektronik vor allem in den süddeutschen Zentren Stuttgart, München und Nürnberg/Erlangen errichtet und alle Konzernzentralen und Forschungs- und Entwicklungsabteilungen abgezogen wurden (einzige Ausnahme Schering). Damit entstand der bis heute bestehende charakteristische Widerspruch, daß zwar nach wie vor die Hochschulforschung gerade auch im technischen Bereich (TU und TFH) in Westberlin ein Zentrum hat, aber in der Industrie das Schwergewicht auf arbeitsintensiver Massenproduktion (Textil und Bekleidung) und kapitalintensiver standardisierter Serienproduktion (Elektro und Maschinenbau) liegt. In diesen Produktionszweigen schlugen die Rationalisierungen voll durch, neue Wachstumsbereiche wurden aber nicht angesiedelt.

Das hat bereits in den 60er Jahren zu einem Rückgang der Beschäftigten in der Industrie auf 265000 1970 geführt. Jedoch gab es 1970 nur 5000 registrierte Arbeitslose. Bis 1970 konnte der Arbeitsplatzabbau dadurch kompensiert werden, daß erheblich mehr Arbeiter in Ruhestand gingen als junge Arbeiter in die Produktion neu eintraten und im öffentlichen Dienst (insbesondere an den Hochschulen) zahlreiche neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Diese Entwicklungen haben sich seitdem umgekehrt, so daß jetzt die Arbeitslosigkeit stark anwächst, besonders die Jugend- und Akademikerarbeitslosigkeit. Gleichzeitig drohen in der Industrie neue Massenentlassungen. 1980 waren nur noch 182000 in der Industrie beschäftigt und 34000 arbeitslos registriert.

Vor diesem Hintergrund schlagen die SOST eine alternative Stadtentwicklung in den Bereichen Energie, Verkehr und Wohnungsversorgung vor. Hierauf konzentrierte sich auch die Diskussionsveranstaltung der SOST, an der etwa 35 teilnahmen, überwiegend Mitglieder der SOST und des KBW. Es bestand Übereinstimmung, daß die wesentlichen Bereiche getroffen sind, in denen aktuell Kämpfe gegen die herrschende Stadtentwicklung geführt werden. Westberlin hat inzwischen die schlechteste Luft von Westdeutschland, das wird sich nur durch eine grundlegende Änderung der Energieversorgung beheben lassen, indem die bestehenden Kraftwerke umgerüstet und der Hausbrand durch eine Fernwärmeversorgung ersetzt werden. In der Verkehrspolitik wird für Verkehrsberuhigung, gegen den Bau neuer Stadtautobahnen und stattdessen für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs eingetreten. Hier ist eine Besonderheit in Westberlin, daß zur Zeit die S-Bahn verrottet, während überflüssige kostspielige neue U-Bahnlinien gebaut werden. In der Wohnungsversorgung kommt es aufgrund des seit 1968 geltenden Subventionssystems zugunsten der Banken und jahrzehntelang unterlassener Instandhaltung zu unbezahlbar steigenden Mieten und neuem Wohnungselend.

Am Beispiel der Wohnungspolitik wurden die Gemeinsamkeiten in der Diskussion deutlich. Kernpunkt des Vorschlags für eine alternative Politik durch die SOST ist die Forderung nach einer öffentlichen Wohnungsbaugesellschaft, die auch von der Westberliner ÖTV und der AL erhoben wird. Ansatzpunkte dafür liegen bereits in den zahlreichen gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften vor, an denen der Staat beteiligt ist. Eine öffentliche Wohnungsbaugesellschaft soll aber auch den Wohnungsbau direkt übernehmen. Dadurch könnten die Baukosten erheblich gesenkt werden, sie liegen zur Zeit in Westberlin 15% über dem Bundesdurchschnitt. Vor allem aber wäre damit ein Mittel geschaffen, insgesamt die Finanzierung des Wohnungsbau umzustellen. Die Kosten für Zinszahlungen an die Banken und Profite der Bauunternehmen würden entfallen, der Wohnungsbau könnte gemäß den gesellschaftlichen Bedürfnissen geplant werden. Richtig umfaßt der Vorschlag der SOST deswegen auch Forderungen gegen die Zinssubventionen, gegen die Grundrente, für Instandhaltungspflicht der Hauseigentümer, für Zuschüsse von Mietermodernisierung, gegen Mietsteigerungen. Die Eigeninitiative der Mieter soll gestärkt, die Rechte von Mieterräten, Mietervereinen vergrößert werden.

Während bezüglich der Wohnungspolitik Maßnahmen gegen das private Eigentum verlangt sind und daher auch ein Weg aufgezeigt ist gegen die Arbeitslosigkeit speziell im Bausektor, wird in den anderen Bereichen eine andere Position vertreten. Dort entzündete sich in der Diskussion die größte Kontroverse. Die SOST gehen von der Einschätzung aus: „Die Alternative, wie sie sich stellt, ist unausweichlich: entweder erfolgt die Erneuerung (in den Bereichen Energie, Verkehr, Wohnungsbau; wat) marktwirtschaftlich mit allen Folgen, oder es werden Ansätze einer gesellschaftlichen Planung vorgenommen.“(S. 40) Die Alternative scheint zu sein: Markt oder Planung. Konsequent bezeichnen die SOST die Logik des Kapitals als Marktlogik. Abschließend fassen sie ihren Vorschlag zusammen: „Die Perspektive der Stärkung der kommunalen materiellen Produktion ist nicht – ebensowenig wie unserer Meinung nach bei einer national konzipierten Politik – die weitestgehende oder vollständige ‚Verstaatlichung‘ der Produktion, die bei allen bekannten historischen ‚Experimenten‘ zu Mißerfolgen geführt hat; es geht um die Bestimmung des ‚wie, was und für wen‘ in den Schlüsselbereichen der Produktion. Auf kommunaler Ebene sind dies die Unternehmen, in denen Infrastrukturleistungen bereitgestellt werden. In diesem, anders als durch die kapitalistische Marktlogik bestimmten *Rahmen* hat private Produktion weiterhin ihren Platz, um spezifische Bedürfnisse sowohl nach Konsumtions- als auch nach Produktionsmitteln zu befriedigen.“ (S. 70) Diese Strategie wurde am Beispiel des Energiebereichs diskutiert. Die SOST meinen, es würde genügen, einen alternativen Stadtentwicklungsplan aufzustellen, d.h. staatlich festzulegen, was für Kraftwerke und was für Heizsysteme gebraucht werden und daher gebaut werden sollen. Über die BEWAG besitzt das Land Berlin die Kraftwerke und ist alleiniger Auftraggeber. Darüber sehen die SOST die Möglichkeit gegeben, dies Konzept durchzusetzen. Im Grunde stellt sich hier das Problem aber genau wie im Wohnungsbau, denn dort besitzen die halbstaatlichen Wohnungsbaugesellschaften die Wohnungen. Die bisherigen Wohnungsbauprogramme scheitern aber daran, daß der Staat, um seine Vorstellungen umzusetzen, unter den heutigen Verhältnissen gezwungen ist, Kredite aufzunehmen und die Profite der Baukapitalisten zu finanzieren. Genau das gleiche würde eintreten, sollte ein Energieprogramm im Sinne der SOST durchgeführt werden. Schon rein finanziell ist der Vorschlag der SOST undurchführbar, durch einen Rahmenplan festzulegen, ‚wie, was und für wen‘ produziert werden soll, in der Produktion dann aber das private Eigentum und die Profite nicht anzutasten.

Letztlich liegt dem Vorschlag der SOST ein theoretischer Fehler zugrunde. Der gesellschaftlichen Planung steht nur vordergründig gesehen die Marktlogik, d.h. die Anarchie des Marktes gegenüber, die Logik des Kapitals ist im wesentlichen Profitlogik. Und ohne Einschränkungen der Profite werden weder Planungen gemäß gesellschaftlicher Bedürfnisse noch Beschäftigungsprogramme, die das Einkommen und die Rechte der Arbeiter nicht einschränken, durchzusetzen sein. Speziell in der Wohnungspolitik sind in Westberlin die Kämpfe am weitesten entwickelt, daher sind hier auch die Forderungen der SOST am radikalsten. In den anderen Bereichen und in der Gesamteinschätzung versuchen sie jedoch, diese Konsequenz zu umgehen.

Insgesamt wurde die Broschüre der SOST als ein Fortschritt begrüßt, um die Debatte um ein kommunalpolitisches Aktionsprogramm zu führen. Ausgeklammert blieben die Fragen des besonders extremen Widerspruchs von Stadt und Land in Westberlin isoliert innerhalb der DDR, der sich nicht einfach durch mehr Osthandel wird lösen lassen, wie die SOST vorschlagen, und die Fragen der Sozialpolitik und der Besonderheiten der Westberliner Haushaltspolitik (Steuerermäßigungen, Berlin-Hilfe durch den Bund).

ihre Fertigprodukte nur zum Teil im unmittelbaren Umland, sondern als technologische Spitzenprodukte weithin abgesetzt.“(S. 17) Für diese These spricht die Tatsache, daß nach einer Verzögerung aufgrund der Berlin-Blockade in den 50er Jahren die Industrie in Westberlin äußerst schnell wieder aufgebaut werden konnte. Insgesamt stieg die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie von 137000 1950 auf 314000 1961.

Ein wesentlicher Bruch trat jedoch durch die Berlin-Krise 1961 ein, der m.E. von den SOST erheblich unterschätzt wird. Die Berlin-Krise fiel genau in die Jahre, wo in Westdeutschland die Wiederaufbauphase im wesentlichen abgeschlossen war und in den nachfolgenden Zyklen eine Umwälzung des Produktionsapparates vorgenommen werden mußte. Obwohl gerade in Westberlin die fortgeschrittensten Produktionsbranchen angesiedelt waren, liegen in allen Jahren ab 1962 die Veränderungsraten der Beschäftigungsentwicklung unter denen von Westdeutschland. Konkret war es so, daß insbesondere in der Wachstumsbranche Elektrotechnik die neuen Produktionsanlagen im Bereich Elektronik vor allem in den süddeutschen Zentren Stuttgart, München und

gend- und Akademikerarbeitslosigkeit. Gleichzeitig drohen in der Industrie neue Massenentlassungen. 1980 waren nur noch 182000 in der Industrie beschäftigt und 34000 arbeitslos registriert.

Vor diesem Hintergrund schlagen die SOST eine alternative Stadtentwicklung in den Bereichen Energie, Verkehr und Wohnungsversorgung vor. Hierauf konzentrierte sich auch die Diskussionsveranstaltung der SOST, an der etwa 35 teilnahmen, überwiegend Mitglieder der SOST und des KBW. Es bestand Übereinstimmung, daß die wesentlichen Bereiche getroffen sind, in denen aktuell Kämpfe gegen die herrschende Stadtentwicklung geführt werden. Westberlin hat inzwischen die schlechteste Luft von Westdeutschland, das wird sich nur durch eine grundlegende Änderung der Energieversorgung beheben lassen, indem die bestehenden Kraftwerke umgerüstet und der Hausbrand durch eine Fernwärmeversorgung ersetzt werden. In der Verkehrspolitik wird für Verkehrsberuhigung, gegen den Bau neuer Stadtautobahnen und stattdessen für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs eingetreten. Hier ist eine Besonderheit in Westberlin, daß zur Zeit die S-Bahn verrottet, während überflüssi-

der Vorschlag der SOST deswegen auch Forderungen gegen die Zinssubventionen, gegen die Grundrente, für Instandhaltungspflicht der Hauseigentümer, für Zuschüsse von Mietermodernisierung, gegen Mietsteigerungen. Die Eigeninitiative der Mieter soll gestärkt, die Rechte von Mieterräten, Mietervereinen vergrößert werden.

Während bezüglich der Wohnungspolitik Maßnahmen gegen das private Eigentum verlangt sind und daher auch ein Weg aufgezeigt ist gegen die Arbeitslosigkeit speziell im Bausektor, wird in den anderen Bereichen eine andere Position vertreten. Dort entzündete sich in der Diskussion die größte Kontroverse. Die SOST gehen von der Einschätzung aus: „Die Alternative, wie sie sich stellt, ist unausweichlich: entweder erfolgt die Erneuerung (in den Bereichen Energie, Verkehr, Wohnungsbau; wat) marktwirtschaftlich mit allen Folgen, oder es werden Ansätze einer gesellschaftlichen Planung vorgenommen.“(S. 40) Die Alternative scheint zu sein: Markt oder Planung. Konsequent bezeichnen die SOST die Logik des Kapitals als Marktlogik. Abschließend fassen sie ihren Vorschlag zusammen: „Die Perspektive der Stärkung der kommunalen materiellen Produktion ist nicht – ebensowenig

nungen. Die bisherigen Wohnungsbauprogramme scheitern aber daran, daß der Staat, um seine Vorstellungen umzusetzen, unter den heutigen Verhältnissen gezwungen ist, Kredite aufzu-

lassen, wie die SOST vorschlagen, und die Fragen der Sozialpolitik und der Besonderheiten der Westberliner Haushaltspolitik (Steuerermäßigungen, Berlin-Hilfe durch den Bund).

Personalversammlung zu Stellenstreichung, Rationalisierung

frn. Bremen. Am 16.12. nahmen zwischen 400 und 500 Beschäftigte der Universität Bremen an einer Personalversammlung teil, deren Hauptthema das weitere Vorgehen gegen die Rationalisierungsmaßnahmen des Bremer Senats war. Im Rahmen der drastischen Stellenstreichungen im Bremer öffentlichen Dienst sollen mittlerweile an der Universität in zwei ersten Phasen 90 Stellen eingespart werden. Danach werden weitere etwa 40 Stellen erwartet für den Zeitraum bis 1984. Die Universitätsleitung sagt, daß sie diese Forderungen des Senats nicht erfüllen kann, da mit einem so stark reduzierten Personal kein geregelter Betrieb in Lehre, Forschung und Dienstleistung mehr aufrecht zu erhalten sei. Sie versucht allerdings nicht, von daher die größtmögliche Einheit mit der Belegschaft und dem Personalrat herzustellen, um gemeinsam gegen den Senat etwas erreichen zu können. Vielmehr tut sie offiziell dem Senat gegenüber gar nichts, arbeitet aber intern sehr wohl an detaillierten Plänen der Rationalisierung, insbesondere mittels Einführung der EDV in die Verwaltung. Da die Mitbestimmung des Personalrats sich nur auf Verhandlungen mit dem unmittelbaren Dienstherrn, dem Rektor, bezieht, dieser aber über viele Fragen nicht verhandeln will, solange der Senat nicht den Rahmen festgelegt hat, innerhalb dessen der Rektor entscheiden kann, kommt es zu einem doppelten Widerspruch. Der eigentliche zwischen Senat und Belegschaft wird verwischt, der zwischen Rektor und Belegschaft wird teilweise künstlich gepflegt. – Bei einer Enthaltung beschloß die Personalversammlung zwei Resolutionen, die sich gegen die gesamte Sparpolitik wie gegen die einzelnen Maßnahmen an der Universität wenden. Es wird die Einhaltung des Bremer Rationalisierungsschutzabkommens verlangt, der Personalrat soll einen gesamten Umstellungsplan erreichen. Der ÖTV-Kreis Bremen wird aufgefordert, ein von der HBV für Januar geplantes wirtschaftspolitisches Forum zu unterstützen, um der Hetze gegen den öffentlichen Dienst entgegenzutreten. Eine von der Kreisdelegiertenkonferenz des DGB beschlossene Protestveranstaltung gegen die Sparmaßnahmen soll unverzüglich durchgeführt werden. – Während der Versammlung wurden für die Unterstützung des polnischen Volkes 570 DM gesammelt.

Personalversammlung zu Stellenstreichung, Rationalisierung

frn. Bremen. Am 16.12. nahmen zwischen 400 und 500 Beschäftigte der Universität Bremen an einer Personalversammlung teil, deren Hauptthema das weitere Vorgehen gegen die Rationalisierungsmaßnahmen des Bremer Senats war. Im Rahmen der drastischen Stellenstreichungen im Bremer öffentlichen Dienst sollen mittlerweile an der Universität in zwei ersten Phasen 90 Stellen eingespart werden. Danach werden weitere etwa 40 Stellen erwartet für den Zeitraum bis 1984. Die Universitätsleitung sagt, daß sie diese Forderungen des Senats nicht erfüllen kann, da mit einem so stark reduzierten Personal kein geregelter Betrieb in Lehre, Forschung und Dienstleistung mehr aufrecht zu erhalten sei. Sie versucht allerdings nicht, von daher die größtmögliche Einheit mit der Beleg-

sich nur auf Verhandlungen mit dem unmittelbaren Dienstherrn, dem Rektor, bezieht, dieser aber über viele Fragen nicht verhandeln will, solange der Senat nicht den Rahmen festgelegt hat, innerhalb dessen der Rektor entscheiden kann, kommt es zu einem doppelten Widerspruch. Der eigentliche zwischen Senat und Belegschaft wird verwischt, der zwischen Rektor und Belegschaft wird teilweise künstlich gepflegt. – Bei einer Enthaltung beschloß die Personalversammlung zwei Resolutionen, die sich gegen die gesamte Sparpolitik wie gegen die einzelnen Maßnahmen an der Universität wenden. Es wird die Einhaltung des Bremer Rationalisierungsschutzabkommens verlangt, der Personalrat soll einen gesamten Umstellungsplan erreichen. Der ÖTV-Kreis Bremen wird aufgefordert, ein von der HBV für Januar geplantes wirtschaftspolitisches Forum zu unterstützen, um der

Salzige Interessen zu Westberlin

jem. Westberlin. In Westberlin besteht für den Winter 81/82 ein Tausalzverbot auf allen Straßen, nachdem dieses in Kreuzberg in Winter 80/81 als Versuch erfolgreich abgeschlossen wurde und keine negativen Auswirkungen auf den Straßenverkehr hatte. Daß dieses Tausalzverbot von allen im Abgeordnetenhaus vertretenen Parteien unterstützt wurde, liegt sicher nicht daran, daß die SPD, CDU und FDP plötzlich umweltbewußtere Politik machen, sondern wohl mehr daran, daß die Schäden an der Natur und an den Straßen jetzt schon kaum noch zu bezahlen sind. Große Teile der Westberliner Bevölkerung werden es wohl deshalb unterstützen, um das bißchen Grün in der Stadt auch noch in ein paar Jahren dort zu sehen.

Heute schon sind von den 220000 Westberliner Straßenbäumen 43000 akut gefährdet, davon wiederum 12000 schwer geschädigt. Das sind allein 200 Mio. DM Schaden. Eine Autobahnbrücke wurde durch die Verwendung von Tausalz abbruchreif, der Neubau wird über 40 Mio. DM kosten. Nicht gerade wohlwollend werden die Salzindustrie und die Zwischenhändler diesen Versuch sehen. Jahrelange Millionengeschäfte mit der BSR (Berliner Stadtreinigung) will man sich nicht durch die Finger gehen lassen. Daß diese Geschäftsverbindungen zur BSR gut waren, zeigt sich daran, daß die BSR-Leitung das jetzt zu verwendende Granulat erst einmal falsch einsetzte. Der Leiter der privaten Müllbeseitigungsfirma Alba meinte dazu im SFB, daß „es unverständlich sei, daß nicht gleichzeitig beim Streuen der Schnee beiseite gepflügt wurde, damit das Granulat zur Wirkung kommen könne“. So setzte die BSR-Leitung durch, daß 85 Kilometer wieder mit Salz gestreut werden durfte, wenn auch nur mit Sondergenehmigung für den 10.12. 1981.

Unterstützung finden BSR und Salzindustrie bei der Springer-Presse wie Bild und BZ, die tagelang Stimmung machten für die Weiterverwendung von Tausalz. Unfälle wurden ausgeschlachtet, genau wie die bei jedem Wintereinbruch übervollen U-Bahnen und Busse. Die BZ organisierte eine Telefonaktion, wo der zuständige Senator über Tausalz befragt werden konnte und lieferte die passenden Fragen gleich dazu.

UN-Sicherheitsrat erklärt israelische Annexion der Golan-Höhen für null und nichtig

Syriens Widerstand gegen den Fahd-Plan und das Scheitern der arabischen Gipfelkonferenz in Fes haben Israel die Annexion der Golan-Höhen erleichtert

chm. Der Sicherheitsrat hat einstimmig die Annexion der syrischen Golanhöhen durch Israel für „null und nichtig" erklärt. Der Generalsekretär der UNO ist damit beauftragt, innerhalb von zwei Wochen Bericht zu erstatten, ob Israel der Resolution nachgekommen sei, die Annexionsverfügung rückgängig zu machen, sonst müsse der Sicherheitsrat am 5.1.1982 zu einer Sondersitzung zusammentreten. Mit ihrem „Ja" zur Resolution wollen die USA nach eigenem Bekunden „ihr tiefes Bedauern und ihre Opposition" zum Annexionsbeschluß der israelischen Regierung ausdrücken. (Einer fast gleichlautenden Resolution in der UN-Vollversammlung haben sie allerdings ihre Zustimmung verweigert!) Israels UNO-Botschafter, Jehuda Blum, hat unmittelbar nach der Sitzung angedeutet, daß Israel nicht daran denke, sich an die Resolution zu halten, da diese „die ständigen Aggressionen Syriens gegen Israel" mißachte.

Es ist die zweite Verurteilung Israels durch den Sicherheitsrat innerhalb von sechs Monaten – die erste erfolgte nach der Zerstörung des irakischen Atomreaktors im vergangenen Juni. Die UNO-Vollversammlung hat in der vergangenen Woche eine Reihe von Resolutionen verabschiedet, die allesamt verschiedene Aspekte der israelischen Politik gegenüber den arabischen Staaten, vor allem seine Politik in den besetzten palästinensischen Gebieten betreffen. Es erwartet keiner im Ernst, daß sich Israel auch nur um eine einzige dieser Resolutionen schert.

Israel fühlt sich stark – so stark, daß es mit der formellen Annexion der Golanhöhen das internationale Dokument auf das sich Israel wie die USA stets so vehement berufen hatten, die Sicherheitsratsresolution 242 vom Juni 1967, der es zugestimmt hat, außer Kraft setzt. Diese Resolution, die z.B. nicht die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes berücksichtigte, verankerte immerhin das Prinzip, dem auch die für die Konfrontation mit Israel relevanten arabischen Staaten, Ägypten, Syrien und Jordanien zugestimmt haben, daß die Rückgabe der im Junikrieg besetzten Territorien ein angemessener Preis für den von Israel immer wieder vorgebrachten Wunsch nach Anerkennung seiner Sicherheit und nach einem friedlichen Zusammenleben mit den Arabern sei. Zu diesen besetzten Territorien gehören ohne Zweifel auch die Golanhöhen.

Israel fühlt sich stark, weil das Bild, das die arabischen Staaten auf der geplatzten Gipfelkonferenz in der marokkanischen Stadt Fes boten, so schwach war – untereinander gespalten, unfähig sich auf ein gemeinsames Vorgehen gegen Israel zu einigen. Hätten die arabischen Staaten den von Saudiarabien vorgelegten Fahd-Plan mehrheitlich verabschiedet, hätten sie eine politische und diplomatische Waffe in der Hand gehabt, um gegenüber der EG und den beiden Supermächten gegen den zionistischen Staat in die Initiative zu kommen. Keiner kann Syrien von der Verantwortung für das Scheitern dieser Konferenz freisprechen: Für die syrische Regierung war es wichtiger, die PLO am Gängelband zu halten, als einen Schritt zu tun für die Vereinheitlichung der arabischen Staaten. Für die syrische Regierung war es wichtiger, einen immer illusionär gewesenen „Führungsanspruch" der sogenannten Konfrontationsfront zu beanspruchen, als einen Minimalkonsens der arabischen Staaten zu ermöglichen. Und vor allem: Es war für die syrische Regierung wichtiger, den Spatz in der Hand – die Hegemonie im Libanon – zu sichern, als einen wirksamen Beschluß gegen den zionistischen Staat zu erwirken. Natürlich ist Syrien im Recht, da Israel der Aggressor ist, aber Israel wird solange der Aggressor bleiben, solange die arabischen Staaten zu keinem einheitlichen Vorgehen finden, das wirksamen Druck auf Israels Hauptverbündeten, die USA ausübt – ganz zu schweigen von der bitteren Notwendigkeit, sich auch militärisch gegen Israel zu vereinheitlichen, denn all diese Schritte des zionistischen Staates in den vergangenen sechs Monaten sind die zielstrebige Vorbereitung eines siebten Nahostkrieges, in dem sich Israel einen noch größeren Teil des Libanon einverleibt und handstreichmäßig das besetzte Westufer des Jordans und den Gazastreifen auch formell annektiert.



Israelische Truppen bei der Besetzung Golan-Höhen, deren förmliche Annexion die Knesseth kürzlich beschlossen hat.

Israel hat die Resignation, die sich nach Fes in den Reihen der arabischen Staaten ausbreitete, und den Militärputsch in Polen ausgenutzt, um die faktisch vollzogene Annexion des syrischen Territoriums zu formalisieren. Die Regierung Begin hat damit einen Teil ihres Regierungsprogramms verwirklicht, in dem die Golanhöhen als integraler Bestandteil fungieren. Begins Herut-Partei ist damit der Verwirklichung von „Großisrael" nähergekommen. Letztenendes ist die Begründung für die Annexion im Zionismus und seinem Anspruch auf ganz Palästina als Heimat aller Juden zu suchen. Diese ideologische Begründung darf aber die handfesten Ziele, die Israel aktuell verfolgt, nicht vernebeln.

Zuallererst geht es darum, die USA zu testen, ihnen notfalls zu zeigen, daß Israel zwar von ihnen abhängig ist, daß dieses strategische Bündnis aber nicht bedeutet, daß die taktischen Ziele deckungsgleich sind. Auf Antwort der USA, die das „memoradum of understanding" „auf Eis" legten, reagierte Begin prompt mit dessen Aufkündigung. Daß die amerikanische Militärhilfe weiter fließen wird, dessen kann sich Begin trotzdem sicher sein.

Daß die USA im Sicherheitsrat für und in der Vollversammlung gegen die Verurteilung Israels gestimmt haben, wird das Vertrauen in ihre Nahostpolitik bei den arabischen Staaten nicht gerade stärken, was auch im Interesse Israels liegt.

Mit der Annexion der Golanhöhen will Israel auch Ägypten und den neuen ägyptischen Präsidenten Mubarak treffen: Ergreift Ägypten wirksame Schritte zur Unterstützung Syriens, z.B. durch die Aufkündigung der laufenden Verhandlungen über eine Autonomie der Palästinenser, hätte Israel einen Vorwand, den Rückzug aus dem Sinai, der für April 1982 vorgesehen ist, zu stoppen. Tut es nichts oder nur zuwenig, bleibt Ägypten isoliert, sind die keimenden Kontakte zu den anderen arabischen Staaten torpediert. (Die bisher bekanntgewordenen Erklärungen von ägyptischer Seite sind widersprüchlich.)

Nicht zuletzt gibt es auch innenpolitische Gründe für Begins Vorgehen. Die Bilanz der ersten vier Monate Begin-Regierung ist mager bis negativ. Keines der innen- und wirtschaftspolitischen Probleme ist gelöst. Was den Leuten im Gedächtnis haften geblieben ist, ist, daß es die erste israelische Regierung ist, die gezwungen worden ist, ein Abkommen mit der PLO zu schließen – das Waffenstillstandsabkommen im Libanon vom vergangenen Juli, das eine faktische Anerkennung der PLO bedeutet. Die israelische Zeitung „Haaretz" kommentierte die Annexion der Golanhöhen mit den Worten: „Begin braucht ein Feigenblatt, um seine Blöße zu bedecken."

Daß dieses Feigenblatt die Golanhöhen sind, hat nicht zuletzt Syrien selbst verschuldet.

1. Die innerparteiliche Diskussion

hah. Ausdruck der innerparteilichen Diskussion in der KPI ist eine Veranstaltung am 14.12., einen Tag nach dem polnischen Militärputsch, im römischen Parteizentrum mit Pietro Ingrao. Dieser erklärte laut „Unità", dem offiziellen Organ der KPI: „Ein Volk unter Kriegsrecht zu stellen, alle Freiheitsrechte aufzuheben, die Macht einer Handvoll von Militärs zu übergeben, ist an sich schon sehr schlimm. Was die KPI aufgrund ihrer prinzipiel-

Berlinguer nach dem Militärputsch: „Polen zeigt, daß die Gesellschaften Osteuropas die Fähigkeit zur Erneuerung verloren haben"

Länder des Ostens „zur Verwirrung beitragen". Ein anderer meint, die KPI-These von der Verbindung Demokratie-Sozialismus sei auf „jene Län-

polnischen Ereignissen (laut „Unità"): „Am Anfang standen schwere Fehler in der Wirtschaftspolitik und in den Methoden der Machtausübung, die

steht, der unauflöslich mit den Werten und Prinzipien der Freiheit und Demokratie verbunden und auf sie gegründet ist: und dies ist die Politik, die Strate-

von Lenin ihre Gültigkeit behalten, aber daß es bei diesen Lehren auch Teile gibt, die überholt sind und von den italienischen Kommunisten aufgegeben wurden, und zwar aufgrund theoretischer Weiterentwicklungen, die sich auf das Thema des Wegs zum Sozialismus und der Formen und Methoden beim Aufbau des Sozialismus in Gesellschaften konzentrieren, die – wie die Länder Westeuropas – wirtschaftlich entwickelt sind und über demokratische Traditionen verfügen …"

Israel fühlt sich stark – so stark, daß es mit der formellen Annexion der Golanhöhen das internationale Dokument auf das sich Israel wie die USA stets so vehement berufen hatten, die Sicherheitsratsresolution 242 vom Juni 1967, der es zugestimmt hat, außer Kraft setzt. Diese Resolution, die z.B. nicht die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes berücksichtigte, verankerte immerhin das Prinzip, dem auch die für die Konfrontation mit Israel relevanten arabischen Staaten, Ägypten, Syrien und Jordanien zugestimmt haben, daß die Rückgabe der im Junikrieg besetzten Territorien ein



Israelische Truppen bei der Besetzung Golan-Höhen, deren förmliche Annexion die Knesseth kürzlich beschlossen hat.

Teil ihres Regierungsprogramms verwirklicht, in dem die Golanhöhen als integraler Bestandteil fungieren. Begins Herut-Partei ist damit der Verwirklichung von „Großisrael" nähergekommen. Letztenendes ist die Begründung für die Annexion im Zionismus und seinem Anspruch auf ganz Palästina als Heimat aller Juden zu suchen. Diese ideologische Begründung darf aber die handfesten Ziele, die Israel aktuell verfolgt, nicht vernebeln.

Zuallererst geht es darum, die USA zu testen, ihnen notfalls zu zeigen, daß Israel zwar von ihnen abhängig ist, daß dieses strategische Bündnis aber nicht

Leuten im Gedächtnis haften geblieben ist, ist, daß es die erste israelische Regierung ist, die gezwungen worden ist, ein Abkommen mit der PLO zu schließen – das Waffenstillstandsabkommen im Libanon vom vergangenen Juli, das eine faktische Anerkennung der PLO bedeutet. Die israelische Zeitung „Haaretz" kommentierte die Annexion der Golanhöhen mit den Worten: „Begin braucht ein Feigenblatt, um seine Blöße zu bedecken."

Daß dieses Feigenblatt die Golanhöhen sind, hat nicht zuletzt Syrien selbst verschuldet.

Berlinguer nach dem Militärputsch: „Polen zeigt, daß die Gesellschaften Osteuropas die Fähigkeit zur Erneuerung verloren haben"

1. Die innerparteiliche Diskussion

hah. Ausdruck der innerparteilichen Diskussion in der KPI ist eine Veranstaltung am 14.12., einen Tag nach dem polnischen Militärputsch, im römischen Parteizentrum mit Pietro Ingrao. Dieser erklärte laut „Unità", dem offiziellen Organ der KPI: „Ein Volk unter Kriegsrecht zu stellen, alle Freiheitsrechte aufzuheben, die Macht einer Handvoll von Militärs zu übergeben, ist an sich schon sehr schlimm. Was die KPI aufgrund ihrer prinzipiellen Auffassungen ablehnt … Die breite Rebellion, das Eingreifen der Arbeitermassen mittels Solidarność hat die bestehenden Organe zerbröckeln lassen … Hat dieser komplexe und wichtige politische Prozeß die Grundlagen des Sozialismus unterminiert? Die italienischen Kommunisten sind der Auffassung, daß man nur mit sozialer und politischer Demokratie zum Sozialismus kommt. Das ist … die Kampffront, die angesichts der gleichzeitigen Krise in Ost und West erforderlich ist. Ich spreche nicht einfach nur von der Notwendigkeit der Zustimmung. Ich meine mehr: die aktive Beteiligung einer großen, bewußten Volksbewegung ist nützlich, ist unerläßlich. Ich kann das Wort, die Idee, die Hoffnung des Sozialismus nicht einmal denken ohne das Volk, das der wahre Vorkämpfer des Aufbaus der neuen Gesellschaft ist. Deshalb war die polnische Erfahrung so wichtig, so grundlegend."

Auf den Einwand, Jaruzelski sei damit aber dem direkten Einmarsch der UdSSR zuvorgekommen, antwortet Ingrao: „In keinem Fall, nicht einmal im härtesten und dramatischsten Moment der Krise kann die Repression, das Militär-Regime die Krise lösen. Und mit Sicherheit nicht in Richtung auf den Sozialismus lösen … Wir können keinerlei imperiale Logik eines Block im Namen des Sozialismus akzeptieren. Es ist die gleiche verquere Logik, wie sie uns so mancher auch hier im Westen aufzwingen will. Und wir müssen fähig sein, mit der gleichen Kraft ‚Nein' zu sagen: hier und dort."

Heftige Diskussion. Ein KPI-Redner stößt sich an der „imperialen Logik", dieser Ausdruck werde in bezug auf die Länder des Ostens „zur Verwirrung beitragen". Ein anderer meint, die KPI-These von der Verbindung Demokratie-Sozialismus sei auf „jene Länder … nicht anwendbar; wenn Polen aus dem Sowjetblock ausscheiden würde, wäre das ein Schlag gegen den Frieden und gegen die Entspannung". Dagegen ein anderer KPI-Genosse: „Das Chaos und die Katastrophe Solidarność anzulasten, wäre falsch und ungerecht. Die polnische Arbeiterklasse hat 35 Jahre lang dem Partei-Staat Kredit eingeräumt. Wir müssen feststellen, daß dieses soziale und politische Modell gescheitert ist. Es ist weder regierbar noch wieder aufrichtbar. Die Demokratie und diese Art von Sozialismus sind unvereinbar."

Dazu Ingrao: „Das Monopol der Arbeiterpartei ist unhaltbar. Das alte Konzept gilt nicht mehr, in dem die Gewerkschaft nichts weiter ist als der Transmissionsriemen der Partei … Untersuchen wir: wie funktioniert im Osten die Beteiligung der Arbeiter, der Techniker, der Jugendlichen an der Produktion, an der Kultur, an der Wissenschaft? Wie verteilt sich die Macht? Dort herrscht eine Krise, und es sind keine Wege, Instrumente und Methoden zu ihrer Überwindung in Sicht … Oft genug haben wir in der Vergangenheit das Geschehen im Osten mit dem Vorhandensein, dem Gewicht historischer Schranken erklärt. Auch ich habe das getan, ich habe es viele Male getan, und heute weiß ich, daß ich mich getäuscht habe. Daß die heutige Welt von einer autonomen und originären Kraft wie der KPI verlangt, sich nicht zu verspäten …"

2. Einen Tag später: Berlinguer im Fernsehen

Am 15.12. erkärte Berlinguer während einer Journalisten-Befragung zu den polnischen Ereignissen (laut „Unità"): „Am Anfang standen schwere Fehler in der Wirtschaftspolitik und in den Methoden der Machtausübung, die von der kommunistischen Regierungspartei begangen wurden und zu einem Bruch zwischen dieser Macht und großen Teilen des Volkes, vor allem der Arbeiterklasse führten. Es ist nicht zu leugnen, daß es dann auch extremistische Tendenzen unterschiedlicher Färbung gab, in der Partei und in den Gewerkschaftsorganisationen: das ist ein objektives Faktum, das nichts an unserer Stellungnahme ändert …

Allgemein läßt sich feststellen, daß die Ereignisse in Polen uns zu der Auffassung bringen, daß sich die vorwärtstreibende Fähigkeit zur Erneuerung in den – oder zumindest in einigen – Gesellschaften Osteuropas effektiv erschöpft hat. Ich spreche von einer vorwärtstreibenden Tendenz, die lange Zeit vorhanden war und ihren Anfang in der sozialistischen Oktoberrevolution hatte, dem größten revolutionären Ereignis unserer Epoche. Dieses Ereignis hat Raum geschaffen für eine Kette von Befreiungskämpfen der Völker und auch für viele Errungenschaften. Heute sind wir an einem Punkt angelangt, wo diese Phase zuende geht. Damit auch der Sozialismus, der in den östlichen Ländern realisiert wurde, in eine Ära der Erneuerung und der demokratischen Entwicklung eintritt, müssen zwei grundlegende Bedingungen erfüllt werden:

1) ist die Fortsetzung des Entspannungsprozesses notwendig (klar ist, daß die Verschärfung der internationalen Spannung und der Rüstungswettlauf zur Verhärtung der verschiedenen Regimes, also auch dieser Regimes führen);

2) ist es notwendig, daß im Westen, in Westeuropa ein neuer Sozialismus entsteht, der unauflöslich mit den Werten und Prinzipien der Freiheit und Demokratie verbunden und auf sie gegründet ist: und dies ist die Politik, die Strategie, die grundlegende Inspiration unserer Partei, die nun aufs Neue bestätigt wird …"

(Auf den Einwand eines Journalisten, Berlinguers Urteil über die Ostblockstaaten gehe den Dingen immer noch nicht auf den „Grund":)

„Wenn ich sage, daß eine ganze historische Phase der sozialistischen Bewegung, die mit der Oktoberrrevolution begann, zuende gegangen ist, daß es jetzt darum geht, eine neue zu beginnen, und daß sie zuallererst im kapitalistischen Westen begonnen werden muß, und wenn ich sage, daß diese neue Phase auch den Regimes des Ostens helfen kann, sich in Richtung auf eine effektive Demokratisierung ihres politischen Lebens zu erneuern, dann scheint mir das eine wahre „Grund"-Aufgabe zu sein, die sich der Arbeiterklasse und den anderen demokratischen Kräften im Westen und in unserem Land stellt …"

(Zur Frage eines Journalisten, warum Berlinguer nicht bereit sei, von „sowjetischem Imperialismus" zu sprechen, antwortet Berlinguer, dies sei eine Frage der Definition. Der Begriff des Imperialismus sei an monopolkapitalistische Gesellschaften gebunden; er ziehe es vor, im Hinblick auf die Sowjetunion von „Machtpolitik" zu sprechen. Zu einem Journalisten, der die Erklärung der KPI, Demokratie und Sozialismus seien untrennbar, für eine „erfreuliche Häresie" (Ketzerei) gegenüber den leninistischen Prinzipien erklärt, führt Berlinguer aus:)

„Die italienischen Kommunisten meinen, daß die grundlegenden Lehren vor allem von Marx und einige Lehren von Lenin ihre Gültigkeit behalten, aber daß es bei diesen Lehren auch Teile gibt, die überholt sind und von den italienischen Kommunisten aufgegeben wurden, und zwar aufgrund theoretischer Weiterentwicklungen, die sich auf das Thema des Wegs zum Sozialismus und der Formen und Methoden beim Aufbau des Sozialismus in Gesellschaften konzentrieren, die – wie die Länder Westeuropas – wirtschaftlich entwickelt sind und über demokratische Traditionen verfügen …"

3. Lama auf einer gewerkschaftlichen Massendemonstration

Am gleichen Abend erklärt Lama, ZK-Mitglied der KPI und Generalsekretär der CGIL, des größten italienischen Gewerkschaftsverbandes, auf einer Massenkundgebung in Rom: „Bewunderung verlangt die Haltung von Walesà, der – wie es scheint – jede Kompromißlösung abgelehnt hat, obwohl er keinerlei Kontakt und Verbindung mit den Arbeitern von Solidarność hatte und auch er unter Arrest gestellt wurde." Auch Lama lehnt scharf die Rechtfertigung des Putsches mit dem „geringeren Übel" ab und wendet sich insbesondere an seine kommunistischen Partei-Genossen: weil sie den großen, nicht zu unterdrückenden Wert der Freiheit und der gewerkschaftlichen Autonomie kennen, die erst in harten Kämpfen erobert und verteidigt werden mußten, und weil „es unser Ziel ist, auch in Italien eine neue Gesellschaft aufzubauen, die sich auf die Prinzipien des Sozialismus gründet. Aber wie kann man ein Regime sozialistisch nennen, in dem 9½ Millionen Werktätige, praktisch die Gesamtheit der Arbeiter, Angestellten und Techniker, d.h. mehr als ein Viertel der Bevölkerung sich in einer Gewerkschaft organisieren, die heute für illegal erklärt wird? Was soll das nur für ein Sozialismus sein?"

Laut „Unità" hat die KPI im europäischen Parlament einen Resolutionsentwurf eingebracht, in dem die von der polnischen Regierung ergriffenen Maßnahmen verurteilt und jeder eventuell von außen kommende Druck oder Eingriff zurückgewiesen wird.

kvz extra

Kommunistische Volkszeitung
Beilage vom 23.12.1981

Die Friedensbewegung und ihre Vorläufer

Woran die Bewegungen der 50er Jahre gescheitert sind
Die internationalen Bedingungen für einen Erfolg sind heute günstiger als damals

Von Lutz Plümer

Gegen die Eingliederung Westdeutschlands in das NATO-Bündnis und gegen die Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden hat es große Kämpfe gegeben. Getragen wurden diese Kämpfe hauptsächlich von der Arbeiterbewegung, von den Gewerkschaften, von SPD und KPD, aber auch von bürgerlichen Kräften, die den von der Adenauer-Regierung verfochtenen Kurs und seine Militärdoktrin ablehnten. Die erste große Etappe dieses Kampfes bildete der Widerstand gegen die Remilitarisierung und der Widerstand gegen die Westintegration. Basis dieser Bewegung war die Weigerung breitester Teile des Volkes, nach den Erfahrungen des II. Weltkrieges noch einmal Waffen in die Hand zu nehmen. Diese Stimmung drückte sich u.a. in der „Ohne-mich-Bewegung" aus. Positiv setzte diese Bewegung dem Konzept der Adenauer-Regierung die Losung „Friedensvertrag statt Westintegration" und die Forderung nach Wiedervereinigung entgegen. Mit dem Eintritt der BRD in die NATO und dem Aufbau der Bundeswehr war die Niederlage dieser Bewegung besiegelt. Erfolge konnte die Bewegung nur in Nebenpunkten erringen. Das durch die Verfassung garantierte Recht auf Wiedervereinigung konnte von der Reaktion nicht prinzipiell beseitigt werden. Der Militarismus wurde geschwächt.

Eine zweite große Etappe des Kampfes gegen Krieg und Kriegsgefahr bildete die Kampagne gegen den Atomtod und gegen die Entscheidung der NATO, taktische Atomwaffen in Mitteleuropa zu stationieren. Sie richtete sich gegen die weitere Verschärfung des Kalten Krieges durch die Stationierung von Atomsprengköpfen in Europa und gegen die Gefahren, die der Einsatz dieser Waffen für die Existenz der europäischen Völker bedeuten würden. Positiv forderte diese Bewegung das Verbot der Atomwaffen und die Schaffung einer atomwaffenfreien

dieser Bewegung war die Weigerung breitester Teile des Volkes, nach den Erfahrungen des II. Weltkrieges noch einmal Waffen in die Hand zu nehmen. Diese Stimmung drückte sich u.a. in der „Ohne-mich-Bewegung" aus. Positiv setzte diese Bewegung dem Konzept der Adenauer-Regierung die Losung „Friedensvertrag statt Westintegration" und die Forderung nach Wiedervereinigung entgegen. Mit dem Eintritt der BRD in die NATO und dem Aufbau der Bundeswehr war die Niederlage dieser Bewegung besiegelt. Erfolge konnte die Bewegung nur in Nebenpunkten erringen. Das durch die Verfassung garantierte Recht auf Wiedervereinigung konnte von der Reaktion nicht prinzipiell beseitigt werden. Der Militarismus wurde geschwächt.

Eine zweite große Etappe des Kampfes gegen Krieg und Kriegsgefahr bildete die Kampagne gegen den Atomtod und gegen die Entscheidung der NATO, taktische Atomwaffen in Mitteleuropa zu stationieren. Sie richtete sich gegen die weitere Verschärfung des Kalten Krieges durch die Stationierung von Atomsprengköpfen in Europa und gegen die Gefahren, die der Einsatz dieser Waffen für die Existenz der europäischen Völker bedeuten würden. Positiv forderte diese Bewegung das Verbot der Atomwaffen und die Schaffung einer atomwaffenfreien

Zone in Mitteleuropa. Erneut wurde die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes und die Wiedervereinigung auf dem Weg der Vereinbarung zwischen den Großmächten und der Schaffung einer europäischen Entspannungszone gefordert. Auch diese Bewegung ist gescheitert. Ein Ergebnis dieser Kämpfe bleibt die Tatsache, daß keine westdeutsche Partei die Verfügung Westdeutschlands über Atomwaffen beansprucht. Dieses Ergebnis ist aber solange nicht viel wert, wie die Existenz amerikanischer Atomwaffen in Westdeutschland und die uneingeschränkte Verfügung der USA über diese Waffen nicht in Frage gestellt wird.

Die gegenwärtige Friedensbewegung setzt die Tradition der früheren Friedensbewegungen in Westdeutschland fort und stellt sich mehr oder weniger ausdrücklich in diese Tradition. Einige führende Sprecher dieser Bewegung entstammen den früheren Friedensbewegungen, wie etwa Erhard Eppler, der in den frühen 50er Jahren mit Heinemann u.a. die Gesamtdeutsche Volkspartei (die einen neutralistischen Weg für Deutschland forderte) gegründet hatte, aber auch Pastor Niemöller. Mit den früheren Friedensbewegungen teilt die heutige den Ausgangspunkt ihres Kampfes: Sie richtet sich gegen die Einführung bestimmter neuer Waffensysteme und versucht, über deren Verhinderung das Wettrüsten und die Kriegsgefahr zumindest zu bremsen. Und schließlich wird sich die heutige Friedensbewegung zunehmend der Tatsache bewußt, daß der Kampf für Frieden wesentlich mit dem Kampf für Unabhängigkeit verbunden ist, ein Zusammenhang, der vor allem auf der großen Kundgebung in Bonn am 10. Oktober deutlich gemacht wurde.

Auch hierin knüpft sie an die früheren Bewegungen an, in denen dieser Zusammenhang eine wesentliche Rolle spielte. Die Frage ist, wie kann es der heutigen Friedensbewegung gelingen, die Niederlage zu vermeiden, die die früheren Bewegungen erlitten haben. Was waren überhaupt die Bedingungen für die damaligen Niederlagen und inwieweit sind diese Bedingungen heute überwindbar?

Es gibt das gängige Erklärungsmuster, das seinerseits von der KPD aufgebracht wurde und das auch später in der Linken, insbesondere unter den Marxisten-Leninisten populär war, das besagt, die Bewegung sei gescheitert an der Spaltung durch die Sozialdemokratie und dem Verrat der sozialdemokratischen Führer, die, im Gegensatz zur Basis, den Kampf von Anfang an nicht gewollt hätten. Es ist dies eine Sorte Geschichtsinterpretation, die alles erklärt und nichts versteht. Denn selbst wenn man unterstellt, daß die sozialdemokratische Führung seinerzeit den Kampf nicht gewollt habe, bleibt immerhin die Frage, warum sie die Bewegung hat abwürgen können, und nicht umgekehrt sich die Bewegung einer solchen Führung entledigt hat. Und es bleibt ferner unverstanden, warum sich das von der Regierung verfolgte Konzept der Westintegration unter den Massen schließlich durchgesetzt hat. Positiv wird aus dieser Erklärung gefolgert, man müsse vor allem darauf achten, daß es der Sozialdemokratie nicht erneut gelingt, die Führung dieser Bewegung an sich zu reißen. Gut und schön. Aber das politische Problem besteht ja doch darin, wie die Friedensbewegung ihre politische Selbständigkeit sichert *und* gleichzeitig die Mehrheit gewinnt, die sie braucht, um ihre Forderung durchzusetzen. Und das

Es gibt das gängige Erklärungsmuster, das seinerseits von der KPD aufgebracht wurde und das auch später in der Linken, insbesondere unter den Marxisten-Leninisten populär war, das besagt, die Bewegung sei gescheitert an der Spaltung durch die Sozialdemokratie und dem Verrat der sozialdemokratischen Führer, die, im Gegensatz zur Basis, den Kampf von Anfang an nicht gewollt hätten. Es ist dies eine Sorte Geschichtsinterpretation, die alles erklärt und nichts versteht. Denn selbst wenn man unterstellt, daß die sozialdemokratische Führung seinerzeit den Kampf nicht gewollt habe, bleibt immerhin die Frage, warum sie die Bewegung hat abwürgen können, und nicht umgekehrt sich die Bewegung einer solchen Führung entledigt hat. Und es bleibt ferner unverstanden, warum sich das von der Regierung verfolgte Konzept der Westintegration unter den Massen schließlich durchgesetzt hat. Positiv wird aus dieser Erklärung gefolgert, man müsse vor allem darauf achten, daß es der Sozialdemokratie nicht erneut gelingt, die Führung dieser Bewegung an sich zu reißen. Gut und schön. Aber das politische Problem besteht ja doch darin, wie die Friedensbewegung ihre politische Selbständigkeit sichert *und* gleichzeitig die Mehrheit gewinnt, die sie braucht, um ihre Forderung durchzusetzen. Und das

geht wohl nicht, ohne die Mehrheit der Sozialdemokratie, die Mehrheit der Gewerkschaften, ja Teile selbst der CDU-Basis zu gewinnen. Dann aber ist es politisch naiv davor zu warnen, daß Vertreter bestimmter Flügel der SPD auf Manifestationen der Friedensbewegung auftreten.

In der Resolution zu Fragen der Friedensbewegung, die wir auf der Delegiertenkonferenz verabschiedet haben, wird die Auffassung vertreten, ein entscheidender Grund für die Niederlage der damaligen Friedensbewegung sei die Konzentration auf die Waffenfrage und das Fehlen eines politischen Konzepts gewesen, mit dem man die bürgerlichen Konzepte habe schlagen können. Ich halte diese Feststellung für verkürzt und sachlich auch nicht für zutreffend. Denn politische Konzepte hat es damals gegeben, vor allem in den frühen 50er Jahren, aber auch später. Die Frage ist, ob sie ausreichend und durchsetzbar waren. Das Konzept war zusammengefaßt in der Forderung Friedensvertrag und Wiedervereinigung statt Remilitarisierung und Westintegration. Es wurde von der KPD vertreten und auch von SPD und DGB, wenn auch mit unterschiedlicher Stoßrichtung. Die GVP hatte ein neutralistisches Konzept, desgleichen Teile des Zentrums und der Bayernpartei. Auf seiten der KPD richtete sich die Forderung ausschließlich gegen das Vormachtstreben und die Weltherrschaftspläne des US-Imperialismus. Das war insofern berechtigt, als damals die USA diejenige Macht waren, deren Politik direkt auf Weltherrschaft und Vernichtung des sozialisitschen Lagers hinauslief, während die westdeutsche Regierung diese Politik unterstützte. Angesichts der Unterdrückung der Souveränität Westdeutschlands durch die USA war auch die nationale Tönung der Propaganda der KPD erklärlich. Nur: die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht aus dem Munde der KPD war damals schon völlig unglaubwürdig und wurde der KPD auch nicht abgenommen angesichts der brutalen Unterdrückung der bürgerlichen Freiheiten und der nationalen Unabhängigkeit, die die Sowjetunion in ihrem Machtbereich schon damals exerzierte und die die KPD stets kritiklos unterstützte. Insofern mußte die Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni 1953 der KPD und den von ihr vertretenen, revolutionären Teilen der Arbeiterbewegung den Rest geben.

Auf seiten der SPD richtete sich die Forderung nach Wiedervereinigung sowohl gegen die Vorherrschaft der Sowjetunion über die DDR und die despotischen Formen der Machtausübung in der DDR wie auch gegen die Abhängigkeit Westdeutschlands von NATO und USA. Die Kritik an der Remilitarisierung war keineswegs eine bedingungslose Ablehnung der Waffen. Sie war bedingt durch die Tatsache, daß



los unterstützte. Insofern mußte die Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni 1953 der KPD und den von ihr vertretenen, revolutionären Teilen der Arbeiterbewegung den Rest geben.

Auf seiten der SPD richtete sich die Forderung nach Wiedervereinigung sowohl gegen die Vorherrschaft der Sowjetunion über die DDR und die despotischen Formen der Machtausübung in der DDR wie auch gegen die Abhängigkeit Westdeutschlands von NATO und USA. Die Kritik an der Remilitarisierung war keineswegs eine bedingungslose Ablehnung der Waffen. Sie war bedingt durch die Tatsache, daß



Demonstration in Hamburg am 1. Mai 1958

die Remilitarisierung unter für Westdeutschland ungleichen Bedingungen erfolgen würde und daß die Eingliederung in die NATO die Chance auf Wiedervereinigung zunichtemachen würde. Der Adenauer-Regierung warf die SPD vor, daß „praktisch die Integration der Bundesrepublik in den Westen immer den Vorrang vor der Wiedervereinigung gehabt hat." (Ollenhauer vor dem Bundestag am 15.12.1954) Weil die Spaltung Deutschlands ein Werk der beiden Supermächte war, sollte die Forderung nach Wiedervereinigung die Forderung nach Selbstbestimmungsrecht und Souveränität zum Ausdruck bringen. Weil sich in Deutschland die beiden Weltmächte direkt gegenüberstanden, sollte die Forderung nach Wiedervereinigung den Kalten Krieg bremsen, zumindest von deutschem Boden fernhalten.

Aus dem Munde der SPD war die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk noch am ehesten glaubwürdig. Die Kritik an den Machthabern der DDR und der Sowjetunion entsprach den Erfahrungen der Massen, gerade auch der Arbeiterbewegung, auf die die Verhältnisse in Osteuropa niemals irgendeine Anziehungskraft ausüben konnten. Nur: diese Kritik war, insbesondere bei Schumacher, stets mit einem glühenden Antikommunismus verbunden, und auch mit der Weigerung, die Oder-Neiße-Grenze als polnische Westgrenze anzuerkennen, was eine Veständigung mit den Völkern Osteuropas, insbesondere mit den Polen, von vorneherein ausschloß. Die Bundesregierung wurde als Vasall der Alliierten angegriffen, und es wurde eine von den USA unabhängige deutsche Politik gefordert. Nur: diese Kritik war weitgehend demagogisch angesichts der Zusammenarbeit mit den Alliierten, auf die sich die Sozialdemokratie dort, wo sie die Regierung bildete, immer einließ, und angesichts der Tatsache, daß unter Hinweis auf die despotischen Verhältnisse im Osten die Westorientierung für die SPD im Prinzip nie in Frage gestellt wurde. Friedensvertrag und Wiedervereinigung konnten so nur über eine Verständigung der Siegermächte laufen, und die westdeutsche Arbeiterbewegung konnte unter der Führung der SPD nicht mehr tun, als auf eine solche Verständigung zu drängen. Mit der Verschärfung des Kalten Krieges, insbesondere nach dem Ungarn-Aufstand 1956, mußte ein solcher Weg aber immer aussichtsloser erscheinen. Eine von den Siegermächten garantierte Neutralität war für Österreich 1955 vereinbart worden. Es gab eine Reihe spezieller Gründe dafür, daß sich die Großmächte auf eine solche Lösung in Österreich einließen. Angesichts der geostrategischen Bedeutung Deutschlands war hier eine solche Lösung von vorneherein unwahrscheinlich. Wahrscheinlicher war, daß die Souveränität nur revolutionär und nur gegen USA und Sowjetunion hätte erkämpft werden können. Dafür aber waren die subjektiven Kräfte wohl zu schwach, und die revolutionären Teile der westdeutschen Arbeiterbewegung

nen. Eine von den Siegermächten garantierte Neutralität war für Österreich 1955 vereinbart worden. Es gab eine Reihe spezieller Gründe dafür, daß sich die Großmächte auf eine solche Lösung in Österreich einließen. Angesichts der geostrategischen Bedeutung Deutschlands war hier eine solche Lösung von vorneherein unwahrscheinlich. Wahrscheinlicher war, daß die Souveränität nur revolutionär und nur gegen USA und Sowjetunion hätte erkämpft werden können. Dafür aber waren die subjektiven Kräfte wohl zu schwach, und die revolutionären Teile der westdeutschen Arbeiterbewegung

waren zudem durch die Politik der KPD an die Sowjetunion gebunden.

Hinzu kommt, daß die internationalen Bedingungen nicht günstig waren. Mit welchen Kräften außerhalb Deutschlands hätte sich die Friedensbewegung im Kampf für einen unabhängigen Weg verbinden können? Eine Bewegung für europäische Unabhängigkeit gegen die Supermächte gab es damals nicht und konnte es als fortschrittliche Bewegung auch nicht geben, waren doch die traditionellen europäischen Mächte damals noch mit aller Kraft dabei, ihre Kolonialdomänen bewaffnet zu verteidigen. Das einzige europäische Land, das in dieser Zeit, gestützt auf die Erfolge seines Befreiungskampfes gegen den Faschismus, einen von beiden Supermächten unabhängigen Weg ging, und das damals versuchte, sich mit den Befreiungsbewegungen der 3. Welt zu verbinden, war Jugoslawien. Und es bleibt das Verdienst Jugoslawiens, schon zu einem relativ frühen Zeitpunkt eine annähernd richtige Einschätzung der internationalen Lage entwickelt und seine Unabhängigkeit erfolgreich gewahrt zu haben. Später wurde es zu einem der Hauptinitiatoren der Blockfreienbewegung. Diese gab es aber in den frühen 50er Jahren noch nicht als eine selbständige und organisierte Kraft, an der sich die Friedensbewegung in ihren Kampf für Unabhängigkeit hätte orientieren können.

Als in der 2. Hälfte der 50er Jahre die NATO die Stationierung von amerikanischen Atomsprengköpfen in Mitteleuropa vorbereitete (der Beschluß wurde 1957 gefaßt), und in diesem Zusammenhang Vertreter der westdeutschen Regierung immer wieder eine westdeutsche Verfügung über Atomwaffen beanspruchten, entwickelte sich erneut eine große Massenbewegung, die als Anti-Atomtod-Bewegung in die Geschichte eingegangen ist. Diese Bewegung baute auf der Niederlage der früheren Bewegung gegen die Remilitarisierung auf. Initiiert wurde sie zunächst nicht von den Arbeiterorganisationen, sondern von Intellektuellen, hauptsächlich von führenden Naturwissenschaftlern (durch eine Erklärung der „Göttinger 18"), später aber schlossen sich SPD und Gewerkschaften voll dieser Kampagne an. Die BRD-Mitgliedschaft in der NATO war eine Tatsache, also konzentrierte sich die Bewegung darauf, die Einführung neuer Waffen und die von ihnen ausgehende Gefahr zu bekämpfen. Gefordert wurde das Verbot aller Atomwaffen, konkret die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa. SPD und DGB versuchten in diesem Zusammenhang, teilweise in Anknüpfung an Abrüstungsvorschläge der polnischen Regierung, Konzepte zu entwickeln, die über die Errichtung von Entspannungszonen in Mitteleuropa und kollektive Abkommen zwischen den Großmächten Bedingungen für die Wiedervereinigung schaffen sollten. Die Absicht, die Stationierung amerikanischer Atomwaffen in Westdeutschland zu verhindern, scheiterte, darüberhinausgehende Entspannungs- und Wiedervereinigungskonzepte wurden spätestens zu dem Zeitpunkt zu den Akten gelegt, als sich mit dem Chruschtschowschen Berlin-Ultimatum die Spannung zwischen USA und Sowjetunion in und um Deutschland erneut zuspitzte.

Wenn überhaupt, dann trifft für diese zweite Friedensbewegung in der Geschichte der BRD zu, daß sie sich auf die Waffenfrage konzentriert und daß es ihr an einem plausiblem Konzept gemangelt habe, mit der sie das herrschende Konzept hätte schlagen können. Jedenfalls wurde sie wie schon die erste Bewegung in der Konfrontation der beiden Blöcke zerrieben.

Daß die Kriegsgefahr durch zwei um die Weltherrschaft ringende Super-

dert wurde das Verbot aller Atomwaffen, konkret die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa. SPD und DGB versuchten in diesem Zusammenhang, teilweise in Anknüpfung an Abrüstungsvorschläge der polnischen Regierung, Konzepte zu entwickeln, die über die Errichtung von Entspannungszonen in Mitteleuropa und kollektive Abkommen zwischen den Großmächten Bedingungen für die Wiedervereinigung schaffen sollten. Die Absicht, die Stationierung amerikanischer Atomwaffen in Westdeutschland zu verhindern, scheiterte, darüberhinausgehende Entspannungs- und Wiedervereinigungskonzepte wurden spätestens zu dem Zeitpunkt zu den Akten gelegt, als sich mit dem Chruschtschowschen Berlin-Ultimatum die Spannung zwischen USA und Sowjetunion in und um Deutschland erneut zuspitzte.

Wenn überhaupt, dann trifft für diese zweite Friedensbewegung in der Geschichte der BRD zu, daß sie sich auf die Waffenfrage konzentriert und daß es ihr an einem plausiblem Konzept gemangelt habe, mit der sie das herrschende Konzept hätte schlagen können. Jedenfalls wurde sie wie schon die erste Bewegung in der Konfrontation der beiden Blöcke zerrieben.

Daß die Kriegsgefahr durch zwei um die Weltherrschaft ringende Super-

mächte ausgeht, diese Entwicklung zeichnete sich schon damals ab. Sie war aber noch nicht so ohne weiteres erkennbar. Heute ist diese Entwicklung besser erkennbar, was es der Friedensbewegung erleichtert, ihre Aufgaben zu begreifen. Ebenfalls ist heute gut erkennbar, daß sich die europäischen Völker im Kampf gegen die beiden Supermächte an die Seite der Dritten Welt stellen müssen und können, die auch bereits überstaatliche Organe dieses Kampfes herausgebildet haben. Die Friedensbewegung ist nicht auf Westdeutschland beschränkt, sondern sie ist Teil einer Bewegung, die die meisten westeuropäischen Länder erfaßt hat. All dies sind günstige Faktoren, die dafür sprechen, daß Niederlagen wie die in den 50er Jahren vermeidbar sein können.

Allerdings kann eine Fehleinschätzung der Kräfte, die den Krieg vorbereiten, insbesondere die Unterschätzung der von der Sowjetunion ausgehenden Gefahren, die Bewegung neuerlich in Niederlagen führen.

kvz-extra vom 23.12.1981

Beilage zur Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Verantwortlich: Bernhard Peters

Erscheint im Kühl-Verlag · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen in Genf

Der Verhandlungsgegenstand

Von Dieter Wismann

„Der Ball liegt nun in Breschnews Hof." In Hochstimmung zitiert die Frankfurter Allgemeine Zeitung amerikanische Regierungskreise. . Reagans Vier-Punkte-Plan: „Ein Meisterstück an politischer Taktik." Gut möglich, daß diese Begeisterung morgen schon verflogen ist, abnehmen muß man sie ihnen schon. Ihre Argumentationsnöte waren in den letzten Wochen und Monaten schließlich schlimm genug. Seit



Abschuß der landgestarteten Cruise Missile.

Jahren nicht mehr haben sie soviel Aufwand an Argumenten und Polemik betreiben müssen, um NATO-Politik gegen wachsende Anfeindung zu verteidigen.

Das Bild vom schießwütigen Cowboy Reagan. Amerikanische Hochrüstung mit schwindelerregenden Rekordzahlen. Die Pershing II, die vielen in Europa bedrohlicher erscheint als die SS-20. Zahlenangaben über militärische Kräfteverhältnisse aus dem Pentagon, denen allzuviele aus böser Erfahrung nicht mehr trauen. Verständnis für die „legitimen Sicherheitsinter-

Aber, so spannend diese Vorgänge auch sein mögen, so ist doch nicht absehbar, daß dabei im Interesse der Arbeiterklasse und der Völker Europas im Selbstlauf etwas herausspringen wird. Wenn man den offiziellen Begründungen der Supermächte gleichermaßen für deren Rüstungsmaßnahmen wie auch für deren Verhandlungspositionen folgt – was man keinem raten kann –, hat man ja mit der lebensgefährlichen Philosophie klarzukom-

men, allein das „Gleichgewicht des Schreckens" sichere den Frieden. Ratsamer ist es da schon, spätestens aus Erfahrung des SALT-Abkommens festzustellen, daß diese Gleichgewichts-Philosophie lediglich den ideologischen Nebel für die Bestrebungen beider Supermächte abgibt, dem Gegner strategische Optionen zu verbauen und seine eigenen dabei zu wahren und womöglich zu verbessern.

Beide Verhandlungspositionen in Genf geben darüber schon einigen Aufschluß – und auch darüber, daß

ten SS-4 und SS-5. Neben der „idealen" „Nullösung" seien Lösungen denkbar, die ihr doch wenigstens nahekommen, angedeutet in Formulierungen wie „tiefer Einschnitt" bei den sowjetischen Raketen und nur „teilweise" Aufstellung der US-Raketen.

Wenn in dieser Frage Einigkeit erzielt werden könne, seien die USA – im Gegensatz zu früher – auch grundsätzlich bereit, über die Waffensysteme zu reden, die die Sowjetunion von Anfang an zur Disposition stellen will, nämlich vor allem die nuklearfähigen Einheiten der NATO-Luftwaffe. Dann aber müßten auch die entsprechenden sowjetischen Waffensysteme zur Diskussion gestellt werden. Als Verhandlungsgegenstand grundsätzlich ausgeschlossen seien aber die britischen und französischen Waffensysteme, da die USA nicht autorisiert seien, über die Angelegenheiten dieser souveränen Staaten zu verhandeln.

Die Position der sowjetischen Regierung

Um die Lage von vornherein durch „vertrauensbildende Maßnahmen" zu entspannen, sei ein Einfrieren sämtlicher Aktivitäten im Mittelstreckenbereich seitens der USA wie der Sowjetunion während der Genfer Verhandlungen geboten. Dieser Vorschlag der sowjetischen Führung für ein Moratorium wird neuerdings durch das Angebot ergänzt, die in der westlichen SU stationierten SS-20 eventuell hinter den Ural zu verlegen – zum Preis des Aussetzens des NATO-Doppelbeschlusses. Was den Hauptgegenstand der Verhandlungen angeht, sei eine Beschränkung auf die Verhandlung über die landgestützten Raketen und Marschflugkörper für die Sowjetunion unannehmbar, da die Einführung der SS-20 eine Nachrüstungsmaßnahme der Sowjetunion sei und sich diese einem großen Potential an NATO-Mittelstreckenwaffen gegenübersehe, zu dem die sowjetischen Raketen lediglich ein annähernd gleichstarkes Gegengewicht wären: Die NATO-Jagdbomber, land- und bordgestützt, die US-Mittelstreckenbomber in Großbritannien und den USA, die französische Raketenwaffe zu Lande und französische und britische U-Boot-gestützte ballistische Raketen. All diese Waffen gehörten deshalb von Anfang an zum Verhandlungsgegenstand.

Die Tücke des Objekts



Die SSBS-2-Mittelstreckenrakete wird auf einer Parade in Paris vorgestellt.

gewachsene Mobilität gerade dieser Mittelstreckenwaffen gibt keine Garantie mehr dafür, daß sie etwa im Kriegsfall auch noch dort stehen, wo sie heute in Stellung gebracht werden. Dabei kann sich die militärische Wirkung aber um ein Vielfaches verändern, wenn z.B. die SS-20 nicht mehr östlich des Urals, sondern in Weißrußland steht. Aber diese Frage ist ja immerhin noch insoweit berechenbar, als die Reichweiten berechenbar sind. Anders die eigentümliche geostrategische Lage der USA, der Sowjetunion und Europas. Nur soviel: Die „Insellage" der USA, ihre geographische Trennung vom Kriegsschauplatz Europa durch den Atlantik erscheint ihr zugleich als Problem der langen Versorgungswege und als geographische Bedingung der Möglichkeit eines begrenzten Krieges in Europa. Genau umgekehrt stellt sich diese Konstellation für die Sowjetunion dar. Die kurze „innere Linie" für Verstärkung und Nachschub macht ihr Territorium zu einem in das Kriegsgeschehen eingebundenen Hinterland. Kaum abwägbar auch die Probleme bei der Registrierung von derart flexiblen Trägersystemen, wie es die taktischen Kampfflugzeuge sind. Einigermaßen kalkulierbar ist noch die Zahl der Jagdbomber, die derzeit als Atomwaffenträger designiert sind – zumindest in der NATO. Technisch „nuklearfähig" ist aber darüber hinaus eine erheblich größere Zahl. Selbst Veränderungen im konventionellen Bereich können erhebliche Auswirkungen auf die atomare Schlagkraft haben. So hat die in den letzten Jahren vorgenommene Verstärkung der Luftabwehr der Bodentruppen des War-

schauer Paktes eine große Zahl von Abfangjägern für offensive Aufgaben freigesetzt – z.T. ebenfalls nuklearfähige Waffenträger. Überhaupt wären die Abwehrwaffen zu veranschlagen, was ohne hinreichende praktische, sprich Kriegserfahrung, jedoch außerordentlich gewagt ist. Wo kommt man hin mit der Waffenzählerei, wenn die Einschätzung zutreffen sollte, daß die Eindringfähigkeit der NATO-Luftwaffe aufgrund der genannten Luftabwehrkapazität des Warschauer Paktes erheblich geringer ist als bislang angenommen, die A-Waffen z.B. in der Mehrzahl gar nicht ihr Ziel erreichen?

Außerdem sei noch erwähnt, daß in einem wichtigen Teil der jüngsten Warschauer Pakt-Manöver der Luftlandeeinsatz von Fallschirmjägern im feindlichen Hinterland zwecks Ausschaltung von Kernwaffenbasen geprobt wurde. Welchen Stellenwert all die exemplarisch genannten Erwägungen unter den Bedingungen des überfallartigen Angriffs etwa oder der hinhaltenden Verteidigung etc. haben, ist erst recht schwer abwägbar. Und schließlich wäre eine Untersuchung, die zwar all diese Erwägungen einschließt, nicht aber die unterschiedlichen strategischen Ziele beider Supermächte, eine Verkürzung ums Ganze. Erst gemessen an diesen Optionen ergeben Aussagen etwa über Waffenzahl und -qualität einen militärischen Sinn.

Dies in Rechnung gestellt, wird man an dieser Stelle nicht mehr erwarten können als eine Skizze des Genfer Verhandlungsgegenstandes und einige kritische Anmerkungen zu den Verhandlungspositionen der Supermächte.

Die landgestützten Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper

... auf europäischem Territorium bzw. gegen europäische Ziele gerichtet

NATO und Frankreich — Warschauer Pakt

Typ Reichweite (km) Zahl der Abschußvorr. Zahl der Sprengköpfe Zahl der Sprengköpfe Zahl der Abschußvorr. Reichweite (km) Typ



Abschuß der landgestarteten Cruise Missile.

Jahren nicht mehr haben sie soviel Aufwand an Argumenten und Polemik betreiben müssen, um NATO-Politik gegen wachsende Anfeindung zu verteidigen.

Das Bild vom schießwütigen Cowboy Reagan. Amerikanische Hochrüstung mit schwindelerregenden Rekordzahlen. Die Pershing II, die vielen in Europa bedrohlicher erscheint als die SS-20. Zahlenangaben über militärische Kräfteverhältnisse aus dem Pentagon, denen allzuviele aus böser Erfahrung nicht mehr trauen. Verständnis für die „legitimen Sicherheitsinter-essen" der Sowjetunion bei „Stern", „Spiegel" u.a. Dazwischen der Seiltänzer und Phantast Brandt mit seiner „Nullösung". Breschnews Moratorium – der einzige Verhandlungsvorschlag stammt vom Gegner. „Weichgewordene" europäische NATO-Partner. Und natürlich die Friedensbewegung überall in Westeuropa.

Und dann wie der Schwertstreich durch den Gordischen Knoten: die „Nullösung". Wenn die Sowjets ihre neuen SS-20 verschrotten und deren Vorläufer SS-4 und SS-5 abbauen, so Reagans Formel, werde die NATO keine Pershing II und Cruise missiles in Europa stationieren. Und wer jetzt alles mögliche andere auf den Verhandlungstisch lade, mache sich schuldig am Verschleppen und Scheitern der Verhandlungen. Die Wirkung wird noch abzuwarten sein; ein cleverer Coup ist das allemal. Die Reagan-Administration gibt sich zugleich friedfertig, fair und einfach praktisch. Und das alles mit Waffen im Kreuz, die die Truppe noch gar nicht hat. Den europäischen Kritikern einigen Wind aus den Segeln genommen und schlagartig die Sowjetführung des Friedensapostel-Monopols beraubt und mit dem Joker sitzengelassen, die komplizierte Position vertreten zu müssen: „So einfach geht das nicht"; denn die dem US-Vorschlag zugrundeliegende Einschätzung, das Gleichgewicht an Mittelstreckenwaffensystemen in Europa sei durch die SS-20 gestört, entspreche nicht den Tatsachen. Vielmehr werde das Ungleichgewicht allererst durch die Stationierung von Pershing II und Cruise missiles eintreten.

men, allein das „Gleichgewicht des Schreckens" sichere den Frieden. Ratsamer ist es da schon, spätestens aus Erfahrung des SALT-Abkommens festzustellen, daß diese Gleichgewichts-Philosophie lediglich den ideologischen Nebel für die Bestrebungen beider Supermächte abgibt, dem Gegner strategische Optionen zu verbauen und seine eigenen dabei zu wahren und womöglich zu verbessern.

Beide Verhandlungspositionen in Genf geben darüber schon einigen Aufschluß – und auch darüber, daß die Interessen der Völker Europas dabei unter den Tisch fallen. Man wird sich dazu aber wohl oder übel auf diesen ganzen Mist im Detail einlassen müssen.

Die Position der US-Regierung

Verhandelt werden soll zuerst nur über die landgestützten Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper; denn diese seien der Stein des Anstoßes. Ohnehin verfüge der Warschauer Pakt mit den Raketensystemen SS-4 und SS-5 über ein konkurrenzloses Waffensystem in Europa. Das damit seit Jahren bestehende Ungleichgewicht an diesem Frontabschnitt werde aber durch die Einführung eines qualitativ völlig unvergleichlichen Waffensystems, der SS-20, für die NATO vollends unerträglich. Zwei Antworten seien seitens der NATO denkbar; niedergeschlagen hätten sich beide im „Doppelbeschluß": Entweder Stationierung von vergleichbaren Waffensystemen mit annähernd dem militärischen Gegengewicht in Westeuropa oder Beseitigung all dieser Waffen – und das global. Da letztere Lösung nur mit dem nötigen Nachdruck, von der „Position der Stärke" aus, in Verhandlungen erstritten werden könne, werde die Vorbereitung zur Stationierung der NATO-Waffen mit Nachdruck weiterbetrieben. „Beseitigung" der sowjetischen Waffensysteme meint: Erstens eindeutig nachprüfbare Verschrottung der vorhandenen SS-20, egal wo sie stationiert sind, und Einstellung ihrer Produktion. Zweitens noch genauer zu definierende Ausmusterung der veralte-

cher Aktivitäten im Mittelstreckenbereich seitens der USA wie der Sowjetunion während der Genfer Verhandlungen geboten. Dieser Vorschlag der sowjetischen Führung für ein Moratorium wird neuerdings durch das Angebot ergänzt, die in der westlichen SU stationierten SS-20 eventuell hinter den Ural zu verlegen – zum Preis des Aussetzens des NATO-Doppelbeschlusses. Was den Hauptgegenstand der Verhandlungen angeht, sei eine Beschränkung auf die Verhandlung über die landgestützten Raketen und Marschflugkörper für die Sowjetunion unannehmbar, da die Einführung der SS-20 eine Nachrüstungsmaßnahme der Sowjetunion sei und sich diese einem großen Potential an NATO-Mittelstreckenwaffen gegenübersehe, zu dem die sowjetischen Raketen lediglich ein annähernd gleichstarkes Gegengewicht wären: Die NATO-Jagdbomber, land- und bordgestützt, die US-Mittelstreckenbomber in Großbritannien und den USA, die französische Raketenwaffe zu Lande und französische und britische U-Boot-gestützte ballistische Raketen. All diese Waffen gehörten deshalb von Anfang an zum Verhandlungsgegenstand.

Die Tücke des Objekts

Man sieht, die Rüstungsmaßnahmen wie die Verhandlungspositionen werden aus unterschiedlichen Einschätzungen der bisherigen Kräfteverhältnisse begründet – wenigstens offiziell. Reagan stellt ein Übergewicht des Warschauer Paktes von 6:1 fest, Breschnew dagegen ein „grobes" Gleichgewicht. Woran soll man sich da halten?

Sie wissen es besser, sicher besser als wir. Die ärgerliche Flut von Zahlenmanipulationen und schlitzohrigen Argumenten drängt so manchem gar den Verdacht auf, es wären die Betrügereien der Supermächte, die allererst die Schwierigkeiten schaffen. Dabei wird leicht übersehen, daß sie zum großen Teil in der Sache selbst stecken, vor allem in den unterschiedlichen strategischen Optionen der Supermächte und in dem Versuch, auf diesem Hintergrund eine so kleine und doch so heterogene Waffen-„Familie", wie die Mittelstreckenwaffen, zu definieren. Ganz und gar nicht bezweifeln würde ich die Möglichkeit, militärische Potentiale wissenschaftlich zu taxieren. Eingegrenzt auf die Mittelstreckenwaffen in Europa scheint mir aber derzeit der Stand wissenschaftlicher Forschung bei weitem nicht hinreichend, vertretbare Resultate zu erzielen.

Geht man der Sache auf den Grund, türmen sich die Unwägbarkeiten. Daß es mit Waffenzählerei allein nicht getan ist, wird mittlerweile kaum mehr bestritten. Die Qualität von Waffen berechenbar zu machen, ist da eher noch ein geringeres Problem. Schwierig wird es aber spätestens bei der Veranschlagung ihrer Dislozierung. Die

nung vom Kriegsschauplatz Europa durch den Atlantik erscheint ihr zugleich als Problem der langen Versorgungswege und als geographische Bedingung der Möglichkeit eines begrenzten Krieges in Europa. Genau umgekehrt stellt sich diese Konstellation für die Sowjetunion dar. Die kurze „innere Linie" für Verstärkung und Nachschub macht ihr Territorium zu einem in das Kriegsgeschehen eingebundenen Hinterland. Kaum abwägbar auch die Probleme bei der Registrierung von derart flexiblen Trägersystemen, wie es die taktischen Kampfflugzeuge sind. Einigermaßen kalkulierbar ist noch die Zahl der Jagdbomber, die derzeit als Atomwaffenträger designiert sind – zumindest in der NATO. Technisch „nuklearfähig" ist aber darüber hinaus eine erheblich größere Zahl. Selbst Veränderungen im konventionellen Bereich können erhebliche Auswirkungen auf die atomare Schlagkraft haben. So hat die in den letzten Jahren vorgenommene Verstärkung der Luftabwehr der Bodentruppen des War-

Außerdem sei noch erwähnt, daß in einem wichtigen Teil der jüngsten Warschauer Pakt-Manöver der Luftlandeeinsatz von Fallschirmjägern im feindlichen Hinterland zwecks Ausschaltung von Kernwaffenbasen geprobt wurde. Welchen Stellenwert all die exemplarisch genannten Erwägungen unter den Bedingungen des überfallartigen Angriffs etwa oder der hinhaltenden Verteidigung etc. haben, ist erst recht schwer abwägbar. Und schließlich wäre eine Untersuchung, die zwar all diese Erwägungen einschließt, nicht aber die unterschiedlichen strategischen Ziele beider Supermächte, eine Verkürzung ums Ganze. Erst gemessen an diesen Optionen ergeben Aussagen etwa über Waffenzahl und -qualität einen militärischen Sinn.

Dies in Rechnung gestellt, wird man an dieser Stelle nicht mehr erwarten können als eine Skizze des Genfer Verhandlungsgegenstandes und einige kritische Anmerkungen zu den Verhandlungspositionen der Supermächte.

Die landgestützten Mittelstreckenraketen und Marschflugkörper

... auf europäischem Territorium bzw. gegen europäische Ziele gerichtet

NATO und Frankreich — Warschauer Pakt

Typ	Reichweite (km)	Zahl der Abschußvorr.	Zahl der Sprengköpfe	Zahl der Sprengköpfe	Zahl der Abschußvorr.	Reichweite (km)	Typ
Pershing II	ca. 1000[1)]	– (?)	– (108)[2)]	330[6)] (ca. 600)	110[7)] (ca. 200)	ca. 4400[8)]	SS-20
GLCM (US)	ca. 2500[3)]	– (?)	– (464)[4)]	380 (?)	380[9)] (?)	ca. 1900	SS-4/SS-5
SSBS-2	ca. 3000[5)]	18	18			3700[10)]	

Stand: 1.1.1981. In Klammern die geschätzten Zahlen für 1985/86. 1) Military Posture, Fiscal Year 1982 (im folgenden: MP 82); SIPRI-Rüstungsjahrbuch 1980/81, S. 101 (im folgenden: SIPRI): ca. 1600 km; – IISS: Military Balance (1970 – 80) (im folgenden: MB): 1500 km; – H. Hoffmann: Atomkrieg – Atomwaffen (im folgenden: HH): 1800 km. – 2) MP 82 u.a. – 3) SIPRI, MB und HH; MP 82: ca. 2000 km – 4) MP 82 u.a. – 5) MB u. SIPRI – 6) MP 82 (weltweit: 540); ÖMZ 6/1981, S. 513: im Frühjahr 1981: bereits mehr als 480. – 7) MP 82 (weltweit: 180); ÖMZ 6/1981: im Frühjahr 1981: bereits mehr als 160; SIPRI: ca. 120, „Wahrscheinlich sind nur 80 von ihnen auf Westeuropa gerichtet" (Stand: 1979); MB (Stand 1980): insgesamt 180 – 8) MB 82; ÖMZ 6/1981: maximal 5000 km; MB: 5500 km; SIPRI: ca. 4000 km; HH: 2700 bis 4400 km. – 9) MP 82; SIPRI: 470 (Stand 1979); MB: 590 (Stand 1979); 470 (Stand 1980). – 10) MP 82 und MB; SIPRI: 2000 /3700 km; HH: 1500 bis 1800/3500 km.

Die seegestützten Raketen in und um Europa

Ein weites Feld für polemische Rechnerei bietet die Frage der Einbeziehung der seegestützten Raketen. Grundsätzlich kann jedes U-Boot Raketen gegen Europa bzw. die europäische SU abfeuern. Solange aber die SU mit landgestützten Raketen den gleichen Effekt (und dies noch mit geringerem Aufwand und größerer Zielgenauigkeit) erzielen kann, ist kein Grund für diese Einsatzversion der sowjetischen U-Boot-Raketen ersichtlich. Anders die US-Raketen. Als Zweitschlagwaffe gegen sowjetische Ballungszentren sind sie in der Mehrzahl auf die europäische Sowjetunion gerichtet. Nur ist damit nur soviel festgestellt, als daß jede Waffe, die die Sowjetunion erreicht, aus sowjetischer Sicht als strategische Waffe eingesetzt wird. Praktisch bedroht sie direkt die Sowjetunion und zieht, wenn sie in europäischen Gewässern operiert, sowjetische Gegenmaßnahmen auf sich, die zumindest indirekt Europa bedrohen. Das gilt erst recht für die 5 US-amerikanischen, dem NATO-Befehlshaber Europa unterstellten Atom-U-Boote. Diese indirekte Bedrohung ist aber ebenso gegeben durch die Stationierung des Hauptteils der sowjetischen U-Boot-Raketen-Waffe auf der Halbinsel Kola (also westlich des Urals). Aus europäischer Interessenlage könnte davon m.E. etwa bei Abrüstungsverhandlungen nicht abgesehen werden. Die Bundesregierung tut das aber, in Gefolgschaft der US-Regierung. In ihren „Aspekten der Friedenspolitik" (1) stellt sie sich auf den Standpunkt, daß alles, was Gegenstand von SALT ist, nicht Gegenstand der Genfer Verhandlungen sein kann.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von der vorhergehenden Seite

Abwegig ist dies ja nicht – vom Standpunkt der Supermächte aus. Im Schacher der beiden Supermächte ein und dieselbe Waffe zweimal zählen zu wollen, wird kaum die Zustimmung der US-Regierung finden. Außerdem ist angesichts der gesteigerten Reichweiten der Poseidon- und Trident-Raketen ein Operieren in europäischen Gewässern denkbar unwahrscheinlich geworden. Anders ist die Lage bei den britischen und französischen ballistischen Raketen und bei den sowjetischen, die auf den älteren dieselbetriebenen U-Booten der Baltischen Flotte stationiert sind. Sie alle sind nicht durch SALT erfaßt. Und das Gros der französischen U-Boot-Raketen ist aufgrund ihrer relativ geringen Reichweite auf das Kreuzen in europäischen Gewässern angewiesen. Außerdem ist die Vermutung durchaus naheliegend, daß die rund 20 Stück SS-N-5 auf den dieselgetriebenen sowjetischen Booten für einen europäischen Einsatz vorgesehen sind, da ein Durchbruch durch die Ostseezugänge in den Atlantik ja nicht als gesichert angesehen werden kann. Schon wieder anders stellt sich aber die Lage dar, wenn sie vor Kampfhandlungen in den Atlantik verlegt werden. Die ,,Aspekte …'' stellen in Rechnung: 64 britische Raketen (Polaris A3) und 80 französische (MSBS-M1, -2 und -M20) und 20 sowjetische SS-N-5 in der Ostsee.

Die Mittelstreckenbomber

Als fliegende Kampfmittel mit einer Eindringtiefe von Mittelstreckenwaffen, von der NATO aber nicht als solche bezeichnet, sind der NATO 170 bis 180 (2) ,,leichte Bomber'', alias ,,Schwere Jagdbomber'', des US-Typs F-111E unterstellt. Einsatzradius: 2400 km, stationiert in Südostengland. Hinzu kommen rund 110 britische Hawker Siddeley Vulcan-B2 und Hawker Siddeley Buccaneer (3). Beide Maschinen haben jedoch nur noch begrenzten Kampfwert (4). Schließlich die 33 (5) Mirage-IVA der französischen Luftwaffe, Rückgrat der Force de Frappe.

Demgegenüber auf sowjetischer Seite vor allem die 70 TU-22M/26 ,,Backfire'' der sowjetischen Luftwaffe (6). Zwar sind die z.T. widersprüchlichen Angaben über die technischen Daten des Backfire mit Vorsicht zu genießen, aber die von verschiedenen Seiten vorgenommenen Taxierungen lassen die Annahme zu, daß diese Maschine mit ihrer Reichweite und 2,3 Mach-Geschwindigkeit ein z.Zt. konkurrenzloses Flugzeug ist. Auch die Zahlenangaben über die Typen TU-22 (,,Blinder'') und TU-16 (,,Badger'') sind reichlich problematisch. Die MR zählt 300 TU-16 und 125 TU-22 als Mittelstreckenbomber. Die ,,Aspekte …'' zählen

Eindringtiefe von Mittelstreckenwaffen, von der NATO aber nicht als solche bezeichnet, sind der NATO 170 bis 180 (2) ,,leichte Bomber'', alias ,,Schwere Jagdbomber'', des US-Typs F-111E unterstellt. Einsatzradius: 2400 km, stationiert in Südostengland. Hinzu kommen rund 110 britische Hawker Siddeley Vulcan-B2 und Hawker Siddeley Buccaneer (3). Beide Maschinen haben jedoch nur noch begrenzten Kampfwert (4). Schließlich die 33 (5) Mirage-IVA der französischen Luftwaffe, Rückgrat der Force de Frappe.
Demgegenüber auf sowjetischer Seite vor allem die 70 TU-22M/26 ,,Backfire'' der sowjetischen Luftwaffe (6). Zwar sind die z.T. widersprüchlichen Angaben über die technischen Daten des Backfire mit Vorsicht zu genießen, aber die von verschiedenen Seiten vorgenommenen Taxierungen lassen die Annahme zu, daß diese Maschine mit ihrer Reichweite und 2,3 Mach-Geschwindigkeit ein z.Zt. konkurrenzloses Flugzeug ist. Auch die Zahlenangaben über die Typen TU-22 (,,Blinder'') und TU-16 (,,Badger'') sind reichlich problematisch. Die MR zählt 300 TU-16 und 125 TU-22 als Mittelstreckenbomber. Die ,,Aspekte …'' zählen

beide zusammen und weisen 550 Maschinen aus. Da das Londoner IISS für 1979 613 TU-16 registrierte und in der Fachliteratur beide Typen meist als Aufklärer eingestuft werden, kommen die kleineren Zahlenangaben den Tatsachen wohl noch am nächsten. Der Blinder ist mit seinem Erstflugjahr von 1961 noch eine vergleichsweise moderne Maschine, während der Badger (Erstflug: 1952) zur alten Generation der Vulcan und B-52 zu zählen ist.

Als Streitfall bei der Kategorisierung dürften sich auch die rund 150 gegen Europa dislozierten SU-19/24 Fencer (8) erweisen. Einerseits in der westlichen Fachliteratur als ,,Standardflugzeug der taktischen Angriffsverbände der 80er Jahre'', als ,,der erste moderne sowjetische Jäger, der speziell als Jagdbomber gegen Bodenziele entwickelt wurde'', hochgelobt, wird ihm von anderen (9) mit Verweis auf seinen Tiefflugaktionsradius von 950 km Mittelstreckencharakter bescheinigt. Wenig seriös scheint mir dieses Verfahren zu sein, wenn zugleich die 81 britisch-französischen SEPECAT Jaguar mit einer Reichweite von 815 (mit Bombenlast und ohne Zusatztanks) unterschlagen werden (10).

So gewagt abschließend eine Zählung in diesem Fall überhaupt ist, wird bei einer Größenordnung von 500 bis 850 Maschinen zumindest eine sowjetische *Unter*legenheit, so oder so ,,gerechnet'', nicht herausspringen.

Breschnews Vorliebe für die US-Luftwaffe

Zuletzt der vertrackteste Teil des Verhandlungsgegenstandes, zugleich auch die Pointe der sowjetischen Verhandlungsposition. Denn die Sowjets wollen ja den nuklearfähigen Teil der taktischen NATO-Luftwaffe auf dem Verhandlungstisch haben. Und das nicht nur am Rande, sondern als ein Hauptgegenstand. Die US-Regierung lehnt das bekanntlich ab: ,,später vielleicht, zuerst die landgestützten Raketen!'' Säßen die Völker Europas am Verhandlungstisch und die beiden Supermächte ihnen nicht im Nacken, könnte man dafür garantieren, daß diese Waffen zum Verhandlungsgegenstand Nr. 1 gehörten. Denn der moderne Jagdbomber hat mit seinem Aktionsradius von rund 500 bis 1000 km für europäische Verhältnisse geradezu strategische Dimension erreicht. Von BRD-Flugplätzen aus kann er Polen bombardieren, von DDR-Flugplätzen die Niederlande, Belgien, London, Paris, Marseille und die Tore Roms.

Wollen die Sowjets nun in Genf den europäischen Part mitübernehmen? Das Problem besteht darin, daß sie vorläufig nur ein offizielles Argument, aber auch eine Reihe von Indizien für diese Verhandlungstaktik abgelassen haben. Das Argument wurde schon angesprochen. Die sowjetische Regierung gibt zu bedenken, daß die USA nuklear ,,nur'' vermittels interkontinentaler Waffen bedroht sind – die Sowjetunion aber darüberhinaus durch einen beträchtlichen Teil der großen Zahl an Gefechtswaffen in Europa, die ursprünglich für den taktischen Einsatz gegen feindliche Bodentruppen, ihre Versorgungswege etc. zugeschnitten sind. In der Tat sind bestimmte Kontingente der taktischen NATO-Luftwaffe für nukleare Einsätze designiert und trainiert. Unter der Bezeichnung ,,Forward Based Systems'' fassen die sowjetischen Militärs deshalb alle diejenigen Waffensysteme zusammen, die nahe der Grenze zum Warschauer Pakt, also in ,,Drittstaaten'' stationiert sind und Osteuropa, wie auch die westlichen Teile der Sowjetunion erreichen können – ohne daß die strategischen Waffen der USA zum Einsatz gebracht werden müßten.

Soweit einleuchtend. Nicht aber für die US-Regierung – offiziell zumindest: Diese *besondere* Bedrohung existiere gleichermaßen auch für die USA, hätte also nichts *Besonderes* an sich. Denn die USA seien mit Europa eine Schicksalsgemeinschaft eingegangen – in Gestalt der NATO. Jeder Angriff auf Westeuropa werde von der US-Regierung wie ein Angriff auf die USA beantwortet. Und schließlich hätten die USA ja auch noch eine ganze Armee in Westeuropa stehen.

Nun sind wir zwar nicht die Friedensrichter dieses Streits, aber wenn wir die Strategie des US-Imperialismus richtig beurteilen, daß er nämlich für das Ziel der Ausschaltung des Rivalen Sowjetunion und der Sicherung seiner eigenen strategischen Basis sogar den Preis eines verwüsteten Europa zahlen würde, dann hätte er auch die besondere Bedrohung der Sowjetunion durch die taktische NATO-Luftwaffe einzugestehen. Nur wird er voraussichtlich weder das eine noch das andere tun. Die Abkoppelung eingestehen hieße, die NATO auffliegen zu lassen; die besondere sowjetische Bedrohung eingestehen hieße, die Abkoppelung einzugestehen. An dieser Jagdbomber-Frage hängt offenbar einiges dran. Die Pointe ist das aber noch nicht.

Über diese Argumentation hinaus geben sich die Sowjets recht zugeknöpft. Weiteren Aufschluß über die sowjetische Position aus sowjetischen Quellen verspricht nur ihre eigene Berechnung der nuklearen Kräfteverhältnisse in Europa, die Breschnew kürzlich vorgelegt hat. (11) Demnach stünden sich z.Zt. 975 sowjetische und 986 Kernwaffenträger im Mittelstreckenbereich der NATO, Großbritanniens und Frankreichs gegenüber – womit glücklich das von den Sowjets behauptete ,,grobe'' Gleichgewicht ,,bewiesen'' wäre, das keinen ,,Nachrüstungsbeschluß'' der NATO rechtfertigen könne. Zuerst die 986 westlichen Waffenträger. Lassen wir uns wider besseres Wissen auf die schlichte Zählerei ein und tragen alle bisher registrierten Mittelstreckenwaffen (nach weitester Auslegung) zusammen, summieren wir 162 Raketen plus 320 Bomber gleich 482 Einheiten. Rund 500 Kernwaffenträger, mehr als die Hälfte der sowjetischen Rechnung, hätten wir also unterschlagen, nämlich die taktischen Jagdbomber.

Die sowjetische Aufstellung macht leider nur einen Schritt in der Differenzierung. Unter den 986 Einheiten seien 700 US-Flugzeuge: FF-111, FB-111, F-4 und Trägerflugzeuge der US-Navy in den Meeren um Europa. Die NATO zählt lediglich die in England stationierten F-111. Die Sowjets rechnen darüberhinaus die 65 FB-111 A des 380. und 509. Bombergeschwaders des strategischen Bomberkommandos, stationiert an der Ostküste der USA, eifrig mit (12). Sicher ein komplizierter Streitfall. Denn die Annahme, daß sie als Verstärkung für den europäischen Kriegsschauplatz bestimmt sind, ist so abwegig nicht. In wenigen Stunden könnten sie schließlich über den Atlantik. Allerdings wären dann ja wohl auch die entsprechenden Waffensysteme der Sowjetunion einzubeziehen – was die Sowjets aber nicht tun. Noch problematischer die Zählung der F-4 ,,Phantom''. Aber dazu muß man leider noch weiter ins Detail.

Großartig manipulieren läßt sich nämlich bei der Taxierung der Reichweiten von taktischen Kampfflugzeugen. Aufgrund ihres relativ geringen Eigengewichts wirken sich unterschiedliche Geschwindigkeiten, Flughöhen und Zuladungen ganz erheblich auf die Reichweite aus. Beispielsweise registriert das IISS die A-7 (ein von den Sowjets mitgezähltes nuklearfähiges Trägerflugzeug) mit einer maximalen Reichweite von 5440 km. Dies ist aber eine theoretische Rechengröße, nämlich unter den Bedingungen der für den Treibstoffverbrauch günstigsten Höhe und Geschwindigkeit; zwar ohne Zusatztanks, aber auch ohne Waffenzuladung (!). Wenn der Vogel wieder zurück soll, wäre die Reichweite mindestens zu halbieren, um so den Einsatzradius zu erhalten. Bei der A-7 beträgt dieser bei normaler Operationshöhe und -geschwindigkeit und typischer Waffenladung so schließlich nur noch runde 992 km. Bei der F-4 fällt er noch geringer aus. Was das bedeutet, läßt sich anhand der Karte anschaulich machen. Nehmen wir an, daß Träger der 7. US-Flotte im Mittelmeer im Angesicht der sowjetischen Eskadra in die Falle der Adria gehen, um nukleare Einsätze gegen osteuropäische Ziele fliegen zu können, käme zwar der südwestliche Zipfel der Sowjetunion in die Reichweite der Trägerflugzeuge, der Flottenverband aber mit einiger Sicherheit in die Klemme. Selbst bei Rückendeckung durch die anderen NATO-Flottenverbände ist anzunehmen, daß ein Großteil der Trägerflugzeuge vollauf damit beschäftigt wäre, sich der sowjetischen Flotte zu erwehren.

Warum also diese Rechnungsweise? Man kann nur vermuten: Ohne die NATO-Jadgbomber mit vermeintlichem Mittelstreckencharakter geht halt die sowjetische Gleichgewichtsrechnung nicht auf. Außerdem kann durch das undifferenzierte Zusammenzählen der Mittelstreckenraketen mit Kampfflugzeugen die militärische Bedeutung der sowjetischen Mittelstreckenraketen heruntergejubelt werden. Eine fliegende SS-20 wird z.Zt. kaum etwas aufhalten können. Ob jedoch von 10 Jadgbombern Richtung Sowjetunion auch nur einer heil durchkommt, geschweige denn wieder zurück, ist vom Schreibtisch aus schwer zu beurteilen.

Die Pointe der sowjetischen Position ist damit jedoch immer noch nicht voll aufgedeckt. Gegenüber den spärlich aufgegliederten 986 NATO-Kernwaffenträgern reklamierten die Sowjets pauschal 975 eigene Einheiten. So ohne weiteren Fingerzeig aus Moskau zählen wir deshalb die bereits registrierten Raketen und Mittelstreckenbomber zusammen – und erhalten diesmal bei engster Auslegung 1005 Kernwaffenträger im Mittelstreckenbereich. Angesichts dieser ,,Buchführung'' erübrigt sich eine Untersuchung im Detail. Nicht mitgezählt wurde offenbar eine ganze Menge – zumindest nicht einmal ein Teil der für Kernwaffeneinsätze geeigneten ca. 2570 sowjetischen und 150 polnischen und tschechoslowakischen Jagdbomber. NATO-Militärs mutmaßen weiter, daß auf der Strecke blieben: die SS-20 jenseits des Ural, obgleich sie von dort aus Westeuropa erreichen können und rasch verlegt werden können; die sowjetischen Trägerfluzeuge und die U-Boot-gestützten Raketen in der Ostsee. (13)

Kaum zu glauben, daß die US-Imperialisten diese krude Auslegung der sowjetischen Theorie von der besonderen Gefährdung der Sowjetunion schlucken werden, die aus einem NATO-Jagdbomber eine strategische, also mitzuzählende, und einem Warschauer-Pakt-Jagdbomber eine taktisch-operative, also nicht mitzuzählende Waffe macht. Ebenso schwer zu glauben, daß die Völker Europas für diesen terminologischen Dreh viel Verständnis aufbringen, nach dem jeder Waffengang zwischen den Supermächten, sofern ihr eigenes Territorium in Mitleidenschaft gezogen wird, als strategisch, mithin global und somit als tunlichst zu vermeiden, betrachtet

fenbar eine ganze Menge – zumindest nicht einmal ein Teil der für Kernwaffeneinsätze geeigneten ca. 2570 sowjetischen und 150 polnischen und tschechoslowakischen Jagdbomber. NATO-Militärs mutmaßen weiter, daß auf der Strecke blieben: die SS-20 jenseits des Ural, obgleich sie von dort aus Westeuropa erreichen können und rasch verlegt werden können; die sowjetischen Trägerfluzeuge und die U-Boot-gestützten Raketen in der Ostsee. (13)
Kaum zu glauben, daß die US-Imperialisten diese krude Auslegung der sowjetischen Theorie von der besonderen Gefährdung der Sowjetunion schlucken werden, die aus einem NATO-Jagdbomber eine strategische, also mitzuzählende, und einem Warschauer-Pakt-Jagdbomber eine taktisch-operative, also nicht mitzuzählende Waffe macht. Ebenso schwer zu glauben, daß die Völker Europas für diesen terminologischen Dreh viel Verständnis aufbringen, nach dem jeder Waffengang zwischen den Supermächten, sofern ihr eigenes Territorium in Mitleidenschaft gezogen wird, als strategisch, mithin global und somit als tunlichst zu vermeiden, betrachtet

wird, jedes Kriegsgeschehen aber, das sich auf europäisches Territorium begrenzen ließe, unter taktisch-operativen Gesichtspunkten, mithin als lokale und praktikable Kriegsführung.

Reichweiten und Einsatzradien von nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa



Grundsätzlich scheint Vorsicht im Umgang mit Karten dieser Art geboten. Diese wurde von uns angefertigt, um einige Ausführungen im Text zu veranschaulichen. Ein realitätsgerechtes Bedrohungsbild zu vermitteln oder exakte Reichweiten bzw. Einsatzradien anzugeben, dazu eignet sich keine der uns bekannten Karten – auch diese nicht. Erfaßt sind hier: * die größten Ballungszentren (schwarze Fläche) – * die sogenanten ,,Raketenfelder'' in der SU nach ,,US-Military Posture 1981'' und R/K: ,,Strategische Raketenfelder und Mittelstreckenraketen in der Sowjetunion'', ÖMZ 2/81, S. 137 (schraffierte Fläche; mit Angabe des dislozierten Raketentyps) – * die Dislozierungsräume der WP-Truppen in DDR, CSSR, Polen und Ungarn und die der westlichen Militärbezirke der SU (graue Fläche). Die fettgedruckten Ziffern geben die Zahl lediglich der sowjetischen Divisionen in diesen Räumen an. Da sämtliche strategische Orte der NATO in Europa im Feuerbereich der landgestützten sowjetischen Mittelstreckenraketen liegen, wurden sie nicht eigens verzeichnet. Ausnahme: der Pfeil Richtung niederländisch/belgischer Küste markiert die Zuführung von US-Verstärkung über den Atlantik. – * die Reichweiten einiger Nuklearwaffen (punktierte Linien). Die eingekreisten Ziffern auf dem Zielradius und in der Feuerstellung bezeichnen folgende Einsatzvarianten: 1. Pershing II, in Südostengland und im Bayerischen Wald abgefeuert – 2. GLCM (Cruise missiles) dito. Die Einsatzvariante von seegestützten CMs, hier rund 100 km westlich Narviks, ist vorerst noch hypothetisch. – 3. die französische SSBS-2, im Elsaß abgefeuert – 4. Einsatzradius der in Südostengland gestarteten F-111 E/F beim Non-Stop-Flug (größerer Radius bei Zwischentanks in der BRD!) – 5. Einsatzradius der von US-Trägern vor Venedig, zwischen Sizilien und Griechenland und vor Narvik gestarteten A-7 – 6. Einsatzradius der auf Ramstein AB gestarteten F-4 ,,Phantom'' – 7. SS-20, unmittelbar östlich des Ural abgefeuert (Der größere Teil der gegen Westeuropa gerichteten SS-20 soll jedoch in den westlichen Militärbezirken stationiert sein.) – 8. SS-5, südlich von Moskau abgefeuert. (Auch die Mehrzahl der SS-5 steht in den westlichen Militärbezirken.) – 9. SS-N-5, von einem U-Boot der Golf-Klasse in der Ostsee abgefeuert – 10. Der Einsatzradius des sowjetischen JaBo SU 24 ,,Fencer'', westlich Berlins gestartet. – Die Reichweiten der britischen Polaris A3 und der französischen M-20-Rakete, sowie der Einsatzradius des sowjetischen ,,Backfire''-Bombers reichen bereits über den Rahmen der Karte hinaus.

---

(1) Aspekte der Friedenspolitik, Argumente zum Doppelbeschluß des Nordatlantischen Bündnisses, eine Veröffentlichung der Bundesregierung, Presse- und Informationsamt, Bonn, Juni 1981

(2) Flight international, Okt. 1980, S. 1375; die ,,Aspekte …'' rechnen nur 150 Maschinen; SIPRI: 156.

(3) ,,Aspekte …'' zählen nur die 50 Vulcan-Bomber, SIPRI gar 48.

(4) Buccaneer (Erstflug: 1958; Endlieferung: 1975); Vulcan (Erstflug: 1952; Endlieferung: 1965)

(5) ,,Aspekte …'': 40 Stück. 1985 sollen sie als Bomber ausgemustert und zu Aufklärern umgerüstet werden.

(6) Nicht eingerechnet die 75 Stück der Marineflieger. Sollten diese etwa gegen Verstärkungskonvois über den Atlantik eingesetzt werden (was sie bereits geübt haben) und damit mittelbar, aber nachhaltig Einfluß auf die Landkriegsführung nehmen können, wäre die hier vorgenommene Ausklammerung zumindest problematisch. ,,Aspekte …'' zählt diesmal ausnahmsweise weniger, nämlich insgesamt nur 100 Maschinen.

(7) MR: Die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa, ÖMZ 5/81, S. 371. SIPRI zählt neben dem Backfire nur den Badger zu den Mittelstreckenbombern, davon aber 318 Stück.

(8) ,,Aspekte …'': 200 Maschinen.

(9) Z.B. ,,Aspekte …''

(10) Bei IISS werden sie mitgerechnet.

(11) Siehe H. Stadlmann: Breschnews Raketen-Arithmetik ist für die NATO wenig überzeugend, FAZ, 23.11.81

(12) Sie stehen damit nicht allein; SIPRI zählt sie ebenfalls mit.

(13) Ders. u. MR: Die Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Europa, ÖMZ 5/81, S. 369 ff.

Die Schwierigkeiten der Gewerkschaften mit dem Frieden

Der DGB, die Diskussion und die Unterschriftensammlung

geh. Wie sollen die westdeutschen Gewerkschaften in die Auseinandersetzungen gegen den drohenden Krieg und für die Erhaltung des Friedens eingreifen? Nach dem Streit um das Aufrufverbot der DGB-Jugend für Bonn hat sich in der letzten Zeit nach dem Stagnieren der Unterschriftensammlung für die DGB Friedensinitiative die Auseinandersetzung wieder zugespitzt.

Die Zahl der Unterschriften für die DGB-Friedensinitiative soll jetzt die Millionengrenze erreicht haben. Ziel war ja gewesen, bis Anfang Dezember ca. 2 Millionen Unterschriften zusammenzuhaben, die dann in einem demonstrativen Akt der Bundesregierung übergeben werden sollten. Anfang Dezember war allerdings erst rund ein Viertel der angepeilten Zahl zusammen. Jetzt ist durch intensiven Druck auf die verschiedenen Ebenen dies Ergebnis verdoppelt worden. Die Sammlung soll jetzt unbefristet weitergehen. Zu einem Erfolg kann diese Sammlung dadurch nicht mehr werden, daran können auch die Kraftakte dieser oder jener Einzelgewerkschaft, mit welchen Absichten auch immer, nichts ändern. Notwendig ist es, sich über die Gründe klarzuwerden und entsprechende positive Konsequenzen für die zukünftige Arbeit daraus zu ziehen.

Die DGB-Friedensinitiative hatte ihre positiven und negativen Seiten. Positiv vor allem war, daß sich der DGB zu dieser wichtigsten politischen Frage ausdrücklich äußerte und Tätigkeiten entwickelte. Positiv an dem Aufruf war, daß er sich gegen die Politik der beiden Supermächte richtete und z.B. von der Sowjetunion die Aufhebung der Besetzung Afghanistans forderte, wie er von den USA die Einstellung der Aggressionen gegen die Völker und Staaten Mittelamerikas erwartete. Die Aufforderung zum Abrüsten und zu Verhandlungen über den Stopp der Stationierung der Mittelstreckenraketen und deren Abbau richtete sich auch an beide Supermächte. Das war Anfang September durchaus ein Fortschritt, weil sich da die Debatte um zwei Aufrufe oder Appelle polarisierte, die beide nicht mehrheitsfähig waren. Einmal den Krefelder Appell/Aufruf, der die Kriegsgefahr nur von den USA ausgehend sah und auf der anderen Seite den ,,Dattelner Appell'', der die Vorherrschaft der USA in Westeuropa guthieß, die NATO als Friedensinstrument faßte und den Nachrüstungsbeschluß der NATO für notwendig hielt – eben ,,Krefeld verkehrt'' war, wie H.O. Vetter dies auf der Bundesjugendkonferenz des DGB formulierte. Die ,,Ausgewogenheit'' des DGB-Aufrufs ermöglichte die Einheit in den Gewerkschaften. G. Benz, Vorstandsmitglied der IG Metall, war vor diesem Hintergrund eben nicht nur der ,,Krefelder'' oder der Opponent in der Gewerkschaft auf der Bonner Demonstration. Seine Rede konnte er gewiß nur mit diesem Aufruf im Rücken halten, denn die war eine implizite Kritik an der eingeschränkten Krefelder Position. Der Aufruf und die Unterschriftensammlung haben sicher auch die Debatte in den Gewerkschaften erleichtert. Weil der Aufruf sich eben nicht auf die Frage der Mittelstreckenraketen beschränkte, eröffnete er gerade das Feld für weitergehende Überlegungen.

Auf der anderen Seite hatte er auch negative Seiten. Einige waren sozusagen ,,Geburtsfehler''. H.O. Vetter hat berichtet, es habe lange Überlegungen gegeben, ob man sich in den ,,Appellkrieg'' einlassen solle. Vielleicht war es Druck, dem der DGB-Vorstand nach dem Aufrufverbot für Bonn durch eine solche Kampagne ausweichen wollte. Sicher gab es auch Überlegungen, mit dem DGB-Aufruf dem Krefelder Appell das Wasser abgraben zu wollen.

Daneben war das direkte Ziel des Aufrufs eine Aufforderung an die beiden Supermächte, Verhandlungen über die Nichtstationierung der Mittelstreckenwaffen zu führen. Die Bundesregierung sollte dies Ziel unterstützen. Dem Inhalt nach wurde die Fortsetzung des herkömmlichen Sicherheitskonzepts, durch vertrauensbildende Maßnahmen zu Verhandlungen und zu Abrüstung zu kommen, gefordert. Dies ist aber gerade angeschlagen und umstritten. Nachdem die Demonstration in Bonn sich nicht einseitig gegen die USA wandte, nicht einfach pazifistisch war und zumindest eine starke Tendenz in der Demonstration und auf dem Podium sich für alternative Überlegungen zu den herkömmlichen Sicherheitskonzepten aussprach, war demgegenüber der Aufruf des DGB nicht mehr vorantreibend und politisch klärend. Insbesondere, nachdem durch die Vorbereitungen und die Aufnahme der Verhandlungen in Genf das direkte Ziel, Verhandlungen der beiden Supermächte über die Nichtstationierung von Mittelstreckenraketen, fürs erste scheinbar erfüllt ist, mußte die Sammlung stocken.

Nicht Sabotage oder politische Absicht, sondern daß die politische Entwicklung den Aufruf überholt hat, ist der Grund für das Scheitern der Unterschriftensammlung. Wahrscheinlich ist auch das Mittel Unterschriftensammlung nicht angemessen gewesen, denn die 1 Million Unterschriften haben nicht viel mehr Gewicht, als die Unterschriften der 16 Vorsitzenden der Einzelgewerkschaften und des DGB-Bundesvorstandes unter diese Manifestation am 1. September.

Für eine Aufgabenbestimmung in den Gewerkschaften muß man weiter sehen, daß es schwierig ist, daß die Gewerkschaften, die ja Organisationen sind, die sich zu ganz elementaren Zwecken wie der Sicherung des Lohns und der Arbeitsbedignungen und ihrer Verbesserung zusammengeschlossen haben, sich auf fortgeschrittene politische Positionen festlegen. Weiter gibt es gegenwärtig in den Gewerkschaften eine Tendenz, keine die ganze Organisation bindenden Beschlüsse zu fassen, wenn darüber die Einheit der Gewerkschaft als gefährdet angesehen wird. Die gegenwärtige Auseinandersetzung in der IG Metall um die Tariffrente ist ein Beispiel auf einem anderen Gebiet.

Entscheidend ist, daß die Kontroverse in den Gewerkschaften weitergeführt wird. Streitpunkt ist, ob die Gewerkschaften den Bruch auch in dieser Frage mit der Regierung und ihren Sicherheitskonzepten vollziehen sollte. Dafür tritt Chr. Götz, HBV, in seinen ,,11 Wahrheiten'' ein. H. Rappe, IG Chemie, lehnt diese Orientierung unter Hinweis auf einen drohenden ,,Kanzler und Verteidigungsminister Strauß'' ab. Noch im Sommer hatten in der ,,Metall'' und im ,,Gewerkschafter'' alternative Verteidigungskonzepte zur Debatte gestanden. Jetzt wendet sich E. Loderer, IG Metall, dagegen: ,,Das Problem ist, daß wir zuviel ,Militärexperten' haben.'' Unter dem Eindruck der wachsenden Aggressivität der SU sieht er ,,nebulöse Neutralitätskonzepte'' und die Gefahr eines ,,labilen Europas mit nicht kalkulierbaren Risiken''. Er möchte die Diskussion wieder einschränken, weil für eine ,,überschaubare Zukunft kein konkretes Konzept'' vorhanden sei.

Dies liefe auf eine Fortsetzung der schwachen Seite der DGB-Friedensinitiative und der sichtbar in der Krise befindlichen Arbeitsteilung zwischen SPD (gleich politische Vertretung) und Gewerkschaften (gleich wirtschaftliche Vertretung der Arbeitnehmer) hinaus. Gegenüber den Genfer Verhandlungen würde die Initiative endgültig verloren sein. Nur wenn auch in den Gewerkschaften Alternativen zu den überkommenen und in der Krise befindlichen Sicherheitskonzepten entwickelt werden, kann die politische Frontbildung auch von den Gewerkschaften vorangetrieben werden, und die Gefahr eines Bruchs mit der SPD wirkt nicht lähmend.

bep. Die Friedensbewegung in Westeuropa, speziell in Westdeutschland, steht vor ihrer ersten großen Bewährungsprobe: Wird sie es als ihre eigenste Aufgabe begreifen, der polnischen Arbeiterbewegung und dem polnischen Volk in ihrem Freiheitskampf nach Kräften beizustehen – *auch* im Interesse der Verhinderung eines neuen Krieges? Obwohl die Ereignisse in Polen auch hierzulande vielfältige Initiativen des Protestes und der Solidarität hervorgerufen haben, sind die Anzeichen des Zögerns, der Zurückhaltung oder Verunsicherung nicht zu übersehen. Verfängt etwa die faule Umdefinition der ,,Nichteinmischung'' in ein Verbot der Unterstützung für eine Arbeiterklasse, eine Nation, die gegen ein ungerechtes, unterdrückerisches System aufgestanden ist – ein System im übrigen, das nationale Unterdrückung durch die Sowjetunion einschließt? Führt etwa der Zwang zur Abgrenzung von der einheimischen und US-amerikanischen Reaktion zur Lähmung, statt zur positiven Identifikation mit den Zielen der polnischen Bewegung,

Polen und die Friedensbewegung

Zu einem Briefwechsel zwischen Vaclav Racek und E.P. Thompson

beiden Supermächte dürften nicht auf eine Stufe gestellt werden. Im Osten herrsche ein totalitäres System, das aus sich heraus militaristisch und aggressiv sei; in gewissem Umfang in Schach gehalten werde es durch die Existenz eines westlichen Systems, in dem ,,trotz der immer ausgeprägteren Einseitigkeit der Exekutive und ihres Einflusses auf die Judikative und Legislative doch weiterhin die politische Tatsache der öffentlichen Meinung respektiert werden muß''. Thompsons Gleichsetzung der beiden Blöcke zeige eine gefährliche Naivität und rücke die von ihm repräsentierte Richtung der Friedensbewegung in die Nachfolge der kurzsich-

wickeln, es sei denn als Bewegung zur Verteidigung und Förderung der Menschenrechte.

Thompson verteidigt demgegenüber seine ,,Exterminismus''-Analyse (zur Kritik siehe den Aufsatz von R. Fücks in ,,Moderne Zeiten'' 11/1981); er zeigt aber auch, daß seine politischen Konsequenzen aus dieser – problematischen – Analyse und die Positionen der Friedensbewegung, für die er eintritt, keineswegs mit den von Racek kritisierten Positionen übereinstimmen. Er verweist vor allem darauf, daß diese Richtung gerade nicht für einseitige Zugeständnisse an einen der beiden Blöcke eintritt, und er betont die

seren Motiven? ... Sie geben nur einen einzigen Grund, und ich respektiere ihn. Sie sehen mit Argwohn eine begrenzte söldnerhafte Vorstellung von ,Entspannung', die sich auf wirtschaftliche Abmachungen auf der Ebene des Eigeninteresses der Staaten beschränkt und die, wie Sie argumentieren, von den Herrschern des Warschauer Blocks leicht zum eigenen Vorteil genutzt werden kann. Diese Warnung nehme ich an. Aber das ist nicht dasselbe wie die Politik der END-Kampagne. Wir schlagen direkten Austausch vor, die Eröffnung des Gespräches und gemeinsame Aktionen der Bürgerschaften in Ost und West, die zugleich die Sache des Friedens und der Bürgerrechte stärken können und den Kämpfern für Menschenrechte im Osten einigen Schutz bieten.''

Er warnt Racek vor Illusionen über den Westen, in dem sich Militarismus und Imperialismus sehr wohl auch in demokratischen Systemen entwickelt hätten und entwickelten. Hoffnungen auf die Staatsmänner der NATO-

higt. Er droht in die abgekartete hegemonische Regelung der Geschäfte Europas durch die beiden Supermächte Unruhe zu bringen. Die mehr zu den Falken tendierenden aggressiveren westlichen Berater sind wieder eine andere Sache. Sie fänden es schön, wenn die Kämpfer für die Menschenrechte in Osteuropa ihren Herrschern so viele Schwierigkeiten machten wie nur möglich. Sie *wollen*, daß Sie leiden. Das bestätigt ihre Ideologie und läßt das Militärbudget anschwellen.

Aber sie werden Euch nicht helfen. Sie wollen nicht, daß Ihr Euren Kampf für die Menschenrechte *gewinnt*, denn das würde ihre ideologischen Annahmen abschwächen. Sie wollen, daß Ihr Eurer Leiden und Eure Verzweiflung auf ewig in Münze des Kalten Krieges umsetzt.''

Aus dieser Warnung folgt eine Verpflichtung: die Verpflichtung, nun unsererseits für die Rechte der Menschen im Herrschaftsbereich der Sowjetunion, und das heißt gegenwärtig vor allem in Polen einzutreten. Vor zwei Jahren ist der Protest gegen den russi-

Notwendig ist es, sich über die Gründe klarzuwerden und entsprechende positive Konsequenzen für die zukünftige Arbeit daraus zu ziehen.

Die DGB-Friedensinitiative hatte ihre positiven und negativen Seiten. Positiv vor allem war, daß sich der DGB

gendkonferenz des DGB formulierte. Die ,,Ausgewogenheit'' des DGB-Aufrufs ermöglichte die Einheit in den Gewerkschaften. G. Benz, Vorstandsmitglied der IG Metall, war vor diesem Hintergrund eben nicht nur der ,,Krefelder'' oder der Opponent in der Ge-

streckenwaffen zu führen. Die Bundesregierung sollte dies Ziel unterstützen. Dem Inhalt nach wurde die Fortsetzung des herkömmlichen Sicherheitskonzepts, durch vertrauensbildende Maßnahmen zu Verhandlungen und zu Abrüstung zu kommen, gefordert.

haben, sich auf fortgeschrittene politische Positionen festlegen. Weiter gibt es gegenwärtig in den Gewerkschaften eine Tendenz, keine die ganze Organisation bindenden Beschlüsse zu fassen, wenn darüber die Einheit der Gewerkschaft als gefährdet angesehen wird.

menen und in der Krise befindlichen Sicherheitskonzepten entwickelt werden, kann die politische Frontbildung auch von den Gewerkschaften vorangetrieben werden, und die Gefahr eines Bruchs mit der SPD wirkt nicht lähmend.

Polen und die Friedensbewegung

Zu einem Briefwechsel zwischen Vaclav Racek und E.P. Thompson

bep. Die Friedensbewegung in Westeuropa, speziell in Westdeutschland, steht vor ihrer ersten großen Bewährungsprobe: Wird sie es als ihre eigenste Aufgabe begreifen, der polnischen Arbeiterbewegung und dem polnischen Volk in ihrem Freiheitskampf nach Kräften beizustehen – *auch* im Interesse der Verhinderung eines neuen Krieges? Obwohl die Ereignisse in Polen auch hierzulande vielfältige Initiativen des Protestes und der Solidarität hervorgerufen haben, sind die Anzeichen des Zögerns, der Zurückhaltung oder Verunsicherung nicht zu übersehen. Verfängt etwa die faule Umdefinition der ,,Nichteinmischung'' in ein Verbot der Unterstützung für eine Arbeiterklasse, eine Nation, die gegen ein ungerechtes, unterdrückerisches System aufgestanden ist – ein System im übrigen, das nationale Unterdrückung durch die Sowjetunion einschließt? Führt etwa der Zwang zur Abgrenzung von der einheimischen und US-amerikanischen Reaktion zur Lähmung, statt zur positiven Identifikation mit den Zielen der polnischen Bewegung, die nicht diejenigen von Strauß und Reagan sind noch es jemals sein können? Ist es denn nicht klar, daß der Kampf gegen die Politik der Kriegsvorbereitung im Osten noch viel direkter und unmittelbarer mit dem Kampf gegen das ganze gesellschaftliche und politische System verknüpft ist als bei uns, und daß der Kampf gegen dieses System, der in Polen mit weiterreichenden Zielen geführt ist, ein unersetzlicher Beitrag zur Verteidigung des Friedens ist?

Es gibt Menschen, Bürgerrechtler, Oppositionelle in Osteuropa, die nicht nur vor Illusionen der Friedensbewegung gegenüber der Sowjetunion warnen, sondern auch befürchten, daß diese Illusionen direkt zu ihren Lasten gehen könnten. Einer von ihnen, ein tschechoslowakischer Bürger, hat unter dem Namen Vaclav Racek solche Bedenken in einem Brief an Edward P. Thompson (einen der Initiatoren des Aufrufs der END – Bewegung für europäische nukleare Abrüstung, der hierzulande durch die Russell-Peace-Foundation verbreitet worden ist) Ausdruck gegeben. Thompson hat ihm geantwortet. Der Briefwechsel ist veröffentlicht in der Nummer 22/23 der Zeitschrift ,,Befreiung'' (1). Der Inhalt dieses Briefwechsels hat durch die polnischen Ereignisse eine besondere Aktualität erhalten.

Vaclav Racek bezieht sich auf Thompsons bekannten Aufsatz ,,Exterminismus als letztes Stadium der Zivilisation''. Sein Haupteinwand: die beiden Supermächte dürften nicht auf eine Stufe gestellt werden. Im Osten herrsche ein totalitäres System, das aus sich heraus militaristisch und aggressiv sei; in gewissem Umfang in Schach gehalten werde es durch die Existenz eines westlichen Systems, in dem ,,trotz der immer ausgeprägteren Einseitigkeit der Exekutive und ihres Einflusses auf die Judikative und Legislative doch weiterhin die politische Tatsache der öffentlichen Meinung respektiert werden muß''. Thompsons Gleichsetzung der beiden Blöcke zeige eine gefährliche Naivität und rücke die von ihm repräsentierte Richtung der Friedensbewegung in die Nachfolge der kurzsichtigen Beschwichtigungspolitik gegen Hitler in den dreißiger Jahren. Eine militärische und wirtschaftliche Entspannung zwischen den Blöcken würde im Osten nicht automatisch zu einer Entspannung in der Frage der Menschen- und Bürgerrechte führen; eine Friedensbewegung ähnlich der im Westen könne sich unter den gegebenen Bedingungen im Osten gar nicht entwickeln, es sei denn als Bewegung zur Verteidigung und Förderung der Menschenrechte.

Thompson verteidigt demgegenüber seine ,,Exterminismus''-Analyse (zur Kritik siehe den Aufsatz von R. Fücks in ,,Moderne Zeiten'' 11/1981); er zeigt aber auch, daß seine politischen Konsequenzen aus dieser – problematischen – Analyse und die Positionen der Friedensbewegung, für die er eintritt, keineswegs mit den von Racek kritisierten Positionen übereinstimmen. Er verweist vor allem darauf, daß diese Richtung gerade nicht für einseitige Zugeständnisse an einen der beiden Blöcke eintritt, und er betont die Notwendigkeit der Wechselseitigkeit der Bewegungen in beiden Blocksystemen: ,,Wir möchten die westliche Bewegung für Frieden und die östliche Bewegung für Menschenrechte zu einem gemeinsamen Verständnis, zu einer gemeinsamen Perspektive der europäischen Solidarität bringen. Und warum zeigt Ihr Brief dann so viel und so tiefen Argwohn gegenüber uns und unseren Motiven? ... Sie geben nur einen einzigen Grund, und ich respektiere ihn. Sie sehen mit Argwohn eine begrenzte söldnerhafte Vorstellung von ,Entspannung', die sich auf wirtschaftliche Abmachungen auf der Ebene des Eigeninteresses der Staaten beschränkt und die, wie Sie argumentieren, von den Herrschern des Warschauer Blocks leicht zum eigenen Vorteil genutzt werden kann. Diese Warnung nehme ich an. Aber das ist nicht dasselbe wie die Politik der END-Kampagne. Wir schlagen direkten Austausch vor, die Eröffnung des Gespräches und gemeinsame Aktionen der Bürgerschaften in Ost und West, die zugleich die Sache des Friedens und der Bürgerrechte stärken können und den Kämpfern für Menschenrechte im Osten einigen Schutz bieten.''

Er warnt Racek vor Illusionen über den Westen, in dem sich Militarismus und Imperialismus sehr wohl auch in demokratischen Systemen entwickelt hätten und entwickelten. Hoffnungen auf die Staatsmänner der NATO-Mächte seien vergeblich: ,,Wenn es direkt um ihre Interessen geht, kümmern sich sich um die Menschenrechte überhaupt nicht. Die gemäßigteren und realistischeren westlichen Berater wollen vor allem ,Stabilität'. Sie wollen den status quo festfrieren. Sie wollen, daß die politische Karte Europas immer so bleibt. Sie sehen den ,übereilten Extremismus' von Solidarność eher beunruhigt. Er droht in die abgekartete hegemonische Regelung der Geschäfte Europas durch die beiden Supermächte Unruhe zu bringen. Die mehr zu den Falken tendierenden aggressiveren westlichen Berater sind wieder eine andere Sache. Sie fänden es schön, wenn die Kämpfer für die Menschenrechte in Osteuropa ihren Herrschern so viele Schwierigkeiten machten wie nur möglich. Sie *wollen*, daß Sie leiden. Das bestätigt ihre Ideologie und läßt das Militärbudget anschwellen.

Aber sie werden Euch nicht helfen. Sie wollen nicht, daß Ihr Euren Kampf für die Menschenrechte *gewinnt*, denn das würde ihre ideologischen Annahmen abschwächen. Sie wollen, daß Ihr Eurer Leiden und Eure Verzweiflung auf ewig in Münze des Kalten Krieges umsetzt.''

Aus dieser Warnung folgt eine Verpflichtung: die Verpflichtung, nun unsererseits für die Rechte der Menschen im Herrschaftsbereich der Sowjetunion, und das heißt gegenwärtig vor allem in Polen einzutreten. Vor zwei Jahren ist der Protest gegen den russischen Überfall auf Afghanistan nur allzuoft einer illusionären Hoffnung auf Andauern der ,,Entspannung'' geopfert worden. Eine ähnliche Entwicklung im Fall von Polen könnte die Friedensbewegung moralisch erledigen.

(1) zu beziehen über die Redaktion der Befreiung, Martin-Luther-Straße 78, D-1000 Berlin 62

bücher + neue bücher + neue bücher + *Zum Thema* + neue bücher + neue bücher + neue bücher + neue bücher + neue bücher + n

Rüstungsjahrbuch '81/82. Herausgegeben vom SIPRI. rororo aktuell 4852.

Alfred Mechtersheimer (Hrsg.): Nachrüsten? Dokumente und Positionen zum NATO-Doppelbeschluß. rororo aktuell 4940. Eine ziemlich vollständige und nützliche Zusammenstellung aller wesentlichen Dokumente zum NATO-Doppelbeschluß und zur Friedensbewegung. Enthält die wesentlichen Dokumente von Regierung und NATO, offizielle sowjetische und amerikanische Stellungnahmen, Positionen der Parteien, Kirchen und Gewerkschaften und die verschiedenen Appelle und Aufrufe der Friedensbewegung.

Sicherheitspolitik contra Frieden? Ein Forum zur Friedensbewegung. Berlin/Bonn: Dietz-Verlag. Enthält Materialien und Dokumente zum Forum Frieden der SPD vom August 1981.

Alternativen europäischer Friedenspolitik, hrsg. vom Arbeitskreis atomwaffenfreies Europa (Friedrichshallerstraße 17, 1000 Berlin 33). Vorbereitungsreader zum Kongreß über Alternativen europäischer Friedenspolitik – **Zuviel Pazifismus? hrsg. von Freimut Duve, Heinrich Böll und Klaus Staeck.** rororo aktuell 4846. Enthält eine Reihe von Stellungnahmen zum Vorwurf des Pazifismus und des Antiamerikanismus, u.a. von Böll, Mahlein, Duve, Amery u.a.

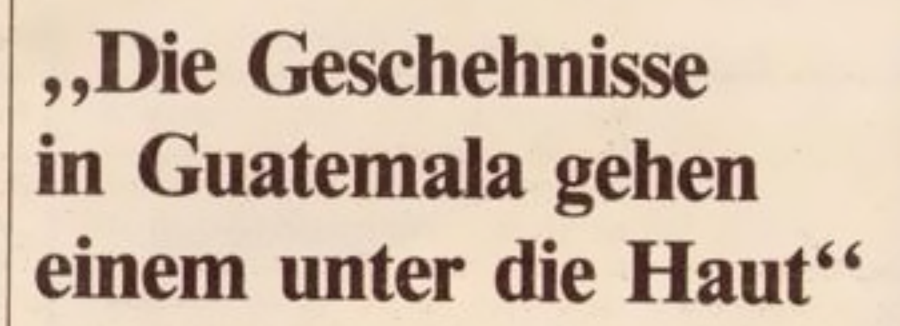
Dieter S. Lutz: Weltkrieg wider Willen? Die Nuklearwaffen in und für Europa. Ein Beitrag zur Diskussion um den Nachrüstungsbeschluß. Eine Auseinandersetzung mit den Grundannahmen des NATO-Beschlusses, den Daten über das militärische Kräfteverhältnis in Europa und der Möglichkeiten der Rüstungssteuerung.

Wolf Perdelwitz, Heiner Bremer: Geisel Europa. Berlin: Olle & Wolter. Die beiden Autoren sind Redakteure des ,,Stern'', ähnlich ist auch Aufmachung und Stil des Buches.

Wilhelm Bittorf (Hrsg.): Nachrüstung. Der Atomkrieg rückt näher. Spiegel-Buch, Rowohlt. Enthält als Kern die Spiegel-Serie von Bittorf und einige andere Veröffentlichungen des Spiegel zum NATO-Beschluß, darüberhinaus einiges weitere Hintergrundmaterial.

Karsten Voigt: Wege zur Abrüstung, mit einem Vorwort von Willy Brandt. Eichborn-Verlag. Eine Darstellung der Voraussetzungen und der Konzeption sozialdemokratischer Friedenspolitik.

Generäle für den Frieden, Interviews von Gerhard Kade. Pahl-Rugenstein. Interviewt wurden: Wolf Graf von Baudissin (BRD), Francisco da Costa Gomes (Portugal), Michael Harbottle (Großbritannien), Georgios Koumanakos (Griechenland), John Marshall Lee (USA), D.M.H. von Meyenfeldt (Niederlande), Nino Pasti (Italien), Antoine Sanguinetti (Frankreich).



„Die Geschehnisse in Guatemala gehen einem unter die Haut“

Von Eduardo Galeano*



Auf mexikanischer Seite der Grenze sprechen die Guatemalteken, die Zuflucht suchen. Es sind Bauern, die vor der Angst auf der Hochebene bei Huehuetenango fliehen. Ihre Zeugenaussagen haben wir aus verschiedenen kürzlich von anonymen Interviewern in Chiapas (Mexiko) aufgenommenen Tonbandaufnahmen ausgewählt. Diese Bauern erzählen Bruchstücke einer jahrhundertelangen Geschichte der Verfolgung, die ausgelöst wurde in einzigartiger Grausamkeit, seit 1954 Oberst Castillo Armas, ausgebildet in Fort Leavenworth, US-Staat Kansas, die reformistische Regierung Jacobo Arbenz' gestürzt und der United Fruit Company das Ödland zurückgegeben hat, das ihr durch die Agrarreform enteignet worden war. Heutzutage habe wir nicht mehr die Zeiten der United Fruit Company, sondern die Epoche der Nickel International oder der Texaco, aber die 1954 zugleich mit der Invasion eingeschaltete Verbrechensmaschinerie funktioniert in einem immer irrsinniger werdenden Rhythmus.

Von je hundert in Guatemala geborenen Kindern haben nur 35 das Privileg, ihren fünfzehnten Geburtstag zu erleben. Hunger und Krankheiten stellen sich dem Überleben der anderen 65 in den Weg. Aber nicht nur die Armut alleine fungiert als Henker. Laut Amnesty International geschah in Guatemala in den letzten 15 Jahren alle fünf Stunden ein politischer Mord. Der Staatsterrorismus pflegt mit Maske zu operieren. Der Präsident wäscht sich die Hände in Unschuld; die Mörder haben weder Gesicht noch Namen und auch nicht die Mehrzahl der Opfer. Wenn sie die Opfer nicht in eine Vulkanöffnung oder auf den Meeresgrund werfen, dann stellen sie sie von der Folter unkenntlich gemacht mit verbrannten Gesichtern und abgeschnittenen Fingern zur Schau. Zwei von dreien tauchen am Wegesrand auf, den Kopf eingerammt auf einem Spieß. Das Verbrechen wird somit zu einem öffentlichen Schauspiel wie zu Zeiten der Inquisition: Strafe – Abschreckung – Warnung. In Guatemala gibt es fast keine politischen Gefangenen. Lebend vor die Richter zu gelangen, ist ein Privileg oder Zufall.

Elias Barahona, Sprecher des Innenministeriums, floh im September vergangenen Jahres aus dem Land und



haben weder Gesicht noch Namen und auch nicht die Mehrzahl der Opfer. Wenn sie die Opfer nicht in eine Vulkanöffnung oder auf den Meeresgrund werfen, dann stellen sie sie von der Folter unkenntlich gemacht mit verbrannten Gesichtern und abgeschnittenen Fingern zur Schau. Zwei von dreien tauchen am Wegesrand auf, den Kopf eingerammt auf einem Spieß. Das Verbrechen wird somit zu einem öffentlichen Schauspiel wie zu Zeiten der Inquisition: Strafe – Abschreckung – Warnung. In Guatemala gibt es fast keine politischen Gefangenen. Lebend vor die Richter zu gelangen, ist ein Privileg oder Zufall.

Elias Barahona, Sprecher des Innenministeriums, floh im September vergangenen Jahres aus dem Land und



enthüllte in Panama zahlreiche Einzelheiten über Funktionsmechanismen dieses Schlachthofes. Er offenbarte, daß Präsident Lucas Garcia persönlich die Todesschwadronen kommandiert und daß der Direktor der nationalen Polizei Oberst German Chupina die Liste mit den zu ermordenden Gewerkschaftern und Politikern aufbewahrt. Die Zentrale für Hinrichtungen arbeitete – zumindest bis letztes Jahr – im vierten Stock eines an den Nationalpalast angegliederten Gebäudes. Barahona gab auch die Adressen von verschiedenen Folterkammern bekannt, die speziell eingerichtet worden waren, um mit den Verschwundenen „zu reden“. Außerdem berichtete er ausführlich über die in ländlichen Gebieten häufigen Massaker.

Der Fluch des Indios

Mehrheitlich sind die Opfer des Staatsterrorismus arme Campesinos (Landarbeiter und Kleinbauern), und diese wiederum sind zum Großteil Indios. Viereinhalb Jahrhunderte nach Pedro de Alvarado ist in diesem Land mit hauptsächlich eingeborener Bevölkerung das Wort „Indio“ eine Beleidigung. Immer noch leiden die Indios unter dem Fluch des Reichtums jener Erde, die sie bewohnen. Es war der Nickel, der die vor drei Jahren auf der Plaza des Panzos erschossenen Kekchi-Indios zum Tode verurteilt hatte, und das Erdöl war es, das für das Massaker der Quiche-Indios zu Beginn des letzten Jahres in der spanischen Botschaft verantwortlich war. Die Campesinos, die im folgenden zu Worte kommen, hauptsächlich Indios, stammen aus ei-

Mehrheitlich sind die Opfer des Staatsterrorismus arme Campesinos (Landarbeiter und Kleinbauern), und diese wiederum sind zum Großteil Indios. Viereinhalb Jahrhunderte nach Pedro de Alvarado ist in diesem Land mit hauptsächlich eingeborener Bevölkerung das Wort „Indio“ eine Beleidigung. Immer noch leiden die Indios unter dem Fluch des Reichtums jener Erde, die sie bewohnen. Es war der Nickel, der die vor drei Jahren auf der Plaza des Panzos erschossenen Kekchi-Indios zum Tode verurteilt hatte, und das Erdöl war es, das für das Massaker der Quiche-Indios zu Beginn des letzten Jahres in der spanischen Botschaft verantwortlich war. Die Campesinos, die im folgenden zu Worte kommen, hauptsächlich Indios, stammen aus ei-

nem explosiven Gebiet, in dem die Guerilla großen Einfluß hat. Guatemala ist ein Land im Krieg, und in diesem Krieg, dem Krieg eines aufständigen Volkes, sind die Indios in den letzten Jahren zu Hauptdarstellern geworden. Diese Zeugen kommen aus einem Gebiet, das die großen Plantagen an der Küste mit billigen Arbeitskräften versorgt. Jetzt kommen die Herren der Macht dahinter, daß diese Arbeitskräfte auch Menschen sind, und daß diese Menschen über Jahrhunderte hinweg ihre alte Erinnerung an die Würde – zwar angeschlagen, aber lebendig – zu bewahren wußten. Genauso wußten sie ihre Traditionen des gemeinschaftlichen Lebens und jene Identität mit der Natur zu bewahren, die sie einen Baum um Verzeihung bitten läßt, bevor sie ihn mit der Axt fällen.

Einige Zeugenaussagen wurden in der Mam-Sprache, andere in einfachem und gebrochenem Spanisch gemacht, so wie das Spanisch, das jene benutzt hatten, die als Übersetzer aus der Mam-Sprache fungiert hatten. Doch dies nimmt ihren Aussagen weder an Ausdrucksstärke noch an Bedeutung. Man mag fragen: „Was machen diese Indios bloß mit der spanischen Sprache?“ Nun, ganz einfach: sie vergewaltigen sie, damit sie fruchtbar wird. Spanisch ist nicht ihre Sprache, aber gezwungen, sie zu benützen, um sich ausdrücken zu können, stürzen sie sich verzweifelt in sie hinein. Zufällig stoßen sie auf Wörter und lassen die wenigen, die sie erwischen, mit ungeheurer Ausdrucksstärke aus sich heraus explodieren.

(Anmerkung der Übersetzer: Durch die Übersetzung ins Deutsche verloren die folgenden Abschnitte leider stark an Ausdruckskraft.)

Sie nagelten ihn an, als ob er unser Herr Jesus wäre

„Alle schlafen oder kommen aus ihren Verstecken unter den Bäumen, wo sie sich schlafen legen wollten. So erzählt es die Companera (Kameradin, Genossin). Und jetzt wird eine andere Companera in unsere Sprache sprechen, und ich werde übersetzen. Sie sagt: die Companeros (Kameraden, Genossen) von dort flohen, und zwischen den kleinen Dörfern, wo das Militär ist, folterten sie einen Companero. Er war aus unserem Dorf. Sie folterten ihn vor den Leuten des Dorfes, und schließlich wurde er gekreuzigt. Sie nagelten ihn fest, als ob er unser Herr Jesus wäre. Er starb.

In dem Gebiet von Coya töteten sie viele Menschen mit Militärlastwagen und Hubschraubern, und alle Leute

zen sie sich verzweifelt in sie hinein. Zufällig stoßen sie auf Wörter und lassen die wenigen, die sie erwischen, mit ungeheurer Ausdrucksstärke aus sich heraus explodieren.

(Anmerkung der Übersetzer: Durch die Übersetzung ins Deutsche verloren die folgenden Abschnitte leider stark an Ausdruckskraft.)

Sie nagelten ihn an, als ob er unser Herr Jesus wäre

„Alle schlafen oder kommen aus ihren Verstecken unter den Bäumen, wo sie sich schlafen legen wollten. So erzählt es die Companera (Kameradin, Genossin). Und jetzt wird eine andere Companera in unsere Sprache sprechen, und ich werde übersetzen. Sie sagt: die Companeros (Kameraden, Genossen) von dort flohen, und zwischen den kleinen Dörfern, wo das Militär ist, folterten sie einen Companero. Er war aus unserem Dorf. Sie folterten ihn vor den Leuten des Dorfes, und schließlich wurde er gekreuzigt. Sie nagelten ihn fest, als ob er unser Herr Jesus wäre. Er starb.

In dem Gebiet von Coya töteten sie viele Menschen mit Militärlastwagen und Hubschraubern, und alle Leute

gingen in die Berge, auch Frauen und alle andern. Nach 10 Tagen kamen sie und holten zwei andere Campesinos, sie überschütteten sie mit Benzin und verbrannten sie bei lebendigem Leib. Und in einem anderen kleinen Dorf ergriffen sie ungefähr 30 junge Männer, fesselten sie und steckten sie in Hubschrauber. Sie nahmen sie mit – wer weiß wohin. Sie oder irgendwelche Leute sagten oder dachten: Das sind schon Guerilleros. Aber diese Menschen kannten das, was Guerilla genannt wird, so gut wie gar nicht. Und dennoch bekamen sie die Schuld zugeschoben von den Militärs, die nichts anderes als das Erschießen von Campesinos befehlen. Einen ermordeten sie mit seinen Kindern, sie ermordeten ungefähr sechzehn Personen, eine ganze Familie. Sie töteten alle sechzehn, die in diesem Haus lebten, und danach blieb dort noch ein Mädchen von ungefähr zehn Jahren zurück. Weil wir arm sind, behandeln sie uns wie Tiere, sie töten uns, sie hängen uns an Bäumen auf, sie verbrennen uns lebendig oder sie versetzen uns Messerstiche. Wir haben nichts, sind Analphabeten, und aus diesem Grund mißhandeln sie uns. Hoffentlich betet ihr für uns, Brüder. Betet für uns Mißhandelte.

Wie zum Fleischverkaufen legten sie die Körper aus

Brüder, ich bitte euch, daß ihr für unser Volk betet. Hoffentlich helft ihr uns, dieses Abschlachten unserer Leute durch die Regierung zu beenden. Wir leiden sehr unter den vielen Morden, unter Hunger, fehlender Kleidung. Die Menschen sind traurig. Wir sind hier an diesem Ort in Mexico, ob es sich für uns als gut oder schlecht herausstellen wird, ist unklar. So ist das Leben. Das Leben ist hart. Manche Tage finden wir Arbeit, tagelang bleiben wir ohne. Wir sind hier, ohne zu wissen, was im Moment geschieht, und ich habe eine Familie. Ich habe Geschwister und weiß nicht, wie es ihnen geht, ob sie getötet wurden. Nur Gott steht über uns. Die Militärs in Guatemala respektieren nichts mehr: Sie verschleppen ahnungslos Schlafende und ermorden sie, wie es heißt, vor den Augen ihrer Familien. Außerdem werden zehn- oder zwölfjährige Mädchen vergewaltigt und ermordet zurückgelassen. Es gibt Leute, die gegen die Militärs sind, und diese werden mit Buschmessern in Stücke gehackt, wie man ein Tier tötet, wie sie es in Coban gemacht haben. Und auch in dem Dorf Jacatenango haben sie zwei junge Männer, die einen Tisch verkaufen wollten, in Stücke gehackt. Sie stellten den Tisch auf und legten die Körper wie zum Fleischverkaufen aus.

Deshalb hatten sie sich erhoben

Wir haben wenig Land und keine Möglichkeit, das ganze Jahr über zu arbeiten, und deshalb haben sich die Menschen organisiert. Der Grund für den Aufstand der Menschen in den Bergen war, weil sie kein Land zum Arbeiten hatten. Nur die Reichen besitzen das ganze Land an der Küste, und deshalb organisierten sich die Leute. Tausende von Menschen zogen zur Küste, verdienten 100 bis 200 Tageslöhne, wobei diese sehr gering sind. Einige erkrankten, andere starben an der Küste. Außerdem sterben in den Baumwollplantagen viele durch das Einatmen von Pflanzenschutzmitteln, mit denen die Baumwolle besprüht wird. Deshalb erhoben sich die Menschen in den Bergen. Die armen Leute. Ich habe gese-

Leute, die gegen die Militärs sind, und diese werden mit Buschmessern in Stücke gehackt, wie man ein Tier tötet, wie sie es in Coban gemacht haben. Und auch in dem Dorf Jacatenango haben sie zwei junge Männer, die einen Tisch verkaufen wollten, in Stücke gehackt. Sie stellten den Tisch auf und legten die Körper wie zum Fleischverkaufen aus.

Deshalb hatten sie sich erhoben

Wir haben wenig Land und keine Möglichkeit, das ganze Jahr über zu arbeiten, und deshalb haben sich die Menschen organisiert. Der Grund für den Aufstand der Menschen in den Bergen war, weil sie kein Land zum Arbeiten hatten. Nur die Reichen besitzen das ganze Land an der Küste, und deshalb organisierten sich die Leute. Tausende von Menschen zogen zur Küste, verdienten 100 bis 200 Tageslöhne, wobei diese sehr gering sind. Einige erkrankten, andere starben an der Küste. Außerdem sterben in den Baumwollplantagen viele durch das Einatmen von Pflanzenschutzmitteln, mit denen die Baumwolle besprüht wird. Deshalb erhoben sich die Menschen in den Bergen. Die armen Leute. Ich habe gese-

hen, wie meine Leute mißhandelt wurden. Warum? Als sich Organisationen gebildet haben, wurden die Leute ermordet. In Guatemala gibt es immer Massaker, Bedrohung, Vergewaltigungen. Für mich ist es viel, so viel, die Geschehnisse in Guatemala gehen einem unter die Haut. Warum? Wegen den Soldaten, wegen den Angestellten der Regierung. Man hört im Radio: „Ein Campesino von Unbekannten ermordet!“ Es sind die gleichen Soldaten. Sie ziehen sich Zivilkleidung an und tun, als wären sie welche von uns. Aber eines Tages wird unsere Revolution in Guatemala siegen.

Wir verließen unser Land und flohen aus Angst vor den Militärs. In unser Dorf kamen die Soldaten, um ein kleines Dorf zu massakrieren, und von dort aus nahmen sie uns unter Maschinengewehrfeuer. Sie kamen mit einem Hubschrauber voll Bomben und einem Flugzeug voll Kugeln, um das Dorf und die Menschen zu bombardieren. Sie zerstörten fast alle Häuser, die Maisstauden und haben auch von der Saat fast nichts übrig gelassen, die Menschen flohen vor Angst, die Frauen hatten Kinder, einige trugen sie mit weg, andere umarmten sie in ihrer Angst und verließen die Berge. Jetzt verlassen alle Menschen dieses Gebiet, viele Tote bleiben zurück, und deshalb fliehen wir aus Angst.

Niedriger Lohn, trauriges Gehalt

Wenn wir nicht weggegangen wären, hätten uns die Militärs getötet, deshalb flohen wir mit meinem Papa und einem Bruder und einer Schwester und der ganzen Familie und hinterließen das Haus verlassen. Alle Sachen blieben als Geschenk zurück und wir überlegten, wie man unseren Companeros weiterhin helfen könnte, die so viel für uns tun. Jeden Tag gibt es Gemetzel, jeden Tag gibt es Tote in jedem Gebiet von ganz Guatemala. Warum? Die Militärs ergreifen Menschen, Campesinos, die sie überrascht aufgreifen, deshalb möchten wir den Companeros helfen. Organisiert sollten die Campesinos sein, und sie werden die Campesinos schon noch kennenlernen. Denn dort zahlen sie uns sehr niedrige Löhne, sie mißhandeln uns schwer, nur sie alleine hatten Geld, und deshalb erhoben sich die Campesinos und Companeros gegen sie ... Wir leiden ständig. Wievielmal schon sind wir zur Küste



gegangen und sie haben uns ein trauriges Gehalt gezahlt.

Wir haben alles zurückgelassen: Bohnen, Mais, Weizen, Kartoffeln. Wir sind immer noch traurig, weil wir nichts mitnehmen konnten, nicht einmal die Wäsche. Jene glauben, daß nur mein Sohn zu den Aufständigen gegan-

neros gegen sie ... Wir leiden ständig. Wievielmal schon sind wir zur Küste



gegangen und sie haben uns ein trauriges Gehalt gezahlt.

Wir haben alles zurückgelassen: Bohnen, Mais, Weizen, Kartoffeln. Wir sind immer noch traurig, weil wir nichts mitnehmen konnten, nicht einmal die Wäsche. Jene glauben, daß nur mein Sohn zu den Aufständigen gegan-

gen ist, aber schon fast das ganze Dorf ist dabei. Jetzt haben sich die Campesinos zusammengeschlossen.

Auch ich würde mich gerne erheben

Das betreibt Lucas mit seinen Militärs, seinen Soldaten. Ja, Lucas ist ein Mörder. Weil Reagan ihn unterstützt. Es sind Waffen, es sind Bomben aus den Vereinigten Staaten gefunden worden. Warum? Weil es ein reiches Land ist, deshalb werden sie an Lucas geschickt. Deshalb sind die Soldaten von den Reichen gekauft und erhalten ihre Befehle, die sie jetzt ausführen. Deshalb haben wir aufständige Familien in den Bergen und wollen selber aufständig werden. Mir würde es gefallen, mich zu erheben,und diese Feiglinge, nicht die Soldaten zu bekämpfen. Die Mexikaner holten drei aus Comitan kommende junge Männer aus dem Bus und fragten, was sie bei sich trügen. Sie ergriffen sie und drohten, falls sie nicht zahlen würden, sie der Armee von Guatemala auszuliefern. Vielleicht machen sie gemeinsame Sache, die Armeen. Und die jungen Männer hatten weder Geld noch sonst irgendetwas, das sie hätten geben können. Und so verprügelten sie sie ganz schön schlimm und schickten sie nach Guatemala. Das taten die Mexikaner. Dieses ist schon verschiedenen Personen passiert, früher forderten sie nicht mehr als 100 Pesos, aber heutzutage 500 – 1000 Pesos, nun viele haben nichts zum bezahlen. Sie schnappen sie hier und schicken sie rüber und drüben sagen die Soldaten, er sei bestimmt ein Guerillero auf der Flucht und so werden sie ihn deshalb nicht am Leben lassen. Und die Frauen bieten sie Soldaten an oder anderen Männern, die eine Frau haben wollten.“

---

* E. Galeano, Schriftsteller und Journalist aus Uruguay, lebt in Spanien im Exil. Sein Buch „Die offenen Adern Lateinamerikas“ schildert eindrucksvoll die Geschichte der Unterdrückung, vom Auftreten der Conquistadoren aus Europa bis zu den Befreiungskämpfen unserer Tage. – Der hier wiedergegebene Artikel erschien am 22. November 1981 in der spanischen Zeitung *El Pais*. Die Übersetzung wurde uns vom Lateinamerikakomitee Mainz (c/o ESG, Am Gonsenheimer Spieß 1, 6500 Mainz) zum Abdruck überlassen.

Für Kalkar stehen Milliarden bereit

frb. Lang schon dauert das Finanzspektakel um den Schnellen Brüter in Kalkar, der jetzt 1986 in Betrieb gehen soll. Noch jedesmal hat sich eine „Lösung" gefunden und auch diesmal wird das Wahnsinnsprojekt von Sparbeschlüssen verschont bleiben. Es geht nur darum, daß die E-Werke sich die Investitionskosten, von denen man eh nicht weiß, ob sie sich je rentieren, zu einem möglichst großen Teil aus dem öffentlichen Haushalt zahlen lassen wollen. Und da es um hohe Summen geht, wird hoch gepokert.

Außerdem sind die Baukosten schneller explodiert als beim Tornado. Am 1. September 1977 hatte das Forschungsministerium sie mit 2,7 Mrd. DM angegeben, mittlerweile werden sie mit 5 Mrd. DM gehandelt. Die Gesamtkosten stehen im Bundeshaushalt 1981 mit 4,1 Mrd. DM vermerkt, im Haushalt 1982 bereits mit 5,4 Mrd. DM. Natürlich wollen die E-Werke das Projekt nicht sterben lassen, doch für ihre Zahlungen wollen sie Gegenleistungen sehen. Erst haben sie den Länderregierungen abgerungen, daß die Finanzierungsanteile für Kalkar auf die Strompreise aufgeschlagen werden können. Jetzt wollen sie den sogenannten „Genehmigungsvorbehalt" des Bundestages kassieren. Das Parlament nämlich hatte sich vorbehalten, nach Fertigstellung des aufgrund seines Kühlsystems mit zusätzlichen Risiken behafteten Reaktors über die endgültige Inbetriebnahme selbst zu entscheiden. Offenbar ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis der Bundestag der Pression nachgibt.

Daß dieses Projekt auch finanziell immer wahnsinniger wird, hängt damit zusammen, daß sich die westdeutschen Kapitalisten erheblich verspekuliert haben. Ursprünglich nämlich hatten sie sich ausgerechnet, dank eigenem Brüterprojekt mit den USA zusammengehen zu können, und so gemeinsam eine Monopolstellung zu erobern, die sie selbst nie erreichen können. Seit aber die USA ihr Projekt zurückgestellt haben, wird das Projekt Kalkar immer wackeliger. Daß es von selbst nicht eingestellt wird, liegt an der Konkurrenzjagd mit Japan und Frankreich.



Die hohen Zinsen haben die Bankprofite ordentlich anschwellen lassen. So verzeichnen die drei Großbanken Deutsche, Dresdner und Commerzbank bei ihren Zinsüberschüssen einen Zuwachs zwischen 16,4 und 8,7% in den ersten zehn Monaten dieses Jahres. Allein diese drei Banken haben dieses Jahr bislang rund 6,6 Mrd. Mark an Zinsüberschuß und Provisionen kassiert. Langfristig immer einträglicher ist das Geschäft mit der Staatsschuld und auch mit Konsumentenkrediten geworden, während die Zinseinnahmen vom Wohnungsbau ihre gewichtige Stellung behalten haben. Abgenommen hat dagegen die Kreditvergabe an Unternehmen.

Die Woche im Rückblick

Peinlichkeiten mußten sich die Kernkraftfanatiker bei der Anhörung der Energie-Enquete-Kommission des Bundestags anhören. Eines ihrer wesentlichsten Argumente war die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit durch billige Energie. Fast alle befragten Forschungsinstitute aber haben nun darauf hingewiesen, daß die Bedeutung der Energiekosten für die Wettbewerbsfähigkeit gering sei. Die Exportindustrien seien nur mit verschwindend geringen Energiekostenanteilen belastet, außerdem sei die Wechselkursentwicklung von weit größerer Bedeutung. Der Atomwissenschaftler Traube forderte eine Umschichtung der Energie-Investitionen zugunsten von Energieeinsparung. – **Die „Zerstörung bewährter Marktmechanismen" sieht der Deutsche Reederverband gefährdet** durch die Forderung der Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen, den Anteil der Entwicklungsländer an der Welthandelstonnage bis 1990 auf 20% zu bringen. Weiterhin erregt sich der Verband in seinem Jahresbericht über die Forderung nach Mindestnormen der Schiffsregistrierung, womit den Gefälligkeitsflaggen der Garaus gemacht werden soll. Arbeitsmarkt und Kapitalverkehr würden damit eingeschränkt. Bedauerlich sei, daß sich die deutschen Seeleutegewerkschaften den Auffassungen des Unctad-Sekretariats und der Entwicklungsländer „einstweilen noch anschließen". – **Die Krise in den USA hat sich weiter verschärft.** Dieser Tage hat die amerikanische Zentralbank bekanntgegeben, daß die Industrieproduktion im November um 2,1% gefallen ist. Damit dauert der Einbruch vier Monate an. Neuerlich steht die Automobilindustrie mit einem um 13% niedrigeren Ausstoß an der Spitze des Absturzes. Lediglich in der Rüstungsindustrie geht es aufwärts. – **Die ASEAN-Staaten haben ein gemeinsames Kupferprojekt auf den Philippinen gebilligt.** Damit ist das seit Jahren laufende Programm, das eine Reihe gemeinsamer Industrievorhaben in den fünf südostasiatischen Ländern vorsieht, ein kleines Stück weiter gediehen. Der Gesamtkomplex umfaßt eine Produktionsstätte für jährlich 20000 t Walzdraht und ein Werk für 60000 t Strangerzeugnisse. Abnehmer sind neben der einheimischen Industrie die anderen Mitglieder der Staatengruppe.

Weitere Einkommensverluste in der Landwirtschaft

kvz. Die Einkommen der Bauern sind im letzten Wirtschaftsjahr 1980/81 erheblich gesunken. Dies geht aus dem vom Bauernverband veröffentlichten Situationsbericht 1981 hervor. Danach ist im Durchschnitt der regelmäßig ausgewerteten Haupterwerbsbetriebe der Gewinn je Familienvollarbeitskraft gegenüber dem Vorjahr um 9,7% gefallen auf 18561 DM. Unter Berücksichtigung der Inflationsrate hat sich dieser Gewinn um 14,6% real verschlechtert. Dabei hat sich fast durchweg in den kleineren Betrieben die Lage überdurchschnittlich verschlechtert, während die Futterbaubetriebe über 50 ha Fläche im Gegensatz zum Vorjahr eine deutliche Verbesserung ihrer Einkommen erlebten. Insgesamt hat sich der Produktionswert der Landwirtschaft nur um 1,3% erhöht, während für Vorleistungen rund 6% mehr ausgegeben werden mußten. So stiegen die Preise für Düngemittel um 11,7%. Nach vorläufigen Zahlen des Bauernverbandes über das laufende Wirtschaftsjahr dürfte das Einkommen um nur 3 bis 4% nominal steigen.

USA haben kein Geld für Entwicklungshilfe

kvz. Nachdem der amerikanische Kongreß Rekordausgaben für Reagans Aufrüstungsprogramme beschlossen hat, geht es jetzt an die Kürzung und Umschichtung der Entwicklungshilfe. Relativ gut kam der „Economic Support Fund" des Außenministeriums weg, aus dem bilaterale Wirtschaftshilfe zur Förderung der US-Außenpolitik gezahlt wird. Zwei Mrd. $ werden hierfür bereitgestellt, vor allem für Zahlungen an Israel, Ägypten und die Türkei. Noch besser kommt die Militärhilfe weg. Für direkte Militärhilfe steht 1 Mrd. $ bereit, weitere 2,8 Mrd. $ für Kreditbürgschaften und verlorene Zuschüsse zum Waffenkauf. Wenig bleibt dagegen für Zahlungen an internationale Einrichtungen. Am härtesten wirkt die Kürzung der Mittel an die Internationale Entwicklungsagentur IDA, ein Institut der Weltbankgruppe, das zinslose Darlehen an die ärmsten Länder vergibt. Hier wird der US-Beitrag auf ca. 600 Mio. $ halbiert, womit sich automatisch auch der Gesamthaushalt dieser Einrichtung halbiert.

Cadmium auf den Feldern
Was kann die Stadt Iserlohn dagegen tun?
über die Herkunft der im Klärschlamm befindlichen Schwermetallrückstände durchgeführt?
5. '... Wer haftet für die Schäden, insbesondere bei den betroffenen Landwirten, die durch Verseuchung des Bodens etc. entstanden sind bzw. entstehen?
Die Anfrage wurde über die Lokal-
sei der Ruhrverband, die Stadt sei Genosse des Ruhrverbands. Klärschlämme werden mindestens zweimal jährlich untersucht. Chemische Analysen lassen Rückschlüsse auf die Herkunft nicht zu. Zu Fragen der Haftung kann die Stadt keine Stellung nehmen. Ansonsten wurde das Ergebnis der Kreisuntersuchung verlesen.
schlossen, die in § 1 aussagt: „(1) Die Stadt betreibt in ihrem Gebiet die unschädliche Beseitigung der Abwässer (Schmutz- und Niederschlagwasser) als öffentliche Aufgabe." Weiter wird in § 4 geregelt: „Abwässer, die die öffentliche Sicherheit gefährden ... die Schlammbehandlung, -beseitigung und -verwertung beeinträchtigen ... dür-

Kühlsystems mit zusätzlichen Risiken behafteten Reaktors über die endgültige Inbetriebnahme selbst zu entscheiden. Offenbar ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis der Bundestag der Pression nachgibt.
Daß dieses Projekt auch finanziell immer wahnsinniger wird, hängt damit zusammen, daß sich die westdeutschen Kapitalisten erheblich verspekuliert haben. Ursprünglich nämlich hatten sie sich ausgerechnet, dank eigenem Brüterprojekt mit den USA zusammengehen zu können, und so gemeinsam eine Monopolstellung zu erobern, die sie selbst nie erreichen können. Seit aber die USA ihr Projekt zurückgestellt haben, wird das Projekt Kalkar immer wackeliger. Daß es von selbst nicht eingestellt wird, liegt an der Konkurrenzjagd mit Japan und Frankreich.
Peinlichkeiten mußten sich die Kernkraftfanatiker bei der Anhörung der Energie-Enquete-Kommission des Bundestags anhören. Eines ihrer wesentlichsten Argumente war die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit durch billige Energie. Fast alle befragten Forschungsinstitute aber haben nun darauf hingewiesen, daß die Bedeutung der Energiekosten für die Wettbewerbsfähigkeit gering sei. Die Exportindustrien seien nur mit verschwindend geringen Energiekostenanteilen belastet, außerdem sei die Wechselkursentwicklung von weit größerer Bedeutung. Der Atomwissenschaftler Traube forderte eine Umschichtung der Energie-Investitionen zugunsten von Energieeinsparung. – Die „Zerstörung bewährter Marktmechanismen" sieht der Deutsche Reederverband gefährdet durch die Forderung der Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen, den Anteil der Entwicklungsländer an der Welthandelstonnage bis 1990 auf 20% zu bringen. Weiterhin erregt sich der Verband in seinem Jahresbericht über die Forderung nach Mindestnormen der Schiffsregistrierung, womit den
Die Woche im Rückblick
Gefälligkeitsflaggen der Garaus gemacht werden soll. Arbeitsmarkt und Kapitalverkehr würden damit eingeschränkt. Bedauerlich sei, daß sich die deutschen Seeleutegewerkschaften den Auffassungen des Unctad-Sekretariats und der Entwicklungsländer „einstweilen noch anschließen". – Die Krise in den USA hat sich weiter verschärft. Dieser Tage hat die amerikanische Zentralbank bekanntgegeben, daß die Industrieproduktion im November um 2,1% gefallen ist. Damit dauert der Einbruch vier Monate an. Neuerlich steht die Automobilindustrie mit einem um 13% niedrigeren Ausstoß an der Spitze des Absturzes. Lediglich in der Rüstungsindustrie geht es aufwärts. – Die ASEAN-Staaten haben ein gemeinsames Kupferprojekt auf den Philippinen gebilligt. Damit ist das seit Jahren laufende Programm, das eine Reihe gemeinsamer Industrievorhaben in den fünf südostasiatischen Ländern vorsieht, ein kleines Stück weiter gediehen. Der Gesamtkomplex umfaßt eine Produktionsstätte für jährlich 20000 t Walzdraht und ein Werk für 60000 t Strangerzeugnisse. Abnehmer sind neben der einheimischen Industrie die anderen Mitglieder der Staatengruppe.
Relativ gut kam der „Economic Support Fund" des Außenministeriums weg, aus dem bilaterale Wirtschaftshilfe zur Förderung der US-Außenpolitik gezahlt wird. Zwei Mrd. $ werden hierfür bereitgestellt, vor allem für Zahlungen an Israel, Ägypten und die Türkei. Noch besser kommt die Militärhilfe weg. Für direkte Militärhilfe steht 1 Mrd. $ bereit, weitere 2,8 Mrd. $ für Kreditbürgschaften und verlorene Zuschüsse zum Waffenkauf. Wenig bleibt dagegen für Zahlungen an internationale Einrichtungen. Am härtesten wirkt die Kürzung der Mittel an die Internationale Entwicklungsagentur IDA, ein Institut der Weltbankgruppe, das zinslose Darlehen an die ärmsten Länder vergibt. Hier wird der US-Beitrag auf ca. 600 Mio. $ halbiert, womit sich automatisch auch der Gesamthaushalt dieser Einrichtung halbiert.

Cadmium auf den Feldern

Was kann die Stadt Iserlohn dagegen tun?

klg.Iserlohn. Es gibt eine bekannte Karrikatur, wo sich drei Affen Augen, Ohren und Mund zuhalten – nichts sehen, nichts hören, nichts sagen. Wieviel politischer Alltag in dieser Karrikatur steckt soll an einem Beispiel Iserlohner Kommunalpolitik erläutert werden.

Es ist jetzt etwas mehr als ein Jahr her, als in Hagen die Verseuchung landwirtschaftlicher Flächen durch schwermetallhaltige Klärschlämme an die Öffentlichkeit kam. Eine daraufhin durchgeführte Untersuchung der Landesregierung NRW ergab, daß bei 11 Kläranlagen (darunter auch in Hagen-Vorhalle) zu hohe Cadmiumwerte festgestellt wurden. In 46 weiteren Anlagen wurden die Richtwerte für andere Schwermetalle – z.B. Nickel, Blei – teilweise erheblich überschritten. Unter anderem war dies auch bei der Kläranlage in Iserlohn-Letmathe der Fall. Bereits im August 1980 wurde aufgrund des Hagener Cadmium-Skandals von einem Mitglied des Letmather Bezirksausschusses eine Anfrage an die Verwaltung des Märkischen Kreises gerichtet. Gefragt wurde u.a. nach dem Umfang der Klärschlammaufbringung in der Märkischen Landwirtschaft und welche Kontrollen hierdurchgeführt wurden bzw. werden. Nach über einem Jahr erfolgte die Beantwortung. Das Ergebnis ist skandalös. Von 48 Bodenproben, die von der Landwirtschaftlichen Untersuchungs- und Forschungsanstalt Münster untersucht wurden, wiesen 54% einen zu hohen Cadmiumgehalt auf. Weitere Überschreitung der Richtwerte wurden festgestellt bei Nickel 87%, Chrom 52%, Kupfer und Zink je 35%.

Zur „Lösung" des Problems schlägt der Kreis vor: Keine weitere Aufbringung von Klärschlämmen auf die untersuchten Flächen. Gezielte Düngung, um das Cadmium im Boden zu binden. Bei zwei Maisfeldern Beschränkung des Anbaus auf Futtermittel. Eine erneute Untersuchung 1982. Das Motto dieser Antwort scheint zu sein: Wenn der Brunnen schon mal da ist, muß man den Kindern sagen, daß sie nicht reinfallen dürfen und ab und zu nachsehen, ob sie sich auch dran gehalten haben.

Der Arbeitskreis Alternative Kommunalpolitik Iserlohn wollte sich damit allerdings nicht zufrieden geben. Der AAKI ist aus einer Initiative gegen Wohnraumvernichtung und Kaputtsanierung entstanden, mit dem Ziel Ansätze für eine alternative Kommunalpolitik zu erarbeiten. Von diesem Ansatz her wurde beschlossen, den Iserlohner Stadtrat an seine Verantwortung für „das Wohl der Einwohner" (Gemeindeordnung § 1) zu erinnern, zumal eine Iserlohner Kläranlage an der Umweltvergiftung beteiligt war / ist, und zu geeigneten Gegenmaßnahmen zu zwingen.

Klar war, daß ohne öffentlichen Druck das sicher nicht erreicht werden kann. Es wurde beschlossen, die Einwohnerfragestunde, die vor jeder Ratssitzung stattfindet, zu nutzen, um den Rat zu einer Stellungnahme zu bewegen. Vorbereitet durch eine Presseerklärung und eine Flugblattaktion wurde folgende Anfrage gestellt:

1. In welchem Verhältnis steht die Stadt Iserlohn zu den Betreibern (der Iserlohner) Kläranlagen?
2. Auf welche Flächen (landwirtschaftliche und andere) wurden Klärschlämme aus dieser Anlage aufgebracht?
3. Welche Maßnahmen werden zur Überwachung ... und in welchen Abständen vorgenommen?
4. Inwieweit wurden Untersuchungen über die Herkunft der im Klärschlamm befindlichen Schwermetallrückstände durchgeführt?
5. '... Wer haftet für die Schäden, insbesondere bei den betroffenen Landwirten, die durch Verseuchung des Bodens etc. entstanden sind bzw. entstehen?

Die Anfrage wurde über die Lokalpresse öffentlich gemacht. Die erste Reaktion auf diese Anfrage war ein Brief des Oberstadtdirektors, in dem daraufhingewiesen wird, Arbeitskreise etc. könnten (entgegen der bisherigen Praxis) keine Anfragen stellen, um „eine Politisierung der Ratssitzungen wie in anderen Städten" zu vermeiden. Die Stadt sei aber bereit, sie als persönliche Anfrage zu beantworten. Die Antworten selbst waren kläglich. Der Betreiber sei der Ruhrverband, die Stadt sei Genosse des Ruhrverbands. Klärschlämme werden mindestens zweimal jährlich untersucht. Chemische Analysen lassen Rückschlüsse auf die Herkunft nicht zu. Zu Fragen der Haftung kann die Stadt keine Stellung nehmen. Ansonsten wurde das Ergebnis der Kreisuntersuchung verlesen.

Es sieht also so aus, als wolle die Stadt auch weiterhin die Verantwortung von sich weisen. Die Frage ist, welche konkreten Forderungen können gegenüber der Stadt erhoben werden und auf welcher Grundlage?

Die Zuständigkeit der Stadt für die Probleme der Abwasserbeseitigung ergibt sich aus den Entwässerungssatzung. Für Iserlohn ist eine neue Satzung mit Wirkung vom 1.1.1982 beschlossen, die in § 1 aussagt: „(1) Die Stadt betreibt in ihrem Gebiet die unschädliche Beseitigung der Abwässer (Schmutz- und Niederschlagwasser) als öffentliche Aufgabe." Weiter wird in § 4 geregelt: „Abwässer, die die öffentliche Sicherheit gefährden ... die Schlammbehandlung, -beseitigung und -verwertung beeinträchtigen ... dürfen nicht in die Abwasseranlagen eingeleitet werden ... Betriebe, bei denen die Ableitung schädlicher Abwässer zu vermuten ist, haben regelmäßig nach näherer Aufforderung durch die Stadt über Art und Beschaffenheit ihrer Abwässer sowie über deren Menge Auskunft zu geben und die dazu erforderlichen technischen Einrichtungen vorzuhalten. Es können Abwasseranalysen eines anerkannten Prüfinstituts verlangt werden ... Wenn die Art des Abwassers sich ändert oder seine Menge sich wesentlich erhöht, hat jeder Anschlußnehmer dieses unaufgefordert und unverzüglich der Stadt mitzuteilen und die erforderlichen Angaben zu machen. Auf Verlangen hat er die Unschädlichkeit des Abwassers nachzuweisen." Des weiteren werden für einige Schadstoffe Richtwerte festgelegt, allerdings nicht für Cadmium. In § 8 sichert sich die Stadt das Recht, Grundstücksklärlanlagen bzw. die Vorbehandlung schädlicher Abwässer anzuordnen zu dürfen.

Wenn die Stadt keine Auskunft über die Herkunft der Schwermetalle machen kann, fragt sich, wie sie die Bestimmungen ihrer eigenen Satzung verwirklichen will. „Betriebe, bei denen die Ableitung schädlicher Abwässer zu vermuten ist" gibt es in Iserlohn reichlich. Das sind vor allem kleinere und mittlere metallverarbeitende Betriebe, wie z.B. Armaturenfabriken, galvanische Betriebe etc.

Von der Stadt muß also vor allem gefordert werden, daß regelmäßige Kontrollen bei den entsprechenden Industriebetrieben durchgeführt und wo notwendig entsprechende Entgiftungseinrichtungen angeordnet werden, um die Einleitung giftiger Stoffe in Trinkwasser und Klärschlämme zu verhindern.



DDR-Wirtschaft:

Schlechte Aussichten

Noch gilt die DDR als Musterland des RGW. Aber schon heute beträgt die Verschuldung 503 Dollar je Einwohner, die Hälfte der Ausfuhren in konvertibler Währung geht für Zins und Tilgung drauf

ror. Westberlin. Bisher galt die DDR als ein stabiles Mitglied der sowjetischen Völkergemeinschaft, und dies nicht nur, weil der staatliche Unterdrückungs- und Überwachungsapparat so ausgefeilt und allgegenwärtig ist, sondern weil die Volkswirtschaft der DDR in den letzten zehn Jahren einen recht kontinuierlichen Aufstieg durchgemacht hat, der auch auf der Seite des privaten Konsums, der Herausbildung eines sozialen Netzes (Kindergeld, Müttergeld etc.) zu einem erträglichen, sich verbessernden Lebensniveau geführt hat; trotz aller bekannten Versorgungsmängel vor allem bei qualitativ hochwertigen Waren oder bei Südfrüchten usw., oder auch trotz solcher Erscheinungen, daß es eben monatelang keine Bettwäsche gibt. Aber der sogenannte Kurs der schrittweisen Erhöhung des Lebensniveaus hat seit Jahren jetzt erstmalig eine Unterbrechung erfahren. Erstmals hat sich 1980 der reale Warenabsatz an die Bevölkerung im Vergleich zum Vorjahr um 0,4% verringert, während er 1979 noch um 6,2% real gestiegen war. Erstmals seit Honeckers Machtantritt 1971/72 hat sich die Versorgung der Bevölkerung absolut verschlechtert.

Als einziges RGW-Land setzt die DDR auch in der Planperiode 1981 bis 1985 (als einziges Industrieland überhaupt) auf ein hohes Wachstum der Volkswirtschaft. Das produzierte Nationaleinkommen (vergleichbar mit unserem Bruttosozialprodukt) soll auf 128 bis 130%, also jährlich um 5,1 bis 5,3%, wachsen. Obwohl im Februar 1981 noch Honecker erklärte: „Angesichts der weltwirtschaftlichen Entwicklung ist es nicht als Tragödie zu betrachten ... wenn die jährlichen Wachstumsraten bis 1985 nicht so hoch ausfallen, wie sie gegenwärtig veranschlagt werden." Die damalige Veranschlagung lag aber bei nur 4%. Daß jetzt doch der Kurs des extensiven Wachstums gefahren wird, hat sicherlich neben innenpolitischen Gründen vor allem auch die Ursache, daß die

Erscheinungen, daß es eben monatelang keine Bettwäsche gibt. Aber der sogenannte Kurs der schrittweisen Erhöhung des Lebensniveaus hat seit Jahren jetzt erstmalig eine Unterbrechung erfahren. Erstmals hat sich 1980 der reale Warenabsatz an die Bevölkerung im Vergleich zum Vorjahr um 0,4% verringert, während er 1979 noch um 6,2% real gestiegen war. Erstmals seit Honeckers Machtantritt 1971/72 hat sich die Versorgung der Bevölkerung absolut verschlechtert.

Als einziges RGW-Land setzt die DDR auch in der Planperiode 1981 bis 1985 (als einziges Industrieland überhaupt) auf ein hohes Wachstum der Volkswirtschaft. Das produzierte Nationaleinkommen (vergleichbar mit unserem Bruttosozialprodukt) soll auf 128 bis 130%, also jährlich um 5,1 bis 5,3%, wachsen. Obwohl im Februar 1981 noch Honecker erklärte: „Angesichts der weltwirtschaftlichen Entwicklung ist es nicht als Tragödie zu betrachten ... wenn die jährlichen Wachstumsraten bis 1985 nicht so hoch ausfallen, wie sie gegenwärtig veranschlagt werden." Die damalige Veranschlagung lag aber bei nur 4%. Daß jetzt doch der Kurs des extensiven Wachstums gefahren wird, hat sicherlich neben innenpolitischen Gründen vor allem auch die Ursache, daß die

DDR in eine gefährliche Verschuldungslage sowohl gegenüber ihren westlichen wie östlichen Handelspartnern geraten ist. Wenn es ihr nicht gelingt, ihre Schulden zu senken bzw. ihre Lieferverpflichtungen zu erfüllen, läßt sich jetzt schon abschätzen, daß eine schwere Wirtschaftskrise ins Haus steht.

Steigende Lasten aus dem Außenhandel

Die DDR ist im abgelaufenen Planjahrfünft 1976–1980 sechs Prozent hinter dem geplanten Wachstum zurückgeblieben. Das wirtschaftliche Wachstum schwächte sich gegenüber den beiden zurückliegenden Planperioden beträchtlich ab. Der jährliche Zuwachs betrug 1966–1970 plus 5,2%; 1971–1975 plus 5,4%; 1976–1980 plus 4,2%. Dennoch sind beachtliche Leistungen vollbracht worden für eine Volkswirtschaft, die über acht Millionen Beschäftigte zählt, die ein jährliches durchschnittliches Nationaleinkommen von 162 Mrd. Mark schufen.

Dies alles nützt nur wenig, wenn die Kosten schneller steigen. Von 1975 bis heute ist die DDR von einer beträchtlichen Verschlechterung ihrer Terms of Trade betroffen, es ist der DDR nicht möglich, die Preise für ihre Exportgüter (vor allem Produkte des Maschinenbaus und der Elektrotechnik) auch nur annähernd so zu steigern, wie sich ihre Kosten für den Einkauf von Energie und Rohstoffen verteuerten. Die Ungleichgewichte im Außenhandel haben sich weiter verstärkt, und die DDR hat sich den daraus notwendigerweise resultierenden Veränderungen durch Schuldenmacherei entzogen. Ihre Verschuldung betrug Ende 1980 allein im Westen rund 10 Mrd. Dollar. (Bereits Ende 1979 betrug die Verschuldung in konvertibler Währung in der DDR 503 Dollar je Einwohner, also nur 10% weniger als die Verschuldung in Polen. Allerdings ist die Verschuldung der DDR nur zweimal so hoch und die Polens viermal so hoch wie ihre Westexporte.) Die DDR muß zur Zeit schon 50% ihrer Ausfuhrerlöse in konvertibler Währung für Verzinsung und Tilgung aufbringen. Insgesamt hat sich in den letzten fünf Jahren ein Handelsbilanzdefizit von 29 Mrd. Valuta-Mark herausgebildet. Der überwiegende Teil im Westhandel, aber auch der Handel mit der Sowjetunion ist mit 9 Mrd. Valuta-Mark ins Defizit geraten.

Die 1975 vom RGW beschlossene Preisformel hat zu einem rasanten Preisanstieg für Rohstoffe geführt, vor allem die DDR hat dies getroffen, da sie selbst mit Ausnahme ihrer beträchtlichen Braunkohlevorkommen über keinerlei Rohstoffe (von Uran abgesehen) verfügt. Einige andere Länder des RGW konnten die Preissteigerungen besser kompensieren, da die Moskauer Preisformel auch eine Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte mit sich brachte. Die DDR als Nettoimporteur von Lebensmitteln mußte auch hier noch zuzahlen. Die Teuerungswelle bei den Einsatzfaktoren hat die Staatsbetriebe der DDR bereits bis Ende 1979 mit zusätzlichen Kosten in Höhe von 66 Mrd. Mark belastet, was im Inland über Preiserhöhungen aufgefangen wurde, im Export jedoch nicht weitergegeben werden konnte, da die Maschinenbauproduktion, was den technischen Standard anbetrifft, unter Weltmarktniveau liegt, weswegen vor allem die DDR und die CSSR im RGW gegenüber der Sowjetunion den größten Schuldenberg anhäuften.

Weiterhin belasten die hohen Rüstungslasten die Volkswirtschaft; sie stiegen im vergangenen Jahr um 8,4% und sollen 1981 10,2 Mrd. Mark betragen. (Bei diesen Zahlen handelt es sich

luta-Mark ins Defizit geraten.

Die 1975 vom RGW beschlossene Preisformel hat zu einem rasanten Preisanstieg für Rohstoffe geführt, vor allem die DDR hat dies getroffen, da sie selbst mit Ausnahme ihrer beträchtlichen Braunkohlevorkommen über keinerlei Rohstoffe (von Uran abgesehen) verfügt. Einige andere Länder des RGW konnten die Preissteigerungen besser kompensieren, da die Moskauer Preisformel auch eine Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte mit sich brachte. Die DDR als Nettoimporteur von Lebensmitteln mußte auch hier noch zuzahlen. Die Teuerungswelle bei den Einsatzfaktoren hat die Staatsbetriebe der DDR bereits bis Ende 1979 mit zusätzlichen Kosten in Höhe von 66 Mrd. Mark belastet, was im Inland über Preiserhöhungen aufgefangen wurde, im Export jedoch nicht weitergegeben werden konnte, da die Maschinenbauproduktion, was den technischen Standard anbetrifft, unter Weltmarktniveau liegt, weswegen vor allem die DDR und die CSSR im RGW gegenüber der Sowjetunion den größten Schuldenberg anhäuften.

Weiterhin belasten die hohen Rüstungslasten die Volkswirtschaft; sie stiegen im vergangenen Jahr um 8,4% und sollen 1981 10,2 Mrd. Mark betragen. (Bei diesen Zahlen handelt es sich

um die offiziellen Angaben, die wirklichen liegen sicherlich bedeutend höher, wenn man bedenkt, daß 22% der Staatsausgaben nicht ausgewiesen und aufklärbar sind, wobei allgemein angenommen wird, daß sich hinter diesen Zahlen auch Rüstungsausgaben verbergen neben der Finanzierung der SED, der Auslandsaktivitäten der DDR usw.)

Da die SED aus berechtigter Angst vor den politischen Risiken auch nicht von der Subventionierung der Mieten, Tarife und Preise für Waren des Grundbedarfs abweichen kann, werden auch hier die Ausgaben wachsen. Von 1976 bis 1980 reichten dafür noch 234 Mrd. Mark, für die Zeit von 1981 bis 1986 sind 295 Mrd. Mark veranschlagt worden.

Zusammengefaßt: Die Verschuldung hat zugenommen, das Außenhandelsdefizit ist gewachsen, der Konsum der Bevölkerung ist gesunken und dies bei steigender Warenproduktion.

Alles für den Export

Worin sieht die DDR-Führung nun die ökonomische Strategie für die achtziger Jahre? Die SED bietet 10 Schwerpunkte an, von denen Politbüromitglied Mittag behauptet, sie gehörten zu den „bedeutendsten wissenschaftlich-theoretischen Leistungen unserer Partei der Gegenwart". In Wirklichkeit ist der SED nichts Neues eingefallen, es handelt sich um die Wiederholung altbekannter Forderungen an die Volkswirtschaft, die sich auf die Formel bringen lassen: maximale Exportsteigerung bei weitgehender Importdrosselung und geringstmöglichem Wachstum bei den Investitionen. Dies soll über einen steilen Anstieg der Arbeitsproduktivität erreicht werden, die eine „Erschließung von Reserven noch nicht dagewesenen Ausmaßes" erfordert (Honecker auf dem X. Parteitag). Gemeint sind neben der Erhöhung der Produktivität ein deutlich sinkender Rohstoffverbrauch; der Energieverbrauch soll im Jahresdurchschnitt nur um 1,7% steigen; Strukturveränderungen zugunsten von Produkten mit höherem Veredelungsgrad, höherer Qualität und höherer Devisenrentabilität sind geplant.

Die Entwicklung der Industrie steht im Zeichen von Strukturveränderungen. Ein besonderer Schwerpunkt gilt der Elektroindustrie, insbesondere der Mikroelektronik. Hier sind Wachstumsraten von jährlich 9% angesetzt, der Maschinenbau soll um 7%, der Werkzeugmaschinenbau soll um 10% steigen. Das Wachstum der Chemieproduktion soll 6% mehr erbringen. Aus diesen Bereichen erhofft sich die DDR, ihre Exportoffensive durchführen zu können; so ist allein für 1981 eine Steigerung des Exports um 16% vorgesehen.

Dies alles soll mit geringen Investitionen erreicht werden. An Investitionen sind bis 1985 268 bis 272 Mrd. Mark vorgesehen. Bei Verteilung auf die einzelnen Jahre ergibt sich ein durchschnittlicher Zuwachs von rund 2%, was angesichts der Wachstumsziele wenig ist. Vor allem deswegen, weil diese Investitionen auf einigen bedeutenden Projekten basieren. Sicherung der Energie- und Rohstoffbasis, Erweiterung der Kraftwerkskapazitäten, Ausbau des Eisenhüttenwerkes Ost, Errichtung neuer Anlagen der chemischen Industrie, durchgreifende Verbesserung der Produktion durch Einsatz von Mikroelektronik und Industrierobotern, weitergehende Automatisierung. Gleichzeitig Elektrifizierung und dringende Rekonstruktion des Eisenbahnnetzes und Fortsetzung des weiter hoch angesetzten Wohnungsbauprogramms.

Im ersten Halbjahr die Ziele verfehlt

Die Abrechnung des ersten Halbjahres 1981 zeigt denn auch, daß die DDR ihre Ziele nicht erreichen wird, lediglich ein Planziel konnte erfüllt und übererfüllt werden, nämlich das der Investitionen, während das Ziel des Exports um ein Viertel verfehlt wurde; 16% Steigerung waren angesetzt, 12% wurden erreicht. Auch der Einzelhandelsumsatz, der um nominell 4% steigen sollte, stieg nur um 3,3%, was bei den indirekten Preissteigerungen darauf hinweist, daß der private Konsum weiter sinkt. Auch in der Elektroindustrie wurde eine Zunahme von 11% erreicht statt der geplanten 9%, weswegen der Export in die Sowjetunion beträchtlich um 17% anstieg. Die gewünschten Reduzierungen der Westimporte wurden ebensowenig erreicht.

Weiterhin sehr problematisch ist die Entwicklung der Landwirtschaft. Innerhalb von sieben Jahren stiegen die staatlichen Subventionen um 295% auf 9,6 Mrd. Mark an, ohne daß die Versorgungslage sich gebessert hätte und die DDR von Importen unabhängig würde. Ein Schlaglicht auf die Situation wirft die Aufforderung an die schon völlig überlasteten Kleingärtner, ihre Leistungen noch um 10–30% zu erhöhen, „weniger Rasen, mehr Obst und Gemüse". Auch „unproduktive Hecken" sollen durch Obstgewächse ersetzt werden. Vorbildlich sei ein Gärtner aus Hermsdorf, der seine Wiese in ein Salatbeet verwandelte. Bereits jetzt liefern die Kleingärtner die Hälfte des Frühobstes, ein Fünftel des Gemüseangebots, jedes zweite Glas Honig und jedes fünfte Ei.

Insgesamt verläuft der Plan nicht so positiv. Die Absicht, hohe Qualität zu produzieren und die Schulden abzubauen, ist zwar vernünftig. Zu erwarten ist aber lediglich eine Steigerung der Produktion, die nur für den RGW reicht, was die Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion weiter steigern wird, eine Abhängigkeit, die seit 1975 immer dramatischer wird.

Der Außenhandel der DDR nach Ländergruppen[1]

	1975	1976	1977	1978	1979	1980[2]	Struktur 1975	Struktur 1980	1980 gegenüber 1975[4]
	in Mrd. VM[3]						in vH		
Einfuhr der DDR, gesamt	39,29	45,92	49,88	50,71	56,43	62,97	100,0	100,0	10,3
Sozialistische Länder[5]	26,16	29,11	34,21	35,45	36,36	39,87	66,6	63,3	9,9
dar.: RGW-Länder[6]	24,94	27,93	32,70	34,03	34,73	37,90	63,5	60,2	10,0
(dar.: UdSSR)	(14,09)	(14,91)	(17,66)	(18,60)	(19,66)	(22,21)	(35,9)	(35,3)	(9,4)
Westliche Industrieländer[7]	11,41	14,62	13,16	12,90	17,37	19,19	29,0	30,5	10,3
Entwicklungsländer	1,72	2,19	2,51	2,36	2,70	3,91	4,4	6,2	15,9
Ausfuhr der DDR, gesamt	35,11	39,54	41,84	46,17	52,42	57,13	100,0	100,0	10,2
Sozialistische Länder[5]	25,69	28,22	31,25	24,40	38,53	39,26	73,2	68,7	9,8
dar.: RGW-Länder[6]	24,32	26,71	29,54	32,58	36,87	37,39	69,3	65,4	10,0
(dar.: UdSSR)	(12,45)	(12,88)	(14,79)	(16,31)	(19,61)	(20,40)	(35,5)	(35,7)	(10,2)
Westliche Industrieländer[7]	7,88	9,59	8,60	9,10	10,91	13,77	22,4	24,1	9,4
Entwicklungsländer	1,54	1,73	1,99	2,67	2,97	4,11	4,4	7,2	19,3
							Saldensumme 1976-1980		
Saldo, insgesamt	- 4,18	- 6,38	- 8,04	- 4,54	- 4,00	- 5,84	- 28,60		
Sozialistische Länder[5]	- 0,47	- 0,89	- 2,96	- 1,05	+ 2,18	- 0,62	- 3,34		
dar.: RGW-Länder[6]	- 0,62	- 1,22	- 3,16	- 1,45	+ 2,14	- 0,52	- 4,21		
(dar.: UdSSR)	(- 1,64)	(- 2,03)	(- 2,87)	(- 2,29)	(- 0,05)	(- 1,82)	(- 9,06)		
Westliche Industrieländer[7]	- 3,53	- 5,03	- 4,56	- 3,80	- 6,45	- 5,43	- 25,27		
Entwicklungsländer	- 0,18	- 0,46	- 0,52	+ 0,31	+ 0,27	+ 0,20	- 0,20		

1)Zu jeweiligen Preisen; Wertstellung fob; Verkäufer- bzw. Käuferland.-2)Vorläufige Angaben.-3)VM=Valuta Mark, statistische Recheneinheit zum Ausweis des Außenhandels der DDR; Umrechnungskurs; 4,67 VM = 1 TRbl (Transfer-Rubel); der Umrechnungskurs zu den westlichen Währungen schwankte mit den Paritätsänderungen zwischen dem Rubel und den konvertierbaren Währungen; für 1980 galt: 1 VM = 0,597 DM.-4)Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs unter Berücksichtigung des Gesamtvolumens 1976 bis 1980.-5)RGW-Länder sowie VR China, Jugoslawien, Nordkorea und ab 1978 auch Laos.-6)Albanien, Bulgarien, Kuba, Mongolei, Polen, Rumänien, CSSR, UdSSR, Ungarn sowie ab 1978 auch Vietnam (vorher als sozialistisches Land ausgewiesen).-Alle sogenannten "kapitalistischen" Länder Europas sowie Australien, Japan, Kanada, Neuseeland und die USA.

Quellen: Berechnungen des DIW anhand der Angaben in: Statistisches Jahrbuch der DDR 1980; Statistische Jahrbücher und Außenhandelsjahrbücher Polens; Statistische Jahrbücher des RGW sowie Partnerlandangaben.

Elektroindustrie: Veraltete technische Basis soll den Fortschritt einleiten

Seit zwanzig Jahren ist die elektrotechnische Industrie Spitzenreiter der industriellen Entwicklung der DDR. Besondere Bedeutung kommt ihr nicht nur deswegen zu, weil 14% der Industriebeschäftigten dort arbeiten, sondern weil die Modernisierung der gesamten DDR-Industrie von der Elektroindustrie abhängig ist. Sie soll die Mittel der Mikroelektronik, der Regel- und Steuerungstechnik bereitstellen, die notwendig sind, um die großen Rationali-

Techniken in die Serienproduktion, die – obgleich als neue Plankennziffer eingeführt – nicht schneller zu gehen scheint, oft dauert sie fünf Jahre. Zwar gelingen immer wieder beachtliche Einzelleistungen, die aber bis zur Anwendung in der Produktion weit veraltet sind. Auch bei dem Einsatz der EDV-Anlagen gibt es kaum noch eine Entwicklung. 1975 waren 500 Anlagen im Einsatz, 1980 600, denn Robotron exportiert in die Sowjetunion. Entgegen

Produkte. So kann die DDR ihren eigenen Bedarf an Gleichstrommotoren nicht decken. Fast alle Elektromotoren (nach DDR-Angaben 200 Mio.) haben einen relativ schlechten energetischen Wirkungsgrad. Sie sollen durch den Einbau elektronischer Vorschaltwiderstände umgebaut werden, da sie noch lange im Einsatz bleiben müssen. Sicherlich die zweitbeste Lösung.

Bei den numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen sieht es ähnlich

terung der Kraftwerkskapazitäten, Ausbau des Eisenhüttenwerkes Ost, Errichtung neuer Anlagen der chemischen Industrie, durchgreifende Verbesserung der Produktion durch Einsatz von Mikroelektronik und Industrierobotern, weitergehende Automatisierung. Gleichzeitig Elektrifizierung und dringende Rekonstruktion des Eisenbahnnetzes und Fortsetzung des weiter hoch angesetzten Wohnungsbauprogramms.

Westliche Industrieländer[7]	7,88	9,59	8,60	9,10	10,91	13,77	22,4	24,1	9,4
Entwicklungsländer	1,54	1,73	1,99	2,67	2,97	4,11	4,4	7,2	19,3
							Saldensumme 1976-1980		
Saldo, insgesamt	- 4,18	- 6,38	- 8,04	- 4,54	- 4,00	- 5,84	- 28,60		
Sozialistische Länder[5]	- 0,47	- 0,89	- 2,96	- 1,05	+ 2,18	- 0,62	- 3,34		
dar.: RGW-Länder[6]	- 0,62	- 1,22	- 3,16	- 1,45	+ 2,14	- 0,52	- 4,21		
(dar.: UdSSR)	(- 1,64)	(- 2,03)	(- 2,87)	(- 2,29)	(- 0,05)	(- 1,82)	(- 9,06)		
Westliche Industrieländer[7]	- 3,53	- 5,03	- 4,56	- 3,80	- 6,45	- 5,43	- 25,27		
Entwicklungsländer	- 0,18	- 0,46	- 0,52	+ 0,31	+ 0,27	+ 0,20	- 0,20		

1)Zu jeweiligen Preisen; Wertstellung fob; Verkäufer- bzw. Käuferland.-2)Vorläufige Angaben.-3)VM=Valuta Mark, statistische Recheneinheit zum Ausweis des Außenhandels der DDR; Umrechnungskurs; 4,67 VM = 1 TRbl (Transfer-Rubel); der Umrechnungskurs zu den westlichen Währungen schwankte mit den Paritätsänderungen zwischen dem Rubel und den konvertierbaren Währungen; für 1980 galt: 1 VM = 0,597 DM.-4)Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs unter Berücksichtigung des Gesamtvolumens 1976 bis 1980.-5)RGW-Länder sowie VR China, Jugoslawien, Nordkorea und ab 1978 auch Laos.-6)Albanien, Bulgarien, Kuba, Mongolei, Polen, Rumänien, CSSR, UdSSR, Ungarn sowie ab 1978 auch Vietnam (vorher als sozialistisches Land ausgewiesen).-Alle sogenannten "kapitalistischen" Länder Europas sowie Australien, Japan, Kanada, Neuseeland und die USA.

Quellen: Berechnungen des DIW anhand der Angaben in: Statistisches Jahrbuch der DDR 1980; Statistische Jahrbücher und Außenhandelsjahrbücher Polens; Statistische Jahrbücher des RGW sowie Partnerlandangaben.

Elektroindustrie: Veraltete technische Basis soll den Fortschritt einleiten

Seit zwanzig Jahren ist die elektrotechnische Industrie Spitzenreiter der industriellen Entwicklung der DDR. Besondere Bedeutung kommt ihr nicht nur deswegen zu, weil 14% der Industriebeschäftigten dort arbeiten, sondern weil die Modernisierung der gesamten DDR-Industrie von der Elektroindustrie abhängig ist. Sie soll die Mittel der Mikroelektronik, der Regel- und Steuerungstechnik bereitstellen, die notwendig sind, um die großen Rationalisierungsverfahren in Industrie und Verwaltung zu ermöglichen.

So wie in allen anderen Industriebereichen, setzt die SED auf Konzentration und Zentralisation. Sämtliche Betriebe der Elektroindustrie wurden zu 17 Kombinaten zusammengefaßt im Rahmen der Kombinatsreform 1979. (Die gesamte Industrie der DDR wurde in 159 Kombinaten organisiert.) In der Elektroindustrie arbeiten heute 470000. Robotron, das größte Unternehmen, beschäftigt 70000.

In der Elektroindustrie, die die Modernisierung anführen soll, finden sich aber alle typischen Merkmale der veralteten Industriestruktur der DDR. Der Verwaltungsanteil liegt mit 23,6% aller Beschäftigten sehr hoch. Weitgehend, und dies ist ein allgemeines Phänomen, liegt Handarbeit vor, lediglich 2% der Montageprozesse sind automatisiert. Die führenden Kombinate Robotron und Carl Zeiss Jena arbeiten zu 70 bzw. 80% für den Export. Insgesamt steht der DDR weit weniger als die Hälfte aller Produkte ihrer Elektroindustrie zur Verfügung. In Zukunft werden es noch weniger werden.

Wie wichtig die Rationalisierung und Effektivierung wird, sieht man daran, daß auch die Anzahl der Arbeitskräfte in der jetzigen Planperiode langsamer wächst. In den kommenden fünf Jahren kommen lediglich 220000 neue Arbeitskräfte auf den Markt, wovon die Hälfte in „unproduktiven" Bereichen beschäftigt wird.

Materialfluß, Lager- und Transportwesen sind rückständig, Mittel- und Kleinserienfertigungen herrschen in der Elektroindustrie vor. Ebenso rückständig ist die Überführung neuer Techniken in die Serienproduktion, die – obgleich als neue Plankennziffer eingeführt – nicht schneller zu gehen scheint, oft dauert sie fünf Jahre. Zwar gelingen immer wieder beachtliche Einzelleistungen, die aber bis zur Anwendung in der Produktion weit veraltet sind. Auch bei dem Einsatz der EDV-Anlagen gibt es kaum noch eine Entwicklung. 1975 waren 500 Anlagen im Einsatz, 1980 600, denn Robotron exportiert in die Sowjetunion. Entgegen der Propaganda hat sich der Abstand der technischen Entwicklung der DDR zur BRD vergrößert.

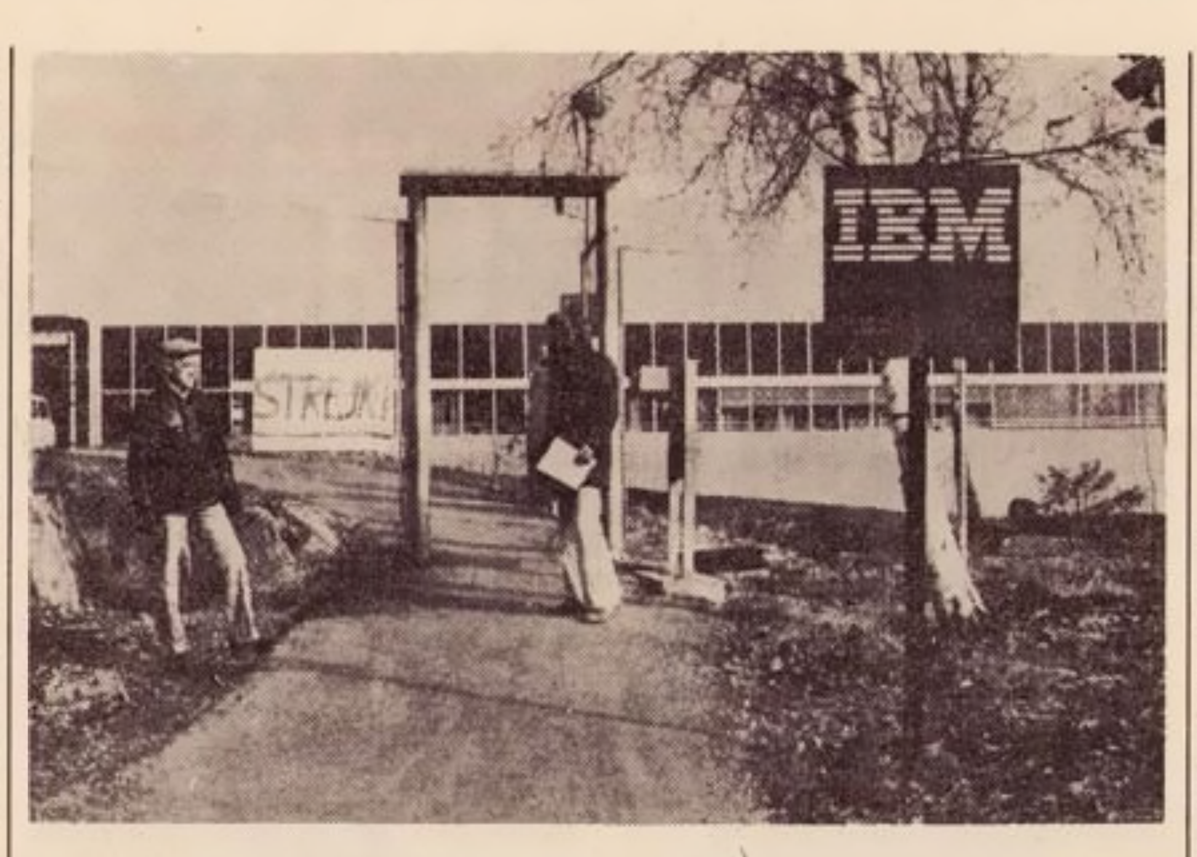
Eines der anspruchsvollen Ziele ist die Herstellung von Industrierobotern. 40–50000 sollen hergestellt werden, wobei über den Begriff Roboter in der DDR-Presse in letzter Zeit einige Konfusion herrscht. Zu Beginn waren Roboter lediglich Maschinen, die frei programmierbar und in mindestens drei Achsen beweglich sind, inzwischen zählen dazu auch alle weiteren Automatisierungshilfen. Dieses Programm soll 45000 Arbeitsplätze einsparen helfen.

Durch die Einführung der Roboter erhofft man sich auch eine Ausdehnung der Schichtarbeit, denn lediglich 18% der Beschäftigten in der Elektroindustrie arbeiten dreischichtig, was auch für die rationelle Nutzung der EDV-Anlagen ein immer wachsendes Problem ist. Es fehlt darüberhinaus an Fachkräften.

Seit 1976 gewinnt die Mikroelektronik an Bedeutung, denn sie spielt auch die Schlüsselrolle im Energiesparprogramm. Mikroelektronik soll eingesetzt werden, um den Wirkungsgrad alter Maschinen und Anlagen zu erhöhen. Eine wirkliche Energieeinsparung wird aber erst erreicht werden, wenn nicht neue Geräte an alte Anlagen angeschlossen werden, sondern wenn Mikroelektronik und Maschinenbau von Anbeginn aufeinander abgestimmt sind. Selbst bei solch einfachen Produkten wie Leuchtstoffröhren liegt die Lichtausbeute um ein Viertel unter dem westlichen Standard. Haushaltsgeräte verbrauchen 20–30% mehr Energie als vergleichbare westliche Produkte. So kann die DDR ihren eigenen Bedarf an Gleichstrommotoren nicht decken. Fast alle Elektromotoren (nach DDR-Angaben 200 Mio.) haben einen relativ schlechten energetischen Wirkungsgrad. Sie sollen durch den Einbau elektronischer Vorschaltwiderstände umgebaut werden, da sie noch lange im Einsatz bleiben müssen. Sicherlich die zweitbeste Lösung.

Bei den numerisch gesteuerten Werkzeugmaschinen sieht es ähnlich aus. 5000 wurden bisher produziert, aber nur 2000 sind in der DDR im Einsatz. Bis 1985 wird die DDR u.a. für 1,2 Mrd. Rubel automatische Telefonzentralen und elektronische Rechentechnik und EDV-Anlagen an die Sowjetunion zu liefern haben, Produkte, die selber dringend benötigt werden, um ein modernes Kommunikationssystem aufzubauen. Zudem tritt ein weiteres Problem auf. Gerade auf dem Gebiet der Elektrotechnik läßt sich nur noch schwer mit rückständiger Technik auf westlichen Märkten Devisenträchtiges absetzen, auf dem Sektor der Unterhaltungselektronik, bei Farbfernsehgeräten z.B. erreicht die DDR-Firma nach eigenen Angaben lediglich 20–40% der Produktionskapazität vergleichbarer westlicher Unternehmen. Es wird also die Sowjetunion letzten Endes doch der Hauptabnehmer bleiben. „Anteilig von unseren Wettbewerbsverpflichtungen haben wir zusätzlich zum Plan per 31.11.1981 die Arbeitsproduktivität über drei Prozent gesteigert. Damit erzielten wir 5,8 zusätzliche Tagesproduktionen, darunter:

– für 0,9 Mio. Mark zusätzliche Fertigerzeugnisse für die Bevölkerung,
– für 32,5 Mio. Mark zusätzlicher Export in die Sowjetunion", schreibt das Kollektiv (Generaldirektor, Parteisekretär etc.) an E. Honecker (ND, 8.12.1981). Im selben Schreiben findet man, daß die produzierten Roboter im Kombinat selber zum Einsatz kommen, was das Problem zeigt, aus einer Elektroindustrie, die in vielen Bereichen rückschrittlich ist, den Fortschritt in der ganzen Industrie einzuleiten.



Lohnsenkung – Ausbau der „solidarischen Lohnpolitik“

Schwedische Gewerkschaftspolitik

Von coi, Stockholm

Seit Mitte der 50er Jahre werden in Schweden die tariflichen Arbeitslöhne zentral zwischen der Gewerkschaft LO und dem Kapitalistenverband SAF festgelegt. LOs Ziel war anfangs, mittels der „ ‚solidarischen Lohnpolitik‘ vor allem den Ausgleich zwischen den Löhnen in den verschiedenen Wirtschafts- und Industriezweigen“ zu erreichen, die Lohnhöhe sollte nicht mehr vom Konjunkturverlauf bzw. der Produktivität in den verschiedenen Branchen abhängig sein. Aber ein nicht minder wichtiges Argument war gesamtwirtschaftlicher Art. Durch ein stark zentralisiertes Lohnabkommen sollten die Belegschaften besonders expansiver Unternehmen und Branchen zu einer relativen Lohnmäßigung und damit Stützung der internationalen Konkurrenzkraft beitragen. Umgekehrt wurden die unterdurchschnittlich produktiven Unternehmen und Branchen durch den relativ hohen Lohnabschluß von dieser Seite her unter Druck gesetzt, entweder ihre Produktivität zu erhöhen, was meist mit Kapitalkonzentration und -zentralisation einherging, oder in den Konkurs zu gehen.

Die Angleichung der Löhne wurde bis 1963 vor allem dadurch angestrebt, daß die Prozentforderungen mit Mindestforderungen in Festgeld abgestützt wurden. Neben der branchenmäßigen Anpassung war die Anhebung der Frauenlöhne vorrangiges Ziel. Anfangs erzwang LO besondere Zuschläge für die Arbeiterinnen, um dann schließlich 1960 mit SAF die Beseitigung der Frauenlohngruppen zu vereinbaren. In der Industrie ist der durchschnittliche Lohn der weiblichen Arbeiter von 70,2% 1960 auf 91,5% 1970 des durchschnittlichen Lohnes der männlichen Arbeiter gestiegen. Nach 1964 richtete LO die Lohnabschlüsse auf die generelle Anhebung der unteren Löhne aus. Die Lohnabschlüsse bestehen seitdem aus einem zentralen Festgeldteil, der seit einigen Jahren wegen der hohen Preissteigerungsrate an eine Inflationsschutzklausel gekoppelt ist, die die Auszahlung eines weiteren Festgeldbestandteils zur Folge hat, wenn die Inflation eine gewisse Höhe übersteigt, einem „Ausgleichstopf“ und seit 1966 einer Effektivlohnanpassungsgarantie.

Der „Ausgleichstopf“ ist so geregelt, daß die Kapitalisten einen vereinbarten Prozentsatz von den Differenzbeträgen zwischen einem Richtstundenlohn und den Stundenlöhnen, die den Richtwert unterschreiten, bezahlen. Während der Richtstundenlohn kontinuierlich von 96% des LO-Durchschnittslohnes von 1969 auf 140% 1980 erhöht wurde, sank der auszuzahlenden Prozentsatz von 25% 1971 auf 4,5% 1980. Von der anfänglichen sehr starken Anhebung der unteren Löhne wurde übergegangen zu einer abgeschwächten Angleichung aller Löhne. Die Effektivlohnanpassung garantiert allen Arbeitern 80% der Effektivlohnhöhe, die sich Teile der Arbeiterschaft in Form von lokalen Zuschlägen erkämpfen, oder die einfach Resultat intensiverer Arbeit der Akkordarbeiter ist. LO zufolge stand in der Industrie im Zeitraum 1967 – 1978 die Effektivlohndrift für 45% der gesamten Lohnerhöhung. Diese Effektivlohnanpassungsgarantie haben auch die Gewerkschaften der Angestellten und des öffentlichen Dienstes.

Die Wirkung der „solidarischen Lohnpolitik“ zeigt sich in einer relativ engen Lohnverteilung. Z.B. wurden 1961 in der metallverarbeitenden Industrie die 10% der Arbeiter mit den höchsten Löhnen doppelt so hoch entlohnt, wie die 10% am schlechtesten bezahlten Kollegen, 1979 betrug das Lohnverhältnis nur noch 1,4.

Bestimmend für die Höhe der Abschlüsse war bisher vereinbarungsgemäß die Entwicklung der Produktivität und der Preise der Industrie. Der öffentliche Dienst und die Landwirtschaft hatten sich nach dem Abschluß in der Industrie zu richten. Solange die schwedische Wirtschaft expandierte, konnten sich LO und FAS auf dieser Grundlage noch relativ leicht einigen. Jetzt ist jedoch, wie sich die Metallarbeitergewerkschaft vorsichtig ausdrückt, dieses System nur begrenzt anwendbar. Im Bericht vom Metallarbeiterkongreß wird die Reallohnentwicklung von 1970 bis 1979 mit plus 8% angegeben, kürzlich bezifferte LO den Reallohnverlust von 1976 bis Anfang 1981 mit 7,8%. Dies zeigt u.a. die relativ hohe Reallohnsteigerung bis Mitte der 70er Jahre.

Die Metallarbeitergewerkschaft geht davon aus, daß es z.Z. keine akzeptable Möglichkeit gibt, den Reallohn zu verbessern: „Von Arbeitergeberseite wird gesagt, die einzige Möglichkeit für Lohnerhöhungen ist die Kürzung der öffentlichen Ausgaben. Die selben Töne hört man auch von Regierungskreisen. Man ist darauf aus, Spielraum für Lohnerhöhungen dadurch zu schaffen, daß man von Familien mit Kindern und von den Rentnern nimmt. Lohnerhöhungen unter solchen Bedingungen können wir nicht akzeptieren.“ Voraussetzung für eine Lohnsteigerung sei industrielle Expansion. „Wir müssen also auf einen Teil der Lohnerhöhung verzichten zugunsten erhöhter Investitionen vor allem in der Industrie. Dazu sind wir bereit, aber wir fordern dafür Einfluß über die Investitionsbeschlüsse der Unternehmen. Dies können wir durch Lohnempfängerfonds in kollektivem Eigentum erreichen.“

In der Argumentation für die Lohnempfängerfonds (siehe auch KVZ 43/81) begründen LO und die sozialdemokratische Partei die Notwendigkeit der Lohnzurückhaltung, was konkret reale Senkung der Lohnsumme bedeutet, u.a. mit dem Mangel an flüssigem Kapital. SAF entgegnet darauf kurz, das Problem sei gar nicht die Kapitalbeschaffung, sondern vielmehr der Mangel an lohnenden Investitionsmöglichkeiten. Die Behauptung der Sozialdemokratie, es herrsche Kapitalmangel, wirkt vorgeschoben, um der Kapitalistenklasse bei der Schaffung lohnender Investitionsbedingungen ein Stück entgegenzukommen. Das ist wohl als Preis gedacht für ihre Zustimmung zu den Fonds, die bei entsprechender demokratischer Gestaltung tatsächlich ein weiterer Schritt der Vergesellschaftung der Produktionsmittel wären, allerdings ohne das kapitalistische Eigentum generell anzutasten. LO weist zurecht darauf hin, daß es die Lohnabhängigen sind, die ein unmittelbares Interesse am Ausbau des Produktionsapparates haben, von dem ihre materielle Existenz abhängt, während die privaten Kapitaleigner auf schnellen Schnitt aus sind, unabhängig auf welche Weise (Spekulation) und wo (Kapitalexport) er zustande kommt.

Ausgehend von einer real schrumpfenden Lohnsumme kommt Metall zum Schluß, daß „sehr hohe Anforderungen zu stellen sind an eine solidarische Verteilung der Lohnerhöhung“. „Die Industriearbeiter in Schweden haben während der 70er Jahre eine geringere Standarderhöhung gehabt als die Angestellten. Deshalb muß ein größerer Teil dieses begrenzten Lohnspielraums den Arbeitern zufallen statt anderen Gruppen.“ Hier baut Metall einen Gegensatz zwischen den Angestellten und den Arbeitern auf. Und man ist wenig verwundert, daß der Fonds-Vorschlag vom Kongreß der Zentralorganisation der Angestelltengewerkschaften, die über eine Million Angestellte organisieren, abgelehnt worden ist.

Zur Erreichung der solidarischen Verteilung schlagen LO und Metall u.a. vor: Einführung eines für den gesamten Arbeitsmarkt gültigen Mindestlohnes, der die niedrigen tariflichen Mindestlöhne einiger Branchen übersteigen müßte, die Abkoppelung der Effektivlohndrift der Akkordarbeiter von der Berechnung der Effektivlohnanpassungsgarantie der übrigen Lohnabhängigen, eine begrenzte Einführung von Alters-, Betriebszugehörigkeits-, und Qualifikationszulagen im Tarifbereich der LO ähnlich dem Entlohnungssystem der Angestellten, die jedoch nicht als Effektivlohndrift erfaßt werden darf, und langfristig eine den ganzen schwedischen Arbeitsmarkt umfassende Lohnskala, die mit der relativen Unterbezahlung der Industriearbeiter Schluß machen soll. Der letztere Vorschlag ist nicht ganz so neu, und im Bereich der metallverarbeitenden Industrie läuft ein Versuchsprojekt, ein für Angestellte und Arbeiter einheitliches Arbeitsbewertungssystem zu entwickeln. Die Faktoren intellektuelle Anstrengung, Verantwortung, Zusammenarbeit, Monotonie, körperliche Anstrengung, äußere Arbeitsbedingungen und Qualifikation gehen in die Bewertung jedes Arbeitsplatzes ein. Nach einer vorläufigen Skala würde zum Beispiel eine Sekretärin und eine Arbeiterin an der Exzenterpresse oder ein Meister und ein Reisemonteur gleich entlohnt. Ob und wann dieses Versuchsprojekt zu Ende geführt wird, ist ungewiß, da die Gewerkschaft der Industrieangestellten sich zurückgezogen hat.

Italienische Metallgewerkschaft diskutiert Tarifforderungen

mah. In der FLM (vereinigte italienische Metallarbeitergewerkschaft) wird gegenwärtig über die Forderungen für den anstehenden nationalen Tarifvertrag diskutiert. Einigkeit besteht darüber, daß die Lohnerhöhungen im Rahmen der von der Regierung angestrebten Senkung der Inflationsrate auf 16% bleiben sollten; das würde für 1982 einer tarifvertraglichen Erhöhung von ca. 4% entsprechen, da 12% über den automatischen Inflationsausgleich erreicht würden. Keine Einigkeit gibt es indessen über die Arbeitszeitverkürzung: Während die christlich-demokratische Strömung auf die tarifvertragliche Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bis 1985 pocht (wie in den europäischen Gewerkschaftsförderationen beschlossen), schlagen die kommunistisch-sozialistische und sozialistisch-sozialdemokratische Strömung eine Senkung auf 38 Stunden bis 1983 plus Eingruppierungsverbesserungen vor, z.B. Einführung einer Lohngruppe 8 (die jetzt höchste Lohngruppe ist die 7.). Bemerkenswert ist auf jeden Fall, daß die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung – im Unterschied zu der IG Metall, die in diesem Jahr den einzigen Schwerpunkt auf Sicherung des Reallohns legen will – von der ita-

Metalltarifkampf:

Für eine Lohnsenkung setzen sie sich alle ein

mußten. Es besteht kein Grund, für 1982 eine andere Entwicklung zu erwarten ...“ (51/81)

Kirchner für kurze Metall-Tarifrunde

Kirchner, Hauptgeschäftsführer des Verbandes Gesamtmetall bekundete Interesse an einem schnellen Abschluß,

Gewerkschaften bewußt seien, wie gering der Spielraum in der Tarifpolitik geworden ist. Schließlich sei die Metallindustrie aus der letzten Stufe des 6-Wochen-Urlaubs noch mit 0,3% für 1982 vorbelastet. (aus Presseerklärung Gesamtmetall)

Industrie NRW-Anzeige:

gung der Frauenlohngruppen zu vereinbaren. In der Industrie ist der durchschnittliche Lohn der weiblichen Arbeiter von 70,2% 1960 auf 91,5% 1970 des durchschnittlichen Lohnes der männlichen Arbeiter gestiegen. Nach 1964 richtete LO die Lohnabschlüsse auf die generelle Anhebung der unteren Löhne aus. Die Lohnabschlüsse bestehen seitdem aus einem zentralen Festgeldteil, der seit einigen Jahren wegen der hohen Preissteigerungsrate an eine Inflationsschutzklausel gekoppelt ist, die die Auszahlung eines weiteren Festgeldbestandteils zur Folge hat, wenn die Inflation eine gewisse Höhe übersteigt, einem „Ausgleichstopf“ und seit 1966 einer Effektivlohnanpassungsgarantie.

Der „Ausgleichstopf“ ist so geregelt, daß die Kapitalisten einen vereinbarten Prozentsatz von den Differenzbeträgen zwischen einem Richtstundenlohn und den Stundenlöhnen, die den Richtwert unterschreiten, bezah-

abgeschwächten Angleichung aller Löhne. Die Effektivlohnanpassung garantiert allen Arbeitern 80% der Effektivlohnhöhe, die sich Teile der Arbeiterschaft in Form von lokalen Zuschlägen erkämpfen, oder die einfach Resultat intensiverer Arbeit der Akkordarbeiter ist. LO zufolge stand in der Industrie im Zeitraum 1967 – 1978 die Effektivlohndrift für 45% der gesamten Lohnerhöhung. Diese Effektivlohnanpassungsgarantie haben auch die Gewerkschaften der Angestellten und des öffentlichen Dienstes.

Die Wirkung der „solidarischen Lohnpolitik“ zeigt sich in einer relativ engen Lohnverteilung. Z.B. wurden 1961 in der metallverarbeitenden Industrie die 10% der Arbeiter mit den höchsten Löhnen doppelt so hoch entlohnt, wie die 10% am schlechtesten bezahlten Kollegen, 1979 betrug das Lohnverhältnis nur noch 1,4.

Bestimmend für die Höhe der Abschlüsse war bisher vereinbarungsge-

Jetzt ist jedoch, wie sich die Metallarbeitergewerkschaft vorsichtig ausdrückt, dieses System nur begrenzt anwendbar. Im Bericht vom Metallarbeiterkongreß wird die Reallohnentwicklung von 1970 bis 1979 mit plus 8% angegeben, kürzlich bezifferte LO den Reallohnverlust von 1976 bis Anfang 1981 mit 7,8%. Dies zeigt u.a. die relativ hohe Reallohnsteigerung bis Mitte der 70er Jahre.

Die Metallarbeitergewerkschaft geht davon aus, daß es z.Z. keine akzeptable Möglichkeit gibt, den Reallohn zu verbessern: „Von Arbeitergeberseite wird gesagt, die einzige Möglichkeit für Lohnerhöhungen ist die Kürzung der öffentlichen Ausgaben. Die selben Töne hört man auch von Regierungskreisen. Man ist darauf aus, Spielraum für Lohnerhöhungen dadurch zu schaffen, daß man von Familien mit Kindern und von den Rentnern nimmt. Lohnerhöhungen unter solchen Bedingungen können wir nicht akzeptie-

rend die privaten Kapitaleigner auf schnellen Schnitt aus sind, unabhängig auf welche Weise (Spekulation) und wo (Kapitalexport) er zustande kommt.

Ausgehend von einer real schrumpfenden Lohnsumme kommt Metall zum Schluß, daß „sehr hohe Anforderungen zu stellen sind an eine solidarische Verteilung der Lohnerhöhung“. „Die Industriearbeiter in Schweden haben während der 70er Jahre eine geringere Standarderhöhung gehabt als die Angestellten. Deshalb muß ein größerer Teil dieses begrenzten Lohnspielraums den Arbeitern zufallen statt anderen Gruppen.“ Hier baut Metall einen Gegensatz zwischen den Angestellten und den Arbeitern auf. Und man ist wenig verwundert, daß der Fonds-Vorschlag vom Kongreß der Zentralorganisation der Angestelltengewerkschaften, die über eine Million Angestellte organisieren, abgelehnt worden ist.

sich zurückgezogen hat.

Italienische Metallgewerkschaft diskutiert Tarifforderungen

mah. In der FLM (vereinigte italienische Metallarbeitergewerkschaft) wird gegenwärtig über die Forderungen für den anstehenden nationalen Tarifvertrag diskutiert. Einigkeit besteht darüber, daß die Lohnerhöhungen im Rahmen der von der Regierung angestrebten Senkung der Inflationsrate auf 16% bleiben sollten; das würde für 1982 einer tarifvertraglichen Erhöhung von ca. 4% entsprechen, da 12% über den automatischen Inflationsausgleich erreicht würden. Keine Einigkeit gibt es indessen über die Arbeitszeitverkürzung: Während die christlich-demokratische Strömung auf die tarifvertragliche Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bis 1985 pocht (wie in den europäischen Gewerkschaftsförderationen beschlossen), schlagen die kommunistisch-sozialistische und sozialistisch-sozialdemokratische Strömung eine Senkung auf 38 Stunden bis 1983 plus Eingruppierungsverbesserungen vor, z.B. Einführung einer Lohngruppe 8 (die jetzt höchste Lohngruppe ist die 7.). Bemerkenswert ist auf jeden Fall, daß die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung – im Unterschied zu der IG Metall, die in diesem Jahr den einzigen Schwerpunkt auf Sicherung des Reallohns legen will – von der ita-
lienischen Metallarbeitergewerkschaft nicht fallen gelassen wird.

Metalltarifkampf:

Für eine Lohnsenkung setzen sie sich alle ein

Stimmen von Lambsdorff, Kapitalisten, Banken und Instituten im Vorfeld des Tarifkampfes

Lambsdorffs „Unternehmermahnung“

Lambsdorff erinnert auf dem „Aachener Unternehmertag 1981“ daran, daß „durch taktische Disziplinlosigkeiten in der vorangegangenen Einkommensrunde Löhne bewilligt worden seien, die dann für den Ertragseinbruch in der ganzen Volkswirtschaft mit verantwortlich seien ... Wenn jetzt in vielen Bereichen Verluste gemacht werden und daher die Mittel für Investitionen fehlen, so haben sich die Unternehmer das zu einem guten Teil selbst zuzuschreiben ... Sie wußten vorher, daß man nicht darauf hoffen kann, daß die Wirtschaftspolitik die tarifpolitischen Fehler durch inflationäre Politik alimentiert.“ (Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, 5.12.)

Stihl: IG-Metall-Forderung einigermaßen vernünftig

Der Vorsitzende der baden-württembergischen Metallindustrie bezeichnete im Deutschlandfunk am 3.12. die Lohnforderung der IGM als vergleichsweise realistisch. „Das Verlangen nach 7,5% mehr Lohn bei einer Inflationsrate von gegenwärtig 6,7% nimmt sich einigermaßen vernünftig aus.“ Gleichzeitig kündigte er „massiven Widerstand“ gegen den Festbetrag von 100 DM an, weil der Festbetrag insbesondere in den unteren Lohngruppen „durchschlage“ und zu verstärkter Arbeitslosigkeit führe. Der Festbetrag wirke auch „nivellierend“ und baue den Unterschied zwischen Facharbeiterlöhnen und den unteren Lohngruppen ab.

Deutsche Bank-Sprecher: Auf Reallohnsicherung verzichten

Am 9.12. erklärte er: In einer Lage wie der heutigen ist selbst das so bescheiden klingende Ziel der „bloßen Reallohnsicherung“ für 1982 noch zu hoch gesteckt. (Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, 9.12.)

Wirtschaftwoche erwartet „Minus unter dem Strich“

„Die Metallergewerkschafter dürften sich nach Ende der Tarifrunde auf die Schultern klopfen, falls sie den Unternehmen einen Steigerungssatz abringen könnten, der mit 5,5% der vom Sachverständigenrat prognostizierten Preissteigerung für das kommende Jahr entspricht. Doch schon für dieses Jahr lag ihre Inflationserwartung zu niedrig. 1981 hatten sie einen Preisauftrieb von 4% vorausgesagt. Doch die Preise kletterten um durchschnittlich 6,5%, so daß die deutschen Arbeitnehmer erstmalig seit 30 Jahren Einkommensverluste von wenigstens 1,5% verkraften mußten. Es besteht kein Grund, für 1982 eine andere Entwicklung zu erwarten ...“ (51/81)

Kirchner für kurze Metall-Tarifrunde

Kirchner, Hauptgeschäftsführer des Verbandes Gesamtmetall bekundete Interesse an einem schnellen Abschluß, „aber nicht um jeden Preis“. Beide Seiten forderte Kirchner auf, „daß wir nicht chancenlos in eine finstere Zukunft oder unausweichlich auf einen Arbeitskampf zumarschieren“. Das Forderungsvolumen der IG Metall in Höhe von 7,5% nannte Kirchner „verantwortungslos“. (FAZ, 15.12.)

Gesamtmetall macht Front gegen Inflationsausgleich

Nach zweitätiger Klausurtagung am 15./16.12. zieht Präsident Thiele vom Leder: „Ein Inflationsausgleich kann und darf nicht Ziel der Lohnrunde 1982 sein. Es dürfen nicht weitere Hunderttausende durch einen Verlust von Arbeitsplatz und Einkommen ihre soziale Sicherheit einbüßen. Eine Fortsetzung der Lohnpolitik von 1981 würde das Risiko für die Wettbewerbsfähigkeit und Investitionskraft der Metallindustrie dramatisch erhöhen ... Eine vernünftige Lohnpolitik ist das beste Beschäftigungsprogramm.“ „Die Forderungen sind unvernünftig hoch und lassen die notwendige Einsicht in die schwierige wirtschaftliche Lage vermissen. Sockelbeträge erhöhen zusätzlich den Rationalisierungsdruck für einfache Arbeiten und gefährden vor allem die Beschäftigung ungelernter Arbeitnehmer. Vier von fünf Arbeitsplätzen, die 1981 in der Metallindustrie durch zu hohe Kosten und schlechte Konjunktur venichtet wurden, gaben bis dahin Ungelernten und Angelernten Arbeit.“ – Den Verzicht der IGM auf die Forderung nach einer „Tarifrente“ wertete Thiele als ein Hinweis dafür, daß sich auch die Gewerkschaften bewußt seien, wie gering der Spielraum in der Tarifpolitik geworden ist. Schließlich sei die Metallindustrie aus der letzten Stufe des 6-Wochen-Urlaubs noch mit 0,3% für 1982 vorbelastet. (aus Presseerklärung Gesamtmetall)

Industrie NRW-Anzeige: „Die Gretchenfrage“

„Die wichtigste Frage für die Tarifpolitik '82 heißt: Wenn wir Wachstum und Beschäftigung wieder ankurbeln wollen (und wer wollte das nicht?), dann geht das nur mit einer Lohnpolitik, die sich deutlich bescheidenere Ziele setzt als bisher ... Der Versuch, die Reallöhne um jeden Preis zu sichern, geht auf Kosten derer, die ihren Arbeitsplatz verlieren oder keinen neuen finden.“

Kieler Institut für Weltwirtschaft für Lohnkürzungen in Problem-Branchen

Das Institut fordert in seinem Konjunkturbericht, es „müsse der Reallohnanstieg über mehrere Jahre hinter dem verteilbaren Produktivitätsfortschritt zurückbleiben. In der Lohnrunde 1982 sollte als erster Schritt eine Pause für Nominallohnerhöhungen vereinbart werden. Um die strukturelle Arbeitslosigkeit zu vermindern, spricht sich das Institut für eine stärkere Lohndifferenzierung aus, die die Qualifikationsstruktur der Arbeitnehmer stärker berücksichtige. Auch sollte zugelassen werden, daß sich die Tarifabschlüsse in einzelnen Branchen deutlich unterscheiden. In den Problembereichen wie z.B. in der Stahlindustrie wäre es, um Staatshilfen und willkürliche Preiserhöhungen zu vermeiden, durchaus erwägenswert, Lohnkürzungen zu vereinbaren. Die Lohnzurückhaltung sollte dadurch honoriert werden, daß die Arbeitnehmer am künftigen Gewinn beteiligt werden. (nach FAZ, 17.12.)

Gegendarstellung

In der Ausgabe der „Kommunistischen Volkszeitung“ vom 4. Dezember 1981 wurde auf der Seite 13 ein „Aufruf“ zu humanitärer Hilfe in Polen veröffentlicht. Im Anschluß an diesen Aufruf wird behauptet, ich sei „Erstunterzeichner“ dieses Aufrufs. Diese Behauptung ist unwahr. Richtig ist, daß ich diesen Aufruf weder erst- noch überhaupt unterzeichnet habe. Frankfurt, den 16.12.1981

Michael Roser

In der Ausgabe der „Kommunistischen Volkszeitung“ vom 4. Dezember 1981 wurde auf der Seite 13 ein „Aufruf“ zu humanitärer Hilfe in Polen veröffentlicht. Im Anschluß an diesen Aufruf wird behauptet, ich sei „Erstunterzeichner“ dieses Aufrufs. Diese Behauptung ist unwahr. Richtig ist, daß ich diesen Aufruf weder erst- noch überhaupt unterzeichnet habe. Frankfurt, den 16.12.1981

Bernhard Becker

Die von Frau Dr. Gräf initiierte Spendenaktion hat bis jetzt im Gegenwert von 5 Mio. DM Medikamente, Babynahrung u.a. dringenden Bedarf an polnische Krankenhäuser geschickt, wie Frau Dr. Gräf auf einer Solidaritäts-Veranstaltung des DGB-Kreises Frankfurt am 17.12. bekanntgab. Sie will nach dem Putsch ihre Aktion evtl. in Zusammenarbeit mit UNICEF, dem UNO-Kinderhilfswerk, weiterführen.

Ausschlüsse bei HDW würden eine prekäre Lage für die IGM schaffen

Mehrheitlich gewählten Betriebsräten droht Ausschluß und Funktionsverbot

edd.Hamburg. Die Ortsverwaltung der IG Metall Hamburg hatte Ende November beschlossen, gegen die Betriebsräte der Liste „Aktive Metaller“ 6 Auschlüsse und 31 Funktionsverbote zu beantragen. Ausgeschlossen werden sollen die freigestellten HDW-Betriebsräte und die ehemaligen Mitglieder der Vertrauensleutekörperleitung der IGM. 31 Betriebsräte und Kandidaten auf der Liste sollen Funktionsverbot für 2 Jahre erhalten.

Vorrausgegangen war diesem Antrag eine Auseinandersetzung um die Gewerkschaftspolitik auf der Hamburger Großwerft Howaldtwerke Deutsche Werft AG (HDW). Jahrelang hatten die alten Betriebsräte und der Vorsitzende des Vertrauensleutekörpers um Peters und Kock eine Linie der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung der HDW praktiziert. Peters, selbst im Aufsichtsrat, erklärte, er könne dem Betriebsrat keine dort erhaltenen Informationen zur Verfügung stellen. Bei wichtigen Maßnahmen der Rationalisierung wie der Einführung eines Programmlohns stellte sich der alte HDW-Betriebsrat nicht konsequent auf die Seite des IGM-Vertrauensleutekörpers, der sich gegen die Einführung des Programmlohns aussprach, sondern auf die Seite der Geschäftsführung.

Auch die Informationspolitik des Betriebsrates über seine Sitzung mußte erst von den Kollegen um den Vertrauensmann und Mitglied der VK-Leitung Holger Mahler angeleiert werden. Unregelmäßig kam damals seit 1979 ein BR-Info heraus.

Um diesem Zustand abzuhelfen, daß ein Betriebsrat keine IG Metall-Politik macht, erklärte Mahler, habe man versucht, im Vertrauensleutekörper eine Vorwahl unter den Kollegen bei der Betriebsratswahl 1980 durchzusetzen. Diese sollte dann vom Vertrauensleutekörper bestätigt werden, der ja gerade diese Meinung der Kollegen repräsentieren soll. Aber 1980 ging es wieder um das Gerangel um Pöstchen. Die Peters/Kock-Gruppe versuchte alles, um diese demokratische Vorwahl für die IGM-Liste zu verhindern. Auch die IGM-Ortsverwaltung stellte sich durch ihren 1. Bevollmächtigten, Johannes Müllner, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Metall, auf die Seite der Peters/Kock-Gruppe. So wurde in einer Kampfabstimmung im VK nach allerlei Tricks die Vorwahl abgelehnt. Gerade das letzte Wort von Müllner und seine Autorität als 1. Bevollmächtigter, die er für die Peters/Kock-Gruppe in die Waagschale warf, waren ausschlaggebend für diese Abstimmung.

Doch die Betriebsratswahl 1980 sollte zeigen, daß die IG Metall-Ortsverwaltung die Situation auf der HDW falsch eingeschätzt hatte. Es waren nicht nur eine relevante Gruppe von IG Metall-Funktionären, die den Kurs von Peters/Kock nicht mittragen wollten, sondern der Großteil der Belegschaft. Nachdem die Vorwahl abgelehnt war, bildeten die Minderheit in der VK-Leitung und im VK eine eigene Liste, die Liste „Aktive Metaller“. Gleichzeitig wurde der Antrag gestellt, diese Liste als zweite offizielle IGM-Liste zuzulassen, um der Belegschaft eine Möglichkeit zur Wahl tatsächlich zu geben. Dies wurde wiederum durch die Ortsverwaltung abgelehnt. Bei der Wahl erhielt diese Liste die absolute Mehrheit der Stimmen.

Was von ihrer Losung „Wir sichern Arbeitsplätze“ zu halten war, mit der die offizielle IGM-Liste der Peters/Kock-Gruppe in den Wahlkampf gezogen waren, zeigte sich nach ihrer Niederlage. Auf der letzten Sitzung in der Zusammensetzung des alten Betriebsrats wurde beschlossen, daß Peters Sachbearbeiter beim HDW-Vorstand, Kock Sachbearbeiter für Gewerkschaftsfragen beim HDW-Vorstand wurde. Außerdem wurden noch einige andere Posten für ehemals freigestellte Betriebsräte vom HDW-Vorstand verteilt. Seit dem Tag gibt es etwas, wovon in anderen Betrieben die Gewerkschaften nur träumen dürfen: Ein offizielles IG-Metall-Werftbüro HDW, im Turm wo auch der Betriebsrat sitzt, direkt nebenan.

Die Arbeit des neuen HDW-Betriebsrates wurde durch die ehemaligen Betriebsräte erheblich sabotiert. Zuerst wurde nach §11.6. der Satzung der IG Metall ein Ausschlußantrag gegen die gesamte Liste gestellt. Weiterhin lehnte es die offizielle IGM-Liste z.B. ab, die Mustergeschäftsordnung für Betriebsräte der IG Metall zu billigen, in der es heißt: „... Der Betriebsrat erfüllt seine Aufgaben in enger Verbindung und Zusammenarbeit mit der IG Metall!“ Alle Betriebsratsmitglieder der IGM-Liste weigerten sich, freigestellte Betriebsratsmitglieder zu stellen. So bilden den Betriebsratsvorsitz und freigestellten Betriebsratsausschuß allein die Gruppe um Holger Mahler. Ihr wird jedoch von der Ortsverwaltung der IGM-Rechtsbeistand für den Betriebsrat verwehrt.

Dies alles, obwohl auf der HDW der Belegschaft schwere Zeiten bevorstehen. Das Werk Reiherstieg soll geschlossen werden, die Fusion mit Blohm & Voss steht immer noch im Raum, was eine Stillegung der gesamten Werft mit 5000 Arbeitsplätzen bedeuten würde. Über einen Interessenausgleich versucht die Geschäftsleitung, weiter zu rationalisieren und z.B. bestimmte Formen von Prämienlohn einzuführen, nachdem der Programmlohn so einfach nicht durchzusetzen war, was u.a. Verdienst der Mahler-Gruppe war.

Die offizielle IGM-Liste ging in Zusammenarbeit mit der Ortsverwaltung den falschen Weg, Differenzen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, um die richtige Linie des Kampfes mittels innerorganisatorischen Zwangsmitteln auszutragen. Dagegen protestierte auch die große Funktionärsversammlung der Hamburger IG Metall und forderte die Ortsverwaltung auf, einen Weg zu suchen, der die Gewerkschaftseinheit nicht nur auf der HDW, sondern auch in der gesamten Hamburger IG Metall nicht gefährdet. Über die Ausschlüsse konnte, da die Stellungnahme der Ortsverwaltung nicht vorlag, auf der November Vertreterversammlung nicht abgestimmt werden. Eine „Meinungsumfrage“ ergab ein gespaltenes Bild von ca. 50 zu 50 gegen bzw. für Ausschluß.

Hier wird das Problem deutlich: Formal ist es zwar richtig, daß die Liste „Aktive Metaller“ gegen die Liste der IGM kandidiert hat. Aber: Sie wurde nicht nur dazu *gezwungen*, sondern tat dies auch auf grundsätzlichen Positionen der IG Metall, die sich klar und scharf gegen eine Politik der „Fürstentümer“ und gegen Sozialpartnerschaft mit den HDW-Kapitalisten wendet. Das Problem mittels Ausschlüssen lösen zu wollen, zwingt die IG Metall-Ortsverwaltung, die Politik des alten Betriebsrats, die in jedem Fall gegen die IG Metall und gegen die Belegschaft gerichtet war, nachträglich zu sanktionieren.

Dieses Problem sehen auch große Teil der Hamburger IG Metall so, was sich in Solidaritätsadressen an den HDW-Betriebsrat wichtiger IGM-Vertrauensleutekörper, z.B. dem von AEG u.a., ausdrückte.

Auch die Landesvertreterversammlung der Hamburger GEW verabschiedete eine Protestresolution gegen die Gewerkschaftsausschlüsse der HDW-Betriebsräte. Dies droht jetzt zu einem Hauskrach im DGB-Kreisvorstand zu werden.

Der Untersuchungsausschuß, den die IGM-Ortsverwaltung laut Satzung, einberufen mußte, unter Vorsitz des als Kommunistenfressers schon aus den 60er Jahren bekannten Bevollmächtigten der Verwaltungstelle Bergedorf, Nack, empfahl mit 3 gegen 2 Stimmen 17 Ausschlüsse und 21 Funktionsverbote. Dies wurde, bevor überhaupt die Ausschußmitglieder das offizielle Protokoll erhalten hatten, bereits durch die Peters/Kock-Gruppe am nächsten Morgen als „IGM-informiert“ vor der HDW verteilt.

Daraufhin erklärten HDW-Betriebsräte in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Neue“, sie sähen jetzt auch keinen Grund mehr, nicht an die Öffentlichkeit zu gehen. Sie wollten „... Gewerkschaftspolitik machen, wie wir es an unseren Bundesschulen gelernt haben“ als Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit.

Die Ortsverwaltung der IG Metall Hamburg hatte eine harte Diskussion über die Empfehlung ihrerseits zu den Ausschlüssen. Obwohl die Bevollmächtigten Müllner und Engelmann für die Peters/Kock-Gruppe Partei ergriffen, konnte kein *klares Votum* für Ausschlüsse entsprechend dem Vorschlag der Untersuchungskommission, erzielt werden. Wie innerhalb der IG Metall Hamburg schnell bekannt wurde, stimmten Vertreter wichtiger Großbetriebe in der Ortsverwaltung gegen den Ausschluß, z.B. MAN, Siemens, AEG sowie die IGM-Frauen und die IGM-Jugend. Der Ausschlußantrag, inzwischen auf 6 Betroffene reduziert, konnte so nur mit 9:5 verabschiedet werden.

Dieser Antrag (6 Ausschlüsse und 31mal Funktionsverbot für 2 Jahre) wurde dem IGM-Hauptvorstand in Frankfurt zu Beratung und Beschlußfassung übersandt.

Der Betriebsratsausschuß von HDW hat bereits erklärt, er werden weiter IG Metall-Politik im Betrieb machen. Außerdem würden er jedes Mittel nutzen, um Mitglied der Gewerkschaft zu bleiben, um so „Gegemacht gegen Unternehmermacht“ organisieren zu können. Sie können sich der großen Unterstützung der Belegschaft bei der HDW, aber auch großer Teile der IGM-Vertrauensleute in Hamburg sicher sein. Eine Unterschriftensammlung gegen die Ausschlüsse bei HDW brachte innerhalb von zwei Tagen mehr Unterschriften als die absolute Mehrheit, die sie bei der Betriebsratswahl erreichen konnten. Auch auf der letzten großen Funktionärsversammlung der IGM unterschrieb ein Großteil der Vertrauensleute die Aufforderung an den Hauptvorstand, keine Ausschlüsse und Funktionsverbote zu beschließen.

Der Hauptvorstand muß in den nächsten Wochen über den Ausschluß entscheiden. Einen Fall wie diesen, daß die gewählte Mehrheit eines Betriebsrates ausgeschlossen, bzw. Funktionsverbot erteilt bekommen soll, hat es noch nicht gegeben in den letzten Jahren. Hier wird die Problematik deutlich, wie unter dem Vorwand der *Einheit* der Gewerkschaft in Wahrheit eine verheerende Spaltung nicht nur bei der HDW, sondern in der IG Metall Hamburg eintreten könnte. An diesem Punkt erweist sich die Ausschlußpolitik vollends als Pleite und Gefahr für die Gewerkschaften.

Fusion Bremer Großwerften heißt Entlassungen

Bremer Vulkan pleite / Fregatten-Finanzspritze des Bundes

ped.Bremen. Der Bremer Vulkan, Generalunternehmer des Fregattenbauprogramms der Bundesmarine, ist pleite. Im Juni hieß es, 400 Mio. DM würden vom Bund wegen „Mehrkosten“ des Fregattenbaus gefordert. 63 Mio. DM echte Mehrkosten hat der Bund

tien noch weit überstieg. Jetzt liegt der Kurs bereits unter dem Nennwert. Mit der Pleite ist aber auch die Ablieferung und Fertigstellung des Fregattenprogramms gefährdet. Ergo machte die Bundesregierung vorletzte Woche insgesamt 195 Mio. DM zusätzlich locker.

worden – der Bremer Vulkan wird der Schiffbauplatz, die AG Weser wird die Reparaturschmiede. Genau daran, wie an den Finanzspritzen geht das Gerede vom Schuldigen „Miß-Management“ des Vulkans vorbei.

Während Anfang der 70er Jahre bei-

werft.“ (Vgl. auch „AG Weser-Arbeiter berichten“ in KVZ Nr. 44) Zu dieser Zahl muß man fast noch einmal die gleiche Anzahl hinzuziehen, die nämlich in der Zulieferindustrie von der Fusion und Produktionseinschränkung betroffen sein werden.

Zurück zur Bremer SPD: „Für betriebswirtschaftliche Fehlentscheidungen müßten in erster Linie die privaten Eigner haften. Hilfen und öffentliche Gelder müssen auch angemes-

halt umgeschichtet werden, damit investive Maßnahmen möglich werden können“, so Kanzler Schmidt auf dem Bremer SPD-Landesparteitag.

An die Ursachen der Strukturkrise im Schiffbau jedenfalls kommt die SPD nicht heran. Die Weltschiffbaukapazitäten haben sich unumkehrbar verschoben. Die Länder der Dritten Welt haben sich eigene Schiffbauindustrien aufgebaut und ihren Anteil am Weltschiffbau von 1956 mit 2,6% auf 18,0% 1980 erhöht, während der An-

erst von den Kollegen um den Vertrauensmann und Mitglied der VK-Leitung Holger Mahler angeleiert werden. Unregelmäßig kam damals seit 1979 ein BR-Info heraus.

Um diesem Zustand abzuhelfen, daß ein Betriebsrat keine IG Metall-Politik macht, erklärte Mahler, habe man versucht, im Vertrauensleutekörper eine Vorwahl unter den Kollegen bei der Betriebsratswahl 1980 durchzusetzen. Diese sollte dann vom Vertrauensleutekörper bestätigt werden, der ja gerade diese Meinung der Kollegen repräsentieren soll. Aber 1980 ging es wieder um das Gerangel um Pöstchen. Die Peters/Kock-Gruppe versuchte alles, um diese demokratische Vorwahl für die IGM-Liste zu verhindern. Auch die IGM-Ortsverwaltung stellte sich durch ihren 1. Bevollmächtigten, Johannes Müllner, Mitglied des Hauptvorstandes der IG Metall, auf die Seite der Peters/Kock-Gruppe. So wurde in einer Kampfabstimmung im VK nach allerlei Tricks die Vorwahl abgelehnt. Gerade

Dies wurde wiederum durch die Ortsverwaltung abgelehnt. Bei der Wahl erhielt diese Liste die absolute Mehrheit der Stimmen.

Was von ihrer Losung „Wir sichern Arbeitsplätze“ zu halten war, mit der die offizielle IGM-Liste der Peters/Kock-Gruppe in den Wahlkampf gezogen waren, zeigte sich nach ihrer Niederlage. Auf der letzten Sitzung in der Zusammensetzung des alten Betriebsrats wurde beschlossen, daß Peters Sachbearbeiter beim HDW-Vorstand, Kock Sachbearbeiter für Gewerkschaftsfragen beim HDW-Vorstand wurde. Außerdem wurden noch einige andere Posten für ehemals freigestellte Betriebsräte vom HDW-Vorstand verteilt. Seit dem Tag gibt es etwas, wovon in anderen Betrieben die Gewerkschaften nur träumen dürfen: Ein offizielles IG-Metall-Werftbüro HDW, im Turm wo auch der Betriebsrat sitzt, direkt nebenan.

Die Arbeit des neuen HDW-Betriebsrates wurde durch die ehemaligen

hen. Das Werk Reiherstieg soll geschlossen werden, die Fusion mit Blohm & Voss steht immer noch im Raum, was eine Stillegung der gesamten Werft mit 5000 Arbeitsplätzen bedeuten würde. Über einen Interessenausgleich versucht die Geschäftsleitung, weiter zu rationalisieren und z.B. bestimmte Formen von Prämienlohn einzuführen, nachdem der Programmlohn so einfach nicht durchzusetzen war, was u.a. Verdienst der Mahler-Gruppe war.

Die offizielle IGM-Liste ging in Zusammenarbeit mit der Ortsverwaltung den falschen Weg, Differenzen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, um die richtige Linie des Kampfes mittels innerorganisatorischen Zwangsmitteln auszutragen. Dagegen protestierte auch die große Funktionärsversammlung der Hamburger IG Metall und forderte die Ortsverwaltung auf, einen Weg zu suchen, der die Gewerkschaftseinheit nicht nur auf der HDW, sondern auch in der gesamten Hamburger

Hauskrach im DGB-Kreisvorstand zu werden.

Der Untersuchungsausschuß, den die IGM-Ortsverwaltung laut Satzung, einberufen mußte, unter Vorsitz des als Kommunistenfressers schon aus den 60er Jahren bekannten Bevollmächtigten der Verwaltungstelle Bergedorf, Nack, empfahl mit 3 gegen 2 Stimmen 17 Ausschlüsse und 21 Funktionsverbote. Dies wurde, bevor überhaupt die Ausschußmitglieder das offizielle Protokoll erhalten hatten, bereits durch die Peters/Kock-Gruppe am nächsten Morgen als „IGM-informiert“ vor der HDW verteilt.

Daraufhin erklärten HDW-Betriebsräte in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Neue“, sie sähen jetzt auch keinen Grund mehr, nicht an die Öffentlichkeit zu gehen. Sie wollten „... Gewerkschaftspolitik machen, wie wir es an unseren Bundesschulen gelernt haben“ als Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit.

Die Ortsverwaltung der IG Metall

brachte innerhalb von zwei Tagen mehr Unterschriften als die absolute Mehrheit, die sie bei der Betriebsratswahl erreichen konnten. Auch auf der letzten großen Funktionärsversammlung der IGM unterschrieb ein Großteil der Vertrauensleute die Aufforderung an den Hauptvorstand, keine Ausschlüsse und Funktionsverbote zu beschließen.

Der Hauptvorstand muß in den nächsten Wochen über den Ausschluß entscheiden. Einen Fall wie diesen, daß die gewählte Mehrheit eines Betriebsrates ausgeschlossen, bzw. Funktionsverbot erteilt bekommen soll, hat es noch nicht gegeben in den letzten Jahren. Hier wird die Problematik deutlich, wie unter dem Vorwand der Einheit der Gewerkschaft in Wahrheit eine verheerende Spaltung nicht nur bei der HDW, sondern in der IG Metall Hamburg eintreten könnte. An diesem Punkt erweist sich die Ausschlußpolitik vollends als Pleite und Gefahr für die Gewerkschaften.

Fusion Bremer Großwerften heißt Entlassungen

Bremer Vulkan pleite / Fregatten-Finanzspritze des Bundes

ped.Bremen. Der Bremer Vulkan, Generalunternehmer des Fregattenbauprogramms der Bundesmarine, ist pleite. Im Juni hieß es, 400 Mio. DM würden vom Bund wegen „Mehrkosten“ des Fregattenbaus gefordert. 63 Mio. DM echte Mehrkosten hat der Bund anerkannt, alles weitere als unzutreffend abgelehnt. Damit war die Pleite des Bremer Vulkans programmiert – aber die Finanzspritzen von Bund und Ländern genauso.

Das Vulkan-Management hatte mit dem preisgünstigsten Bauentwurf die Generalunternehmerschaft für den Fregattenbau erhalten. Mit der Generalunternehmerschaft hatte die Werft sich ein bis dahin von ihr noch nicht betretenes Gebiet, den Kriegsschiffbau, erschlossen und konnte und kann erwarten, in diesem Zweig neue Aufträge zu ergattern. Zum anderen wurden aufgrund der Generalunternehmerschaft eine Reihe von Investitionen getätigt, die die technische Ausstattung und Produktivität der Werft erhöhten, etwa ein in Westdeutschland einmaliges Hallendock. Investitionen, die keineswegs an den Kriegsschiffbau gebunden sind.

Nun hat es mit der Einstreichung der geforderten Mehrkosten nicht geklappt, da ja das Apel-Ministerium gerade auch bei dem Bau der MRCA-Tornados schwer an Mehrkostenforderungen der Industrie bluten mußte. Offenbar war der Vulkan auch zum Abschluß relativ schlechter Festpreisverträge gezwungen, um die Fregatten-Generalunternehmerschaft zu erhalten. Finanziell war damit die Pleite der Werft da. Großaktionär Baron Thyssen-Bornemisza hat sich bis dato inzwischen von seinen bisher gut 75%-Anteil am Aktienkapital des Vulkan rund 20 bis 25% entledigt – zu einer Zeit, als der Kurswert den Nennwert der Aktien noch weit überstieg. Jetzt liegt der Kurs bereits unter dem Nennwert. Mit der Pleite ist aber auch die Ablieferung und Fertigstellung des Fregattenprogramms gefährdet. Ergo machte die Bundesregierung vorletzte Woche insgesamt 195 Mio. DM zusätzlich locker, um „den Bund vor Schaden zu bewahren“ und die pünktliche Indienststellung der sechs neuen Fregatten zu gewährleisten. „Keineswegs als Sanierungshilfe für ein marodes Unternehmen“, heißt es. Was soll's – auf jeden Fall streicht der Vulkan im Verlauf der nächsten vier Jahre dieses Geld ein.

In einem zweiten Schritt wird das Land Bremen von den 78 Mio. DM Aktienkapital des Vulkan dem Baron Thyssen-Bornmisza als Hauptaktionär 20 Mio. DM an Aktien abkaufen. Aus dem Besitz des Vulkans sollen einige Grundstücke sowie das Verwaltungsgebäude verkauft werden. Das Land Bremen stellt weitere Bürgschaften in Aussicht. Ein Gutachten des Bremer Senats schätzt, daß die Werft für die Jahre 1982 und 1983 die Verluste durch Auflösung von Rücklagen ausgleichen kann. Des Senats liebstes und eigentliches Kind ist aber die Durchführung einer Fusion der beiden Bremer Großwerften Bremer Vulkan (4500 Beschäftigte), AG Weser (2200) zu einem rationellen Werftbetrieb. Für den Januar 1982 ist die Vorlage eines Gutachtens zur Fusion angekündigt und mittels der Landesbeteiligung und -bürgschaften soll diese dann durchgezogen werden, die bisher immer an den Vetos der Anteileigner gescheitert sei, so die Bremer SPD.

Nun sind die Fusionsabsichten bisher nie prinzipiell an den Anteilseignern (Krupp einerseits, Thyssen-Bornemisza andererseits) gescheitert, sondern immer konkret an der Frage, wer wen. Diese Frage ist aber im Verlauf der letzten 5 Jahre entschieden worden – der Bremer Vulkan wird der Schiffbauplatz, die AG Weser wird die Reparaturschmiede. Genau daran, wie an den Finanzspritzen geht das Gerede vom Schuldigen „Miß-Management“ des Vulkans vorbei.

Während Anfang der 70er Jahre beide Werften sich am Tankerbau goldene Nasen verdient haben, war es mit dem Zusammenbruch des Tankerbaus damit vorbei. Die AG Weser, die noch 1974/75 5054 Leute beschäftigte, war einseitig auf den Großschiffbau mit entsprechenden Stahlstärken ausgelegt, während der Vulkan daneben



über eine breite schiffbauliche Kapazität verfügte. Inzwischen ist die AG Weser auf einen Beschäftigtenstand von 2200 Mann gebracht und verfügt im Gegensatz zum Vulkan über die technisch schlechteren und unproduktiveren Schiffbaueinrichtungen, während der Vulkan auf weiter verbessertem hohem Niveau produziert. So weiß denn auch der Betriebsratsvorsitzende der AG Weser, Hans Ziegenfuß: „Eine Fusion kostet mindestens 2000 Arbeitsplätze und wir bleiben auf der Strecke, werden zur reinen Reparaturwerft.“ (Vgl. auch „AG Weser-Arbeiter berichten“ in KVZ Nr. 44) Zu dieser Zahl muß man fast noch einmal die gleiche Anzahl hinzuziehen, die nämlich in der Zulieferindustrie von der Fusion und Produktionseinschränkung betroffen sein werden.

Zurück zur Bremer SPD: „Für betriebswirtschaftliche Fehlentscheidungen müßten in erster Linie die privaten Eigner haften. Hilfen und öffentliche Gelder müssen auch angemessenen Einfluß auf die Betriebspolitik zur Konsequenz haben.“ So die SPD-AfA. Mit der Durchziehung der Fusion der beiden Großwerften wird die SPD „betriebspolitisch Einfluß nehmen“. Aber in welchem Sinne und zu welchem Zweck? Sie wird das vollenden, was nach kapitalistischem Gesichtspunkt unvermeidlich ist: Werftkapital muß vernichtet werden, um dem verbleibenden Werftkapital ein jedenfalls Profit abwerfendes Produzieren zu ermöglichen. Das tut sie, und zwei- bis viertausend Mann werden freigesetzt, bei einer Arbeitslosigkeit in Bremen, die Ende November bereits schon 8,4% gleich 23000 Leute umfaßte. Damit sie aber diesen Schritt überhaupt tun kann, wird sie vorher noch weitere erhebliche Eingriffe in die „konsumtiven“ Ausgaben des Landeshaushaltes durchziehen: „Es müssen eben noch mehr Mittel im Landeshaushalt umgeschichtet werden, damit investive Maßnahmen möglich werden können“, so Kanzler Schmidt auf dem Bremer SPD-Landesparteitag.

An die Ursachen der Strukturkrise im Schiffbau jedenfalls kommt die SPD nicht heran. Die Weltschiffbaukapazitäten haben sich unumkehrbar verschoben. Die Länder der Dritten Welt haben sich eigene Schiffbauindustrien aufgebaut und ihren Anteil am Weltschiffbau von 1956 mit 2,6% auf 18,0% 1980 erhöht, während der Anteil der BRD im gleichen Zeitraum von 17,3% auf 2,9% fiel. Sicher bleibt der Bau hochwertiger Spezialschiffe (Container, Gas- und Produktentanker) in den traditionellen westeuropäischen Schiffbauländern konzentriert, nur ist deren Anteil am Weltmarkt gering, und zugleich werfen sich alle westeuropäischen Länder in einem scharfen und ruinösen Konkurrenzkampf auf diesen Markt. So betragen inzwischen die staatlichen Subventionen der BRD 24%, gegenüber denen Frankreichs etwa mit 57 und Großbritanniens mit 48 Prozent. Ganz offensichtlich müssen andere Produktionen in den Küstenländern geschaffen werden und der Schiffbau eingeschränkt werden. bedarf an zusätzlichen Gebrauchsgütern ist genug da, wie es der Rückgang des realen privaten Verbrauchs, die Wohnungsnot oder etwa die Verseuchung der Nordsee zeigen. In diesen Bereichen würde ein mehr an Aufwendungen des gesellschaftlichen Produktionsvolumens zu einer größeren Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse führen. Die Produzenten sind in Gestalt der industriellen Reservearmee auch vorhanden. Nur zusammengebracht werden sie nicht. Die Logik der kapitalistischen Produktionsweise, ihr Zweck, die maximale Verwertung des Werts, macht sie immun von der Berücksichtigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse. „Englische Zustände“ prophezeite ein SPD-Delegierter für Bremen und die Küstenregion. Das wird stimmen, wenn man Kapital und Regierung gewähren läßt.

Die Betriebsgewerkschaft bei Nissan (Datsun)

Interview mit einem Arbeiter

wos. Am 14.12. berichtete die „Frankfurter Rundschau" über die Auseinandersetzung bei Nissan Diesel in Japan, wo Arbeiter von ihren Betriebsgewerkschaften unter Druck gesetzt wurden. Im folgenden Gespräch kommt einer, der in ähnlicher Weise in einer anderen Nissan-Fabrik betroffen ist, selbst zu Wort. Wie sieht die japanische Betriebsgewerkschaft konkret aus, die ja nicht einfach eine gelbe Gewerkschaft ist, und welche extreme Form hat sie im Falle des Autoriesen Nissan angenommen?

Wird man automatisch Mitglied in der Betriebsgewerkschaft, wenn man in diesem Betrieb anfängt, oder gibt es eine besondere Prozedur?

In japanischen Unternehmen besteht nun einmal die Betriebsgewerkschaft. Es handelt sich um eine „union shop"-Gewerkschaft. In Japan treten die Leute, die im April ihren Schulabschluß gemacht haben, gleich anschließend in die Firma ein. Bis zum Juli, also drei Monate lang, werden diese Neulinge noch nicht Gewerkschaftsmitglieder. Im Juli werden sie es dann. Und wenn z.B. irgendwo zwei Gewerkschaften im selben Betrieb existieren – in der Automobilindustrie gibt es das nicht, aber z.B. im Schiffsbau –, wird man Mitglied in der Gewerkschaft, die von dem betreffenden Unternehmen aufgezogen wurde.

Es wird eine Art mündliche Vorstellung durchgeführt. Jeder wird einzeln vom Gewerkschaftsfunktionär über die Hauptpunkte informiert. Uns bei Nissan wird z.B. erzählt, warum dort eine Gewerkschaft gebildet wurde, wie das Gewerkschaftsgesetz aussieht, wie hoch der Gewerkschaftsbeitrag ist und wie er eingezogen wird (er wird gleich vom Lohn durch das Lohnbüro abgezogen, also vom Unternehmen) usw. Jedenfalls muß der Neuling Gewerkschaftsmitglied werden, ansonsten wird er sofort entlassen. Deshalb werden alle Kollegen Mitglieder. Somit gibt es eine Art Diskussion vorher, allerdings eine ganz einseitige.

In der Automobilindustrie stellen die Unternehmen, wenn viel Arbeit anfällt, Saisonarbeiter ein. Sie werden an ganz bestimmte Maschinen gestellt. In den Semesterferien holen sie auch Studenten. Diese Leute sind keine Gewerkschaftsmitglieder.

Wie steht die Gewerkschaft zu den Sonderzeitarbeitern, zu den parttimern usw.? Will sie diese ebenfalls organisieren?

Letztlich ist die Haltung vorherrschend, daß „wir mit denen nichts zu tun haben". Es gibt hier ja die Einrich-

nicht, aber z.B. im Schiffsbau –, wird man Mitglied in der Gewerkschaft, die von dem betreffenden Unternehmen aufgezogen wurde.

Es wird eine Art mündliche Vorstellung durchgeführt. Jeder wird einzeln vom Gewerkschaftsfunktionär über die Hauptpunkte informiert. Uns bei Nissan wird z.B. erzählt, warum dort eine Gewerkschaft gebildet wurde, wie das Gewerkschaftsgesetz aussieht, wie hoch der Gewerkschaftsbeitrag ist und wie er eingezogen wird (er wird gleich vom Lohn durch das Lohnbüro abgezogen, also vom Unternehmen) usw. Jedenfalls muß der Neuling Gewerkschaftsmitglied werden, ansonsten wird er sofort entlassen. Deshalb werden alle Kollegen Mitglieder. Somit gibt es eine Art Diskussion vorher, allerdings eine ganz einseitige.

In der Automobilindustrie stellen die Unternehmen, wenn viel Arbeit anfällt, Saisonarbeiter ein. Sie werden an ganz bestimmte Maschinen gestellt. In den Semesterferien holen sie auch Studenten. Diese Leute sind keine Gewerkschaftsmitglieder.

Wie steht die Gewerkschaft zu den Sonderzeitarbeitern, zu den parttimern usw.? Will sie diese ebenfalls organisieren?

Letztlich ist die Haltung vorherrschend, daß „wir mit denen nichts zu tun haben". Es gibt hier ja die Einrich-tung der lebenslangen Anstellung. Von der Logik der japanischen Betriebsgewerkschaft her betrachtet, sind diese Arbeiter, die saisonal vom Land in die Fabrik kommen, so etwas wie Lückenfüller, Leute, die nur zeitweilig bei der Firma Station machen, ansonsten aber Wanderer sind. Somit sieht man keine Notwendigkeit, sie zu organisieren.

Was greift die Gewerkschaft auf?

Ich möchte jetzt konkreter nach der Situation speziell bei Nissan fragen: An welchen Punkten entwickeln sich Spannungen, Konflikte?

Jedenfalls z.Zt. ist unser Hauptproblem der Lohn. Vor 1973 – also vor dem Ölschock – wurde stets sofort auf die Forderung der Gewerkschaft reagiert und dieser Forderung auch entsprochen. Lautete die Forderung z.B. 10% mehr Lohn, so war die Antwort: okay, wir geben 10% Lohnerhöhung. Dieses Verfahren brach nach dem Ölschock zusammen. Es war Schluß damit, daß die abgeschlossene Vereinbarung der Forderung entsprach. Das ist das Erste. Was zweitens aktuell zum Streitpunkt geworden ist, ist die Frage, welche Strategie das Unternehmen einschlagen soll. Man spricht ja von einem Autokrieg, besonders bei Kleinwagen. Und die Strategie des jetzigen Unternehmenschefs von Nissan, Ishihara, besteht in der Ausweitung der Exporte in die USA, nach England. Und das hat er mit der Gewerkschaft vorher nicht abgesprochen, weder mit dem Verband noch mit der Nissan-Betriebsgewerkschaft. Es dreht sich dabei um die Frage, bei wem das

Recht zu unternehmerischen Entscheidungen liegt. Offenbar ist Ishihara ein Mann, der davon ausgeht, das Recht zu solchen Entscheidungen liege allein bei ihm, also auf der Unternehmerseite. Und daß die Gewerkschaft da nicht mitzureden hätte. – Bislang war das bei Nissan aber anders. Die Seite der Arbeit und die Seite des Unternehmens haben über die verschiedensten Punkte Beratungen durchgeführt, und dann wurde aufgrund einer Vereinbarung entschieden. Der jetzige Unternehmenschef zerstört dieses Verfahren, das so etwas wie eine Gewohnheit hier geworden war. In diesem Bereich hat sich also ein Gegensatz entwickelt.

Ein Gegensatz zwischen Unternehmer und Betriebsgewerkschaft? Meiner Kenntnis nach nehmen die Betriebsgewerkschaften in Japan im allgemeinen eine ziemlich versöhnliche Haltung gegenüber der Unternehmensführung ein!

Na ja, jetzt, im Herbst 1981, ist die Besonderheit bei Nissan die, daß es einen Machtkampf gibt zwischen der Unternehmensleitung und dem Exekutivkomitee der Gewerkschaften. Allgemein gesprochen, werden Fragen wie die Autoproduktion des kommenden Monats, des Arbeitstempos usw. nach der Vorstellung des Managements entschieden. Im großen und ganzen setzt es sich durch. Die Gewerkschaftsmitglieder schlucken das. Um z.B. im September das Produktionsziel zu erreichen, sind soundsoviel Überstunden erforderlich. Auch an den freien Tagen, an den Samstagen müssen die Arbeiter erscheinen, obwohl wir hier eigentlich die 5-Tage-Woche haben. In diesem Bereich setzt das Management also fast alles durch. Es ist eine Tatsache, daß man die einfachen Gewerkschaftsmitglieder, die sich am Wochenende ausruhen wollen, nicht pausieren läßt. Für das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ist das hier normal. Folglich erstreckt sich der erwähnte Machtkampf nur auf das Feld der Unternehmensstrategie.

Welche Vorstellungen haben denn die

Ein Gegensatz zwischen Unternehmer und Betriebsgewerkschaft? Meiner Kenntnis nach nehmen die Betriebsgewerkschaften in Japan im allgemeinen eine ziemlich versöhnliche Haltung gegenüber der Unternehmensführung ein!

Na ja, jetzt, im Herbst 1981, ist die Besonderheit bei Nissan die, daß es einen Machtkampf gibt zwischen der Unternehmensleitung und dem Exekutivkomitee der Gewerkschaften. Allgemein gesprochen, werden Fragen wie die Autoproduktion des kommenden Monats, des Arbeitstempos usw. nach der Vorstellung des Managements entschieden. Im großen und ganzen setzt es sich durch. Die Gewerkschaftsmitglieder schlucken das. Um z.B. im September das Produktionsziel zu erreichen, sind soundsoviel Überstunden erforderlich. Auch an den freien Tagen, an den Samstagen müssen die Arbeiter erscheinen, obwohl wir hier eigentlich die 5-Tage-Woche haben. In diesem Bereich setzt das Management also fast alles durch. Es ist eine Tatsache, daß man die einfachen Gewerkschaftsmitglieder, die sich am Wochenende ausruhen wollen, nicht pausieren läßt. Für das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit ist das hier normal. Folglich erstreckt sich der erwähnte Machtkampf nur auf das Feld der Unternehmensstrategie.

Welche Vorstellungen haben denn die *Führer der Betriebsgewerkschaft zur Strategie?*

Sie sind für den Vorstoß nach Übersee, aber mittels Fabriken dort. Der Vorsitzende der Nissan-Gewerkschaft, Shioji, ist z.B. dafür. Die Unternehmensleitung hält nicht viel von Produktionsstätten im Ausland. Sie ist der Meinung, die Arbeiter in Europa und in den USA seien nicht so fleißig wie die Arbeiter in Japan.

Wie denken die einfachen Gewerkschaftsmitglieder über diese Vorstellungen?

Letzlich denkt wohl jeder bei uns: Beide Formen des Vorstoßes laufen im Grunde auf dasselbe hinaus, was uns betrifft, und darauf haben wir sowieso keinen Einfluß. Es ist ja so – und dies dürfte nicht nur für Nissan gelten, sondern für die Betriebsgewerkschaften in Japan im allgemeinen: die Führer dieser Betriebsgewerkschaften haben eine ausgesprochene Monopolstellung inne, während die Mitglieder ihre Wünsche und Forderungen nicht nach oben geben können. Demokratie am Arbeitsplatz ist hier unbekannt. Nehmen wir z.B. meine Arbeitsstätte: Die Forderung der Betriebsgewerkschaft in diesem Frühjahr nach 10% Lohnerhöhung wurde von vielen kritisiert. Die Forderung sei niedrig, und zwar zu niedrig. Aber nicht einmal diese Stimmen, die lediglich die Frage aufwarfen, ob die Forderung angesichts der Inflationsrate und der Preiserhöhungen vielleicht zu niedrig sei, können sich Gehör verschaffen. Die Demokratie wird mit Füßen getreten, es ist ein diktatorisches System. Im politischen Bereich gibt es so etwas in Südkorea, unter General Chon Du-hwan.

Wie sieht es denn aus mit einzelnen Fragen wie Überstunden und Arbeitstempo?

Die Arbeiter machen die Überstunden nicht von sich aus, sondern sie müssen sie machen. Üblich ist eine Arbeitszeit von 8 Stunden. Aber in der Fabrik, in der ich arbeite, muß jeder das ganze Jahr über mindestens eine Stunde mehr arbeiten. Das war nur einmal anders, während des Jahres nach dem Ölschock 1973. Und die Arbeiter müssen Überstunden machen, weil der Lohn nicht ausreicht. Die Arbeitszeit geht von 8 bis 17 Uhr, mit einer Mittagspause zwischen 13 und 14 Uhr. Es gibt zwei Kaffeepausen von 10 Minuten, eine um 10 und eine um 3 Uhr nachmittags. Aber fast jeden Tag arbeiten wir bis 18 Uhr. – Konflikte deshalb, weil z.B. das Fließband schneller eingestellt wird, gibt es kaum. Management und Betriebsgewerkschaft greifen nur Punkte auf, wie z.B. daß einer Arbeitskolonne ein Arbeiter mehr zugeteilt werden muß, oder woanders, wo nach ihrer Meinung das Arbeitsvolumen abgenommen hat, einer abgezogen wird, usw., z.B. wegen verminderter Monatsproduktion. Und beim Lohn sieht es so aus, daß wir Zeitlohn haben.

Wie seid ihr denn vom Betrieblichen her am Arbeitsplatz organisiert?

Es gibt Arbeitsgruppen oder Kolonnen von meistens 10, manchmal 20 Arbeitern, und an deren Spitze steht jeweils ein Kolonnenführer.

Wie werden diese Gruppenführer gewählt?

Die werden nicht gewählt, sondern vom Unternehmen bestimmt.

Was passiert, wenn die Arbeiter sagen, den wollen wir partout nicht?

Dieser Fall ist mir jedenfalls nicht bekannt. Tatsächlich ist bei der Auswahl der Gruppenführer die Gewerkschaft entscheidend. Das Management fragt zunächst die Gewerkschaft, und diese empfiehlt die Leute und sagt, wer auf den Posten paßt.

Über 10 bis 20 solcher Arbeitsgruppen steht dann wieder ein Unterabteilungschef. Dann kommt der Abteilungsleiter. Bis zum Leiter der Unterabteilung sind alle Gewerkschaftsmitglieder. Im allgemeinen haben diese Leiter aber auch in der Gewerkschaft die Machtpositionen inne. Die Leitungsfunktionen im Betrieb und in der Betriebsgewerkschaft werden also von denselben Leuten ausgeübt.

Es gibt Arbeitsgruppen oder Kolonnen von meistens 10, manchmal 20 Arbeitern, und an deren Spitze steht jeweils ein Kolonnenführer.

Wie werden diese Gruppenführer gewählt?

Die werden nicht gewählt, sondern vom Unternehmen bestimmt.

Was passiert, wenn die Arbeiter sagen, den wollen wir partout nicht?

Dieser Fall ist mir jedenfalls nicht bekannt. Tatsächlich ist bei der Auswahl der Gruppenführer die Gewerkschaft entscheidend. Das Management fragt zunächst die Gewerkschaft, und diese empfiehlt die Leute und sagt, wer auf den Posten paßt.

Über 10 bis 20 solcher Arbeitsgruppen steht dann wieder ein Unterabteilungschef. Dann kommt der Abteilungsleiter. Bis zum Leiter der Unterabteilung sind alle Gewerkschaftsmitglieder. Im allgemeinen haben diese Leiter aber auch in der Gewerkschaft die Machtpositionen inne. Die Leitungsfunktionen im Betrieb und in der Betriebsgewerkschaft werden also von denselben Leuten ausgeübt.

kaum etwas getan. Sie beinhalten also nicht die Vermittlung technischer Kenntnisse, sondern sind ein Barometer für den Grad der Loyalität des einzelnen gegenüber der Firma. Das wird gemessen. Z.B. wieviele Vorschläge für quality control ein Arbeiter pro Monat macht. Für Vorschläge gibt es Prämien, natürlich nur für effektive. Das geht von 500 bis 10000 Yen (ca. 5 bis ca. 1000 DM, d. Verf.)

Welche Taktik unter diesen Umständen?

Wenn die oberen Funktionäre nicht aufgreifen, was die Arbeiter an sie herantragen – was tut ihr dann?

Es ist vielleicht in der einen Halle möglich, informelle Gruppen aus befreundeten Kollegen zu bilden, in der anderen aber nicht. Man kann sich natürlich zusammentun und sagen: „Hört mal, die Arbeit schaffen wir nicht mehr, wir brauchen einen Mann mehr."

Gibt es bei euch so etwas wie eine revolutionäre Gewerkschaftsopposition, eine zweite Gewerkschaft?

In der Tat wollen meine Kollegen und ich die bestehende Gewerkschaft verändern. Dafür arbeiten wir. Auch in Japan gibt es Tendenzen, neue Gewerkschaften zu bilden, eine zweite, oder sogar eine dritte. In unserem Fall geht es aber darum, vielmehr von innen heraus die Nissan-Gewerkschaft zu demokratisieren. Das ist ein Kampf um Demokratisierung, wie in Südkorea die Bevölkerung einen Kampf um Demokratisierung führt.

Die Antwort der Kapitalisten

Mit welcher Taktik kämpft die Unternehmensleitung gegen das Aufgreifen der Probleme durch euch anstatt durch die Betriebsgewerkschaft?

Zunächst werden die aktiven Kollegen registriert. Man versucht sie – wie früher im japanischen Dorf jemanden, der aus der Reihe tanzt – aus der Gemeinschaft der Kollegen herauszudrängen, zu isolieren, indem man ihm die Arbeit wegnimmt, ihm weniger oder gar keine mehr zuweist. Ferner gibt es – und das ist was Besonderes bei Nissan – auch Gewalttätigkeiten. 20 bis 30 Gewerkschaftsmitglieder werden mobilisiert, und dann läßt man sie kollektive Gewalttaten gegen die einzelnen Andersdenkenden durchführen. Die werden dann unter Druck gesetzt: „Mach' dich fort hier, schreib' deine Kündigung!" Dann geht es weiter: „Unterzeichne deine Austrittserklärung aus der Gewerkschaft!" – was

Demokratisierung, wie in Südkorea die Bevölkerung einen Kampf um Demokratisierung führt.

Die Antwort der Kapitalisten

Mit welcher Taktik kämpft die Unternehmensleitung gegen das Aufgreifen der Probleme durch euch anstatt durch die Betriebsgewerkschaft?

Zunächst werden die aktiven Kollegen registriert. Man versucht sie – wie früher im japanischen Dorf jemanden, der aus der Reihe tanzt – aus der Gemeinschaft der Kollegen herauszudrängen, zu isolieren, indem man ihm die Arbeit wegnimmt, ihm weniger oder gar keine mehr zuweist. Ferner gibt es – und das ist was Besonderes bei Nissan – auch Gewalttätigkeiten. 20 bis 30 Gewerkschaftsmitglieder werden mobilisiert, und dann läßt man sie kollektive Gewalttaten gegen die einzelnen Andersdenkenden durchführen. Die werden dann unter Druck gesetzt: „Mach' dich fort hier, schreib' deine Kündigung!" Dann geht es weiter: „Unterzeichne deine Austrittserklärung aus der Gewerkschaft!" – was

rer Mitte. Deshalb ist für diejenigen, die die Betriebsgewerkschaften ändern wollen, beides der gleiche Feind.

Politische Differenzen, politische Einheit

Nehmen wir als Beispiel eure Fabrik. Sicher gibt es Arbeiter mit den verschiedensten Auffassungen, solche, die die Demokratisch-Sozialistische Partei (DSP; rechtssozialdemokratische Partei, d. Verf.) unterstützen, solche, die eine Partei der Linken unterstützen usw.

Politisch ist in den japanischen Betriebsgewerkschaften die DSP beherrschend. Hinzu kommt, daß Abgeordnete häufig aus den Gewerkschaften bestimmt werden. In diesem Fall kommen z.B. Gewerkschaftsmitglieder in den Stadtbezirk, wo der Mann wohnt, und empfehlen den Leuten dort, ihn zu wählen. Wenn es ein Mann ist, der sowohl loyal gegenüber der Firma wie gegenüber der Gewerkschaft ist, dann kommen die Gewerkschaftsmitglieder mit 10, 20 Stimmen zurück. Es gibt auch Arbeiter, die sagen: „Ich bin gegen die Politik der DSP, deshalb unterstütze ich den Kandidaten nicht." Wenn ein solcher Arbeiter auf der Betriebsversammlung in der Wahl, die nur scheinbar geheim ist, seine Stimme nicht abgibt – und solche Arbeiter gibt es natürlich – dann wird er bei Nissan fertiggemacht.

Ich denke, bis zu einem gewissen Grad gibt es Einheit. Allgemein kann ich das nicht sagen, aber für unseren Fall wohl. Ich zähle mich zur Neuen Linken. Es gibt auch welche von der Kommunistischen Partei, die mit uns zusammenarbeiten. Das Herrschaftssystem bei Nissan ist zu widerwärtig, da bringt es nichts, wenn man sich nicht zusammenschließt.

Werdet ihr auch von Einzelnen oder Gruppen außerhalb des Werkes unterstützt?

Ja, das sind verschiedene sogenannte Bürgergruppen sowie militante Arbeiter aus dem Bezirk, in dem die Fabrik liegt. Außerdem Studenten.

In unserem Fall sind es Leute, die gegen einen Militärstützpunkt der USA in der Nähe des Werkes kämpfen. Das ist also verschieden von Gebiet zu Gebiet. Wie sie eingreifen, will ich an einem konkreten Fall klarmachen: Als es in diesem Frühjahr um die Lohnerhöhung ging und bei Nissan der Zwischenfall mit den Arbeitern passierte, die gegen die 10%-Forderung der Gewerkschaft stimmten, kamen 200 bis 300 untere Funktionäre der Betriebsge-



ich das nicht sagen, aber für unseren Fall wohl. Ich zähle mich zur Neuen Linken. Es gibt auch welche von der Kommunistischen Partei, die mit uns zusammenarbeiten. Das Herrschaftssystem bei Nissan ist zu widerwärtig, da bringt es nichts, wenn man sich nicht zusammenschließt.

Werdet ihr auch von Einzelnen oder Gruppen außerhalb des Werkes unterstützt?

Ja, das sind verschiedene sogenannte Bürgergruppen sowie militante Arbeiter aus dem Bezirk, in dem die Fabrik liegt. Außerdem Studenten.

In unserem Fall sind es Leute, die gegen einen Militärstützpunkt der USA in der Nähe des Werkes kämpfen. Das ist also verschieden von Gebiet zu Gebiet. Wie sie eingreifen, will ich an einem konkreten Fall klarmachen: Als es in diesem Frühjahr um die Lohnerhöhung ging und bei Nissan der Zwischenfall mit den Arbeitern passierte, die gegen die 10%-Forderung der Gewerkschaft stimmten, kamen 200 bis 300 untere Funktionäre der Betriebsge-



Die Tätigkeiten seitens der Vorarbeiter und auch Kollegen gegen die „Aufmüpfigen" führen nicht zum angestrebten Ziel: stattdessen findet der Kampf junger Arbeiter Unterstützung.

Gibt es bei euch auch sogenannte „Quality-control-Gruppen"?

Ja. Quality-control-circles sind fast an allen Arbeitsplätzen etabliert. Man glaubt, daß man in diesen Gruppen den eigenen Status verbessern kann. Sie dienen nämlich auch der Durchführung personeller Veränderungen. Denn in diesen Gruppen wird erfaßt, welche Aktivitäten man entwickelt hat, und damit wird eine Beurteilung zustandegebracht. Deshalb gehen die Arbeiter auch zuerst mit einer kooperativen Haltung dorthin, obwohl sie im Grunde kein allzu großes Bedürfnis mitbringen.

Alle nehmen teil. Im Fall von Nissan dauern diese Sitzungen 2 Stunden pro Monat. Es sind Überstunden und werden wie solche bezahlt.

Sie sind dazu da, den „Unternehmensmenschen" zu schaffen. Es geht darum, wie stark sich jemand für das Unternehmen einzusetzen gedenkt. Für die eigenen Fähigkeiten wird hier

ebenfalls auf Rausfliegen aus dem Betrieb hinausläuft. – Es sind also Gewerkschaftsmitglieder, die sich an diesen Einschüchterungsaktionen und Prügeleien im Betrieb beteiligen. Das Management tritt gar nicht in Erscheinung. Es behandelt solche Probleme als interne Probleme der Gewerkschaft, als Zwist zwischen der Mehrheit und der oppositionellen Minderheit in der Gewerkschaft. Der eigentliche Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit wird so zu einem Gegensatz zwischen Gewerkschaftsmitgliedern gemacht.

Daß Gewerkschaften so etwas machen, liegt eben auch am Charakter der Betriebsgewerkschaft selbst, denn sie vertreibt die kritischen Kollegen aus ih-

Berichtigung: KVZ-Meldung zur Holzindustrie, Nr. 51/1981. Abschluß im Holzhandwerk in Hamburg: Okt. 1981 bis Juni 1982 3,8%, Juli 1982 bis März 1983 darauf 3,4%, zusammen 7,2%, durchschnittlich 5,2%.

werkschaft heraus, um die Flugblattverteiler mit Gewalt zu vertreiben. Wenn man unter solchen Umständen weiter verteilen will, braucht man auf jeden Fall einige zig Leute, sonst wird man eingemacht.

Wir machen letztlich keine Fortschritte, wenn wir den Rahmen der Betriebsgewerkschaft nicht durchbrechen. Deshalb gehen wir auch selbst raus zu verschiedenen Initiativen, stellen unser Problem dort dar und suchen um Unterstützung. Wenn sich die Aktiven in der Fabrik nur den eigenen Problemen dort drinnen zuwenden, können sie die Arbeiter nicht organisieren.

Gibt es schon Unterstützung aus dem Ausland?

Bis jetzt noch nicht. M.E. ist das Wichtigste, daß du deinen Kollegen sagst, sie sollen niemals solche Zustände zulassen, wie wir sie jetzt in der japanischen Automobilindustrie haben.





,,Wie die grundsätzliche Einsicht in den antagonistischen Gegensatz von bürgerlichen zu proletarischen Frauen in agitatorische Bildsprache umgeformt worden ist, zeigt sehr treffend eine Holzstichillustration von Arthur Gratz mit der Unterschrift ,Drohnen und Bienen' (Illustriertes politisch-satirisches Arbeitsblatt 1902) ... In der Kontrastierung einer Gruppe müde und abgespannt wirkender Arbeiter auf dem Nachhauseweg von der Fabrik, in die die Arbeiterin als Gleiche unter Gleichen eingereiht ist, mit einer modisch gekleideten Dame, in der Kutsche thronend ...'' (S. 102)

Eine Buchbesprechung zur Geschichte der Frauenarbeit und Frauenbewegung

,,Der vorliegende Band versucht mit Hilfe von historisch verdrängtem Bildmaterial einen Beitrag zur Klärung umstrittener Positionen in der gegenwärtigen Frauenbewegung zu leisten. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es unumgänglich, die bedrückte Lage der Frauen konkret in ihren Lebens-und Arbeitsbedingungen zu erfassen. Der Schwerpunkt wird daher auf die Geschichte der Frauenarbeit und auf die historische Erfahrung der frühen Frauenbewegung gelegt. Damit wird zugleich die Diskussion um die neue Frauenbewegung in ihren kulturhistorischen Zusammenhang gerückt. Den Prozeß der doppelten Unterdrückung der Frau historisch wie gegenwärtig erfahrbar zu machen, heißt, die Realität nicht nur objektiv im sozialen Zusammenhang zu erfassen, sondern die besonderen Bedürfnisse und Interessen der Frauen zur Sprache zu bringen, ihre subjektive Betroffenheit selbst zu dokumentieren.'' Dies ist der Anspruch, den sich die Autoren des Buches ,,Frauen befreien sich'' gestellt haben.

wal.Frankfurt. Dieses Buch ist nicht nur ein ausgezeichneter Bildband, in dem die Bilder gut interpretiert werden, sondern gibt auch eine sehr gute materialistische Darstellung der Geschichte der Frauenarbeit und Frauenbewegung.

Im ersten Teil des Bandes wird die Geschichte der Frauenarbeit vom Feudalismus bis zur Frauenarbeit in der BRD behandelt. Der zweite Teil befaßt sich mit der Entstehung früher proletarischer Frauenemanzipation und arbeitet sehr gut den Unterschied zwischen proletarischer und bürgerlicher Frauenbewegung heraus und die verschiedenen Widersprüche zwischen Frauenemanzipation und Arbeiterbewegung. Konkret aufgezeigt wird das vor allem an der Geschichte der Frauenbewegung in der sozialdemokratischen Partei bis 1914, als marxistisch orientierte Frauen systematisch aus der sozialdemokratischen Partei vertrieben wurden, weil mit der Zustimmung der Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten und der Kriegspolitik, die Partei von einem neuen Kurs bestimmt wurde, und ,,eine Epoche sozialistischer Frauenorganisation damit zu Ende gegangen war''. Die Politik der KPD zur Frauenfrage in den späteren Jahren wird in dem Buch leider nicht darge-

che wie die Lage der arbeitenden Frauen in der Landwirtschaft, in den sozialen Berufen, die Lebensbedingungen von Frauen der Arbeitsemigranten, die Geschichte des §218, die Rolle der Gewerkschaften in der Frauenbewegung und Fragen der Erziehung mußten ausgespart bleiben. Um diese Fragen zu erfassen, wäre ein zweites Buch nötig.'' (S. 165) Da können wir nur hoffen, daß dieser 2. Band bald erscheint. Dies Buch ist jedoch schon eine sehr nützliche Grundlage, um aus der Geschichte zu lernen, und sich einen Standpunkt auch zur heutigen Frauenbewegung zu verschaffen.

Für die heutige Frauenbewegung wirkt sich besonders gravierend aus, daß in der Arbeiterbewegung nur wenig konkrete Vorstellungen zur Lösung des Widerspruchs zwischen Mann und Frau bestehen. Die von A. Kollontai, Bebel, Lenin u.a. beschriebenen Lösungen zur Aufhebung der Unterdrückung der Frau, die allein durch die Einbeziehung der Frauen in die Produktion und die Vergesellschaftung des Reproduktionsbereiches erreicht werden soll, hat sich inzwischen als nicht der einzige Weg zur Lösung dieses Problems erwiesen. Auch in Rußland blieb nach der Revolution die geschlechtliche Arbeitsteilung bestehen, die Frau-

Theorie der Befreiung der Frau in Zusammenhang mit der Befreiung der Gesellschaft insgesamt zu entwickeln. Das Buch widerlegt sehr anschaulich an der Geschichte die These der neueren autonomen Frauenbewegung, daß der Hauptwiderspruch in der Gesellschaft der Widerspruch zwischen Mann und Frau ist und die Unterdrückung der Frau in der Hauptseite eine Unterdrückung durch den Mann ist. So z.B. wird über den I. Weltkrieg berichtet, daß durch die verstärkte Einbeziehung der Frauen in die Produktion, eine maßlose Steigerung der Ausbeutung und Überarbeit der Frauen, das Bewußtsein der Frauen sich entwickelte, sie Streiks und Demonstrationen gegen die miserable Versorgung und den imperialistischen Krieg organisierten. Die Aktionen drückten ein sehr hohes politisches Bewußtsein über die Lage und die Ursachen der gesellschaftlichen Verhältnisse aus.

Schon vor dem I. Weltkrieg entwickelten sich im Rahmen der sozialdemokratischen Partei Schulungszirkel, die sich bis zum Krieg sprunghaft vermehrten. Es wurden grundlegende Werke der sozialistischen ,,Klassiker'' durchgearbeitet, Grundsätze und Forderungen der sozialdemokratischen Partei erläutert und die aktuelle Politik

Hauptangriffsziel die ,,Männergesellschaft'' ist;
– Frauen, die an der Basis arbeiten in Betrieben und Stadtteilen, die sich in Gewerkschaften und Parteien organisiert haben und von daher die Frauenfrage konkret angehen.

Diese Einteilung soll wohl nur eine Grobstruktur darstellen, die sich z.T. in der Praxis überschneiden wird. Die Gruppen arbeiten inhaltlich auch an ähnlichen Problemen wie Sexualität, Familie, Doppelbelastung, Leichtlohngruppen, Hausfrauenlohn, Selbsthilfe, Gewalt gegen Frauen etc. (vgl. S. 151)

In dem Herangehen an die Fragen gibt es sowohl Übereinstimmung als auch erhebliche Unterschiede bei den verschiedenen Richtungen der Frauenbewegung. Der Hauptunterschied im Kampf um die Frauenemanzipation liegt wohl darin, ob bei diesem Kampf von der ,,Klasse'' oder von dem ,,Geschlecht'' ausgegangen wird.

Konkret wird in dem Buch an einigen zentralen Themen der Frauenbe-

wegung untersucht, wie die Feministinnen die Probleme der Masse der Frauen aufgreifen und welche Perspektiven sie bieten und ob letzlich die feministische Theorie und Praxis selbst nicht systemverändernd, sondern systemstabilisierend wirkt. (vgl. S. 151) Die Autoren stellen fest, daß die neuere Frauenbewegung kaum bei den proletarischen Frauen Fuß gefaßt hat, was zum Teil an der Herkunft der Frauen in dieser Bewegung und z.T. in deren ,,Selbstbeschränkung auf das Private'' liegt.

,,Es wird sich erweisen, inwieweit feministische Elemente in eine neue proletarische Frauenbewegung eingehen werden und in welchem Maße sich die Frauen aus der neuen Frauenbewegung solidarisieren können.'' (S. 162)

Inge Frick, Helmut Kommer, Antje Kunstmann, Siegfried Lang: Frauen befreien sich. Bilder zur Geschichte der Frauenarbeit und Frauenbewegung, München (Frauenbuchverlag) 1976

Nr. 12 · 18. Dezember 1981 · 2,50 DM
revolutionäre volksbildung

fenheit selbst zu dokumentieren.'' Dies ist der Anspruch, den sich die Autoren des Buches ,,Frauen befreien sich'' gestellt haben.

thronend ...'' (S. 102)

wal.Frankfurt. Dieses Buch ist nicht nur ein ausgezeichneter Bildband, in dem die Bilder gut interpretiert werden, sondern gibt auch eine sehr gute materialistische Darstellung der Geschichte der Frauenarbeit und Frauenbewegung.

Im ersten Teil des Bandes wird die Geschichte der Frauenarbeit vom Feudalismus bis zur Frauenarbeit in der BRD behandelt. Der zweite Teil befaßt sich mit der Entstehung früher proletarischer Frauenemanzipation und arbeitet sehr gut den Unterschied zwischen proletarischer und bürgerlicher Frauenbewegung heraus und die verschiedenen Widersprüche zwischen Frauenemanzipation und Arbeiterbewegung. Konkret aufgezeigt wird das vor allem an der Geschichte der Frauenbewegung in der sozialdemokratischen Partei bis 1914, als marxistisch orientierte Frauen systematisch aus der sozialdemokratischen Partei vertrieben wurden, weil mit der Zustimmung der Sozialdemokraten zu den Kriegskrediten und der Kriegspolitik, die Partei von einem neuen Kurs bestimmt wurde, und ,,eine Epoche sozialistischer Frauenorganisation damit zu Ende gegangen war''. Die Politik der KPD zur Frauenfrage in den späteren Jahren wird in dem Buch leider nicht dargestellt.

Im letzten Teil dieses Abschnittes werden Ansätze einer einheitlichen Arbeiterkultur untersucht, an der Frauen nicht nur Anteil nahmen, in der sie gar zu unabdingbaren Trägern kultureller Tätigkeit geworden sind.

Das dritte Kapitel dieses Buches behandelt die neue Frauenbewegung seit 1968 und den Feminismus.

Die Autoren sagen in ihrem Nachwort, daß sie keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. ,,Das ausgewählte Bildmaterial und die Texte sind unvollständig. Wichtige Problembereiche wie die Lage der arbeitenden Frauen in der Landwirtschaft, in den sozialen Berufen, die Lebensbedingungen von Frauen der Arbeitsemigranten, die Geschichte des §218, die Rolle der Gewerkschaften in der Frauenbewegung und Fragen der Erziehung mußten ausgespart bleiben. Um diese Fragen zu erfassen, wäre ein zweites Buch nötig.'' (S. 165) Da können wir nur hoffen, daß dieser 2. Band bald erscheint. Dies Buch ist jedoch schon eine sehr nützliche Grundlage, um aus der Geschichte zu lernen, und sich einen Standpunkt auch zur heutigen Frauenbewegung zu verschaffen.

Für die heutige Frauenbewegung wirkt sich besonders gravierend aus, daß in der Arbeiterbewegung nur wenig konkrete Vorstellungen zur Lösung des Widerspruchs zwischen Mann und Frau bestehen. Die von A. Kollontai, Bebel, Lenin u.a. beschriebenen Lösungen zur Aufhebung der Unterdrückung der Frau, die allein durch die Einbeziehung der Frauen in die Produktion und die Vergesellschaftung des Reproduktionsbereiches erreicht werden soll, hat sich inzwischen als nicht der einzige Weg zur Lösung dieses Problems erwiesen. Auch in Rußland blieb nach der Revolution die geschlechtliche Arbeitsteilung bestehen, die Frauen übernahmen lediglich die vergesellschafteten Reproduktionsaufgaben statt der individuellen. Diese Fragen zu klären, ist auch eine wesentliche Voraussetzung, um die Organisationsform der Frauen, ob autonom oder innerhalb der Organisationen der Arbeiterbewegung, zu finden. Darüber gab es sowohl in der KPD als auch in der KPR heftige Auseinandersetzungen.

Dieses Buch schafft durch seine Darstellung eine gute Voraussetzung, um die theoretischen Fragen der Situation der Frau, Frauenerwerbstätigkeit etc. zu klären und eine materialistische Theorie der Befreiung der Frau in Zusammenhang mit der Befreiung der Gesellschaft insgesamt zu entwickeln. Das Buch widerlegt sehr anschaulich an der Geschichte die These der neueren autonomen Frauenbewegung, daß der Hauptwiderspruch in der Gesellschaft der Widerspruch zwischen Mann und Frau ist und die Unterdrückung der Frau in der Hauptseite eine Unterdrückung durch den Mann ist. So z.B. wird über den I. Weltkrieg berichtet, daß durch die verstärkte Einbeziehung der Frauen in die Produktion, eine maßlose Steigerung der Ausbeutung und Überarbeit der Frauen, das Bewußtsein der Frauen sich entwickelte, sie Streiks und Demonstrationen gegen die miserable Versorgung und den imperialistischen Krieg organisierten. Die Aktionen drückten ein sehr hohes politisches Bewußtsein über die Lage und die Ursachen der gesellschaftlichen Verhältnisse aus.

Schon vor dem I. Weltkrieg entwickelten sich im Rahmen der sozialdemokratischen Partei Schulungszirkel, die sich bis zum Krieg sprunghaft vermehrten. Es wurden grundlegende Werke der sozialistischen ,,Klassiker'' durchgearbeitet, Grundsätze und Forderungen der sozialdemokratischen Partei erläutert und die aktuelle Politik geklärt. Nach dieser Schulungsarbeit wurde auf der 1. sozialdemokratischen Frauenkonferenz beschlossen, ein Frauenblatt herauszugeben ,,Die Gleichheit'', deren Aufgaben Clara Zetkin so beschrieb: ,,Die ,Gleichheit' ist in erster Linie ein Organ zur Schulung der im Kampf stehenden Genossinnen, sie soll theoretisch schulen, ihnen eine Richschnur für die Praxis der Theorie geben ...'' (S. 130)

In diesem Kapitel werden weiter viele Beispiele für die Teilnahme der Frauen an den Kämpfen der Arbeiterbewegung für bessere Arbeitsbedingungen und gleich Löhne gebracht. Es wird die Hausarbeit in einen richtigen Zusammenhang gestellt, Probleme wie Frauenarbeitslosigkeit, Qualifikation der Frauen und vieles mehr behandelt. Gut daran ist auch, daß diese Probleme nicht als Problem der Frauen allein behandelt werden, sondern als Probleme des kapitalistischen Arbeitsmarktes, der Krisenzyklen usw.

Im dritten Kapitel werden die Anfänge der neuen Frauenbewegung seit 1968 beschrieben. Ein wesentlicher Inhalt der ersten Jahre der Frauenbewegung war der Kampf gegen den §218, der auch ein übergreifendes Moment, das die Frauengruppen unterschiedlichster Richtung einschloß, darstellte.

Die Autoren unterteilen die heutige Frauenbewegung in drei Gruppen:
– sozialistische Frauengruppen, die die Frauenfrage historisch-materialistisch aufarbeiten;
– feministische Frauengruppen, die die Probleme der Frauen als vom Patriarchat verursacht ansehen und deren Hauptangriffsziel die ,,Männergesellschaft'' ist;
– Frauen, die an der Basis arbeiten in Betrieben und Stadtteilen, die sich in Gewerkschaften und Parteien organisiert haben und von daher die Frauenfrage konkret angehen.

Diese Einteilung soll wohl nur eine Grobstruktur darstellen, die sich z.T. in der Praxis überschneiden wird. Die Gruppen arbeiten inhaltlich auch an ähnlichen Problemen wie Sexualität, Familie, Doppelbelastung, Leichtlohngruppen, Hausfrauenlohn, Selbsthilfe, Gewalt gegen Frauen etc. (vgl. S. 151)

In dem Herangehen an die Fragen gibt es sowohl Übereinstimmung als auch erhebliche Unterschiede bei den verschiedenen Richtungen der Frauenbewegung. Der Hauptunterschied im Kampf um die Frauenemanzipation liegt wohl darin, ob bei diesem Kampf von der ,,Klasse'' oder von dem ,,Geschlecht'' ausgegangen wird.

Konkret wird in dem Buch an einigen zentralen Themen der Frauenbewegung untersucht, wie die Feministinnen die Probleme der Masse der Frauen aufgreifen und welche Perspektiven sie bieten und ob letzlich die feministische Theorie und Praxis selbst nicht systemverändernd, sondern systemstabilisierend wirkt. (vgl. S. 151) Die Autoren stellen fest, daß die neuere Frauenbewegung kaum bei den proletarischen Frauen Fuß gefaßt hat, was zum Teil an der Herkunft der Frauen in dieser Bewegung und z.T. in deren ,,Selbstbeschränkung auf das Private'' liegt.

,,Es wird sich erweisen, inwieweit feministische Elemente in eine neue proletarische Frauenbewegung eingehen werden und in welchem Maße sich die Frauen aus der neuen Frauenbewegung solidarisieren können.'' (S. 162)

Inge Frick, Helmut Kommer, Antje Kunstmann, Siegfried Lang: Frauen befreien sich. Bilder zur Geschichte der Frauenarbeit und Frauenbewegung, München (Frauenbuchverlag) 1976

Zwischen Beruf und Hausarbeit, aus: Der Weg der Frau 1932

Deutsch-deutsches Schriftstellertreffen in Berlin

Bedeutend für die Friedensbewegung in Ost und West


Autoren Engelmann, Hermlin, Kant und Kuczynski auf dem Kongreß.

krk. Am 13. und 14. Dezember – etwas verdeckt durch das deutsch-deutsche Spitzentreffen und den Militärputsch in Polen, aber von diesen Ereignissen durchaus nicht unbeeinflußt – fand die ,,Berliner Begegnung zur Friedensförderung'' in Berlin, Hauptstadt der DDR statt. Ein Treffen von Schriftstellern und Wissenschaftlern, vornehmlich aus dem deutschen Sprachraum. Etwa 100 folgten der persönlichen Einladung Stephan Hermlins (seit 1980 Träger des Vaterländischen Verdienstordens in Gold), dem Erich Honecker ,,spontan zustimmte''. Nicht nur durch seinen deutsch-deutschen Charakter trägt das Treffen einen gewissen Versöhnungscharakter. Versöhnungscharakter sowohl den ,,Abtrünnigen'' in der DDR als auch den deutsch-deutschen Schriftstellerkontakten gegenüber, denn eingeladen waren auch Schriftsteller aus der DDR, die in der BRD leben, wenn auch mit Maßen, und Schriftsteller aus der BRD, die bisher kein Einreisevisum erhalten hatten. Allerdings: eine Einladung an Wolf Biermann kam nicht in Frage. Kompetent wäre er allemal.

Wenn auch die weitere spontane Zustimmung Honeckers zu vielen der auf dem Treffen gefallenen Äußerungen ausbleiben dürfte, sollte man nicht verkennen, daß die etwas unkonventionelle Einladungs- und Veranstaltungsform, gepaart mit einem für die SED sicherlich nicht bequemen Thema, der Partei der Arbeiterklasse zunächst gelegen kam. So galt es einerseits, dem anreisenden Bundeskanzler das dynamische geistige Leben des ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden zu präsentieren; andererseits schien es wieder einmal opportun, etwas Dampf bei den in letzter Zeit arg gebeutelten Schriftstellern, Künstlern, Intellektuellen abzulassen.

Eine unabhängige Friedensbewegung ist auch in der DDR in Erscheinung getreten mit ihrer Hauptforderung nach Einführung eines sozialen Friedensdienstes statt dem Dienst in der NVA. Die Evangelische Kirche der DDR hatte bereits ihre Unterstützung für diese Forderung ausgesprochen. Der Großteil der anwesenden DDR-Schriftsteller schloß sich dem an. Hermlin hatte gleich zu Anfang erklärt, man wolle keine Resolutionen fassen. Obwohl so die Teilnehmer ohne greifbare Ergebnisse am Montag auseinandergingen, hatte der fehlende Zwang zur Einigung und Festlegung vor allem befreiende Wirkung, bestärkt auch durch das Bewußtsein der gemeinsamen Sache über die deutsch-deutsche Grenze hinweg. Auf jeden Fall waren einige der DDR-Schriftsteller wie Stefan Heym und Günter de Bruyn sehr freimütig in ihren Äußerungen. (Von denen sich in der Presse der DDR leider nichts wiederfand. Nicht mal von ihrer Anwesenheit wurde der Leser informiert.)

legen kam. So galt es einerseits, dem anreisenden Bundeskanzler das dynamische geistige Leben des ersten Arbeiter- und Bauernstaates auf deutschem Boden zu präsentieren; andererseits schien es wieder einmal opportun, etwas Dampf bei den in letzter Zeit arg gebeutelten Schriftstellern, Künstlern, Intellektuellen abzulassen.

Eine unabhängige Friedensbewegung ist auch in der DDR in Erscheinung getreten mit ihrer Hauptforderung nach Einführung eines sozialen Friedensdienstes statt dem Dienst in der NVA. Die Evangelische Kirche der DDR hatte bereits ihre Unterstützung für diese Forderung ausgesprochen. Der Großteil der anwesenden DDR-Schriftsteller schloß sich dem an. Hermlin hatte gleich zu Anfang erklärt, man wolle keine Resolutionen fassen. Obwohl so die Teilnehmer ohne greifbare Ergebnisse am Montag auseinandergingen, hatte der fehlende Zwang zur Einigung und Festlegung vor allem befreiende Wirkung, bestärkt auch durch das Bewußtsein der gemeinsamen Sache über die deutsch-deutsche Grenze hinweg. Auf jeden Fall waren einige der DDR-Schriftsteller wie Stefan Heym und Günter de Bruyn sehr freimütig in ihren Äußerungen. (Von denen sich in der Presse der DDR leider nichts wiederfand. Nicht mal von ihrer Anwesenheit wurde der Leser informiert.)

Bereits Hermlin sprach über die Aufrüstung in West *und* Ost und über die Notwendigkeit des Handelns gegen *beides*. Auf einen Krieg der beiden Supermächte gemünzt, erklärte Heym, heute gebe es keine gerechten Kriege mehr, weil es keine gerechten Atomwaffen gebe. Einer Waffe, die alles Leben auslösche, müsse jede Gerechtigkeit abgesprochen werden, soll sie nun Pershing oder SS20 heißen. Den Einsatz von Atomwaffen zu planen sei auf beiden Seiten ein Verbrechen. Einer der Gäste äußerte sich vor ihm, die DDR brauche keine autonome Friedensbewegung, da die Regierung für den Frieden sei. Auch ist gesagt worden, vom Osten könne kein Krieg ausgehen, da hier die psychologische Vorbereitung fehle. Dies finde er nicht ganz richtig, so Heym in einer Pause an das ZDF. Denn für den Frieden seien sie alle. Reagan sei auch für den Frieden. Aber die Gesellschaft hier würde sehr wohl psychologisch auf den Krieg vorbereitet. Er wolle über sowas wie Wehrkunde-Unterricht gar nicht sprechen. Er las eine Aufgabe aus dem Mathematik-Lehrbuch der 10. Klasse vor: die Schüler sollen ballistische Berechnungen für eine Feldhaubitze der NVA durchführen. Sowas fände er unmöglich, und will dies auf der Tagung auch vorbringen.

Seine Unterstützung für die in der DDR schon bestehende Friedensbewegung mit ihren konkreten Forderungen sprach Günter de Bruyn aus: ,,So erfreulich die Anerkennung der westeuropäischen Friedensbewegung durch die DDR auch ist, so fraglich wird ihr Nutzen bleiben, wenn der Eindruck entsteht, daß, was drüben bejubelt wird, hüben unerwünscht ist ... Die auf Frieden gerichtete Politik der DDR, die das Bündnis mit den Friedensbewegungen in aller Welt anspricht, schädigt sich selbst, lehnt sie das Bündnisangebot unabhängiger Friedensbestrebungen im eigenen Land, zum Beispiel das der jungen Christen, die einen sozialen Friedens-

densbewegung, da die Regierung für den Frieden sei. Auch ist gesagt worden, vom Osten könne kein Krieg ausgehen, da hier die psychologische Vorbereitung fehle. Dies finde er nicht ganz richtig, so Heym in einer Pause an das ZDF. Denn für den Frieden seien sie alle. Reagan sei auch für den Frieden. Aber die Gesellschaft hier würde sehr wohl psychologisch auf den Krieg vorbereitet. Er wolle über sowas wie Wehrkunde-Unterricht gar nicht sprechen. Er las eine Aufgabe aus dem Mathematik-Lehrbuch der 10. Klasse vor: die Schüler sollen ballistische Berechnungen für eine Feldhaubitze der NVA durchführen. Sowas fände er unmöglich, und will dies auf der Tagung auch vorbringen.

Seine Unterstützung für die in der DDR schon bestehende Friedensbewegung mit ihren konkreten Forderungen sprach Günter de Bruyn aus: ,,So erfreulich die Anerkennung der westeuropäischen Friedensbewegung durch die DDR auch ist, so fraglich wird ihr Nutzen bleiben, wenn der Eindruck entsteht, daß, was drüben bejubelt wird, hüben unerwünscht ist ... Die auf Frieden gerichtete Politik der DDR, die das Bündnis mit den Friedensbewegungen in aller Welt anspricht, schädigt sich selbst, lehnt sie das Bündnisangebot unabhängiger Friedensbestrebungen im eigenen Land, zum Beispiel das der jungen Christen, die einen sozialen Friedens-

dienst fordern, ab. Drängt man die in den Untergrund ab, verliert man nicht nur wertvolle Friedenskräfte, sondern schädigt auch die eigene Glaubwürdigkeit. Welch ein Gewinn aber wäre es, wenn Zustimmung zu Atomwaffenächtungsvorschlägen von einer unabhängigen Friedensbewegung der DDR mitunterschrieben würden ... Es wäre zu wünschen, daß dieses Treffen ein Anstoß in dieser Richtung sein könnte, wobei ich zugeben muß, daß meine Hoffnungen in dieser Richtung sehr gering sind.''

De Bruyn hatte treffend das Dilemma des wirklich ernst zu nehmenden Teils der DDR-Schriftsteller gekennzeichnet. Auf der einen Seite steht die offizielle Friedenspropaganda, die wegen ihrer offensichtlichen Verlogenheit die Bürger der DDR kaum berührt, oder gar auf Ablehnung stößt. Auf der anderen die inoffizielle Friedensbewegung, heute schon am Rande der Legalität. Die Schwäche dieser Bewegung liege gerade in ihrer Illegalisierung, in der DDR würde deswegen nicht spontan für den Frieden demonstriert, weil es verboten sei und die Teilnehmer Nachteile zu befürchten hätten, so der in Westberlin lebende Bürger der DDR, Jurek Becker.

Die darauf folgende Szene war wirklich filmreif. Heftigster Protest vom Vorsitzenden des DDR-Schriftstellerverbandes Kant. Becker bittet darum, daß ihm widersprochen wird. Stattdessen ergreift Stefan Heym das Wort und schlägt vor, alle gemeinsam, mit Erich Honecker in der ersten Reihe, am Alexanderplatz für die Vernichtung aller Atomwaffen im Osten und Westen zu demonstrieren. Dies sei ein durchaus ernst gemeinter Vorschlag. Darauf ein Daniel Proektor aus der Sowjetunion: der Vorschlag hätte keine Grundlage, da es in der DDR keine Atomwaffen gebe.

Wenn auch ähnlich Krasses nur selten zu vernehmen war, trotzdem, die Mehrheit der Anwesenden gehörten zu

De Bruyn hatte treffend das Dilemma des wirklich ernst zu nehmenden Teils der DDR-Schriftsteller gekennzeichnet. Auf der einen Seite steht die offizielle Friedenspropaganda, die wegen ihrer offensichtlichen Verlogenheit die Bürger der DDR kaum berührt, oder gar auf Ablehnung stößt. Auf der anderen die inoffizielle Friedensbewegung, heute schon am Rande der Legalität. Die Schwäche dieser Bewegung liege gerade in ihrer Illegalisierung, in der DDR würde deswegen nicht spontan für den Frieden demonstriert, weil es verboten sei und die Teilnehmer Nachteile zu befürchten hätten, so der in Westberlin lebende Bürger der DDR, Jurek Becker.

Die darauf folgende Szene war wirklich filmreif. Heftigster Protest vom Vorsitzenden des DDR-Schriftstellerverbandes Kant. Becker bittet darum, daß ihm widersprochen wird. Stattdessen ergreift Stefan Heym das Wort und schlägt vor, alle gemeinsam, mit Erich Honecker in der ersten Reihe, am Alexanderplatz für die Vernichtung aller Atomwaffen im Osten und Westen zu demonstrieren. Dies sei ein durchaus ernst gemeinter Vorschlag. Darauf ein Daniel Proektor aus der Sowjetunion: der Vorschlag hätte keine Grundlage, da es in der DDR keine Atomwaffen gebe.

Wenn auch ähnlich Krasses nur selten zu vernehmen war, trotzdem, die Mehrheit der Anwesenden gehörten zu

den Linientreuen. Mitunter war geradezu Ekelerregendes zu vernehmen. Ein Professor Kamnitzer (DDR) wendete sich gegen an die DDR gerichtete Abrüstungsforderungen mit dem Argument: der Angriff Hitlers hätte uns (sic!) unvorbereitet getroffen, und nur weil sie vorbereitet war, konnte uns die Rote Armee, nein konnten uns natürlich auch die Alliierten befreien. Die Kombinationsmöglichkeiten, wer hier für was stehen mag, beflügelt die Phantasie.

Der ganzen Veranstaltung gegenüber skeptisch und ablehnend verhielt sich Robert Havemann. Hermlin hatte ihn nicht direkt eingeladen, erklärte aber, er sei willkommen, falls er kommen wolle. Havemann bezeichnete das Treffen daraufhin als unter dubiosen Umständen zustandegekommen und kündigte an, selbst einen Friedensaufruf in der DDR zu veröffentlichen, zu desssen Diskussion er seine Freunde unter den Veranstaltungsteilnehmern in sein Haus einlud.

In Kenntnis der Geschichte des Schriftstellerverbandes der DDR kommt man nicht umhin, die Skepsis und das Mißtrauen Havemanns zumindest zu verstehen, wenn auch sein konkretes Vorgehen spalterisch wirkte. Weniger den Parteioberen als seinen aufrechten Kollegen, die die Veranstaltung sehr ernst nahmen, versetzte er einen Schlag, statt sie zu stärken.

Denn es war wichtig, daß man sich über Möglichkeiten, Wege und Ziele der Friedensbewegung verständigen konnte, und insofern war dieser Kongreß sicherlich ein Erfolg. Obwohl die Sitzungen im Hotel ,,Stadt Berlin'' von der Öffentlichkeit der Stadt völlig abgeschirmt stattfanden, ist die Zahl derjenigen Bürger der DDR, die das Geschehen über die westdeutschen Medien verfolgen konnten, sicherlich nicht gering.

Die Zukunft erscheint jedoch nicht unbedingt rosig. Es ist fraglich, ob das vom westdeutschen Schriftstellerverband vorgeschlagene erneute Treffen stattfinden wird, und wenn ja, in welcher Zusammensetzung. Es gehörte stets zur Taktik der SED-Führung, auf eine Welle der Repression eine andere Welle der Lockerung folgen zu lassen, in deren Verlauf die Opfer der nächsten Repressionswelle klar erkennbar wurden. Vieles spricht dafür, daß es sich auch diesmal um eine dieser staatlichen Lockerungsübungen handelt.

Die Geschichte des Schriftstellerverbandes der DDR liest sich streckenweise einem Kriminalroman ähnlich. Die Ausbürgerung Wolf Biermanns im November 1976 war ein gewisser Wendepunkt in der Geschichte des gesamten Künstlerverbandes. Es war ein Wendepunkt, weniger weil der Staat zu sehr wenig künstlerischen Mitteln bei der Reglementierung der Mitgliedschaft griff, sondern weil die Künstler mit direkt politischen Mitteln gegen das Vorgehen gegen ihren Kollegen protestierten. Dreizehn Schriftsteller, darunter Namen wie Sarah Kirsch, Christa und Gerhard Wolf, Stephan Hermlin und Stefan Heym gehörten damals zu den Erstunterzeichnern (viele weitere Unterschriften folgten noch) eines offenen Briefes an Erich Honecker, was zur Grundlage von Parteiausschlußverfahren gegen eine Reihe von Schriftstellern wurde; etliche Verhaftungen und Aussiedlungen in die BRD folgten

Die Lockerung, oder zumindest der Versuch dazu, folgte auf dem VIII. Schriftstellerkongreß 1978, wo Hermann Kant, der neue Präsident, eine versöhnende ,,Hand hingehalten'' haben wollte.

Fast auf den Tag genau ein Jahr später beschloß die Berliner Sektion des Schriftstellerverbandes, 9 seiner Mitglieder auszuschließen, weil sie sich erneut in einem offenen Brief gegen die Behandlung von Robert Havemann und Stefan Heym aussprachen. (Beide sind wegen Devisenvergehens zu hohen Geldstrafen verurteilt worden, in wirklichkeit wegen ihrer im Westen erschienenen Bücher.)

Dies war der vorläufige Höhepunkt der Säuberungsaktionen im Schriftstellerverband. Langsam und sehr allmählich lockerte sich zu Anfang dieses Jahres die Athmosphäre. Der Wechsel zwischen Rausschmiß und Versöhnungsangeboten, oft gepaart mit der Herausgabe bis dahin in der DDR nicht erschienener Werke, ist bis heute zu verfolgen. Aber der Kreis wird zunehmend enger. Ein sehr bedeutender Teil junger Schriftsteller hat meist unfreiwillig in die BRD übersiedeln müssen. Die bedeutenden Schriftsteller in der DDR haben große Schwierigkeiten: literarisch Wertvolles, politisch Aussagekräftiges hat wenn, nur zufällig Chancen, dort gedruckt zu werden. Die Lektoren sind zu größerer Wachsamkeit, d.h. schärferer Zensur aufgefordert. Man versteht also die Bereitschaft, auch kleine Lockerungen, wie der eben zu Ende gegangene Kongreß, zu nutzen, sich frei auszusprechen. Unter den gegebenen Umständen ist das sehr wertvoll.



Die Zukunft erscheint jedoch nicht unbedingt rosig. Es ist fraglich, ob das vom westdeutschen Schriftstellerverband vorgeschlagene erneute Treffen stattfinden wird, und wenn ja, in welcher Zusammensetzung. Es gehörte stets zur Taktik der SED-Führung, auf eine Welle der Repression eine andere Welle der Lockerung folgen zu lassen, in deren Verlauf die Opfer der nächsten Repressionswelle klar erkennbar wurden. Vieles spricht dafür, daß es sich auch diesmal um eine dieser staatlichen Lockerungsübungen handelt.

Die Geschichte des Schriftstellerverbandes der DDR liest sich streckenweise einem Kriminalroman ähnlich. Die Ausbürgerung Wolf Biermanns im November 1976 war ein gewisser Wendepunkt in der Geschichte des gesamten Künstlerverbandes. Es war ein Wende-

zwischen Rausschmiß und Versöhnungsangeboten, oft gepaart mit der Herausgabe bis dahin in der DDR nicht erschienener Werke, ist bis heute zu verfolgen. Aber der Kreis wird zunehmend enger. Ein sehr bedeutender Teil junger Schriftsteller hat meist unfreiwillig in die BRD übersiedeln müssen. Die bedeutenden Schriftsteller in der DDR haben große Schwierigkeiten: literarisch Wertvolles, politisch Aussagekräftiges hat wenn, nur zufällig Chancen, dort gedruckt zu werden. Die Lektoren sind zu größerer Wachsamkeit, d.h. schärferer Zensur aufgefordert. Man versteht also die Bereitschaft, auch kleine Lockerungen, wie der eben zu Ende gegangene Kongreß, zu nutzen, sich frei auszusprechen. Unter den gegebenen Umständen ist das sehr wertvoll.


Günter Grass machte auch Anmerkungen zu den sowjetischen Raketen.

Fernsehtip

,,No future" – oder doch?

Nun hat auch Udo Lindenberg seinen eigenen Film. In der Reihe ,,Nachdenken über Deutschland" will er über die Probleme der Jugend berichten, Fragen an Politiker stellen und seine Frage zur Diskussion stellen: ,,Wie soll mit den Polit-Abstinenzlern echte Demokratie praktiziert werden?" Udo fordert zum ,,Einsteigen" auf, Peter Glotz und Heiner Geißler sind mit von der Partie.
Dienstag, 29.12., 21.20 Uhr im ZDF

Hermann Melville und Moby Dick

Im ZDF-Matinee wird Leben und Werk von Hermann Melville vorgestellt und danach sein größter Bucherfolg ,,Moby Dick" als Film. Wer ein wenig mehr wissen will, kann auch noch mal in ,,Kommunismus und Klassenkampf 5/1981" nachlesen. In der Reihe Abenteuerromane wurden Autor und Buch ,,Billy Budd" vorgestellt.
Sonntag, 3.1., 10.30 Uhr im ZDF

Arbeit für alle – aber wie?

Dieter Balkhausen will die Entwicklung der Arbeitslosigkeit dokumentieren und folgenden Fragen zum Abbau der Arbeitslosigkeit nachgehen: Kürzere Lebensarbeitszeit, zweierlei Arbeitszeiten in Firmen mit starken technologischen Veränderungen, etwa 35-Stunden-Woche in der Verwaltung, 40-Stunden-Woche in der Produktion, Kürzere Wochenarbeitszeiten für einzelne Berufsgruppen, Teilzeitarbeit und Jobsharing, Spezialtarifverträge gegen wachsende Jugendarbeitslosigkeit.
Dienstag, 5.1., 21.20 Uhr im ZDF

Der Kronprinz

Nein, kein Märchenfilm, sondern ein norwegischer Spielfilm aus dem Jahre 1980 über die Methoden der bürgerlichen Parteien vor und im Wahlkampf. Es geht um Jungsozialisten, NATO-Mitgliedschaft, Bestechungsgelder für Geheimdiensttätigkeit ...
Dienstag, 5.1., 22.05 Uhr im ZDF